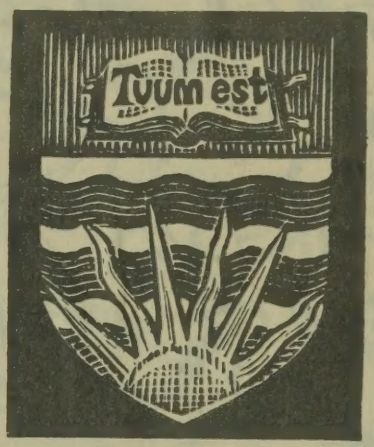
Fr. Naumann

Demokratie und Kaisertum

STORAGE-ITEM
MAIN LIBRARY

LP9-R30D
U.B.C. LIBRARY

THE LIBRARY



THE UNIVERSITY OF
BRITISH COLUMBIA

Pre 53877

Demokratie und Kaisertum

Ein Handbuch für innere Politik

von

Fr. Naumann

Herausgeber der nat.-soz. Wochenschrift „Die Hilfe"

Zweite, durchgesehene Auflage

Buchverlag der „Hilfe"

Berlin-Schöneberg 1900.

Vorwort zur zweiten Auflage.

Die erste starke Auflage dieses Buches war nach Ablauf kaum eines Monates vergriffen. In der Presse aller Parteien ist „Demokratie und Kaisertum" eifrig besprochen worden. Alle Schattierungen freundlicher und unfreundlicher Beurteilung sind vorhanden. Jedenfalls ist das eine erreicht, daß die Grundidee der Nationalsozialen in kurzer Zeit vielen Deutschen näher gekommen ist als vorher. Auf alle Besprechungen hier einzugehen, ist unmöglich. Oft enthalten sie begreiflicherweise nichts anderes als die erneute Feststellung von Gegensätzen und Meinungsverschiedenheiten, die schon im Text des Buches als solche gekennzeichnet sind. Einige Punkte nur sind es, die hier erwähnt werden sollen.

Von sozialdemokratischer und rein demokratischer Seite ist behauptet worden: eine Politik, die so persönlich auf den gegenwärtigen Kaiser zugeschnitten ist wie die von „Demokratie und Kaisertum", kann unmöglich richtig sein, da, wie der „Vorwärts" sagt, die ganze Auflage hätte eingestampft werden müssen, wenn Kaiser Wilhelm II. am Tage ihres Erscheinens gestorben wäre. Dem gegenüber halte ich fest, daß die allgemeinen politischen und wirtschaftspolitischen Gründe, die das Kaisertum nötigen, sich auf die parlamentarische Mitwirkung der industriellen Masse zu stützen, so stark sind, daß kein zukünftiger Kaiser und keine etwaige Regentschaft sich der Logik der Thatsachen auf die Dauer würde entziehen

können. Das, was in unserem jetzigen Kaiser als persönliche industrialistische Politik zu Tage tritt, ist im tieferen Grunde eine Folge seiner ganzen Lage und damit etwas, was weder er noch seine Nachfolger beliebig wieder lassen können. Zeitweilige abweichende Kurven sind nicht ausgeschlossen, aber der Gesamtkurs ist berechenbar. — Direkt falsch ist es, wenn mehrere Besprechungen glauben, es sei von einer vorhandenen oder zu erwartenden demokratischen Gesinnung des Kaisers die Rede. Mit aller Bestimmtheit habe ich gerade eine derartige Erwartung abgelehnt. Der Kaiser denkt als verantwortlicher Monarch, und als solcher setzt er die Demokratie in seine Rechnung ein.

Von nationalliberaler Seite wurde geschrieben, daß ich die gefährliche Macht des Zentrums verkenne. Was aber würde, selbst bei viel lebendigerer Überzeugung von der Schädlichkeit des internationalen Ultramontanismus, praktisch daran geändert werden, daß der bevorstehende Wechsel des inneren deutschen Schwergewichts von Ostelbien nach Westelbien, vom Konservatismus zur Demokratie nicht ohne Zentrumsvermittelung vor sich gehen kann? Eine politische Kombination, in der das Zentrum gar keine Rolle spielt, ist bei gegenwärtigen deutschen Verhältnissen einfach unmöglich. Der Zeitpunkt für den prinzipiellen Kampf von Demokratie und Ultramontanismus kommt erst später.

Christliche Freunde haben an dem starken Hervortreten einer „materialistischen Weltanschauung" Anstoß genommen. Wie mir scheint, ist dies mit Unrecht geschehen. Eine Weltanschauung ohne Gott und Moral zu vertreten, liegt mir völlig fern, und mein Buch ist voll von einzelnen Sätzen, die dieses bezeugen. Was ich von dem geschichtlichen Materialismus übernommen habe, ist die Untersuchung des Denkens und Wollens von Klassen und Schichten und die Aufzeigung des Zusammenhanges, in dem dieses Denken und Wollen mit der Wirtschaftslage der betreffenden Klassen steht. Daß aber alles Denken nur Folge gegenwärtiger Wirtschaftsverhältnisse ist, oder auch nur daß es sich restlos aus wirtschaftlichen Ursachen erklären lasse, stelle ich direkt in Abrede und leugne damit den Materialismus als „Weltanschauung". Wenn ich dabei die Politik nicht als angewandte allgemeine Ethik gelten lassen will, so hat das mit Materialismus nichts zu thun. Auch der ethischste Mensch muß jede Thätigkeit des

Menschenlebens in ihrem eigenen wirklichen Charakter zu erfassen suchen. Es versteht sich übrigens von selbst, daß meine persönliche Auffassung dieser ethischen und religiösen Probleme in keiner Weise für den nationalsozialen Verein als solchen verbindlich sein kann, da jede politische Organisation nur politische Programmpunkte vertreten darf und die besonderen Weltanschauungsfragen ihren einzelnen Mitgliedern zu überlassen hat.

Da nur kurze Zeit zwischen der ersten und zweiten Auflage lag, so war wenig Veranlassung zu größeren Änderungen gegeben. Zusätze finden sich in den Artikeln von der klerikalen Aristokratie, von der Flotte und im Schluß. Die Ziffern sind, soweit es inzwischen erschienene neue statistische Angaben ermöglichten, nachgeprüft worden. Als zweite Auflage geht „Demokratie und Kaisertum" hinaus, um Mitkämpfer zu suchen. Möge sie dabei Glück haben!

Im Mai 1900.

Fr. Naumann.

Inhaltsverzeichnis.

I. Abschnitt: Die Demokratie.

1. Demokratie als Voraussetzung des Sozialismus. Bebels utopistische Machtpolitik. Kautskys Doktrinarismus. Bernstein und Auer. Die demokratische Linke. Die Politik des opportunistischen Sozialismus . . . . 1—9

2. Die Unmöglichkeit der demokratischen Revolution. Berechtigung und Möglichkeit von Revolutionen. Die Unruhen in Belgien. Der Erfolg von 1848. Die Verteilung der Kräfte bei zukünftigen Revolutionen. Verschwinden revolutionärer Gesinnung. Zweideutiger Gebrauch des Wortes Revolution in der Sozialdemokratie . . . . . 9—18

3. Die Träger der Demokratie. Der bürgerliche Liberalismus. Das neudeutsche Industrievolk. Die politische Bedeutung der Lohnarbeiterklasse. Das Wachstum dieser Klasse. Bevölkerungsstatistik. Arbeiterorganisationen . 18—26

4. Demokratie als Gesinnung. Charakteristik Eugen Richters. Inhalt der älteren bürgerlichen Demokratie. Agitation der älteren Demokratie. Neuere Demokratie. Kritik der Naturrechtslehre . . . . . 27—34

5. Demokratie als politische Idee. Programme der deutschen Volkspartei, freisinnigen Volkspartei und Sozialdemokratie. Volkssouveränität durch Majorität. Entwickelung von Majoritäten. Bisherige Leistung des Parlamentarismus. Demokratie als notwendiges Prinzip der besitzlosen Masse . . . 34—42

6. Das allgemeine Wahlrecht. Die Wahlrechtsfrage im Frankfurter Parlament. Bismarcks Eintreten für das allgemeine Wahlrecht. Folgen dieses Wahlrechts für die politische Erziehung der Nation. Wahlbeteiligung. Notwendigkeit des Parteilebens. Mangelnde Initiative des Reichstags. Ungerechte Wahlkreiseinteilung. Konservative Feindschaft gegen das Wahlrecht . . . . 43—56

7. Demokratische Dezentralisation. Die Wahlrechte der Landes- und Gemeindevertretungen. Zentralisation und Dezentralisation. Partikularismus. Gewerbeprovinzen. Leitung der Bevölkerungsansiedelung. Stadt und Land 56—65

8. Demokratische Organisation des Wirtschaftslebens. Die Wirtschaftskraft der Masse. Dr. David. Konstitutionelle Fabrikverfassung. Wirksamkeit der Gewerkschaften. Die Masse als Finanzkörper. Konsum-, Spar- und Bauvereine. Schwierigkeit von Konsumentenverbänden. Konsumentenverband gegen Syndikat. Wohnungsreform. Adolf Damaschke. Stellung des Mittelstandes zu den Konsumentenverbänden. Politischer Wert der Wirtschaftsorganisationen . . . . . 65—80

II. Abschnitt: Die drei Aristokratien.

1. Die Notwendigkeit aristokratischer Elemente. Aristokratisches in der Sozialdemokratie. Massenwirkung ohne Aristokratie unmöglich. Notwendige Abhängigkeit der demokratischen Masse vom Vorbild der Aristokratien in Wissenschaft, Luxus, Politik . . . . . 81—89

2. Die agrarische Aristokratie. Älteres Agrarregiment. Charakteristik der Agrararistokraten. Das Großgrundbesitzertum als Kern des Konservatismus. Konservative Entwickelungsstufen. Die Staatserhaltung. Die Konservativen in Sachsen. Berücksichtigung der evangelischen Kirche. Der Bund der Landwirte. Bauernfrage. Landprogramm. Mittelstandspolitik. Antisemitismus. Konservativer Sozialismus. Hofprediger Stöcker . . . . . 89—107

3. Die industrielle Aristokratie. Das Großunternehmertum. Statistik seines Wachstums. Die Bildung einer neuen Herrenklasse. Volkswirtschaftliche Aufgabe derselben. Weltwirtschaft. Die parteipolitische Schwäche der neuen Aristokratie. Kartell mit der Rechten oder mit der Linken 107–117

4. Die klerikale Aristokratie. Der konfessionelle Gegensatz. Christlich-sozial. Die katholische Kirche. Katholisches Denken. Ältere und neuere Zentrumspolitik. Unklare Wirtschaftspolitik. Freiheit des Volks und der Kirche. Fortsetzung großdeutscher Politik. Weitere Entwickelung des Zentrums 117–128

5. Das politische Spiel der Kräfte. Die nationalliberale Partei und ihre Zersetzung. Das Fehlen einer einheitlichen sozialen Schicht. Bismarcks Kartellpolitik. Die Handelsverträge und ihre Folgen. Kontinentale Handelspolitik. Goldwährung. Mittellandkanal. Bassermann. Caprivi. Das wachsende persönliche Regiment des Kaisers bei majoritätslosem Parlament 128–142

III. Abschnitt: Das Kaisertum.

1. Das Deutsche Reich als Wirtschaftskörper. Das wirtschaftliche Moment in der nationalen Bewegung. Der sachliche Inhalt der Reichsgewalt. Zollverein und deutsche Volkswirtschaft. Die Wirtschaftsgesetzgebung des neuen Deutschen Reiches. Die fünf Milliarden. Das kapitalistisch-militärische System 143–150

2. Militärische Monarchie und Nationalstaat. Das demokratische Element im Begriff Nation. Entstehung des nationalen Staates. Das Militärbedürfnis der Demokraten von 1849. Der Erbkaiser als Brecher der kleineren Souveränitäten. Die Hohenzollern. Legitimität. Bismarck über absolute Monarchie. Von Gottes Gnaden. Unkonservative Entstehung des Deutschen Reiches 150–159

3. Das Wesen des deutschen Kaisertums. Der steigende Einfluß der kaiserlichen Gewalt. Oberbefehl über Heer und Flotte. Die Verfassungsgrundlage des Kaisertums. Die Zentralgewalt im Zeitalter des Verkehrs und der Zeitungen. Willensenergie herrschender Personen. Einfluß des Napoleonismus. Die Diktatur des Industrialismus. Einheitlichkeit der äußeren Politik. Selbsterhaltungstrieb der Dynastie als Lebensfaktor der Nation. Kaisertum und Demokratie als zwei Erscheinungsformen der deutschen Volksvermehrung . . 159–171

4. Die Politik Kaiser Wilhelms II. Kaiser Friedrich III. Kaiser Wilhelm II. nicht bürgerlich liberal, aber noch weniger konservativ. Das Kaiser-Ich im Gegensatz zu Bismarck entstanden. Die Weltmachtsidee. Stellung zum Adel. Militärpolitik mit der Rechten und Wirtschaftspolitik mit der Linken. Kaiser und Masse. Oeynhausen. Der Kaiser und der Katholizismus. Miquel. 175–191

5. Demokratie und Heer. Demokratischer Antimilitarismus. Heer und Volkszahl. Die Militärleistung der Industrie. Patriotismus der industriellen Menge. Das Heer in den demokratischen Programmen. Wehrhaftmachung des ganzen Volkes. Kostendeckung. Einstellung in den jährlichen Haushaltplan. Reserveoffizierswesen 191–206

6. Die deutsche Kriegsflotte. Alte liberale Forderung. Nahrungseinfuhr. Rohstoffe. Innerer Konsum und Export. Welthandel fordert gehobene Arbeiterklasse. Der Flottenkaiser. Folgen der demokratischen Negation. 206–216

7. Das soziale Kaisertum. Lassalle. Sozialpolitik Kaiser Wilhelms I. Das Jahr 1890. Hemmungen im Beamtentum und im Reichstag Versäumnis der Sozialdemokratie. Deutschlands Regierung ohne Ostelbier . . . 216–225

8. Nationaler Sozialismus. Die deutsche Linke auf Grund der nationalen Industriemasse. Stellung der Gebildeten. Die Kaufmannschaft. Programm des nationalsozialen Vereins. Hoffnungen 225–231

1. Abschnitt.

Die Demokratie.

I. Demokratie als Voraussetzung des Sozialismus.

Wie Sonnenaufgang stieg vor mehr als 50 Jahren der Gedanke des Sozialismus über dem eben erst entstehenden deutschen Industrievolke empor. Die Leinweber, Strumpfwirker, Großstadtmaurer, Eisendreher und Former sahen sich von der Weltgeschichte an die Wende der Zeiten gestellt. Die Periode des Privateigentums lag endlos lang und mühselig hinter ihnen, und die Periode der gesellschaftlichen Gütergemeinschaft lag glitzernd, wonnig und lockend vor ihnen. Viele von den ersten Sozialdemokraten Deutschlands glaubten daran, den großen Tag zu erleben, wo das „Krieg den Palästen und Friede den Hütten" zur Wahrheit wird. Sie hielten die „neue Gesellschaft" für eine Sache von greifbarer Nähe und Deutlichkeit. Ein Volksdichter von der Begabung August Bebels malte in seinem Buch von der „Frau" das, was kommen sollte, mit den Farben eines volksverständlichen irdischen Paradieses. Er war ein gewaltiger Aufwecker schlafender Seelen, ein Wohlthäter der Versunkenen, denen er Hoffnung gab, zugleich ein Phantast, voll von fabelhaftem Glanze für das arme Volk, das da wohnet im dunkelen Lande. Was er brachte, war eine Art neuer Religion an Stelle der alten. Nicht der Liebknechtsche Marxismus, nicht der reformatorische Realismus, der auch in Bebel ist, war das durchschlagende Element in seiner ersten lebens- und opfervollsten Zeit; das,

was seinen Namen zur Massenparole machte, war der hinreißende, Glück weissagende soziale Utopismus. Von dieser seiner großen Jugendstimmung hat er sich nie ganz losmachen können. Bekannt ist, daß er 1891 auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Erfurt die hoffnungsvollen Worte sprach:

> Ja, ich bin überzeugt, die Verwirklichung unserer letzten Ziele ist so nahe, daß wenige in diesem Saale sind, die diese Tage nicht erleben werden.

Bebel sagt solche Worte nicht, ohne sie zu glauben. Gerade darin, daß man ihm die ganze weltumgestaltende Glaubensfreudigkeit anfühlt, daß der Hörer eine subjektiv wahrhaftige Rede von ihm hört, liegt seine Kraft. Wenn er den Utopismus aufgiebt, dann giebt er sich selber auf. Deshalb wurde er auch der geborene Gegner Bernsteins in der Partei.

Weil er Utopist ist, muß er demokratisch-revolutionär sein. Eine neue Gesellschaft kann, wenn sie überhaupt in kurzer Zeit kommen soll, nur durch Ereignisse herbeigeführt werden, die gewaltsamer sind, als es die große französische Revolution war. Der langsame Weg der natürlichen Entwickelung schafft begreiflicherweise nur langsame Ergebnisse. Wo aber pulsierende Ungeduld der Zukunft entgegeneilt, da muß diese Ungeduld sich auf den einen politischen Kerngedanken sammeln: die Eroberung aller politischen Macht zur Beseitigung aller vorhandenen Mächte. In dieser Richtung sagte Bebel auf demselben Parteitag:

> Wir sind nicht in der Lage, die Herrschaft der Arbeiterklasse zu errichten auf der Gewinnung der ökonomischen Macht, wir müssen zum umgekehrten Mittel greifen. In erster Linie haben wir die politische Macht zu erobern und diese zu benutzen, um auch die ökonomische Macht durch die Expropriation der bürgerlichen Gesellschaft zu erreichen. Ist die politische Macht in unseren Händen, so findet sich das Weitere von selbst.

Wir wählen aus der reichen Fülle des vorliegenden Materials gerade diese Worte, weil in ihnen der politische Charakter des ursprünglichen utopistischen Sozialismus am knappsten und besten ausgesprochen ist. Man kann sich den Bebelschen Sozialismus nicht denken ohne uneingeschränkte Machtgewinnung. Ob bei erlangter politischer Macht das soziale Endziel verwirklicht werden könnte, ist eine Frage für sich, die wir an dieser Stelle

nicht zu erörtern haben. Hier genügt es festzustellen, daß Bebel revolutionärer Machtpolitiker ist und sein muß.

So groß nun aber auch heute noch das persönliche Ansehen Bebels in seiner Partei sein mag, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß die eigentümlich Bebelsche Form des utopistisch-dichterischen Sozialismus im Schwinden ist. Für jeden Sozialisten — und der Verfasser rechnet sich zum Sozialismus — behält der Glanz der ersten Jugendhoffnungen der sozialistischen Agitation etwas Zauberhaftes, aber was hilft es? Die Bewegung wird älter, größer, schwerer und nüchterner. In den Winkeln armer Hausindustrie, in den Hütten erwachender Landarbeiter bleibt noch etwas vom Schimmer der goldenen Wolken zurück, der den Morgen der neudeutschen proletarischen Bewegung vergoldete, auf sozialdemokratischen Parteitagen brennt noch bisweilen einmal in einem Augenblick die alte Glut lichterloh in die Höhe, aber im Grunde wird es niemand bestreiten, daß die ersten Überschwenglichkeiten dahin sind. Der Sozialismus richtet sich auf lange Arbeit ein, und die gegenwärtige Generation verzichtet darauf, am Rande des Zusammenbruchs einer ganzen alten Welt zu stehen.

Ein wesentliches Zeichen dafür war das immer stärkere Hervortreten des lehrhaften Dogmatismus. Aus vulkanischer fließender Glut wurde formulierbare Lava. Man machte aus Marx den Marxismus. Das, was in Bebel nur Mittel zum Zweck ist, wurde zur Hauptsache gemacht: die Sammlung schulmäßiger Begriffe. Aus dem reichen, vielseitigen Schatze veraltender und bleibender Gedanken von Marx und Engels hob die Partei eine katechismusartige Lehre heraus, die soweit unter Marx steht wie der Lutheranismus unter Luther. Der Hauptvertreter dieses Marxismus ist Kautsky. Er ist phantasielos, aber wissenschaftlich gründlich. Man kann aus jeder seiner Schriften vielerlei lernen, eins aber hat er nicht: politischen Instinkt. Ihm fehlt die alte revolutionäre Energie Bebels, ihm fehlt aber auch eine neue, andersartige politische Energie. Er ist doktrinär und kein Machtpolitiker, und gerade deshalb bedeutet er für den Sozialismus in Deutschland eine scharfe Gefahr, die Gefahr der politischen Erschlaffung.

Seine Theorie ist derjenigen Bebels verwandt, nur gilt von ihr „ver-

flogen ist der Spiritus". Auch er rechnet mit dem Sieg des industriellen Proletariates, aber freilich mit unbestimmbarer Frist. Das äußerste, was sich von seinem beobachtenden Marxismus aus sagen läßt, ist der Satz:

> Was binnen drei Jahrzehnten zur stärksten Partei geworden, kann binnen weiteren drei Jahrzehnten zur herrschenden Partei werden, vielleicht schon früher.

Als Statistiker sieht er die Ziffern wachsen, die den Sozialismus vermehren. Aus diesen Ziffern heraus kommt einmal der Umschwung. Bis er kommt, hat das Proletariat keine direkte politische Aufgabe. Es denkt nicht an „Revolution" im Polizeisinne, es denkt auch nicht an Herstellung einer regierungsfähigen demokratischen Volkspartei, nein, es bleibt, Gewehr bei Fuß, prinzipientreu und „revolutionär im wissenschaftlichen Sinne". Mit anderen Worten: radikale demokratische Oppositionspartei, weiter nichts! Kautsky giebt zwar theoretisch die revolutionäre Machtpolitik Bebels nicht auf, aber er treibt sie auch nicht. Er sagt am Schluß seines Buches „Bernstein und das sozialdemokratische Programm":

> Eine Partei, die von vornherein erklärt, sie könne nur in der Opposition sich ersprießlich bethätigen, sie strebe nur nach Macht, nicht aber nach der Macht, würde sich selbst lahmlegen und alles Vertrauen der Volksmasse verlieren.

Ganz recht! Wie aber ist es, wenn die Partei zwar behauptet, sie strebe nach der Macht, aber weder durch Worte noch durch Thaten kundgiebt, welchen Weg zur Macht sie für gangbar hält, eine große Partei, deren politisches Programm nur aus einigen allgemeinen zeit- und raumlosen Allerweltsideen besteht? Kann eine solche Partei, selbst wenn sie noch das Vertrauen der Masse hat, dieser Masse wirklich helfen?

Das, was Kautsky abhält, eine neue politische Taktik zu suchen, ist das Festhalten am „Endziel". Er bleibt dabei, daß der Übergang der Produktionsmittel in der Hand der Gesellschaft nicht nur eine geschichtsphilosophische Idee sondern ein wartend anzustrebendes Programm sei. Er will keine Taktik der Abschlagszahlungen und Kompromisse. Das Proletariat soll die ganze volle Ernte aller seiner Wünsche in seine Scheunen bringen. Wenn diese Ernte sich verzögert, so wartet man; der Theoretiker kann warten. Aber die Leute mit dem Wahlzettel in der Hand haben nicht die Ruhe des Wissenschaftlers. Sie wollen etwas gewinnen und erleben, wenn nicht die Öffnung des sozialen Paradieses, so doch einen Fortschritt,

den sie und ihre Kinder merken. In dieser Hinsicht sagt das vom sozialdemokratischen Parteivorstand 1898 herausgegebene „Handbuch für sozialdemokratische Wähler" ganz psychologisch richtig:

> In der ganzen Menschheitsgeschichte giebt es kein Beispiel, daß eine große soziale Bewegung viele Generationen ununterbrochen währte und dann erst zum Ziele gelangte. Entweder sie erreichte viel früher ihr Ziel oder sie ging wieder unter, d. h. sie hatte ein verfehltes Ziel.

und an anderer Stelle:

> Ein Ziel, dessen Verwirklichung als erst in Jahrhunderten erreichbar dargestellt wird, wirkt anders auf die Kampfesweise, den Mut, die Begeisterung und die Opferwilligkeit einer Partei als ein Ziel, dessen Verwirklichung in erreichbarer Zeit sicher scheint. Im ersteren Falle werden alle guten, glänzenden Eigenschaften, die eine Bewegung unwiderstehlich machen, abgeschwächt, und bei vielen ihrer Anhänger greifen Pessimismus und Gleichgültigkeit um sich. Im zweiten Falle tritt das Gegenteil ein. Kein großes Ziel wird mit Pessimisten erreicht. Die Welt erobern nur die Optimisten.

Das Handbuch folgert aus diesen Sätzen, daß man also um des nötigen Optimismus willen am alten, großen „Endziel" festhalten müsse. Man muß aus Selbsterhaltungstrieb an den baldigen vollen Sieg des Proletariates glauben wollen. Alle weniger günstigen Erfahrungen und Beobachtungen müssen unterdrückt, geistig überwunden werden, nur damit man nicht in den Sumpf des Pessimismus hineingerät. Das Proletariat braucht Macht, um der Macht willen braucht es Begeisterung, um der Begeisterung willen braucht es das Endziel! Das ist nicht mehr der selbstsichere Standpunkt des früheren revolutionären Bebel. Man lebt noch von der alten politischen Idee, weil man keine neue hat, aber man ist in ihr tappend und unsicher geworden.

Es liegt viel näher, aus den angeführten Sätzen des sozialdemokratischen Handbuches das Umgekehrte zu folgern. Da nämlich offenbar in dieser Generation das Endziel nicht erreicht wird, so ist es eine Abschwächung der Kraft, wenn man an diesem Ziele festhält. Es wird sich empfehlen, nähere, greifbarere sozialistische Ziele aufzustellen, um nicht politische Energie zu vergeuden. Eine Fortsetzung der bisherigen Taktik muß zu Pessimismus führen. Es scheint auch, daß in den ältesten sozialdemokratischen Gebieten diese Abschwächung der Energie

bereits bemerkbar ist. Man kann in den altsozialdemokratischen sächsischen Wahlkreisen vom „unaufhaltsam vorwärtsstürmenden Siegeslauf des revolutionären Proletariates" nur wenig mehr spüren. Das theoretische Interesse für die Fragen des Endziels ist in den großen Städten mit sozialdemokratischer Majorität sichtbar schwach geworden. Die Massen überlassen dort, wo sie seit 20 Jahren zur Partei gehören, die Endzielsprobleme den Theoretikern. Man beobachte nur, wie wenig tief im vorigen Jahre in Berlin die Bernsteindebatte gedrungen ist!

Bernstein war es, der die Frage der neuen Taktik im letzten Jahr in den Vordergrund schieben wollte, das Vorgehen Bernsteins hatte aber bedeutende Mängel. Da er durch die Weisheit der deutschen Regierung im Ausland festgehalten wird, kann er dem deutschen politischen Leben nicht so nahe stehen, wie es zu einem erfolgreichen Durchkämpfen seines Standpunktes nötig gewesen wäre. Auch war er völlig isoliert vorgegangen. Ein beabsichtigter Stoß in Bernsteinscher Richtung hätte nur Erfolg haben können, wenn von vornherein feststand, daß die Opportunisten in der Sozialdemokratie von Vollmar, Auer, Heine, David, Schippel u. s. w. einen Vorstoß wünschten. Soweit man von außen beobachten konnte, war dies nicht der Fall. Auch Bernstein hat, gerade wie sein alter Freund und heutiger Gegner Kautsky, als Theoretiker gehandelt. Er gab ein Privatbekenntnis ab und machte keinen Versuch, seiner Idee organisatorisch und programmatisch zum Siege zu verhelfen.

Aus diesen Mängeln erklärt sich die unvollkommene Art, in der die Bernsteindebatte auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Hannover erledigt wurde und zugleich die Leichtigkeit, mit der weitere Fortschritte der Bernstein-Auffassung in der Partei verhindert werden konnten. Es trat auch in der an wirtschaftlichen Gesichtspunkten reichen Rede von Dr. David in Hannover keine positive Bernsteinsche Politik zu Tage. Fast das weitestgehende politische Wort ist der Ausspruch Auers zu Eduard Bernstein:

Ede, so etwas sagt man nicht, so etwas thut man!

Aber gerade dieses kurze, jedoch durch die Stellung Auers in der Partei wichtige Wort beleuchtet die Lage. Die sogenannten Bernsteinianer in der Sozialdemokratie können sich zur Zeit nicht entschließen, eine oppor-

tunistisch-demokratische Politik grundsätzlich und offen vor ihren Genossen zu vertreten. Sie wollen pädagogisch verfahren und bleiben trotz veränderter Ideen im alten Sprachgebrauch. Diese Pädagogik hat aber ihre große Schattenseite. Sie vermindert von Jahr zu Jahr die Klarheit über das, was die zahlreichste Partei des Deutschen Reiches auf politischem Gebiete eigentlich will.

Niemand ist für die geistige Lage der deutschen Bernsteinianer charakteristischer als Iganz Auer. Er ist seiner ganzen Anlage nach das Gegenteil von Kautsky, kein Theoretiker, kein Philosoph, sondern ein strategisch-taktischer Kopf. Trotzdem ist er mit Kautsky in seiner Gesamtwirkung verwandt. Aus praktischen Gründen hält er am alten Wortgebrauche fest. Kein Mensch, der seine Arbeit und seine Reden verfolgt, hält ihn für einen prinzipientreuen revolutionären Marxisten (an anderer Stelle bringen wir sein persönliches Bekenntnis über die marxistische Dialektik), aber niemand weiß auch genau zu sagen, wohin er in Wirklichkeit steuert. Er stellt dem alten revolutionären politischen Ideal, das er für seine Person nicht mehr hat, kein neues anderes politisches Ideal gegenüber. Es genügt ihm, daß die alten Begriffe sich verflüchtigen, und die Pflicht, neue politische Begriffe zu pflanzen, fühlt er nicht in sich. Von Fall zu Fall verwertet er die Kräfte der Partei nach bestem Wissen und sorgt mit fast mütterlicher Beflissenheit für die Erhaltung der Einheit. Unerschöpflich ist er im Auffinden von Gründen, warum eine auftauchende Streitfrage nicht parteispaltend sein könne. Er ist es, der das Zusammenbleiben von Bebel und Bernstein ermöglicht. Diese seine vereinigende, parteierhaltende Thätigkeit ist an sich keine kleine Leistung, zu ihr gehört wirkliche Virtuosität in der Behandlung von Personen und Gedanken, innige Mischung von bayrischer Biederkeit und Berliner Diplomatie, aber es fragt sich, ob diese Einheitserhaltung nicht das hindert, was Auer sonst leisten könnte: die Führung der neudeutschen Demokratie.

In Bernstein nämlich meldet sich, deutlicher als sonst bisher in der deutschen politischen Litteratur, ein neues politisches Ideal: die demokratische Linke auf dem Boden der vorhandenen Reichsverfassung. Mit dem sozialistischen „Endziel" verschwindet bei ihm der alte demokratische Revolutionarismus in weite, ungreifbare Ferne. Der Sozialismus

Bernsteins ist praktisch, unsystematisch, aus den lebendigen Bedürfnissen der kämpfenden Arbeiterschaft heraus entstanden. Er hat folgende Hauptteile, die sich aber im Laufe der Geschichte vermehren oder verändern können:

1. Staatssozialistische Vermehrung und Verbesserung der öffentlichen Betriebe, insbesondere munizipaler Sozialismus der großstädtischen Verwaltungen

2. Arbeiterschutzbestimmungen zu Gunsten der niederen Lohnarbeiterklassen durch die Staatsgesetzgebung

3. Gewerkschaftliche Organisation der arbeitenden Klassen auf dem Boden des sogenannten freien Arbeitsvertrages

4. Genossenschaftlicher Zusammenschluß der Konsumenten mit Beförderung der genossenschaftlichen Produktionsform.

Es kann hier in keine Darstellung des sozialen Wertes dieser vier Gebiete eingetreten werden. Wir nehmen vielmehr als Thatsache hin, daß ein Sozialismus, der den Glauben an die schnelle radikale Umgestaltung der ganzen Gesellschaft verloren hat, kaum wesentlich andere Ziele haben kann als die angegebenen, nur fügen wir unsererseits hinzu, daß man handelspolitische und steuerpolitische Fragen mit zu den Hauptproblemen des Sozialismus wird rechnen müssen. Das, worauf es hier ankommt, ist, daß kein sozialer Reformfortschritt ohne demokratisch-politische Fortschritte erreicht werden kann. Weder Staatssozialismus, noch Arbeiterkoalition, noch Arbeiterschutz, noch Arbeiterkonsumorganisation gedeihen bei einer Staatspolitik, die überwiegend in den Händen der Gegner der Demokratie liegt. Was nützt uns beispielsweise eine Verstaatlichung der Bergwerke, solange diese weder ihren Arbeitern noch dem Kohlen bezahlenden Publikum gegenüber anders handeln als das privatkapitalistische Kohlensyndikat? Wann kommen wir zur vollen Koalitionsfreiheit der Arbeiter, solange wir vor lauter Polizeigesetzen uns nicht rechts und links wenden können? Wer beschließt einen Arbeiterschutz, der nicht Arbeitertrutz werden soll, solange das Kartell der Besitzenden politisch allmächtig ist? Wer läßt Konsumgemeinschaften zu der Höhe kommen, bei der sie erst wirklich etwas nützen, im heutigen Zustande des Staats? Vor allem Sozialismus steht die Demokratie. Ohne demokratische Erfolge sind

wir im Sozialismus auf einem toten Strang. Es bleibt also auch bei Bernsteinscher Grundauffassung unzweifelhaft wahr, daß die Sozialisten um demokratische Macht ringen müssen. Auch opportunistische Sozialisten müssen ebenso wie utopistische eine demokratische Machtpolitik treiben. Es fragt sich nur, welcher Art diese zu sein hat.

II. Die Unmöglichkeit der demokratischen Revolution.

Bernstein sagt dem Proletariat, daß es selbst bei Erreichung der Macht nicht imstande sein würde, die Umwandlung der Gesellschaftsordnung zu vollziehen. Er schreibt:

> Trotz der großen Fortschritte, welche die Arbeiterklasse in intellektueller, politischer und gewerblicher Hinsicht seit den Tagen gemacht hat, wo Marx und Engels schrieben, halte ich sie doch selbst heute noch nicht für entwickelt genug, die politische Herrschaft zu übernehmen.

Wenn er damit sagen will, daß eine bis jetzt abhängige Klasse, deren Zugehörige in Lohnarbeit ihr tägliches Brot erwerben, sich in der weitaus größten Mehrzahl ihrer Glieder keine politische Führerfähigkeit erwerben konnte, so hat er zweifellos recht. Es kann aber zugestanden werden, daß auch andere Klassen nur einen geringen Bruchteil politisch leitender Köpfe besitzen. Auch die aristokratischen Klassen überlassen ihre politischen Geschäfte einer Minderzahl von Personen, oft Leuten, die gar nicht im engeren Sinn ihre Klassenangehörigen sind. Es würde denkbar sein, denkbar wenn auch vielleicht nicht wahrscheinlich, daß eine siegreiche Arbeiterklasse die nötigen Kräfte für eine Diktatur des Proletariates aus der Mitte des seitherigen Beamtentums und Bürgertums finden würde. Sie selbst würde freilich im Anfang nur wenige aus ihr geborene Köpfe in die Staatsleitung senden können, denn Staatsleitung ist bekanntlich kein Handwerk, was man in vierzehn Tagen nebenbei lernt. Wir wollen aber, um unsere Untersuchung nicht unnötig zu beschweren, zugeben, daß es an sich möglich sei, daß eine siegreiche revolutionäre Bewegung auf längere Zeit am Ruder bleiben kann. Wieviel sie in diesem Fall wirtschaftlich würde verändern können, gehört nicht hierher. Zugestanden ist nur, daß

eine zahlreiche, gut disziplinierte, in sich einheitliche Demokratie im Fall des Sieges auch ihre politischen „Handlanger" würde finden können.

Aber anders steht es mit der Vorfrage: ist ein revolutionärer Sieg der Demokratie unter unseren vorhandenen geschichtlichen Verhältnissen überhaupt möglich? Von der Beantwortung dieser Frage hängt alles Weitere ab. Ist es möglich, daß die Sozialdemokratie im Sturm, bei irgendwelcher politischen Lage, die Herrschaft in Deutschland an sich reißt, die bisherigen Fürsten und Verfassungen stürzt und sich an die Stelle der jetzt herrschenden Schichten setzt, kann sie die Macht, die Souveränität, ergreifen, kann sie die ganze alte politische Welt aus den Angeln heben, dann ist auch ihre ältere Taktik richtig, dann ist und bleibt Bebel auf dem richtigen Wege. Kann sie es aber nicht, dann soll sie aufhören, sich als revolutionäre Partei zu bezeichnen und mit dieser Bezeichnung ihren Anhängern die Sachlage zu verdunkeln!

Es würde zu einer politischen Untersuchung dieser wichtigen Grundfrage schwerlich passen, wenn wir gegenüber der Revolution moralische Gesichtspunkte hervorheben wollten. Ob eine Revolution berechtigt ist, ergiebt sich aus ihrem Erfolge. Unsere ganze Gegenwart ruht auf vergangenen Gewaltthaten. Es giebt keine einzige politische Macht, die nicht Menschenblut vergossen hat, um bestehen zu können. Jeder deutsche Einzelstaat hat seine rote Geschichte. Überall sitzen entthronte, mediatisierte, gestürzte alte Herrschaften Auch das neue Deutsche Reich ist durch Blut und Annektierung entstanden. Bismarck war gegenüber dem früheren Deutschen Bund ein rücksichtsloser Revolutionär. Mit demselben Rechte, mit dem er Kronen brach und Urkunden zerriß, können neue Mächte das jetzige geschichtliche Recht verletzen. Es fragt sich eben nur, ob es Mächte giebt, die dazu geschichtlich berechtigt sind. Geschichtliches Recht hat, solange die Welt steht, nur der Stärkere gehabt. Preußen hatte recht, weil es siegen konnte. Wenn es nicht siegen konnte, so war das Vorgehen König Wilhelms I. und seiner politischen und militärischen Helfer ein geschichtlicher Frevel, ein Sturz in den Abgrund, eine zwecklose, unverantwortliche Opferung von Blut, Recht und Gut. So aber ist heute und für alle absehbare Zeit die Lage der Demokratie: sie darf um keinen Preis Revolution machen, weil sie bei jedem Versuche verlieren muß!

Wir reden, indem wir dies sagen, von Deutschland. Es ist sehr wohl möglich, daß in einem anderen Lande die Verteilung der Kräfte anders ist. Es sei verstattet, einen Augenblick auf Belgien hinzuweisen. Dort fanden, wie man weiß, im Sommer 1899 Straßenkundgebungen statt, deren Erfolg die Zurückziehung einer konservativ-klerikalen Wahlrechtsverschlechterung war. Es scheint nun zwar in diesem Zeitpunkt, als ob der Erfolg kein dauernder sein würde, aber auch schon die vorhandene vorübergehende Einwirkung genügt, um zu behaupten: es giebt Fälle, wo im modernen Staat das Proletariat als Machtfaktor direkt auftreten kann. Die parlamentarischen Mittel der vereinigten Liberalen und Sozialisten reichten gegenüber der vorhandenen feindlichen Majorität nicht aus. Petitionen an den König hatten wenig Aussicht auf Erfolg. Der parlamentarisch gewöhnte König regierte eben parlamentarisch-klerikal. Die Regierung hatte alle Mittel des Militärs und der Polizei in Händen. Nach jeder rein äußerlichen Berechnung war es ausgeschlossen, daß das demonstrative Auftreten der Sozialisten etwas erreichen werde. Wenn es dennoch etwas erreichte, so lag das an der inneren Unsicherheit und Gefühlsweichheit der Herrschenden. Sie konnten bei dem Charakter ihres Volkes dem Eindruck nicht widerstehen, den es in der Kammer machte, als der ehrwürdige sozialistisch-demokratische Professor Denis die Leiden der im Spital liegenden zerschossenen unschuldigen Opfer des Straßenkampfes schilderte. Mit dem ganz unpolitischen Motive des Mitleides gegenüber wenigen unglücklichen Personen siegte, wenigstens zeitweilig, die Demokratie.

Man kann sich diesen belgischen Vorgang nicht vergegenwärtigen, ohne an die Revolution von 1848 in Berlin zu denken. Auch damals entschied die Unsicherheit und Gefühlsweichheit Friedrich Wilhelms IV. den halben Sieg des liberalen Bürgertums. Es giebt eben in der Geschichte unberechenbare persönliche Stimmungen sowohl bei Herrschern wie bei Parteien. In der französischen Revolution gab es eine Nacht voll ungeahnter Opferbereitschaft der Priviligierten. Kann darum nicht auch eine deutsche Demokratie auf ihr gutes Glück trauen und auch da der Revolution entgegengehen, wo sie keine Aussichten zu haben scheint?

Es ist in der That die Spekulation auf das Unerwartete beim Fragen

nach den Aussichten einer Revolution nicht völlig auszuschließen. Bei allen großen Umwandlungen der Vergangenheit gab es Wagnis und keckes Erfassen zufällig kommender günstiger Augenblicke. Aber auch zufällige Ereignisse kommen nur denen zu Nutze, die stark genug sind, sie zu verwerten. Das aber leugnen wir völlig, daß die Sozialdemokratie in Deutschland auch nur entfernt den Grad von Kraft habe, der zur gewaltsamen Eroberung der politischen Oberherrschaft gehört.

Vielleicht scheint es zwecklos, über diesen Satz erst länger zu sprechen, da man kaum jemals in Deutschland einen politisch unterrichteten Menschen findet, der das Gegenteil behauptet. Da wir aber beabsichtigen, von dem Zugeständnis aus, daß eine Revolution unmöglich ist, weitgehende Folgerungen zu ziehen, so dürfen wir es uns nicht erlassen, dieses Zugeständnis auf seine Sicherheit hin zu prüfen. Nur auf Grund der Unmöglichkeit der Revolution können wir die Taktik Bebel-Kautskys erfolgreich verwerfen.

Vorausgeschickt muß werden, daß im Zeitalter des Verkehrs bei Staatseisenbahn, Staatstelegraph, Staatspost das Übergewicht der Staatsmacht von vornherein größer ist als in jedem früheren Jahrhundert. Unter allen Umständen hat die Staatsleitung Kräfte genug, um die Staatsverkehrsanstalten zu hindern, der Revolution zu dienen. Man würde den politisch in Brand geratenen Ort verkehrspolitisch isolieren. Das übrige Land würde vom Kampfplatz kaum soviel Nachricht bekommen, als Europa durch den englischen Kabel vom Krieg in Transvaal. Bei Proklamierung des Kriegsrechtes würde der Zeitungsvertrieb durch die Post eingestellt werden. Wo sind die Kräfte, die trotzdem die Beteiligung der Provinzen zu wecken imstande wären?

Bedacht muß ferner werden, daß die Abschneidung der Zufuhr durch den Gütertransport der Eisenbahn jede Großstadt binnen wenigen Tagen zur Verzweiflung treiben kann. Es genügt, an die Folgen mangelnder Milcheinfuhr für die Kinder zu denken. Natürlich würde die arme Bevölkerung durch eine solche Maßregel am härtesten betroffen werden, da sie vielfach auf Kredit lebt und über keine Lebensmittel im Haushalt verfügt. Ohne Lebensmittel ist aber bekanntlich die größte Wut, die allerdings durch diese Abschneidungen entstehen würde, wehrlos.

Schneidet der Staat die Zufuhr ab, so schneidet die Revolution die Gas- und Wasserleitungen auf. Sie hat ja Arbeiter genug, die wissen, wie das gemacht wird. Niemals früher hat es ein so unheimliches Revolutionsmittel gegeben als dieses, aber allerdings ein äußerst zweischneidiges Mittel, bedenklicher fast für die Lebenserhaltung und Disziplin der Kämpfer als der Verteidiger.

Eine moderne Großstadtrevolution ist nicht ein Zwischenspiel, wie es die früheren bürgerlichen Revolutionen in Berlin, Dresden, Leipzig und Frankfurt waren, wie es auch der schon erwähnte Straßenauflauf in Brüssel war, eine Revolution, die um die Souveränität kämpft, ist ein Ringen auf Leben und Tod, ungeheuer in ihren Zerstörungen, wie der Krieg der Zukunft, dessen Greuel niemand sich genügend vorstellen kann. Nur eine Revolution größten Stiles kann im Staate etwas ändern. Eine solche aber wird in Grund und Boden geschossen, ehe sie wirklich aufsteigt. Auch wenn man zugeben wollte, daß im Heer genügend sozialdemokratische Gesinnung vorhanden sei, so würde es aller seitherigen Erfahrung widersprechen, wenn man glauben wollte, daß im Momente des blutigen Kampfes die Truppe zweifelhaft sein könnte. Sobald etliche Soldaten durch Steinwürfe und Revolverschüsse getötet sind, bemächtigt sich des Heeres ein Geist unbarmherziger Kampfesgier. Dazu kommt, daß das Offizierkorps geschlossen gegen die Revolution steht und daß man die Truppen sorgsam auswählen wird, die man ins Feuer schickt. In dieser Hinsicht hat Fr. Engels recht in seiner Einleitung zur 3. Auflage der „Klassenkämpfe in Frankreich", indem er die Erfahrungen von 1848 bespricht:

> Seitdem hat sich sehr viel verändert und alles zu Gunsten des Militärs. Sind die Großstädte bedeutend größer geworden, so noch mehr die Armeen. Paris und Berlin sind seit 1848 nicht ums Vierfache gewachsen, ihre Garnisonen aber um mehr als das. Diese Garnisonen können vermittelst der Eisenbahnen in 24 Stunden sich mehr als verdoppeln, in 48 Stunden zu Riesenarmeen anschwellen. Die Bewaffnung dieser enorm verstärkten Truppenzahl ist unvergleichlich wirksam geworden. 1848 der glatte Perkussionsvorderlader, heute der kleinkalibrige Magazinhinterlader, der viermal so weit, zehnmal so genau und zehnmal so rasch schießt wie jener. Damals die relativ schwach wirkenden Vollkugeln und Kartätschen der Artillerie, heute die Perkussionsgranaten, deren eine hinreicht, die beste Barrikade zu zertrümmern.

Nur da können Revolutionen Erfolg haben, wo der Staat als Staat

schwach geworden ist. Das ist er bei uns in keiner Weise. Das ganze letzte halbe Jahrhundert bedeutet ein beständiges Stärkerwerden der Staatsenergie. Das neue Deutsche Reich ist kein wackliger Bau wie etwa das Österreich von 1848, und selbst dieses hat sich gehalten. Man steht auch auf den obersten Stufen der Staatsverwaltung diesen Dingen anders gegenüber als früher. Wilhelm II. würde kein Friedrich Wilhelm IV. sein. Das ganze besitzende Bürgertum würde wie ein Mann zur Krone stehen, so oft es vorher über sie gescholten haben mag. Die Zusammenballung der staatserhaltenden Kräfte würde ungeheuer sein, die Niederlage unsagbar blutig, die Folge ein aristokratisch-despotisches Zwangsregiment von tyrannischer Macht. Indem Deutschland die Revolution bekämpft, würde es um sein Staatsleben als Volk unter Völkern kämpfen, denn im Kaisertum liegt, wie wir später zeigen werden, die Möglichkeit seiner politischen Zukunft nach außen.

Dazu kommt, daß nach unserer Meinung die Mehrzahl der Proletarier gar nicht revolutionär ist. Viel revolutionärer als der Industriearbeiter ist der in Verzweiflung geratene Handwerker und Kleinbauer. In diesen Leuten ist weniger Sinn für den ruhigen Fortschritt der Organisation. Der gelernte Arbeiter aber hat mehr Blick für die Notwendigkeit der Ordnung in komplizierten Verhältnissen. Gerade der großindustrielle Arbeiter ist gewöhnt, den Mechanismus der volkswirtschaftlichen und technischen Arbeit zu sehen und wird sich sehr scheuen, von der Zerstörung der Staatsmaschine Besserung des Gesamtbetriebes zu erwarten. Auch hat er heute nicht mehr, wie in den Tagen des kommunistischen Manifestes, nichts anderes zu verlieren als seine Ketten. Er hat eine gewisse Lebenshöhe erklommen, die zwar unzureichend ist, aber dennoch einen unleugbaren Fortschritt gegen früher bedeutet, er hat, wenn auch unter Polizeichikanen, Verbände und Kassen, und er hat politisch etwas, was bei allen früheren Revolutionen fehlte: das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag.

Das allgemeine Wahlrecht, über dessen Vorzüge und Mängel in der Durchführung wir an anderer Stelle sprechen, ist geradezu ein Sicherheitsventil gegen Revolutionen. Es giebt der Masse die Möglichkeit, ihre Kraft in Perioden von höchstens 5 Jahren zu erforschen und der

Welt zu zeigen. Damit fällt der dumpfe Gedanke älterer Zeiten hinweg, als gäbe es unzählbare, unbesiegbare große Gewalten in der Tiefe. So stattlich die sozialdemokratischen Wahlziffern sind, so sind sie längst keine Majorität, die das gesamte deutsche Volk ohne weiteres repräsentieren könnte. Im Jahre 1898 gab es bei der Reichstagswahl

Wahlberechtigte . . .	11 441 100
Gültige Stimmen . . .	7 752 700
Sozialdemokraten . . .	2 107 100.

Vergegenwärtigt man sich nun, wie viele sozialdemokratische Wähler niemals daran denken, sich in einen revolutionären Kampf persönlich einzustellen, und wie wenige nichtsozialdemokratische Elemente sich an der Revolution beteiligen würden, so sprechen die Ziffern für sich allein eine deutliche Sprache. Und wenn es auch möglich ist, daß die Ziffern bei zunehmender industrieller Bevölkerung beträchtlich wachsen, so nimmt die revolutionäre Kraft nicht mit der wachsenden Ziffer zu. *Je breiter der Umkreis der Parteizugehörigkeit wird, desto mehr wächst die Idee, auf dem Boden des gegenwärtigen Staates parlamentarisch-politische Erfolge zu erringen.* Die sozialdemokratische Partei war in ihrer Gesinnung am revolutionärsten, als sie am kleinsten war. Gerade der prinzipientreue Demokrat muß bei Berücksichtigung des vorhandenen Stimmenverhältnisses zugeben, daß für eine souveräne Demokratie die Vorbedingungen nicht vorhanden sind.

Diese Unmöglichkeit, der Demokratie in der gegenwärtigen Geschichtsperiode in Deutschland durch Revolution zum politischen Siege zu verhelfen, ist von der Sozialdemokratie seit langer Zeit eingesehen worden. Mit achtungswertester Sorgfalt vermeidet die Parteileitung alles, was zu Revolten führen könnte. Sie weiß, daß sie nur den Gegnern dienen würde, wenn sie irgendwo kleinere blutige Zusammenstöße auch nur ihrerseits dulden würde. Nie bis jetzt in der Weltgeschichte ist eine große Volksbewegung so diszipliniert entstanden, wie der demokratische Sozialismus in Deutschland. Nichts ist dummer und unrichtiger, als wenn in der konservativen und kapitalistischen Presse die Sozialdemokratie nach wie vor als das rote Gespenst hingestellt wird. *In Wirklichkeit ist sie keine revolutionäre Partei mehr.* Der einzige Fall, den unseres Wissens

einzelne Sozialdemokraten als denkbar setzen, wenn sie das Wort revolutionär in seinem alten eigentlichen Sinne beibehalten, wird aller Voraussicht nach nicht eintreten, und wenn er einträte, so würde auch er keine erfolgreiche Revolution schaffen können. Dieser Fall ist folgender: in Zeiten schlechten Geschäftsganges, wo an sich Hunger, Unglück und Verzweiflung mehr als jetzt vorhanden sind, könnte ein konservativ-absolutistisches Regiment dazu kommen, das Reichstagswahlrecht in ähnlicher Weise zu verschlechtern, wie man im Königreich Sachsen das Landtagswahlrecht verkürzt hat. Ein solches Vorgehen würde den leidenschaftlichsten Zorn des Volkes hervorrufen und in solchem Fall würde, so sagt man, eine Revolution berechtigt sein.

Wenn wir dieser Möglichkeit gegenüber behaupten, sie werde nicht eintreten, so stützt sich diese Zuversicht nicht auf irgendwelches persönliche Zutrauen. Wenn es in Sachsen möglich war, daß König Albert seinen Namen unter das betreffende Gesetz schrieb, so ist Ähnliches auch außerhalb Sachsens nicht undenkbar. Selbst darauf, daß der Reichstag sich nicht selbst zu einem Klassenhaus herabwürdigen werde, verlassen wir uns nicht durchaus, denn wir wissen nicht, wie sich das Zentrum weiter entwickelt, und halten auch für nicht ausgeschlossen, daß der Reichstag einfach nach Hause geschickt wird, wenn man ein neues Wahlgesetz dekretieren will. Die größte Schwierigkeit für etwaige Wahlrechtsverkürzungen liegt darin, daß eine jede von ihnen in die Verhältnisse und Kompetenzen der Einzelstaaten eingreifen würde. Wir haben keine einheitliche Einkommensteuer im Reich, würden aber zur Wahl eines Klassenhauses einer solchen bedürfen. Dieser technische Punkt ist von weitgehender Wichtigkeit und sollte gelegentlich auch die beschäftigen, die in gutem Eifer Reichseinkommensteuer fordern. Die Einzelstaaten, besonders die süddeutschen Regierungen, werden auf Verminderung ihrer Kompetenzen zum Zweck einer Wahlrechtsverschlechterung in keinem Falle eingehen, und daß auch über ihren Kopf hinweg die Reichsverfassung geändert werde, ist aus Gründen der Selbsterhaltung des Deutschen Reiches ausgeschlossen.

Aber selbst den schlimmsten denkbaren Fall angenommen: Reichstagswahlrechtsverschlechterung bei wirtschaftlicher Krise, auch in diesem Fall reichen die Kräfte der Demokratie nicht aus, um revolutionären

Widerstand zu leisten. Wenn in diesem Fall nicht das Bürgertum sich anders verhält als im Königreich Sachsen, verläuft die Sache genau wie dort. Die sächsische Sozialdemokratie ist zahlreich und gut organisiert — was hat sie machen können? Es ist traurig, die Hilflosigkeit gegenüber politischen Rechtsverschlechterungen konstatieren zu müssen, aber bei grundsätzlicher politischer Untersuchung gilt es, den Thatsachen ins Auge zu blicken, wie sie sind. Thatsache ist, daß eine demokratische Revolution in Deutschland unmöglich ist. Eine Verschlechterung der Wirtschaftslage kann den Radikalismus der Gesinnungen wieder etwas steigern, aber die politische Kraft der Demokratie nicht erhöhen.

Davon, daß etwa die Sozialdemokratie die Zeit eines unglücklichen äußeren Krieges in der Weise der französischen Kommune von 1871 benutzen würde, rede ich nicht, denn das geschieht in Deutschland niemals. Ein Krieg nach außen macht uns alle sofort mit Naturgewalt zu einer geschlossenen Einheit und keine Agitation würde, selbst wenn sie wollte, imstande sein, die dann aus Millionen Arbeitern hervorbrechende opferbereite Vaterlandsliebe zu hemmen.

Es ist also in der That nichts als eine Redensart, wenn man von der revolutionären Sozialdemokratie redet. Die sozialdemokratischen Führer haben sich aber aus Rücksicht auf ihre eigene Vergangenheit und auf den Rhythmus, der im Wort Revolution liegt, nicht entschließen können, das Wort „revolutionär" außer Gebrauch zu setzen. Sie erklären Revolution als Evolution und nennen das den „wissenschaftlichen Sprachgebrauch" oder sie behaupten, daß das Endziel an sich „revolutionär" sei und daß man nur nicht wissen könne, ob man mit oder ohne Gewalt zu ihm gelangen werde. Bernstein hat recht, wenn er dieses Verfahren eine Zweideutigkeit nennt. Man nimmt ein Wort, das nach allem bisherigen geschichtlichen Sprachgebrauch dem vorhandenen Staat den Krieg auf Leben und Tod ankündigt, und wundert sich dann, wenn der Staat dieses Wort im alten üblichen Sinne auffaßt. Weil die Sozialdemokratie „revolutionär" ist, kann der Staat immer wieder gegen sie mobil machen. Revolutionäre dürfen sich nicht beschweren, wenn auf sie geschossen wird, denn sie erklären ja selbst, indem sie diesen Namen brauchen, schießen zu wollen, sobald sie können. Sie erklären den Krieg und werden sentimental, wenn

die Kriegserklärung angenommen wird! Links halten sie die alte rote Fahne hoch und rechts schwenken sie das weiße Tuch der Parlamentäre, indem sie die Revolutionsfahne als Reformprogramm bezeichnen! Diese Unklarheit hat etwas Unwürdiges an sich, selbst wenn man imstande ist, sie geschichtlich zu verstehen. Es ist Zeit, hohe Zeit, daß die Demokratie in Deutschland ihre veralteten und zwecklosen revolutionären Eierschalen abwirft. Erst wenn sie das thut, kann sie ein positives demokratisch-politisches Programm gewinnen.

III. Die Träger der Demokratie.

Wir haben bisher nur von der Sozialdemokratie gesprochen und nicht von denjenigen Elementen des bürgerlichen Liberalismus, deren liberal-demokratische Grundrichtung unbestreitbar ist. Wir konnten auch in der That nicht anders anfangen, denn ein Anfangen der Untersuchung vom Standpunkt des bürgerlichen Liberalismus aus würde die ganze Angelegenheit verschoben haben. Die weitere Entwickelung der Demokratie in Deutschland hängt thatsächlich von der Entwickelung der Sozialdemokratie ab. Das ergiebt sich rein äußerlich schon aus den Wahlziffern der letzten Wahl. Es erhielten Stimmen:

die Sozialdemokratie . . .	2 107 100	
die deutsche Volkspartei . .	108 500	862 500.
die freisinnige Volkspartei .	558 300	
die freisinnige Vereinigung .	195 700	

Wollte man also auch, wozu keinerlei Berechtigung vorliegt, die drei links-liberalen Parteien als eine Einheit rechnen, so würden sie selbst vereinigt nicht von fern an die Sozialdemokratie heranreichen. Außerdem ist es bekannt, daß nicht sie, sondern die Sozialdemokratie die größere werbende Kraft besitzt. Es kann sich in Deutschland nicht mehr darum drehen, ob der bürgerliche Liberalismus die Sozialdemokratie wieder in sich auffaugt, sondern darum, wann und wie letztere es den genannten bürgerlichen Kreisen ermöglicht, sich der von ihr getragenen demokratischen Gesamtbewegung anzuschließen. Der bürgerliche Liberalismus hat auf Grund des allgemeinen

Wahlrechtes die Führung in der Demokratie verloren. Ob dieser Vorgang naturnotwendig war oder ob er durch besonderes Verschulden der liberalen Parteien herbeigeführt wurde, kann uns an dieser Stelle gleichgültig sein.

Der heutige Zustand ist der, daß die für die moderne Entwickelung wichtigsten Plätze, die Großstädte und Industriegegenden überwiegend von der Sozialdemokratie besetzt sind. Wo großstädtische und industrielle Wahlkreise nicht sozialdemokratisch sind, gehören sie nur in einzelnen wenigen Fällen dem linken Liberalismus, öfter sind sie dann klerikal oder reaktionär. Der linke Liberalismus stützt seine Mandate fast nur durch Stichwahlen und lebt mehr vom oppositionellen Bauerntum als von der Industriebevölkerung. Er vertritt also, wenn man seine erfolgreichen Wahlkreise in Betracht zieht, eine Bevölkerungsschicht, die unzweifelhaft zur Gesamtdemokratie gehört, die aber in ihr aus später zu erwähnenden Gründen immer nur Hilfstruppe bleiben kann.

Damit kommen wir zu dem Punkt, der für das sachliche Verständnis der neudeutschen Demokratie der wichtigste ist, zur Besprechung der sozialen Schichten als Grundlage der politischen Gruppierungen. Der ältere Liberalismus scheut sich noch immer, den Zusammenhang zwischen sozialer Schichtung und politischer Gruppenbildung offen anzuerkennen, weil er fühlt, daß er mit dieser Anerkennung sich den Boden seiner selbständigen Existenz unter den Füßen hinwegzieht. Er pflegt noch vom Kampf der Überzeugungen und Ansichten zu reden, ohne nachzuforschen, wie es kommt, daß gewisse Ansichten als Massenerscheinung auftreten. Es ist aber nicht zu leugnen, daß der Marxismus mit seiner historisch-materialistischen Erklärung hier eine Grundlage der Erkenntnis geschaffen hat, die nicht wieder verlassen werden wird, so viele Einzelerscheinungen sich auch dem systematischen Gedankengang schwer einordnen lassen. Die größte Schwierigkeit bietet die Erklärung des Zentrums, eine Aufgabe, an deren Lösung wir uns später versuchen werden. Abgesehen vom Zentrum und den Polen und protestlerischen Gruppen, wirkt innerhalb der Nation die Einteilung der Wähler nach Berufsgruppen am entscheidendsten. Sie ist wenigstens gegenüber dem früheren, parteibildenden Hauptgesichtspunkt, der Einigung Deutschlands mit oder ohne preußische Spitze, zum Ausgangspunkt aller neueren inneren Politik in Deutschland geworden.

Demokratie ist der politische Ausdruck für die Bestrebungen der neudeutschen industriellen Masse. Mit dem Wachstum dieser Masse steigt die Demokratie. Was wirtschaftlich Sozialismus heißt, tritt politisch, wie wir schon sahen, als Demokratie auf. Um also den Umfang des für die demokratische Bewegung verfügbaren Bevölkerungsmaterials zu verdeutlichen, müssen wir dem Leser Bevölkerungs- und Berufsziffern vortragen.

Deutschland war im Anfang des Jahrhunderts ein agrarisches Land. 80 % der Bewohner waren landwirtschaftlich beschäftigt. Mit Ausnahme einer in den allerersten Anfängen befindlichen Industrie waren alle Volksgenossen Diener der Landwirtschaft. Der Handwerker, Kaufmann, Gelehrte diente einem Volke von Landwirten. Damals galt der Satz: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt." Es gab nur einen Massenstand, der zwar in sich alle Abstufungen vom gräflichen Großgrundherren bis zum Ziegenbauern und Tagelöhner umfaßte, der aber als Ganzes nur eine für das ganze Volk rinnende Nahrungsquelle besaß und bearbeitete, den Boden. Dieses landwirtschaftliche Deutschland ist das alte Deutschland. In dieses hinein setzte sich im Laufe des verflossenen Jahrhunderts das neue industrielle Deutschland, anfangs mehr als Anhang und Nebenwerk zum landwirtschaftlichen Bestande, zusehends aber steigend in seinen Zahlen und Leistungen, die Landwirtschaft vielfach seinerseits mit belebend, ihr allmählich ebenbürtig werdend und einen neuen Massenstand erzeugend: das neudeutsche Industrievolk. Auch dieses Industrievolk hat in sich alle Abstufungen vom freiherrlichen Kommerzienrat bis zum schlesischen Weber und bis zum Handlanger beim Kohlensortieren, es hat aber auch seine Einheit in sich, es lebt von der Maschine. Jetzt kann man höchstens noch sagen: Hat der Bauer Geld, lebt die halbe Welt, hat die Industrie Verdienst, zehrt von ihr die andere Hälfte! Aber die Hälfte, die von der Landwirtschaft lebt, wird im Verhältnis kleiner, die jedoch, die von der Industrie lebt, wird im Verhältnis größer. Von der Industrie leben bereits jetzt die größere Zahl der Handwerker, Kaufleute, Lehrer, Beamte u. s. w., und zwar leben sie vom Wohlstande der lohnarbeitenden Industriemasse. Vom Unternehmergewinn der industriellen Oberschicht kann nur ein Teil der Handwerker und Kaufleute leben. Die Hauptfrage für die Kaufleute, Bäcker, Metzger, Schuhmacher, Schneider, Baumeister, Ärzte, Litteraten

des neuen industriellen Deutschland ist der Lohn der Arbeiter. Nach der Lohnhöhe reguliert sich die gesamte Lebenshöhe der industriellen Hälfte des Volkes. Es giebt im Grunde nur zwei Zentren, um die sich die Wirtschaftspolitik, soweit sie innere Politik ist, dreht: Getreidepreis und Lohn. Dort, wo die Lohnfrage am entschiedensten vertreten wird, ist der natürliche Krystallisationskern für die innerpolitische Gruppierung der neuen Masse.

Wenn im Anfang des Jahrhunderts die Landwirtschaft 80 % der Bevölkerung umfaßte, so besaß sie im Jahre 1895 nur noch 33,74 %. Industrie und Gewerbe enthielt in demselben Jahre 39,12 %, also bereits 3,38 % der Gesamtbevölkerung mehr als die Landwirtschaft. Im Handel waren 11,52 % thätig und in sonstigen Berufen lebten 13,62 %. Man sieht, daß schon 1895 der Sieg des industriellen Teils ziffermäßig hervortrat. Inzwischen ist die Bevölkerung rapid gewachsen und mit Sicherheit läßt sich vorhersagen, daß die Landwirtschaft unter 30 % sinken und Industrie und Gewerbe über 40 % und mehr steigen wird.

In diesen Prozentzahlen ist allerdings eine doppelte Ungenauigkeit enthalten, die ausgesprochen werden muß, damit falsche politische Schlüsse vermieden werden. Ein gewisser Teil der im Gewerbe beschäftigten Personen sind direkt von der Landwirtschaft abhängig: das Handwerk der vom Lande aus ernährten Kleinstädte. Sie müssen politisch zur agrarischen Hälfte gezählt werden. Andererseits aber gehören bereits große Teile der kleinbäuerlichen und bäuerlichen Landwirtschaft thatsächlich zum Interessenkreise der industriellen Entwickelung, da sie mehr vom Lohn der Arbeiter als vom Weltmarktpreis des Getreides abhängen. Überall, wo die hohen Schlote rauchen, bekommt in kurzer Zeit die Landwirtschaft ein anderes Gesicht, sie wird dort wohlhabender, kaufmännischer, selbst eine Abart der Industrie. Beides nun, der agrarische Anteil am Gewerbe und der industrielle Anteil an der Landwirtschaft, läßt sich nicht mit genauen Zahlen aussprechen, man wird aber kaum fehlgehen, wenn man für den gegenwärtigen Zeitpunkt beide Gruppen als etwa gleich ansetzt. In diesem Fall darf man die obengenannten Ziffern verwerten, ohne das Bewußtsein eines größeren Fehlschlusses haben zu müssen.

Auch wenn man geneigt sein sollte, in der Weise von Professor

Oldenberg die industrielle Zukunft im allgemeinen pessimistisch anzusehen, kann man sich der Thatsache der Entstehung des neuen Industrievolkes nicht entziehen. Es ist vorhanden und will leben, deshalb will es sich politisch bethätigen. In ihm überwiegt aber, wie schon erwähnt, durch seine Zahl und demnach durch seinen parteipolitischen Einfluß der Lohnarbeiter. Auch in dieser Beziehung müssen wir auf die Zählung von 1895 zurückgreifen. Es gab damals in Industrie, Bergbau und Gewerbe folgende Gruppen erwerbsthätiger Männer:

Industrie	Unternehmer, Direktoren, Besitzer u. s. w. . .	1 385 270
	Wissenschaftl., techn., kaufm. gebildetes Personal .	254 421
	Lohnarbeiter	4 932 546
		6 572 237
Hausindustrie	Selbständige Hausindustrielle	157 002
	Hausindustrielle Gehilfen	30 863
		187 865

Die Gesamtsumme des männlich erwerbsthätigen Industrievolkes ist also 6 760 102. Die entsprechende landwirtschaftliche Gesamtziffer heißt 5 539 538. In beiden Zahlen sind die nicht wahlberechtigten Altersstufen unter 25 Jahren inbegriffen. Die Frauen haben wir außer acht gelassen, weil sie in absehbarer Zeit für die politische Machtverteilung nicht in Betracht kommen. Es ergiebt sich ohne weiteres das große Übergewicht der Lohnarbeiter, ein Übergewicht, das um so stärker ist, als in der Zahl der Unternehmer ein ganzes Teil kleinster Unternehmer inbegriffen ist, die nicht zur Unternehmerklasse im eigentlichen Sinne gerechnet werden kann, und als die Hausindustrie in ihrer überwiegenden Majorität zu den Lohnarbeitern zu zählen ist. Der Lohnarbeiterstand ist bereits heute der kompakteste Massenstand der Nation und er wird es immer mehr werden.

Nach den Schätzungen des statistischen Amtes betrug unsere Gesamtbevölkerung in der Mitte der Jahre

1895 . . .	52 001 000
1896 . . .	52 735 000
1897 . . .	53 514 000
1898 . . .	54 283 000
1899 . . .	55 052 000

Voraussichtlich werden diese vorläufig konstruierten Zahlen durch das Ergebnis der nächsten Zählung noch übertroffen, da wir eine statistisch schwer faßbare große Zuwanderung haben, und die Kinderzahl schneller steigt, als in obiger Schätzung angenommen ist. Im Jahre 1898 war der Überschuß der Geborenen über die Gestorbenen 847 000. Nach bisherigen vereinzelten Veröffentlichungen erreicht er 1899 sicher 900 000. Nehmen wir für 1900 eine Bevölkerung von 56 000 000 an und setzen für 10 Jahre einen Zuwachs von 9 Millionen, so werden wir haben:

1910 . . . 65 Millionen Menschen
1920 . . . 74 „ „
1930 . . . 83 „ „

Bei dieser Aufstellung ist nicht in Anschlag gebracht, daß sich mit vermehrter Zahl das natürliche Wachstum steigert. Es bleibt also innerhalb der gegebenen Zahlen Raum für starke Rückschläge. Wahrscheinlich übertrifft die Wirklichkeit das hier Berechnete. Aber dieses genügt schon, um die politische Situation völlig klarzumachen. Der Zuwachs kommt fast ausschließlich dem Industrievolke zu gute. Zwischen den zwei Berufszählungen von 1882 und 1895 sank die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung trotz der Bismarckschen Schutzzollgesetzgebung der achtziger Jahre von 19 225 000 auf 18 501 000, während die Industriebevölkerung von 16 000 000 auf 20 253 000 stieg! Selbst eine neue Periode hochschutzzöllnerischer agrarischer Gesetzgebung würde an der weiteren Fortsetzung dieses Prozesses wenig ändern können. Die neuen Menschen kommen, wollen arbeiten und leben. Der Boden ist verteilt und kann auch bei Parzellierung des Ostens und bei Melioration der Ödländereien nur geringe Quantitäten neuer Arbeitskräfte aufsaugen. Um leben zu können, müssen wir industriell fortschreiten. Wir müssen vorwärts, solange wir ein wachsendes Volk sind. Deshalb ist es nur eine Frage der Zeit, wann bei uns der Industrialismus die politische Führung bekommt, mit anderen Worten, wann auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes die Lohnarbeiter parteipolitisch ausschlaggebend werden.

Ist somit festgestellt, daß die Demokratie der industriellen Lohnarbeiter im sicheren unaufhaltsamen Steigen begriffen ist, so ist damit die Frage nach den Trägern der neuen Demokratie doch noch keineswegs erledigt.

Im Gesamtbegriff des Lohnarbeiters giebt es sehr unterschiedliche Schichtungen. Zwar die Sozialdemokratie liebt es nicht, auf das Vorhandensein dieser Schichtungen hinzuweisen, da sie um des noch nachwirkenden alten revolutionären Gedankens willen die Einheit des gesamten Proletariats mit allen Kräften pflegt. Bernstein aber hat die Bedeutung der „Elite-Arbeiter", der Arbeiteraristokratie, wenn man so sagen darf, mehr in den Vordergrund gestellt und, wie wir glauben, mit Recht. Es geschieht dies nicht, um auf eine Spaltung zwischen höheren und niederen Arbeitern zu spekulieren. Eine solche ist im demokratischen Gesamtinteresse auf die Dauer nicht wünschenswert und kann, wenn sie zeitweilig eintreten sollte, nur den Zweck haben, die Führung der proletarischen Oberschicht festzustellen. Auf letzteren Punkt allein kommt es an. Solange die Lohnarbeiterschaft sich vom Gedankengange ihrer unentwickelten Unterschicht leiten läßt, kann sie naturgemäß wenig leisten, denn diese Unterschicht ist ihrer ganzen Anlage nach unpolitisch. Ihr fehlt die nötige Organisation, Einsicht und Disziplin. Mit ungelernten Tagearbeitern kann man zwar Wahlerfolge haben, aber einen reellen politischen Gedankengang pflegt doch nur die Schicht des sogenannten intelligenten Arbeiters. Es soll nicht geleugnet werden, daß sich aus dem ungelernten Proletariat einzelne überaus fähige, politisch tüchtige Köpfe erheben, aber die Schicht als solche ist für die verwickelten, schwierigen Gedankengänge zu wenig reif. Sie muß geführt werden und zwar von der ihr nächststehenden Schicht, vom gelernten qualifizierten Arbeiter. Wir wissen sehr gut, daß sich eine scharfe Grenzlinie zwischen ungelernter und gelernter Arbeit ebensowenig ziehen läßt wie etwa zwischen Handwerk und Industrie, aber trotz fließender Grenzen sind die Unterschiede vorhanden und wirksam.

Im Anfang der deutschen Arbeiterbewegung konnte bei dem damaligen Zustand unserer Industrie von einer Oberschicht innerhalb des Proletariates kaum gesprochen werden, da unsere Industrie, mit billigen Massenartikeln beginnend, wenig Spielraum für bessere Arbeiterqualitäten bot. Das ist inzwischen sehr anders geworden und verbessert sich mit jedem Jahr. Die Industrie sieht ein, daß sie den Weltmarkt mit Qualitätsware erobern muß, da in Quantitätsware doch schließlich der Hindu und der Chinese siegen werden. Die Pariser Weltausstellung zeigt uns neue Fort-

schritte Deutschlands in gehobener Technik. Zu gehobener Technik aber gehört ein gehobenes Arbeiterpersonal. Um dieses herum aber bleiben Millionen von Arbeitern, die Rohmaterial gewinnen, Transport besorgen, Handlangerdienste thun, Bahnen und Kanäle bauen und dergl. Nicht aber die letzteren, sondern die ersteren sind der politisch tragkräftige Teil, um so mehr, als unsere ungelernten Arbeiter sich in steigender Menge aus fremdsprachlichen Elementen rekrutieren, deren Bildungslage das Durchschnittsmaß des deutschen Arbeiters nicht erreicht.

Um einen gewissen Überblick über diese Verhältnisse zu geben, ist es nötig, dem Leser noch einmal Zahlen zu bieten und zwar Ziffern der organisierten Arbeiterschaft. In diesen Ziffern spricht sich die Organisierbarkeit der verschiedenen Berufe aus. Diese Organisationen sind ihrer Natur nach unpolitisch und bestreben sich auch meist, dem Ideal der unpolitischen Gewerkschaft näherzukommen. Wenn wir sie hier aufzählen, so geschieht es, um einen bestimmteren Anhalt für diejenigen Arbeiterkreise zu gewinnen, auf die man bei Erörterung der Träger der Demokratie rechnen kann. Die Gesamtziffer der an die Hamburger Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossenen Arbeiter war nach dem letzten Bericht 493 742. Dazu kommen 17 500 Mitglieder von sozialdemokratischen Lokalorganisationen gewerkschaftlicher Art. Es wird interessieren, die Zahlen etlicher Hauptberufe für das Berichtsjahr (1898) kennen zu lernen:

	Zentralisiert	Lokalorganisiert
Metallarbeiter	74 160	?
Maurer.	60 175	3291
Holzarbeiter	48 589	—
Textilarbeiter	27 679	5000
Bergarbeiter	27 300	—
Buchdrucker	24 020	—
Zimmerer	22 104	1100
Tabakarbeiter	15 613	—

In diesen mächtigen, stark weiterwachsenden Vereinen sammelt sich das gewerbliche Interesse der für ihre Erwerbslage kämpfenden Arbeiter. Viele Arbeiter gehören wegen Beitragspflicht und aus anderen Gründen nicht zu den Verbänden, sehen aber doch diese Verbände als ihre natürliche Führung an. Hier

entsteht Korpsgeist der neuen Masse. In gewissen Berufen haben die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine freisinniger Grundrichtung beträchtliche Ziffern. Sie enthalten gegenwärtig 90 113 Mitglieder, darunter 34 893 Maschinenbauer und Metallarbeiter, 17 689 Fabrikarbeiter und Handarbeiter ohne nähere Bestimmung der Branche, 6712 Tischler, 6400 Schuhmacher und Lederarbeiter, 4874 kaufmännisch Beschäftigte u. s. w. Auch die christlichen Arbeiterverbände bieten bedeutsame Zahlen. Die letzte Statistik auf jener Seite geht bis 1. April dieses Jahres und schätzt die Mitgliederzahl der katholisch-sozialen Fachverbände und christlichen Gewerkschaften auf 142 204, darunter 25 200 Bergarbeiter, 25 638 Eisenbahnhandwerker, 10 650 Eisen- und Metallarbeiter, 3980 Ziegler u. s. w. In den evangelischen Arbeitervereinen sind etwas über 40 000 Lohnarbeiter, vielfach Bergleute, aber auch Angehörige anderer Arbeitsberufe. Die katholischen Arbeitervereine geben ihre Mitgliederzahl auf 152 969 an, unter denen etwa 120 000 Lohnarbeiter sein mögen. Überall wächst der Organisationstrieb der Arbeiterschaft. Er gewinnt in jedem Jahr soviel, daß Jahressteigerungen der Mitglieder von 25 % und mehr in den letzten Jahren nichts Seltenes sind. Was in solchen Korporationen sich zusammenfindet, beweist schon dadurch seine Qualität, daß es fähig ist, für gemeinsame Angelegenheiten Opfer zu bringen.

In den Händen dieser oberen Arbeiterschicht liegt durch den Zwang der modernen Verhältnisse ein wichtiger Teil der deutschen Zukunft. Sie wird durch ihre Geschlossenheit und Gleichartigkeit und durch die weite volkswirtschaftliche Bedeutung der von ihr vertretenen Lebensinteressen zu einem politischen Faktor, der unter besten Aussichten das politische Ringen mit den älteren, erfahreneren politischen Mächten beginnen kann. In ihren Händen liegt die Weiterbildung der deutschen Demokratie zur führenden Partei des neuen deutschen Industrialismus und damit zur bedeutsamen Macht in der Weltgeschichte der deutschen Nation. Selbstverständlich kann die gelernte, organisierbare Arbeiterschaft der Mitarbeit der bürgerlich liberalen Elemente einerseits, der freiheitlichen Bauern und der ungelernten Arbeitermasse andererseits nicht entbehren, sie aber steht in der Mitte der Truppe, die die neudeutsche Zukunft sucht, denn sie kämpft prinzipiell am geschlossensten für das Existenzquantum des deutschen industriellen Volkes, für den Lohn.

IV. Demokratie als Gesinnung.

Was „Demokratie" eigentlich ist, läßt sich nicht ganz leicht sagen, da zur Zeit unter diesem Worte eine Mehrheit von Stimmungen und Gedanken ungeordnet nebeneinander leben. Gehen wir zunächst daran, die Demokratie als Stimmung oder Gesinnung zu erfassen! Indem wir dieses thun, können wir keine scharfe Grenze zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie innehalten, da die sozialdemokratische Tageslitteratur sehr vielfach gerade auf dem Gebiet demokratischer Gesinnungsäußerung von bürgerlichen Quellen abhängig ist. Man kann insbesondere den Einfluß von Eugen Richters „Freisinniger Zeitung" in allen den Punkten, wo er und die Sozialdemokratie übereinstimmt, weithin in sozialdemokratischen Blättern verfolgen. Vielleicht ist es überhaupt nicht falsch, eine Darstellung der demokratischen Gesinnung mit Eugen Richter zu beginnen.

Als er ins politische Leben eintrat, hieß die Partei, deren Reste er heute diktatorisch verwaltet, die „Fortschritts"partei, eine norddeutsche Form der allgemein deutschen bürgerlichen Demokratie. Die Fortschrittspartei hatte ihre große Zeit gehabt im Kampfe gegen die Militärorganisation König Wilhelms I. Von dieser Zeit sprach im Jahre 1876 Bismarck gegenüber dem Abgeordneten Virchow in folgenden Worten:

> Ich habe Objektivität genug, um mich in den Ideengang des Abgeordnetenhauses von 1862 bis 1866 vollständig einleben zu können, und habe die volle Achtung vor der Entschlossenheit, mit der die damalige preußische Volksvertretung das, was sie für recht hielt, vertreten hat. Daraus mache ich niemand einen Vorwurf. Sie konnten damals nicht wissen, wo meiner Ansicht nach die Politik schließlich hinausgehen sollte; ich hatte auch keine Sicherheit, daß sie faktisch dahin ausgehen würde, und Sie hatten auch das Recht, wenn ich es Ihnen hätte sagen können, mir immer noch zu antworten: uns steht das Verfassungsrecht unseres Landes höher als seine auswärtige Politik!

Diese Worte, die Bismarck auf der Höhe seiner Erfolge sprach, sind eine gute Warnung davor, die alten Fortschrittler von vor 1866 deshalb herabzusetzen, weil ihnen die Geschichte Unrecht gegeben hat. Was sie aber dann in das Hintertreffen gebracht hat, ist ihr Verhalten nach der geschichtlichen Entscheidung. Ihr linker Flügel stimmte gegen die In-

demnitätsvorlage, ihr „fortschrittlich" gebliebener Bestandteil stimmte gegen die Verfassung des Norddeutschen Bundes. Damit war die Bahn gegeben, in der Eugen Richter weiter arbeitete. Er hat meist nachträglich mit für das gestimmt, was er bei seinem ersten Auftreten bekämpfte, beispielsweise 1871 für die Reichsverfassung und öfter für Militärausgaben, die er anfangs für unerhört angesehen hatte. Immer aber war er Hemmnis des Fortschritts, außer in der liberalen Gewerbe- und Handelsgesetzgebung. Kein Schritt des neuen Deutschen Reiches in die Welt hinein geschah ohne seine Ablehnung. Er wurde im Laufe der Jahre der gewohnheitsmäßige Gegner alles dessen, was Bismarck that, nicht bloß dessen, was in seinem Wirken unliberal war. Staatseisenbahnen und staatssozialistische Versicherungen sind gegen ihn gemacht worden. Weder vom neuen Nationalismus noch vom Sozialismus hat er etwas in seine Seele dringen lassen, und noch heute ist er eine Art manchesterliche Insel in einer anders gewordenen Welt. Es giebt Momente, wo er noch immer groß sein kann, Tage, an denen er den Liberalismus gegen die Reaktion vertritt. An solchen Tagen wird er Sprecher des besseren und freieren Teiles des deutschen Volkes und wird, wie von selbst, zum Redner der gesamten Linken. So hörten wir ihn bei der Interpellation wegen des Vereinsgesetzes im Reichstag. Ein solcher Tag läßt viel politische Sünden vergessen, aber er läßt den traurigen, jammervollen Zustand nicht verschwinden, in den durch eine zwecklose, ziellose Neinsagerei ohne positive Ideale der wahrhaft liberale Teil des alten bürgerlichen Liberalismus gekommen ist. Eugen Richter vertritt in seiner Person die alte negative Demokratie. Er wird schwerlich noch anders werden, aber an ihm soll die Demokratie lernen, wohin eine Politik der bloßen Negation führt: zur politischen Versteinerung! Ein Sozialismus Liebknechtscher Art müßte trotz seiner viel weiteren wirtschaftlichen Gesichtspunkte durch politisch negative Prinzipienreiterei an demselben Ende ankommen. Mit Negation kann man im Augenblicke gut agitieren, aber nicht dauernde Politik machen. Die bloße verbitterte, unzufriedene Negationsstimmung kann in jedem einzelnen Falle Berechtigung haben, als Gesamtrichtung einer politischen Arbeit ist sie unbedingt verhängnisvoll. Volkspolitik muß schaffen wollen, muß positive Gegenwartsarbeit leisten. Thut sie das nicht, so behält sie zwar das schöne Bewußt-

sein, sich immer gleich geblieben zu sein, aber auch weiter nichts. Eugen Richter ist in seiner Weise ein Charakter geblieben, ein Mann, auf dessen Denkmal die Worte gehören: „Ich stimme dagegen!"

Niemand wird sich wundern, daß in einer Demokratie, die in der Minorität ist und den ganzen Druck der herrschenden Gewalten zu tragen hat, die Negation einen starken Raum einnimmt. Nicht das bekämpfen wir, sondern nur das, daß die Negation zum eigentlichen Wesen der Demokratie wird. Es ist mit Recht und Unrecht viel Negation in unseren deutschen demokratischen Strömungen zusammengehäuft. Die bürgerliche Demokratie hatte folgende negative Elemente:

1. Kampf gegen die Souveränität der Fürsten, verständlich aus der Zeit der deutschen Kleinstaaterei, wo die Fürsten in der That ein Hemmnis der nationalen Entwickelung waren.

2. Kampf gegen die Kirche, katholische und evangelische, verständlich durch die Haltung des beiderseitigen Klerus gegenüber der neueren freiheitlicheren Volksgestaltung.

3. Kampf gegen den Adel, als die alte politisch privilegierte, herrschende Klasse, die zu keinerlei Konzessionen geneigt war.

4. Kampf gegen das Beamtentum, das im Dienst der herrschenden Klasse die unteren Volksschichten bedrängte, gegen Justiz, Polizei und Fiskalismus.

5. Kampf gegen Militär und Militarismus, verständlich aus der wirklich zwecklosen Soldatenwirtschaft der politisch unfähigen Kleinstaaterei.

Wie von den radikalen Elementen des bürgerlichen Liberalismus negativ demokratische Stimmung gepflegt wurde, lehrt wohl kein Dokument besser als der von Gg. Büchner, dem Bruder des bekannten Gelehrten, 1834 verfaßte „Hessische Landbote". Ich drucke aus dieser Flugschrift zwei kurze Stellen ab, um denen, die heute über jeden Hauch von unbotmäßiger Gesinnung zetern, an bürgerlich-radikalem Beispiele zu zeigen, was demokratisch negative Stimmung leisten konnte, ohne daß die Welt deshalb untergegangen ist. Büchner schreibt:

> Der Fürst ist der Kopf des Blutegels, der über euch hinkriecht, die Minister sind seine Zähne und die Beamten sein Schwanz. Die hungrigen Mägen aller vor-

nehmen Herren, denen er die hohen Stellen verteilt, sind Schröpfköpfe, die er dem Lande setzt. Das L. (Ludwig), das unter seinen Verordnungen steht, ist das Malzeichen des Tieres, das die Götzendiener unserer Zeit anbeten. Der Fürstenmantel ist der Teppich, auf dem sich die Herren und Damen vom Adel und Hofe in ihrer Geilheit übereinander wälzen — mit Orden und Bändern bedecken sie ihre Geschwüre und mit kostbaren Gewändern bedecken sie ihre aussätzigen Leiber. Die Töchter des Volkes sind ihre Mägde und Dirnen, die Söhne des Volkes ihre Lakaien und Soldaten. Geht einmal nach Darmstadt und seht, wie die Herren sich für euer Geld dort lustig machen, und erzählt dann euren hungernden Weibern und Kindern, daß ihr Brot an fremden Bäuchen herrlich angeschlagen sei, erzählt ihnen von den schönen Kleidern, die in ihrem Schweiß gefärbt, und von den zierlichen Bändern, die aus den Schwielen ihrer Hände geschnitten sind, erzählt von den stattlichen Häusern, die aus den Knochen des Volks gebaut sind; und dann kriecht in eure rauchigen Hütten und bückt euch auf euren steinichten Äckern, damit eure Kinder auch einmal hingehen können, wenn ein Erbprinz mit einer Erbprinzessin für einen anderen Erbprinzen Rat schaffen will, und durch die geöffneten Glasthüren das Tischtuch sehen, woran die Herren speisen, und die Lampen riechen, aus denen man mit dem Fett der Bauern illuminiert. Das alles duldet ihr, weil euch Schurken sagen: „Diese Regierung sei von Gott".

Die Justiz ist in Deutschland seit Jahrhunderten die Dirne der deutschen Fürsten. Jeden Schritt zu ihr müßt ihr mit Silber pflastern, und mit Armut und Erniedrigung erkauft ihr ihre Sprüche. Denkt an das Stempelpapier, denkt an euer Bücken in den Amtsstuben und euer Wachestehen vor denselben. Denkt an die Sporteln für Schreiber und Gerichtsdiener. Ihr dürft euren Nachbar verklagen, der euch eine Kartoffel stiehlt; aber klagt einmal über den Diebstahl, der von Staats wegen unter dem Namen von Abgaben und Steuern jeden Tag an eurem Eigentum begangen wird, damit eine Legion unnützer Beamten sich von eurem Schweiße mästen! klagt einmal, daß ihr der Willkür einiger Fettwänste überlassen seid, und daß diese Willkür Gesetz heißt, klagt, daß ihr die Ackergäule des Staates seid, klagt über eure verlorenen Menschenrechte: Wo sind die Gerichtshöfe, die eure Klage annehmen, wo die Richter, die Recht sprechen? — Die Ketten eurer Vogelsberger Mitbürger, die man nach Rockenberg schleppte, werden euch Antwort geben.

Solche Proben bürgerlichen Radikalismus muß man sich gegenwärtig halten, wenn man das Erbe besprechen will, das die sozialistische Demokratie vom liberalen Bürgertum übernahm. Sie erbte alle alten Negationen und fügte zwei weitere ein, die wir im Anschluß an obige Punkte zählen:

6. Kampf gegen das neue industrielle Unternehmertum, das in den Anfängen der deutschen Industrie die Armut und Arbeitsbedürftigkeit der meist hausindustriellen Textilarbeiter unbeschreiblich ausbeutete.

7. Kampf gegen den im militaristisch entstandenen neuen Deutschen Reich verkörperten Nationalitätsgedanken vom Standpunkt proletarischer Internationalität.

Von diesen 7 demokratischen Negationen hat sich die gegen Kirche und Klerus am meisten gemildert, weil man einerseits die Erfahrung machte, daß die mit diesem Kampf unvermeidlich verbundene Verletzung religiöser Gefühle politisch nur nachteilig wirken könne, weil andererseits in den Kirchen beider Konfessionen freiheitliche und soziale Strömungen zu Tage traten, und weil schließlich im Kulturkampf der Demokrat aus Prinzip für den in seinen bürgerlichen Rechten geschädigten Teil eintreten mußte. Geändert hat sich in etwas die Negation gegen den Adel, seit der Adelstitel keine politischen Vorzugsrechte erheblichen Umfangs mehr gewährt, geblieben ist aber natürlich die sachliche Opposition gegen die durch Fideikommisse und exemte Gutsbezirke bevorrechtete Großgrundbesitzerklasse als solche. Geändert hat sich auch der Gegensatz gegen fürstliche Souveränität insofern, als er sich mehr und mehr gegen das eine wirklich souveräne Haupt des neuen Reiches konzentrierte, die Landesfürsten aber mehr zu schonen begann. Ausgedehnt hat sich der Kampf gegen Militarismus, indem er sich ohne weiteres auf die Flotte übertrug, und der Kampf gegen das Unternehmertum, dessen politische und wirtschaftliche Macht zusehends erstarkte. In Abschwächung begriffen erscheint uns der Kampf gegen den im Reich vertretenen Nationalitätsgedanken an sich.

Es ist viel Negation, die eine pflichtbewußte Demokratie um ihrer geschichtlichen Aufgabe willen tragen und üben muß. Wenn sie das mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit thut, so soll man das nicht verurteilen. Gefängnis und Strafgelder sorgen reichlich genug für Dämpfung. Eine Aristokratie, die die Macht in der Hand hat, kann bedächtiger und gemessener auftreten, denn sie hat andere Mittel als das laut gesprochene Wort. Solange man bei uns die „freie deutsche Rede" zu einer juristisch lumgitterten Kunstleistung macht, wird der Trieb nicht aufhören, bei Gelegenheit bis an die äußerste Grenze des Erlaubten zu gehen. Ein Land

ohne Zwangsgesetze wird weniger rednerische Überschreitungen der durch Takt und sachliche Notwendigkeit gezogenen Grenzen erleben als unser Vaterland in seinem jetzigen Zustande. Eine kämpfende Partei braucht temperamentvolle Kämpfer, und es ist deshalb nicht die Form, in der sich die Demokratie jetzt bei uns auslebt, an der unsere Kritik einsetzt. Es sind gewisse Gedankengänge der Negation, die wir für schädlich halten.

Wir glauben, daß die Negation der Souveränität des Kaisers und die Ablehnung des Militärs einer vollen Umdenkung bedarf, wenn die deutsche Demokratie aus einer wesentlich negativen Periode in eine positive Epoche übergehen will, und daß die Negation des industriellen Unternehmertums gewisse politisch notwendige Einschränkungen erfahren muß. Die Gründe dieser Änderungen werden im ganzen weiteren Verlauf unserer Arbeit vorgetragen werden. Sie liegen teils in der formellen Natur des demokratischen Prinzips, teils in der Wirtschaftslage der durch die Demokratie vertretenen Volksschicht, teils in der politischen Gesamtsituation Deutschlands. Es ist nötig, das negative Erbe der demokratischen Vergangenheit kritisch zu prüfen, damit man nicht unnötige Belastungen mit hindernden Negationen weiterschleppt, nachdem Zeit und Verhältnisse sich geändert haben.

Eins aber muß sogleich an dieser Stelle erledigt werden. Es handelt sich um die philosophische Grundlage, von der aus die bürgerliche Demokratie und vielfach mit ihr die sozialdemokratische Tageslitteratur arbeitet, ich meine das Naturrecht aller Menschen auf gleiches Glück. Mit diesem von Rousseau stammenden allgemeinen Menschenrecht kann man jede Forderung, jede Anklage, jede Zukunftsphantasie begründen. Dieses Naturrecht war auch vor 100 Jahren in der ersten französischen Revolution ein wirklicher Hintergrund für politische Gedanken, weil es damals geglaubt wurde. Heute ist es ein überwundener Standpunkt, dessen weitere Geltendmachung eine politische Schwäche ist. Zu seiner Überwindung hat der Marxische historische Materialismus bedeutendes beigetragen, aber, wie die Erfahrung lehrt, verfallen selbst gute Marxisten bisweilen in die veraltete Gedankenreihe. Ein Recht, das dem Menschen als Menschen angeboren sei und das er deshalb fordern kann, weil er Menschenantlitz trägt, ist kein politisches Recht und deshalb im strengen Sinne des Wortes kein Recht. Es ist im besten Falle eine sehr allgemein gehaltene sittliche

Forderung. Rechte entstehen nur im Lauf der Geschichte und ihre Grundlage ist Macht. In dem Satz „Macht geht vor Recht" liegt eine große geschichtliche Wahrheit. Was nützt einem armen Mann sein „Menschenrecht", wenn keine Macht vorhanden ist, die ihm zu diesem „Rechte" verhilft? Was nützt es dem ganzen Proletariat, wenn es auf Grund von Menschenrechten Freiheit fordert, die es zu erkämpfen zu schwach ist? In dieser Hinsicht ist der revolutionäre Standpunkt der älteren deutschen Demokratie politisch tüchtiger als die scheinbar praktischere naturrechtliche Grundlage der Agitation. Der revolutionäre Standpunkt wußte: ohne Macht helfen uns alle Deklamationen nichts! Darin hatte er recht, er irrte nur, indem er glaubte, alle Macht und Souveränität mit einem großen Schlage gewinnen zu können. Es würde gut sein, wenn endlich die Naturrechtslehre, diese Quelle von einseitigen Konstruktionen und Sentimentalitäten, aus dem Gedankenschatz einer um Macht kämpfenden Volksbewegung gestrichen würde! Die Politik hat niemals den Zweck, alle Menschen subjektiv glücklich zu machen, denn Glück hängt sehr wenig von denjenigen Dingen ab, die überhaupt politisch beeinflußt werden können. Ist man sicher, daß die Volksmasse glücklicher wird, wenn sie bessere Bildung erhält? Oft sind die Allergebildetsten die Unglücklichsten! Sind etwa die Aristokraten von heute im allgemeinen glücklicher als die Demokraten? Es saßen schon glückliche Menschen im Kerker und sehr unglückliche auf dem Thron! Wir wollen, wenn wir Politik treiben, uns nicht einbilden, damit das Menschenglück aller einzelnen wesentlich zu erhöhen, wir wollen auch nicht glauben, im politischen Kampfe selber glücklicher zu werden. Es dreht sich nicht um Glück, sondern um Pflicht gegen die Schicht, zu der einer gehört, und gegen das Volk, in das einer hineingeboren ist. Diese beiden haben bestimmte erkennbare politische Lebensbedürfnisse, was man von der Menschheit als Ganzem nicht sagen kann. Die Menschheit als Ganzes ist der Schauplatz, innerhalb dessen Umgrenzung wir für bestimmte Lebenszwecke einzelner Menschheitsteile zu kämpfen haben. Wir wissen, daß, wenn wir siegen, dieser Sieg für andere eine Niederlage sein wird. Es hält uns aber dieser Gedanke nicht ab, siegen zu wollen. Wer niemand besiegen will, weil ja der andere auch Rechte auf seine Gewohnheiten und Traditionen

habe, der kann als Mensch und Christ vorzüglich sein, als politischer Gedankenbildner paßt er nicht. Es ist für einen früheren Pfarrer kein ganz leichtes Stück, diese Auseinandersetzung mit der Naturrechtslehre zu schreiben, da er sich nicht verhehlt, daß man vom Evangelium aus auf gangbarem Gedankenwege zu Rousseau gelangen kann. Er glaubt aber, daß es der beste Gottesdienst ist, die Gesetze walten zu lassen und zu vertreten, die in der Natur der Sachen selber liegen und der göttlichen Vorsehung zu vertrauen, daß sie eine vollendetere sittliche Menschheitsgestaltung durch allen Kampf, in den sie uns hineinschiebt, fördern kann. In der Natur der Politik liegt es, daß sie ein Kampf von Mächten um Gewinnung von Rechten ist. Wer die Politik wesentlich zu einer Art angewendeter Ethik machen will, der kennt sie nicht genügend. Sie hat keine Möglichkeit, eine über allem Kampf stehende ideale Ethik zu verwirklichen. Das einzige, was der einzelne zusagen kann, ist, daß er den Machtkampf ethisch führen wolle und daß er Machtübung seiner Schicht ohne Barbarei und Bosheit erstrebe. In diesem Sinne sprach Professor Max Weber einmal auf einem evangelisch-sozialen Kongresse von „Ethisierung des Klassenkampfes".

V. Demokratie als politische Idee.

Um einen bestimmten Anhalt dafür zu gewinnen, was im positiven Sinn als Demokratie zu verstehen ist, nehmen wir die verschiedenen Programme deutscher demokratischer Parteien zur Hand und stellen zunächst den Wortlaut dessen fest, was sie als allgemeine Zielpunkte ihrer politischen Bestrebungen angeben. Wir beginnen mit bürgerlich liberalen Formulierungen.

Am klarsten tritt der ältere demokratische Grundgedanke im Programm der deutschen Volkspartei zu Tage. Dort heißt es:

> Die deutsche Volkspartei ist eine Partei des politischen Fortschrittes. Sie bekennt sich zu den demokratischen Grundsätzen der Freiheit und Gleichheit und verlangt die gleichartige Mitwirkung aller Staatsbürger bei Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung, die Durchführung der Selbstregierung des Volkes im Staate . . . Kraft dieser Grundsätze verlangt die deutsche Volkspartei zur Verwirklichung des demokratischen

Staates das Eintreten ihrer Mitglieder für: Bestimmung der staatlichen Politik durch den Mehrheitswillen der parlamentarisch vertretenen Nation — volle Vereins-, Versammlungs- und Preßfreiheit — allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für alle Vertretungen im Reich, Staat und Gemeinde unter Berücksichtigung der Minderheiten, Sicherung der Wahlfreiheit, kurze Legislaturperioden, gerechte Wahlkreiseinteilung, Diäten für die Abgeordneten — Gesetze zur Verwirklichung der Verantwortlichkeit der Minister gegenüber der Volksvertretung für ihre gesamte amtliche Thätigkeit im Reiche, Einzelstaat und Bundesrat, Öffentlichkeit der Sitzungen des Bundesrates bei Beratung und Abstimmung über Gesetzentwürfe — Ausbau unseres Verfassungslebens durch Einführung der Volksabstimmung über grundlegende Gesetze.

Weniger prinzipiell durchgearbeitet erscheint der demokratische Gedanke im Programm der freisinnigen Volkspartei. In diesem heißt es:

Die freiheitliche Ausgestaltung des Gemeinwesens als unerläßliche Voraussetzung der Volkswohlfahrt erheischt: . . . Entwickelung eines wahrhaft konstitutionellen Verfassungslebens im Reich und in allen Einzelstaaten — Sicherstellung und Kräftigung der Rechte der Volksvertretung, Verwirklichung der Ministerverantwortlichkeit, Reichsministerien, einjährige Finanzperioden, jährliche Steuerbewilligung — Erhaltung des geheimen, allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für den Reichstag, Ausdehnung desselben auf die Landtagswahlen der Einzelstaaten, Sicherung der Wahlfreiheit, Vollziehung der Wahlen am Sonntag, dreijährige Wahlperioden, Einteilung der Wahlkreise entsprechend veränderter Einwohnerzahl, Diäten für Abgeordnete.

Mit bestimmter Hervorhebung des Klassenkampfcharakters ihrer Partei schreibt die Sozialdemokratie in ihr Programm:

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend . . . fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst: Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen, ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen — Proportionalwahlsystem und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung, zweijährige Gesetzgebungsperioden, Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage, Entschädigung für die gewählten Vertreter — Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung — direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes — Selbstbestimmung und Selbst-

verwaltung des Volks im Reich, Staat, Provinz und Gemeinde — Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben — jährliche Steuerbewilligung . . . . Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

Eine Verwandtschaft dieser drei demokratischen Programme in den Grundgedanken ist unverkennbar. Die Grundgedanken sind: das Volk besteht aus der Summe aller Staatsbürger, diese Summe hat Souveränitätsrechte, diese Souveränitätsrechte können von den einzelnen Teilen dieser Summe nur durch Wahlakte und Abstimmungen ausgeübt werden, deshalb sind Wahlakte direkter Art und Abstimmungen durch alle Staatsbürger so häufig und vielartig einzusetzen, als es mit dem Betrieb des Staatswesens irgend verträglich ist. Bei allen Wahlakten und Abstimmungen entscheidet die Majorität. Oder kürzer gesagt: Volkssouveränität durch Majorität!

Der Majoritätsgedanke ist es, der von der Demokratie zum obersten Regierungsprinzip erhoben wird, ein natürlicher und notwendiger Gedankengang für eine um politische Macht kämpfende Masse, allerdings ein Gedankengang, der, wie jedes tiefgreifende Prinzip, seine starken Schwierigkeiten in sich selber trägt. Aus der Erkenntnis dieser Schwierigkeiten ergiebt sich die Methode praktisch-demokratischer Politik. Erst wenn man erkannt hat, wo die natürlichen Grenzen dieses an sich notwendigen und richtigen Massenprinzips liegen, kann man das Prinzip selbst mit dem Bewußtsein seiner politischen Wucht und Verantwortlichkeit vertreten.

Damit eine Majorität regieren kann, muß eine Majorität vorhanden sein, und zwar nicht nur eine Majorität für ein einzelnes Gesetz oder eine einzelne Handlung. Regieren besteht bekanntlich in zusammenhängendem Handeln in verschiedenartigen Gebieten, im Ausführen größerer Gedankengänge wie etwa: Handelsverträge, Arbeiterversicherung, bürgerliches Gesetzbuch, Flotte, und zwar im gleichzeitigen Ausführen mehrerer derartiger Generalideen. Eine Majorität, die nur auf ein oder zwei Leitsätzen aufgebaut ist, wird stets in Gefahr sein, in der Vielartigkeit der politischen Probleme zu zerschellen. Man erinnere sich, wie der Liberalismus am preußischen Militärproblem zerbrochen ist! Es genügt also nicht,

eine Majorität zu haben, die etwa in sozialistisch-demokratischen Gesichtspunkten einig ist, die aber in Bezug auf Nationalität, Heer, Zoll, Agrarwirtschaft verschiedene Strömungen vertritt. Es ist eine Majorität nötig, die erst durch lange politische Arbeit in einem Volk entstehen kann, eine durch verschiedene Zeiten teils oppositioneller, teils regierender Bethätigung gefestigte Massenpartei. Da aber eine solche Massenpartei nur durch den Gegensatz ihrer Gegenpartei zusammengehalten werden kann, so ist die einzig erkennbare Möglichkeit zur Entstehung eines demokratischen Staates die Auffaugung aller kleineren Parteiunterschiede durch zwei beständig konkurrierende, beiderseits regierungsfähige, große Parteien. Diesem Zustand am nächsten sind von den großen Staaten England und Nordamerika gekommen. Wo es kein Zweiparteiensystem giebt, stellt sich ein immerwährender Wechsel von Kompromißbildungen ein, der dem Fortschreiten einheitlicher Reformideen fast unübersteigliche Hindernisse entgegenstellt, wie man in Frankreich sehen kann.

Gelingt es, in einem Staate ein demokratisches Wahlrecht zu erlangen, so ist damit noch keineswegs ein „demokratischer Staat" gegeben. Es ist dann erst der allererste Schritt gethan. Überall, wo der demokratische Parlamentarismus aus dem Chaos einer Revolution auftaucht, wie 1848 in Frankreich und 1866 in Deutschland, ergeben sich zunächst soviel Fraktionen, daß keine für sich allein das Heft in der Hand behalten kann. Jede Gruppe glaubt an die majoritätsbildende Kraft ihrer Idee und vermehrt und verewigt die Parteizersplitterung. Erst langsam, unter dem Druck trüber Erfahrungen, die ganze Generationen erleben, bildet sich im Parlamentarismus soviel politische Einsicht und Resignation, daß große dauernde parlamentarische Verbände entstehen können. Es ist ein langer, schwerer Weg, den Bernstein in die Worte faßt, daß die Demokratie „die Hochschule der Kompromisse" ist. Durch Verschmelzung, Abschleifung, Kartell wächst langsam die Partei, die durch ihre eigene Lebens- und Leidensgeschichte ein feines Gefühl dafür erhält, was sie, um Majorität zu werden, sich leisten darf und was nicht. Viel Zeit und Kraft wird verbraucht, ehe es soweit kommt, viel Personen, die in dem einen Stadium Vorzüglichstes wirkten, müssen absterben oder zurückgeschoben werden, damit ein nächstes Stadium erreicht werden kann. Das allgemeine

Wahlrecht ist nichts als der Anfang für die Selbsterziehung eines Volkes zur Majoritätsbildung.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir in Deutschland im Prozeß der Majoritätsbildung noch nicht weit fortgeschritten sind. Wir sind jetzt soweit, daß die zwei Mittelpunkte der zukünftigen Majoritätsbildungen klar zu Tage treten: Agrariertum und industrieller Sozialismus, Zoll und Lohn. Aber noch ist die große politische Retorte voll und übervoll von vorübergehenden kleineren Zentren, von unaufgelöstem politischen Rohstoff, von unbestimmbaren Zwischenbildungen. Auch dem kühnsten politischen Träumer kann es nicht einfallen, an ein baldiges fertiges Resultat unserer parteipolitischen Entwickelungen zu glauben. Es fragt sich sogar, ob wir bei der eigenartigen konfessionellen Zusammensetzung Deutschlands jemals zu einem reinlichen Zweiparteiensystem gelangen werden. Vielleicht sind wir verurteilt, für lange Zeit mit einer Dreiheit rechnen zu müssen, da das Zentrum voraussichtlich sich nicht bald beseitigen läßt. Man kann also im Prinzip der denkbar reinste Demokrat sein und muß doch zugeben, daß in der gegenwärtigen Epoche die reine demokratische Formel für Deutschland eine geschichtliche Unmöglichkeit ist. Wir sind erst mitten darin im demokratischen Werden, wir weben mit am Kleid der Zukunftsdemokratie, wir sehen den Demokratismus als Prinzip steigen, aber freilich in der Gegenwart kann die Aufgabe der Demokratie keine andere sein als parlamentarische Majoritätsbildung auf der deutschen Linken. Von Übernahme der gesamten Souveränität kann nicht die Rede sein.

Es fehlt bis jetzt in der politischen Litteratur eine wissenschaftliche Arbeit über die Naturgesetze des Parlamentarismus. Eine solche Arbeit müßte die Parteibildungen aller Länder mit mehr oder weniger demokratischen Wahlrechten statistisch darstellen und aus dieser Statistik zu beantworten suchen, ob überhaupt, rein naturgeschichtlich angesehen, auf dem Boden des gleichen Wahlrechtes Majoritätsbildung im strengen Sinn des Wortes möglich ist, oder ob in jedem Fall vor Erreichung der dauernden Majorität eine Abspaltung erfolgt, die sich den Vorteil des Züngleins an der Wage sichern will. Da ich nicht imstande bin, das zur endgültigen Beantwortung dieser Frage nötige Material zu beschaffen,

so begnüge ich mich damit, auf diesen mir dunklen Punkt der demokratischen Theorie hingewiesen zu haben, auf den mich zuerst Dr. Jastrow aufmerksam machte. Jedenfalls ist es sehr schwer, zu der nach der Theorie nötigen, einheitlichen, souveränen Majorität überhaupt jemals zu gelangen, falls es an sich möglich ist.

Als der deutsche Liberalismus in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts gegen die Despotie des Kleinfürstentums kämpfte, sah er begreiflicherweise den kommenden Parlamentarismus in goldenem Licht. Heute findet sich eine weit verbreitete Enttäuschung auch bei freiheitlichen Beurteilern. Diese Enttäuschung ist der unvermeidliche Rückschlag jener zu hoch gespannten Erwartungen, darf aber nicht als letztes Urteil angenommen werden. Eine Ernüchterung mußte kommen, und sie ist da. Man hat erlebt, daß in der ersten Generation des neudeutschen Reichsparlamentarismus die Bedeutung des Kaisertums unerwartet gewachsen ist. Später wollen wir zeigen, wie dieses Wachsen des Imperialismus eine Folge der ersten Periode des Parlamentarismus ist. Hier soll nur gesagt werden, daß diese Erfahrung nicht an sich gegen das demokratisch-parlamentarische Prinzip spricht. Das, was der Parlamentarismus zunächst thun sollte, die Mediatisierung der kleinstaatlichen Souveränitäten, hat er wirklich fertig gebracht, er hat Unberechenbares gethan für die Festigung der deutschen Einheit, Großes für die neudeutsche, gewerbliche Entfaltung, er hat die Masse des Volkes ins politische Leben hineingezogen, hat aus Unterthanen Staatsbürger gemacht — in der That, es wäre ein Unrecht, deshalb den demokratischen Parlamentarismus für nichtsnutzig zu erklären, weil er in seiner ersten Periode nicht sofort fertig und souverän auftreten konnte.

Es liegt nahe, darauf hinzuweisen, daß der demokratische Parlamentarismus in Deutschland mehr geleistet haben würde, wenn er nicht durch militärische Monarchie, aristokratische Verfassung der Einzelstaaten und dergleichen gehindert gewesen wäre. In diesem Hinweis aber steckt ein Denkfehler. Daraus, daß es dem demokratischen Gedanken nur gelang, einen Teil der Souveränität zu gewinnen, ersieht man eben, daß er noch nicht stärker ist. Man kann sogar sagen, daß er bereits mehr erhalten hat, als er vor 30 Jahren zu erkämpfen imstande war und als er heute

für sich allein zu verteidigen in der Lage ist. Die geschichtlichen Umstände der Jahre 1864 bis 66 haben der Demokratie eine günstigere Möglichkeit geboten, als es im reinen Kräfteverhältnis an sich begründet war. Bismarck gab aus Gründen der äußeren Politik dem von ihm unterschätzten demokratischen Gedanken mehr Spielraum, als es nach innerpolitischen Entwickelungsgesetzen damals nötig gewesen wäre. Erst im Laufe der Jahrzehnte entsteht die Bevölkerung, die das damals gegebene Recht prinzipiell verwerten kann. Eine Demokratie also, die auf eigener Kraft stehen will, wird sich hüten müssen, über Benachteiligung zu klagen. Was sie nicht erreicht hat, dazu ist sie eben zu schwach. Wenn sie stärker werden wird, wird sie mehr erreichen. Sie tritt doch zugestandenermaßen als Kämpferin auf ein bereits besetztes Terrain und es steht ihr übel an, darüber zu jammern, daß das Terrain vor ihr besetzt ist. Sie kann nichts anderes sein als eine politische Macht zwischen anderen älteren Mächten. Eine theoretische Konstruktion, wie es sein könnte, wenn sie kampflos als Herrin auftreten dürfte, hat praktisch gar keinen Zweck.

Eins aber soll trotz der langsamen Erfolge und des schweren geschichtlichen Kampfes die Demokratie nicht thun: ihr politisches Prinzip als solches aufgeben. Der Leser wird später sehen, mit welchem Nachdruck wir für die Stärke und Notwendigkeit des Kaisertums eintreten. Er soll aber nicht daraus folgern, daß wir prinzipiell für das „konstitutionelle „System" sind. Das Programm der freisinnigen Volkspartei hat, wie sich aus dem mitgeteilten Abschnitt ergiebt, daß „wahrhaft konstitutionelle Verfassungsleben" als Ziel gesetzt. Das sieht so aus, als wäre der Konstitutionalismus ein in sich fertiger, geschlossener, politischer Gedanke, eine Art Musterform, die den Ausgangspunkt politischen Denkens bilden könnte. Das ist aber ein Irrtum. Der Konstitutionalismus ist kein Prinzip, sondern ein Kompromiß, ein notwendiger, unvermeidlicher Kompromiß, aber auch nicht mehr als das. Die Monarchie ist ein Prinzip, die Demokratie ebenfalls, der Konstitutionalismus ist eine aus beiden entstehende Wirklichkeit. Es giebt keine theoretische Grundlage für die Verteilung der Souveränität zwischen Monarchie, Aristokratie und Demokratie, sondern immer ergiebt sich die jeweilige Verteilung aus der beiderseitigen Stärke. Nichts hindert die beiden Mächte, wenn sie ihre Kräfte gemessen haben, periodenweis

zusammenzugehen, aber von beiden Seiten wird man das Zusammengehen nicht anders auffassen können, als etwa einen Staatsvertrag zwischen zwei Staaten, die ihre natürliche Gegnerschaft um gewisser gemeinsamer Zwecke willen einschränken. Veränderte Kraftverteilung, veränderte Geschichtslage verändern auch das beiderseitige Verhältnis. Alles in der Politik ist Kampf ums Dasein, auch das Verhalten von Monarchie und Demokratie zu einander. Wer sich prinzipiell zum Konstitutionalismus bekennt, giebt das Recht des demokratischen Stimmzettels grundsätzlich auf. Ebenso aber giebt er das Recht der monarchisch militärischen Führung grundsätzlich auf. Wir erkennen beide Rechte als an sich vorhanden an und suchen keine Vereinigungstheorie, sondern nur einen Weg praktischen Zusammenwirkens beider Faktoren für die Entwickelung der Nation. Es ist ein Wahn, als ließen sich alle in den Dingen vorhandenen Gegensätze durch schöne Zwischentheorien beseitigen. Richtiger ist, die Gegensätze als solche anerkennen und von da aus Zukunftswege zu suchen. Ewige Normalverfassungen giebt es nicht.

Auch der Demokratismus ist keine ewige Normalform, sondern nur die notwendige Gegensatzgestaltung gegen aristokratische und monarchische Übergewalt. Der Macht des Monarchen und der Aristokratien tritt die Macht der Kopfzahl gegenüber. Denn worauf gründet sich das Majoritätsprinzip? Die ältere Theorie, die im Programm der deutschen Volkspartei noch nachwirkt, gründet das Majoritätsprinzip auf die natürliche Gleichheit aller Menschen oder wenigstens aller erwachsenen (männlichen?) Staatsbürger. Diese Gleichheit ist aber, wie wir im vorigen Abschnitt sagten, im besten Falle eine sittliche Forderung, aber keineswegs eine vorhandene Thatsache, auf die man politische Arbeit aufbauen kann. Die Menschen, die in Wirklichkeit leben, sind ungleich, und zwar im modernen Kulturstaat ungleicher als in ursprünglichen rein landwirtschaftlichen Volksverhältnissen. Aus dieser Ungleichheit heraus entsteht eben der Klassenkampf, den der Sozialismus vertritt. Auf sozialistischem Boden ist bei konsequentem Denken eine Begründung der Demokratie auf angeblich vorhandener Gleichheit unmöglich. Ob man von vollzogener demokratischer Gestaltung eine Erreichung der Gleichheit erwartet, kann für die jetzige Begründung demokratischen Einflusses natürlich nicht in Betracht kommen.

Heute, im vorhandenen Zustand der Ungleichheit, fordert natürlich jede Schicht das als Prinzip, worauf in der Wirklichkeit ihre Stärke beruht. Die Stärke des industriellen Arbeitsvolkes beruht nicht im Besitz, nicht in ererbter aristokratischer Autorität, nicht in bereits erprobter Macht, sie beruht in der wachsenden Ziffer. Wir werden Millionen! Das ist der Grundgedanke der Politik des Industrievolkes. Wir wachsen an Zahl über alle anderen Volksteile hinaus! Wir setzen, weil wir viele sind und noch mehrere werden, deshalb die Vielheit, die Majorität als Prinzip! Unser Leben ist demokratisch, denn es ist Massenexistenz! Die Demokratie ist für uns nicht etwas von außen Herbeigeholtes, es ist unsere Daseinsweise! Was ist der einzelne unter Millionen von Lohnarbeitern? Es lebe die Zahl!

Dieses politische Zahlenprinzip stößt im harten Raum der Wirklichkeiten natürlich an andere ebenso aus der Natur der Dinge herausgeborene Machtprinzipien: es lebe die vorhande Macht, weil sie da ist! Es lebe der Besitz, weil er Herrschaft giebt! Es lebe die Bildung, weil sie nur die Leitung führen kann! Auch diese anderen Prinzipien sind für ganze Volksteile Lebensfragen, ja, mehr als das: kein wirklich schaffenskräftiges derartiges Prinzip kann im Gesamtleben des Volkes entbehrt werden. Die einmal vorhandenen Interessen müssen sich auswirken. Vom Standpunkt des Historikers aus muß man ihnen allen ein relatives Recht einräumen. Wer aber Politiker ist, kann nicht zugleich Historiker sein wollen. Er muß sich zu einem Grundprinzip rechnen, damit er nicht „über den Dingen" schwebt. In diesem Sinn bekennt sich der Verfasser zur Demokratie. Er weiß, daß sie nicht die Generallösung aller Welträtsel ist, aber sie ist die natürliche politische Formel für denjenigen Volksteil, der neu in die deutsche Geschichte eintritt und in ihr eine große Zukunft haben wird. Dem Arbeitsvolk einreden, daß es sich politisch auf etwas anderes stützen solle als auf seine Zahl, würde eine einfache Thorheit sein. Der Proletarier hat wenig Geld, wenig politische Vergangenheit, eine begrenzte Durchschnittsbildung, aber eins hat er, was ihm kein anderer Volksteil nachmacht: Kinder bringt er in Hunderttausenden, und diesen Kindern Platz machen wollen, heißt demokratisch sein!

VI. Das allgemeine Wahlrecht.

Die Zahl ist Macht! Nach diesem Prinzip ist der deutsche Reichstag zusammengesetzt. Bismarck nahm den Wahlrechtsentwurf aus der Paulskirche und half ihm gegenüber konservativen und bürgerlich liberalen Bedenken zum Siege. Es ist noch heute nicht uninteressant, sich die Verhandlungen des Frankfurter Parlamentes über das Wahlrecht zu vergegenwärtigen. Im ersten Kommissionsentwurf war das allgemeine Wahlrecht durch folgende Einschränkungen begrenzt:

> Wähler ist jeder selbständige unbescholtene Deutsche, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

Über den Begriff „unbescholten" gelangte man zu ungefähr den jetzt geltenden Bestimmungen, aber zur Erklärung des Wortes „selbständig" diente folgender Paragraph:

> Als nicht selbständig, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen angesehen werden
>
> 1. Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen oder über deren Vermögen Konkurs- oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist,
> 2. Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen,
> 3. Dienstboten,
> 4. Handwerksgehilfen und Fabrikarbeiter,
> 5. Tagelöhner.

Also die Lohnarbeiter im ganzen Umfang sollten ausgeschlossen sein. Für ihre Zulassung kämpfte die Linke und zwar am eindrucksvollsten Wilhelm Löwe. Er gab für die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Lohnarbeiter folgende Gründe an:

a. der im Protestantismus und in der deutschen Volksnatur liegende Zug zum Individualismus fordert Beteiligung aller Einzelpersonen,

b. das von der französischen Revolution proklamierte Prinzip der Gleichheit fordert allgemeines Wahlrecht,

c. ein Ausschluß der Unterklasse macht diese staatsfeindlich,

d. die Staatslasten werden zu einem großen Teil von dieser Unterklasse getragen,

e. in einem Klassenstaat tritt notwendig politische Versumpfung ein,

f. hat man einmal Majoritätsprinzip, so soll man es ganz haben,

g. beschränktes Wahlrecht hat Beschränkungen des Vereins- und Rederechtes zur Folge.

Das Gewicht dieser Gründe und das Ausscheiden rechtsstehender Elemente aus dem bereits dünner werdenden deutschen Parlament führte das Fallenlassen der umstrittenen Beschränkungen herbei. In zweiter Lesung entschied man sich für das Wahlrecht der lohnarbeitenden Unterklasse. Dieser Erfolg des demokratischen Gedankens in der Mitte des Jahrhunderts, der damals nur ein papierner Erfolg zu sein schien, hatte für Deutschlands Geschichte weittragende segensreiche Folgen, denn die zuletzt angenommene Form wurde maßgebend, als nach Königgrätz ein neues deutsches Wahlrecht geschaffen werden mußte. Bismarck hat ohne äußeren Zwang dieses Wahlrecht gegeben, da es ihm in die damals vorhandene Situation zu passen schien. Seine Gründe waren verschiedener Art. Er wollte ein Wahlrecht vorschlagen, das Österreich keinesfalls annehmen konnte, mit Hilfe der königstreuen Masse das liberale Bürgertum dämpfen und etwa widerspenstigen Kleinfürsten den Volkswillen im Wahlplebiszit vorhalten. Er glaubte an die national-einende Kraft des allgemeinen Wahlrechtes und ließ es sich gefallen, daß dieses von ihm als offenes Wahlrecht gedachte Verfahren zu einem geheimen gestaltet wurde. Es ist aus den damals gehaltenen Reden unzweifelhaft, daß es nicht demokratische Begeisterung war, die das Reichstagswahlrecht schuf, daß aber der Hauptgrund seiner Annahme doch der war, daß die Regierung und insbesondere Bismarck sich auf den Geist der Masse stützen mußten, wenn sie nationale Fortschritte machen wollten. In kritischen Zeiten der Staaten braucht man das „Volk". Wenn später sanfte Friedenstage kommen, glaubt man, daß man die Masse nicht brauche. Sachsen gab nach 1866 sein weitherziges Landtagswahlrecht und verkürzte es nach fast 30 Friedensjahren. Wenn die Kanonen schießen, dann werden auch älteste Staatshäupter sozial. Es war die Kriegszeit 1866—70, die dem Reiche sein Wahlrecht gab, die magna charta der deutschen Demokratie.

Die Forderung eines auf demokratischer Grundlage aufgebauten Reichstages gehörte von Anfang an zu den Streitpunkten zwischen Preußen

und Österreich. In der Denkschrift des preußischen Staatsministeriums an den Bundestag vom 15. September 1863 erklärte Bismarck für die wichtigste und wesentlichste Reform der Bundesverfassung die Einfügung einer Nationalvertretung, welche berufen sei, „die Sonderinteressen der einzelnen Staaten im Interesse der Gesamtheit Deutschlands zur Einheit zu vermitteln", und verlangte im Gegensatz zu der von Österreich unter dem Beifall der Mittelstaaten in Vorschlag gebrachten Delegiertenversammlung „eine Versammlung, die aus dem ganzen Deutschland nach dem Maßstabe der Bevölkerung durch direkte Wahlen hervorgeht" (Laband, Staatsrecht I, 10). Damit gab Bismarck dem herannahenden Kriege ein nationaldemokratisches Ziel neben dem preußisch-dynastischen Zwecke. In weiterer Verfolgung dieser Politik forderte Preußen am 9. April 1866 vom Bundestage: hohe Bundesversammlung wolle beschließen, „eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehende Versammlung einzuberufen, um die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu beraten". Eine weitere Zirkulardepesche bezeichnet die Bestimmung des Tages für die Zusammenberufung dieser Nationalversammlung als Kern der Bundesreform überhaupt. Und als nun der alte Bund durch den Krieg thatsächlich in Stücke zerbrochen war, schloß Preußen am 18. August 1866 mit den Staaten des Norddeutschen Bundes einen Bündnisvertrag, der an diese eben genannten preußischen Vorschläge anknüpfte und eine Verfassung in Aussicht nahm, die unter Mitwirkung eines gemeinschaftlich zu berufenden Parlamentes festgestellt werden sollte. Um diese Verfassung zu „vereinbaren", wurde der konstituierende norddeutsche Reichstag von 1867 gewählt und zwar fast in allen Bundesstaaten bereits nach den Wahlgrundsätzen der Paulskirche. Erst durch das Zusammenwirken der verbündeten Regierungen mit diesem demokratisch gewählten Reichstag entstand die deutsche Verfassung.

Es ist nicht überflüssig, diese Thatsachen fest im Auge zu behalten. Das allgemeine Wahlrecht ist eine Rechtsgrundlage des Deutschen Reiches, ein Teil des großen Kontraktes, den Deutschland schloß, als es sich preußischer Führung anvertraute. Geschichtlich angesehen, ist das allgemeine Wahlrecht nicht eine beliebige Verfassungsbestimmung, die beliebig geändert

werden kann, sondern eine unveräußerliche Grundlage des neuen Reiches. Der spätere Zutritt der süddeutschen Staaten ändert an diesem Grundverhältnis um so weniger etwas, als gerade Süddeutschland bei seinem Eintritt auf die Volksvertretung besonderen Wert legte, und man noch heute sagen kann, daß nirgends das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag festeren Boden im ganzen Volke hat als in den süddeutschen Staaten.

Es ist zuzugeben, daß weder die Redner der Paulskirche noch Bismarck die Folgen dieses Rechtes in vollem Umfange vor sich sahen. Sie konnten die große Entwickelung der Industriebevölkerung nicht vorher wissen und konnten nicht damit rechnen, wie grundsätzlich diese Bevölkerung das neue Recht ausüben würde. Lassalle war in dieser Hinsicht weiterblickend als Bismarck. Letzterer ist in späteren Jahren, wie seine „Gedanken und Erinnerungen" beweisen, dem allgemeinen Wahlrecht gram geworden, aber wir appellieren in dieser Sache von dem greisen Bismarck an den schaffensfreudigen Werkmeister Deutschlands, der politischen Optimismus genug hatte, die Hälfte des politischen Geschickes unserer Nation dem System der Majorität anzuvertrauen. Statt diesen staatsgründenden Optimismus zu verlassen, sollte man den ernsten Versuch machen, Patriotismus der Masse zu pflegen.

Die Form, in der das neue Wahlrecht in die Verfassung aufgenommen wurde, ist folgende: „Der Reichstag geht aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor." Es fehlt das Wort vom „gleichen" Wahlrecht. Wenn nun aber Wahlrechtsfeinde diese formelle Lücke benutzen wollen, um Vorzugsrechte für Alter, Besitz oder Bildung einzuschmuggeln, so verletzen sie damit den Geist der Verfassung, denn im Gegensatz zum Klassenwahlrecht des preußischen und anderer Landtage wurde von Anfang an die Gleichheit aller Wähler an der Urne als selbstverständlich behandelt. „Was nützt das Prinzip der Majorität, wenn es nicht ganz gehandhabt wird?" können wir noch heute mit Wilhelm Löwe fragen. Das Reichstagswahlrecht, wie wir es haben, ist ein Ganzes und muß als solches erhalten und verteidigt werden. Es kann vielleicht in der Welt noch bessere Wahlrechte geben, aber in der politischen Lage des deutschen Volkes muß dieses auf seinem Schein, auf seinem Kontrakt bestehen, wenn es nicht betrogen werden will.

Die Einwirkungen dieses Wahlrechtes auf das ganze Volksleben sind ungeheure. Erst durch dieses Recht haben wir einen politisch atmenden Gesamtkörper. Mit Schwankungen, aber unverkennbar ist die Wahlbeteiligung gestiegen. Wahlberechtigt ist im Durchschnitt ein reichliches Fünftel der vorhandenen Volkszahl. Von den Berechtigten beteiligen sich jetzt fast drei Vierteil. Es waren

Jahr der Wahl	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung %
1871	7 656 000	51 %
1874	8 523 000	61,3 %
1877	8 943 000	60,6 %
1878	9 124 000	63,4 %
1881	9 090 000	56,3 %
1884	9 383 000	60,6 %
1887	9 770 000	77,5 %
1890	10 146 000	71,6 %
1893	10 628 000	72,2 %
1898	11 441 000	68 %

Man sieht, daß trotz des Wechsels in der Beteiligung ein Aufsteigen vorliegt. Die höchste Beteiligung hatte die unter nationalem Hochdruck erfolgte Septennatswahl vom Jahr 1887, die zweithöchste die ebenfalls mit Militärvorlage verbundene Wahl von 1893. Nationale Fragen wecken die Schlafenden am ersten auf. Solange aber überhaupt so hohe Beteiligungsziffern für den Reichsdurchschnitt vorliegen, scheint uns die von den Antisemiten befürwortete Bestrafung säumiger Wähler als überflüssig. Saumseligkeit findet sich am ersten in sogenannten „sicheren" Kreisen. Dort ändert sie am Resultat am wenigsten. Wo es umstrittene Kreise giebt, steigt die Beteiligung. In sächsischen Kreisen gab es Hauptwahlen mit 85,5 % Beteiligung bei der Hauptwahl und über 86 % bei der Stichwahl. Mehr kann auch durch ein Strafgesetz nicht geleistet werden.

Jede Wahl bedeutet Aufrüttelung der politischen Instinkte. Oft geschieht diese Aufrüttelung etwas herb, grob, drastisch, leidenschaftlich, aber mit Einrechnung aller Schattenseiten ist es doch etwas Großes, daß an einem Tage zehn Millionen Männer sich um die Regierung ihres Volkes kümmern. Das bringt in das ganze Volk einen anderen Zug

hinein, eine Staatsbürgergesinnung, mag sie sich nun konservativ oder oppositionell äußern. Das allgemeine Wahlrecht an sich ist das Thor für die Gedanken der Masse. Durch dieses Thor strömt der Hauch der Menge in die Regierungssäle hinein. Es ist jetzt und für absehbare Zeiten kein einheitlicher, machtgewaltiger Wille, der durch dieses Thor kommt, aber der Olymp der politischen Götter ist nicht mehr endlos hoch und fern über dem Volke. Irgendwo in einem Gutsbezirke Ostpreußens oder in einer dunklen Wahlstube Bochums oder am Rande der bayrischen Alpen trägt ein armer Mann ein Blatt in den Kasten und sagt sich dabei: es ist eine einzelne Schneeflocke; viel Schneeflocken machen Schnee und hinter Schnee kommt Frühling!

Aus dem allgemeinen Wahlrecht geht das Parteileben hervor. Von den Prinzipien der Parteien wird später gesprochen werden. Jetzt ist nur wichtig, zu zeigen, daß das Parteileben an sich nicht eine Krankheitserscheinung ist, sondern ein demokratischer Naturprozeß. Wenn wir im vorigen Abschnitt die Majoritätsbildung als das Ziel der demokratischen Entwickelung fanden, so müssen wir nun die Parteien als notwendige Zwischenkörper zwischen der Wählermasse und der angestrebten regierungsfähigen Majorität betrachten lernen. Das Wesen der Partei ist die Existenz einer Organisation von Wählern zum Zweck der Majoritätsgewinnung. Die große und langsam zu erreichende Aufgabe der erfolgreichen Majoritätsbildung kann ohne dauernden Apparat nicht erreicht werden, am wenigsten von demokratischen Strömungen, denen bis jetzt weder staatliche noch kirchliche Organisationen helfen. Aus dem Wesen dieses Apparates ergiebt sich die Notwendigkeit der Berufspolitiker. Kein Berufsstand ist so sehr von wechselnden Wellen getragen als dieser. Er erlebt Enthusiasmus und Verleumdung in vollem Maße, soll tausend Interessen und Wünsche kennen, sichten, sagen, soll Sachkenntnis, Redekunst, Ausdauer vereinigen, soll zanken und schonen können, wie die Umstände es fordern, soll dabei konsequent und zielbewußt bleiben. Kein Wunder, wenn hier viele Gestalten auf- und untertauchen. Einige bleiben wie etwa Bebel, Richter, Rickert, Mirbach, Stumm, Lieber. Sie kehren Jahr für Jahr in die Parlamentsräume ein und sind in ihrer, allerdings streitvollen, Gesamtheit die vom Volke gegebene Nebenregierung neben der

monarchischen Regierung. In ihrem Kreis wechseln die Hauptstellen langsamer als im Kollegium der Staatssekretäre und Minister. Das demokratische Wahlverfahren hat seine eigene Treue in sich, es ist stets unberechenbar im einzelnen und doch berechenbarer in seiner Gesamtwirkung als die Politik der Fürsten. Es geht eine gewisse langsame, schwerfällige Tradition durch alle Demokratie, da die Gedanken von Massen sich nur schrittweise und mit sachten Übergängen ändern. Wenn es im monarchischen Getriebe an alten Formen nicht fehlt, so bereichert sich auch der demokratische Organismus, je länger er lebt, desto mehr mit zäh festgehaltenen Worten, Programmen, Gewohnheiten. Erst wenn neue Gedanken schon lange durchs Land gegangen sind, ist es ihnen möglich, auf dem Wege der Parteigruppe oder auf dem Wege der Gedankenverschiebung innerhalb bestehender Parteien vorzudringen. Alles, was noch nicht breite Massenwahrheit wurde, ist im demokratischen System wirkungslos.

Diese natürliche Zähigkeit der aus Wahlen hervorgehenden Parlamente kann für die Gesamtheit ein Glück oder ein Unglück sein. Bismarck hat viele harte Worte über die Parteiführer und ihren dickköpfigen Unverstand gesprochen. Aber auch ein Bismarck hatte es nötig, daß es Wände gab, an die er sich zuweilen stieß. Oft würde gegenüber schnellen Regungen der Regierung eine noch kühlere Beharrung in der Tradition nicht schädlich sein. Daß aber dieselbe Tugend des Beharrungsvermögens in entscheidenden Momenten des ganzen Volkslebens ein Hemmnis des Fortschrittes sein kann, liegt klar auf der Hand. Unsere Kolonialpolitik bietet ein grelles Beispiel. Überall in der ganzen Welt wird es so sein, daß kollegialisch zusammengesetzte Körper eine gewisse Schwerfälligkeit in sich selber haben. Eine Unmasse Kraft verzehrt sich im internen Kampf der Parteien und Personen. Je weiter der Majoritätsbildungsprozeß fortschreitet, desto mehr werden diese Kraftvergeudungen vermindert. Am wenigsten Kraftverlust findet sich beim voll durchgeführten Zweiparteiensystem. Aber wie weit von diesem demokratischen Ideal ist der deutsche Reichstag!

Solange die Majoritätsbildung sich auf der jetzigen deutschen Entwickelungsstufe befindet, kann die Initiative des Reichstags nur gering sein. In dieser Hinsicht bietet die Verfassung mehr, als was bis heute

der Reichstag leisten kann. Solange die Parteien sich gegenseitig aufheben, ist das Recht des Reichstags, seinerseits Gesetze vorzuschlagen, beinahe ein schlummerndes Recht. Unsere Gesetzgebung wird in Wirklichkeit von der Regierung gemacht und der Reichstag hat nur die Möglichkeit, Veränderungen anzubringen, anzunehmen oder abzulehnen. Dieser Zustand ist sehr bedauerlich, kann aber nur durch Vertiefung der politischen Einsicht des Volkes im Ganzen gehoben werden, denn nur aus dieser heraus kann die zur Besserung nötige Einheit aller vereinigungsfähigen Elemente kommen. Über Vergewaltigung des Reichstages zu deklamieren ist ziemlich zwecklos, solange er nicht von sich aus fähig ist, bei größeren gesetzgeberischen Aktionen eine feste Grundlage zu bieten. Unser Volk ist eben noch sehr jung in seinem demokratischen Parlamentarismus, jung und daher schwach.

Es könnte freilich mancher Schritt zur Besserung geschehen sein, wenn nicht durch die jetzt geltende Wahlkreiseinteilung die parlamentarische Vertretung der großen Städte und Industriegebiete in unverantwortlicher Weise benachteiligt wäre. Diejenigen Gebiete, die für die Versorgung der wachsenden Volksmenge das meiste thun, in denen die meisten Steuern aufgebracht und die höchsten absoluten Soldatenziffern gestellt werden, sind auf halbes und teilweis auf Viertelsrecht gestellt. Da die Kreiseinteilung in Norddeutschland seit 1867 und in Süddeutschland seit 1871 nicht geändert worden ist, ist eine ungerechte Ungleichheit entstanden, die geradezu unerträglich genannt werden muß. Als die Wahlkreise entstanden, hatte Deutschland etwa 39 Millionen Menschen, jetzt hat es 56 Millionen. Der Zuwachs ist zur Belastung der politischen Rechte der vorwärtsstrebenden Landesteile geworden. Stellen wir zunächst etliche größte und kleinste Wahlkreise nebeneinander:

	Einwohnerzahl		Einwohnerzahl
Löwenberg	60 481	Berlin VI	586 179
Lauenburg	50 831	Teltow-Charlottenburg	504 860
Hohenzollern	65 752	Bochum-Gelsenkirchen .	428 303

Ein Teil der kleinen Kreise erklärt sich geschichtlich aus Bundesstaatsverhältnissen, aber auch diese Erklärung kann den Eindruck stärkster politischer Benachteiligung der volkreichen Kreise nicht verwischen. Ein

Staatsbürger in Berlin VI hat fast nur $^1/_{10}$ soviel politisches Recht als ein solcher in dem schlesischen Kreis Löwenberg, der zu demselben preußischen Staate gehört! Diese Verschiedenheit liegt nicht im Geist der Verfassungsgründer, denn diese sagten im Wahlgesetz: „Ein Reichsgesetz wird die Abgrenzung der Wahlkreise bestimmen." Bis jetzt aber ist alles beim Alten geblieben. Die 397 Reichstagssitze sind willkürlich über das Land verteilt und mit jeder neuen Million von Einwohnern wird die Willkür drückender. Wenn Deutschland 60 Millionen Einwohner hat, wird es nur eine Pflicht der Gerechtigkeit sein, eine Neueinteilung vorzunehmen, bei der auf 150 000 Einwohner ein Abgeordneter kommt. Mehr als 400 Abgeordnete faßt (wohl absichtlich) der Saal des Reichstagsgebäudes nicht, 400 sind auch genügend, wenn nur die Gleichheit des Wahlrechtes hergestellt wird.

Natürlich wehren sich die vom jetzigen Zustand begünstigten Parteien gegen jede Änderung. Es ist uns darum wichtig, zu zeigen, wie das Parteiverhältnis der volkreichsten Wahlkreise ist. Nachfolgende Zusammenstellung giebt die Wahlkreise mit mehr als 150 000 Einwohnern und berechnet die nötigen Abgeordneten nach dem Grundsatz: bis 250 000 Einwohner 2 Abgeordnete, bis 350 000 Einwohner 3 Abgeordnete u. s. w. Indem sie den Zuwachs an Abgeordneten den Parteien zuschreibt, die jetzt die Wahlkreise vertreten, thut sie etwas, was im einzelnen falsch, in der Gesamtzahl aber etwa richtig sein kann.

Sozialdemokratisch vertreten sind mit je einem Abgeordneten:

Berlin VI	586 179	Einwohner.	Sollte haben	6	Abgeordnete.
Teltow-Charlottenburg . . .	504 860	„	„ „	5	„
Berlin IV	408 953	„	„ „	4	„
Hamburg III	374 331	„	„ „	4	„
Leipzig-Land	334 569	„	„ „	3	„
München II	327 713	„	„ „	3	„
Elberfeld Barmen	266 329	„	„ „	3	„
Hannover	263 651	„	„ „	3	„
Chemnitz	247 264	„	„ „	2	„
Niederbarnim	229 233	„	„ „	2	„
Dresden-Neustadt	227 262	„	„ „	2	„

Nürnberg	217 373	Einwohner.	Sollte	haben	2	Abgeordnete.
Dresden-Altstadt	216 274	„	„	„	2	„
Magdeburg	214 424	„	„	„	2	„
Dresden-Landkreis	209 782	„	„	„	2	„
Zwickau	206 884	„	„	„	2	„
Halle	203 011	„	„	„	2	„
Stuttgart	202 347	„	„	„	2	„
Frankfurt a. M.	195 111	„	„	„	2	„
Breslau-West	194 931	„	„	„	2	„
Braunschweig	188 666	„	„	„	2	„
Aschersleben	186 832	„	„	„	2	„
Naumburg-Weißenfels	182 847	„	„	„	2	„
Altona	181 665	„	„	„	2	„
Mannheim	179 314	„	„	„	2	„
Breslau-Ost	178 232	„	„	„	2	„
Königsberg	172 796	„	„	„	2	„
Hamburg II	160 859	„	„	„	2	„
Speyer	159 898	„	„	„	2	„
Karlsruhe	159 747	„	„	„	2	„
Mühlhausen i. E.	159 733	„	„	„	2	„
Bernburg	156 008	„	„	„	2	„
Dieburg-Offenbach	154 967	„	„	„	2	„
Gotha	154 105	„	„	„	2	„
Auerbach	154 012	„	„	„	2	„

Durch Zentrum vertreten sind:

Essen	294 077	Einwohner.	Sollte	haben	3	Abgeordnete.
Beuthen	253 084	„	„	„	3	„
Düsseldorf	250 893	„	„	„	3	„
Kattowitz	236 360	„	„	„	2	„
Köln-Stadtkreis	209 716	„	„	„	2	„
Pleß-Rybnick	189 536	„	„	„	2	„
Köln-Landkreis	184 834	„	„	„	2	„
Borcken-Recklingshausen	175 774	„	„	„	2	„
München-Gladbach	166 773	„	„	„	2	„
Eupen	159 914	„	„	„	2	„
Lublinitz	158 687	„	„	„	2	„
Mühlheim a. Rh.	158 387	„	„	„	2	„
Saarburg	156 541	„	„	„	2	„

Tecklenburg-Steinfurt . . .	153 186	Einwohner.	Sollte haben	2	Abgeordnete.
Augsburg	150 678	„	„ „	2	„

Nationalliberal vertreten sind:

Bochum-Gelsenkirchen . . .	428 303	Einwohner.	Sollte haben	4	Abgeordnete.
Dortmund-Hörde	303 366	„	„ „	3	„
Duisburg-Mühlheim a. d. R.	284 310	„	„ „	2	„
Leipzig-Stadt	183 133	„	„ „	2	„
Thorn-Kulm	181 699	„	„ „	2	„
Oschersleben-Halberstadt . .	168 854	„	„ „	2	„
Saarbrücken	166 194	„	„ „	2	„
Kassel-Melsungen	165 181	„	„ „	2	„
Cannstadt	155 268	„	„ „	2	„

Durch freisinnige Volkspartei vertreten sind:

Berlin II	328 354	Einwohner.	Sollte haben	3	Abgeordnete.
Lennep-Mettmann	201 032	„	„ „	2	„
Lauban-Görlitz	192 375	„	„ „	2	„
Hagen	168 755	„	„ „	2	„
Altena-Iserlohn	163 955	„	„ „	2	„

Konservativ vertreten sind:

Osthavelland	185 792	Einwohner.	Sollte haben	2	Abgeordnete.
Altenburg	180 313	„	„ „	2	„
Plauen-Ölsnitz	170 803	„	„ „	2	„
Erfurt	169 055	„	„ „	2	„
Randow-Greifenhagen . . .	168 736	„	„ „	2	„

Freikonservativ vertreten sind:

Mansfeld-Eisleben	180 136	Einwohner.	Sollte haben	2	Abgeordnete.
Ottweiler-St. Wendel . . .	151 051	„	„ „	2	„
Frankfurt a. O.	150 262	„	„ „	2	„

Durch freisinnige Vereinigung vertreten sind:

Kiel	201 675	Einwohner.	Sollte haben	2	Abgeordnete
Bremen	195 510	„	„ „	2	„

Durch Polen vertreten sind:

Posen	165 239	Einwohner.	Sollte haben 2 Abgeordnete.
Samter-Birnbaum	158 483	„	„ „ 2 „

Diese Zusammenstellung der 76 größten Reichstagswahlkreise ist in verschiedener Hinsicht interessant. Sie zeigt, wo das größte Wachstum liegt, und welchen Parteien es gelungen ist, im wachsenden Gebiet die Majorität zu gewinnen. In diesen Wahlkreisen, die recht eigentlich das neue industrielle Deutschland repräsentieren, haben alle größeren Parteien ihre Sitze, aber freilich in verschiedener Stärke. Von diesen 76 größeren Wahlkreisen

	hat jetzt	müßte haben	
Sozialdemokratie . .	35	85	Abgeordnete
Freisinnige Volkspartei .	5	11	„
Freisinnige Vereinigung	2	4	„
Zentrum	15	33	„
Nationalliberal . . .	9	22	„
Freikonservativ . . .	3	6	„
Konservativ	5	10	„
Polenfraktion	2	4	„
	76	175	Abgeordnete

Dieser Zuwachs von 99 Abgeordneten kann aber nur als unvollkommener Ersatz einer gründlichen Neuregelung gelten. Wenn es möglich wäre, bereits jetzt die Volkszahlen der bevorstehenden Zählung zu verwenden, so würde der Mangel an gleichem Wahlrecht noch stärker in die Augen springen. Aber freilich mit bloßen Erwägungen der Gerechtigkeit wird erfahrungsgemäß in der Politik wenig ausgerichtet. Unsere ungerecht gewordene Wahlkreiseinteilung wird bleiben, bis einmal die Regierung die Absicht hat, mit einer liberalen und industriellen Majorität zu regieren. Ob und warum dieser Fall wahrscheinlich ist, wird uns später beschäftigen. Wenn er eintritt, so ist es ein Leichtes, auf Grund des vorhandenen Wahlgesetzes eine überaus heilsame Verschiebung der Volksvertretung nach links eintreten zu lassen.

Eine gerechte Wahlkreiseinteilung könnte der Anfang zur besseren, glücklicheren Zeit in Deutschland sein, der Anfang vom Sturz der konservativen Gewalt.

Da nun natürlich die Konservativen wissen, daß das reell durchgeführte Majoritätsprinzip ihre langsame, aber sichere Versetzung in die völlige Minorität und in die Opposition bedeutet, so strengen sie alle Kräfte an, um Reichstagswahlrecht und Parlamentarismus zu verdächtigen. Wir übergehen ältere Äußerungen hervorragender konservativer Führer und berufen uns nur auf einige charakteristische Eintragungen von ihnen in das „Goldene Buch des deutschen Volkes an der Jahrhundertwende". Dort schreibt:

Graf Limburg-Stirum: „Trotz des Parlamentarismus glaube ich an eine großartige Entwickelung des Deutschen Reiches, weil in seinen bedeutendsten Staaten ein starkes Königtum regiert."

Clemens Graf Klinckowström-Korklack: „Äußere Politik — nur deutsch! Wirtschaftspolitik — gesunder Egoismus! Sozialpolitik — christliche Liebe! Gegen sozialdemokratische Führer und Verführer — Gewalt! Nur dann wird das kommende Jahrhundert bewahren und mehren, was das scheidende an politischer Einsicht und Macht, Kultur, Kunst, Wissenschaft und nationaler Arbeit geschaffen."

Graf von Mirbach-Sorquitten: „Das allgemeine, geheime und gleiche Wahlrecht ist der Nährboden der Sozialdemokratie. Fast alle Erscheinungen in unserm politischen Leben, die wir heute beklagen, lassen sich auf das Reichstagswahlrecht zurückführen. Alle staatserhaltenden Parteien bis zu den Linksliberalen werden durch dasselbe gefährdet. Die gemäßigten Elemente werden überall durch radikalere verdrängt. Wer am meisten verspricht, und sei es noch so unerfüllbar, bleibt überall da der Sieger, wo den gemäßigten Elementen nicht ganz besonders starke Autoritäten zur Seite stehen."

Solche aller deutschen Geschichtsentwickelung hohnsprechende Worte, solche derben Angriffe auf das einzige politische Recht der Masse sind nicht als vorübergehende Ausgleitungen unvorsichtiger Füße anzusehen. Es kommt noch ein Kampf um das Wahlrecht, ein Kampf um die demokratische Grundlage des Deutschen Reiches. In diesem Kampf entscheidet sich die deutsche Zukunft. Schon giebt es jetzt Leute in Miquels Nähe, die diesen Kampf schnell herbeiführen möchten. Je länger er aber verschoben werden kann, desto besser wird es sein. Jetzt hängt noch um die deutsche Demokratie der Schleier der falschen Internationalität, noch ist

nicht jede Stimme, die in die Urne fällt, deutsch-national! Aber der Patriotismus der Masse wird und muß kommen, und wenn er kommt, dann kann einer vaterländischen Masse niemand das erste politische Recht des deutschen Staatsbürgers aus der Hand nehmen. Eine vaterländische Demokratie ist unbesiegbar. Sie ist die Trägerin der Volkszukunft.

VII. Demokratische Dezentralisation.

Selten arbeitet die Geschichte pädagogisch. Wenn sie das deutsche Volk aus der Dienstbotenhaftigkeit der Kleinstaaterei heraus zu freierer demokratischerer Gesinnung und Praxis bringen wollte, so durfte sie ihm nicht allein das Reichstagswahlrecht geben, sondern mußte Landtags- und Gemeindewahlrechte vorher gewähren, damit im kleineren Kreise an näherliegenden Fragen die erste Einübung in die neue Volkspolitik geschähe. In Württemberg hat sie am meisten in diesem Sinne gehandelt, aber auch da nicht völlig. Der Erfolg ist sichtlich ein guter. Der Bundesstaat, der in Landesvertretung und Gemeindewahl am freiheitlichsten ist, hat keine so scharfe soziale Zerrissenheit wie diejenigen Teile Deutschlands, wo unterhalb des Reichstagswahlrechtes in allen politischen Dingen das Klassenrecht gilt. Die Erziehung zur Achtung jedes Staatsbürgers ist in Württemberg und überhaupt in Süddeutschland weiter fortgeschritten als in Preußen. Auf diesem Gebiet muß offenbar der Norden vom Süden lernen.

Es lagern in Gemeinde, Provinz, Bundesstaat und Reich älteste, alte und neue Wahlformen, bunt übereinander und nebeneinander. Wir können nicht daran denken, hier eine Darstellung aller in Deutschland geltenden Vertretungssysteme zu geben. Nur einiges sei erwähnt. Die älteste vorhandene Form der Landesvertretung sind die für Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz gemeinsamen „Stände". Hier sind überhaupt nur vertreten der größere Grundbesitz und die Obrigkeiten von 48 Städten. An diesem landwirtschaftlich fruchtbaren, politisch ruhenden Teile unseres Vaterlandes ist die demokratische Strömung vorübergerauscht, ohne in der Landesvertretung Spuren zu hinterlassen. In allen übrigen

Bundesstaaten ist ein Kompromiß mit dem System der Majorität zu erkennen. Die meisten Landesverfassungen enthalten vier Grundbestandteile.

a. Glieder des regierenden Hauses, mediatisierter Hochadel, Bischöfe, evangelische Prälaten, Universitätsvertreter, Bürgermeister, bevorzugte Städte,
b. Grundbesitz mit Bevorzugung des gefestigten Großgrundbesitzes,
c. Höchstbesteuerte,
d. Steuerzahlende Staatsbürger mit verschiedenem Zensus.

Dazu kommen Ernennungen durch den Herrscher, Trennung von Stadt- und Landkreisen, Trennung von Oberhaus und Unterhaus, direkte oder indirekte, offene oder geheime Wahl. Für fast jede Möglichkeit, die sich aus diesen Elementen ergiebt, findet sich ein Beispiel. Man kann wohl sagen, daß nicht zwei deutsche Landesverfassungen sich völlig gleichen. Besonders verwickelt und der Volksmasse ungünstig ist bekanntlich das preußische System. Das Gemeinsame fast aller dieser Wahlrechte ist aber die Beibehaltung der alten agrarischen Ständevertretung unter Hinzufügung bürgerlicher Elemente. Abgesehen von einigen kleinsten Staaten, wie Waldeck und Lippe-Detmold, ist nirgends ein rein bürgerlich-liberaler Charakter. Man sieht, wie wenig stark in den Einzelstaaten die Jahre 1830 und 1848 gewirkt haben. Als Deutschland auf Grund des allgemeinen Reichstagswahlrechtes aufgebaut wurde, war es seinen Verfassungen nach noch im wesentlichen ein Gebiet von Agrarstaaten. Und diesen Charakter haben die Landesvertretungen beibehalten. Je mehr Deutschland industriell wird, desto mehr werden seine Einzelverfassungen rückständig, steif, zopfig, da sie im allgemeinen bleiben wie sie sind. Man denke nur an das preußische Herrenhaus, die sächsische erste Kammer, die bayrische Kammer der Reichsräte, die württembergische Gruppe des ritterschaftlichen Adels u. s. w. Was an Rückständigkeiten im Reichstag nicht möglich ist, wird in den Landtagen versucht. Ja, kühne konservative Umsturzpläne denken daran, den Reichstag aus Delegierten dieser Landtage zusammenzusetzen!

Und bunt wie die Landtagsvertretungen sind die Vertretungskörper der Städte. Die erste der freien Städterepubliken, Hamburg, hat eine „Bürgerschaft" mit folgender Zusammensetzung:

160 { 80 Vertreter aller Einkommensteuer zahlenden Bürger,
40 Vertreter von Grundeigentümern,
40 Vertreter von Gerichten, Verwaltungsbeamten und Handelskammern.

Noch sind in Preußen die Städte-Ordnungen alter und neuer Provinzen nicht in Harmonie, ebensowenig die Ordnung der Landgemeinden. Im übrigen Deutschland hat jedes Gebiet seine Gemeindeverfassung. Am freiheitlichsten sind Württemberg, Hessen und Baden. Überall liegen alte Kämpfe versteinert vor uns. Die Verschiedenheit ist an sich kein Unglück, aber daß in der Verschiedenheit so wenig modernes Empfinden waltet, das ist ein Unglück. Das neue industrielle Massenvolk wächst herauf, ohne im allgemeinen in Staat und Stadt und Dorf sich ausleben zu können. Es darf über Zölle, Handelsverträge, Anleihen des Reiches, Heer, Flotte gleichberechtigt mit entscheiden, aber bei Landesanleihen, Schulfragen, Kirchenpolitik, Eisenbahnen, Brücken, Wegen, Armenpflege, Wohnungsfrage drückt man es in den Winkel. Hier entscheidet der, der etwas hat: Land oder Geld!

Man muß diesen Zustand im Auge behalten, wenn man die *starke Zentralisationsneigung* verstehen will, die sich häufig in sozialdemokratischer Litteratur findet. Da man am wenigsten darauf rechnet, die Einzelgemeinden zu erobern (übrigens ein in manchen Ländern nicht unmöglicher Fall), so schiebt man soviel als möglich von der Gemeinde auf den Staat, vom Staat aufs Reich. So sehr die Sozialdemokratie den gegenwärtigen Staat bekämpft, so staatssozialistisch ist sie in einzelnen Anforderungen an die gegenwärtige Gesellschaft. Wir rechnen hierher beispielsweise die Übernahme von Schullasten, Armenlasten und Wegebaukosten auf den Staat, drei Punkte, die für die Agitation in ärmeren Gegenden von direktestem Interesse sind. Oft besteht ja die Ausgabe der Gemeindekasse aus nichts anderem fast als diesen dreierlei Lasten. Um dieser Lasten willen müssen arme Gemeinden trotz der gewährten Staatszuschüsse Anleihen aufnehmen, an denen sie dann mit ihren geringen Kräften lange zu zahlen haben. Vom Standpunkt dieser Bedrängten, die von selbst weder neue Schulen noch neue Wege bauen würden, die nur durch Staatsmacht zu erhöhten Leistungen gedrängt werden, ist es natürlich richtig, Übernahme der Unkosten durch den Staat zu verlangen. Indem die

soziale Demokratie diese vertritt, fordert sie: Ausgleich von oben her! Und in Verfolgung dieses selben Ausgleichgedankens kommt sie dazu, die Deckung der Kosten der Invaliditäts- und Altersversicherung dem Reich zuzuschieben, überhaupt die Reichsfinanzverwaltung gegenüber allen tieferen Stellen zu stärken. Nicht im jetzigen Programm, aber vielfach im Gedankenkreis der Sozialdemokratie waltet eine Art Verachtung der Unterstufen der Verwaltung. Die Idee des Großbetriebes scheint auch hier zu siegen. Ganz wenig geistige Arbeit ist bis jetzt auf das Dezentralisationsproblem verwendet worden. Wo sind insbesondere eingehendere sozialdemokratische Arbeiten über die Gemeindeverwaltung? Es liegt über unserem deutschen demokratischen Sozialismus bis jetzt ein französischer Hauch. Was dort das absolute Königtum geschaffen, Revolution und Napoleonismus gefördert haben, das soll auch nach Deutschland kommen: Zentralisation! Im Programm aber steht mit Recht: Selbstverwaltung des Volkes im Reich, Staat, Provinz und Gemeinde.

Eine zentralisierte Demokratie ist, um es offen zu sagen, eine große Täuschung. Da der demokratische Apparat der Majoritätsbildung nur langsam und schwer dazu kommt, große regierungsfähige Parlamentsparteien herzustellen, und da er, wenn sie einmal geschaffen sind, zähe an diesen mühsam erworbenen Körpern festhält, so hat der einzelne Mann im Volke von einer durchgeführten demokratischen Staatsverwaltung ungeheuer wenig, so lange alles von oben her gemacht wird. Er kann dann mit seinem Stimmzettel helfen, daß das bisherige Ministerium durch das Gegenministerium abgelöst wird. Er entscheidet zwischen zwei Cliquen. Das ist seine ganze Demokratie. Dahin führt der große Gedanke von souveränem Volke, wenn er nicht dezentralisiert gedacht wird. Nur bei lebendigem Eigenleben der politischen Unterteile des Staates wächst, lebt und bleibt demokratischer Sinn. Hier ist der Mann etwas wert, der nicht Agitator und Berufspolitiker sein kann. Von hier aus gewinnt er die Sachkenntnis und Selbständigkeit, die ihn auch seinen eigenen Parteigrößen gegenüber frei macht. In zentralisierter Demokratie kann nach Natur der Dinge die Masse nichts anderes sein als Stimmvieh. Was ist in dem Augenblick, wo es sich um Zehntausend von Stimmen handelt, die Idee eines einzelnen noch nicht politisch namhaft gewordenen Kopfes? Die

großen Parteiformeln rasseln wie Trommelwirbel über die Köpfe und geschlossen wie bei der Parade marschiert man nach einer Parole. In einem beliebigen Namen sammelt sich alles, was man wünscht und hofft. Diesem einen Namen Tausende von Zetteln zu verschaffen, ist Ziel großer Anstrengungen und Opfer, und sind diese Opfer nicht vergeblich gewesen, so besteht die demokratische Souveränität von 20 000 Wählern darin, daß Herr Müller auf fünf Jahre nach Berlin geht. So ist die Wirklichkeit zentralisierter Demokratie und kann nicht anders sein, denn daß in sehr vielen wichtigen Dingen Zentralisation sein muß, ist klar. Auch Volksreferendum ändert wenig an diesem Zustande. Die Staatsleitung ist und bleibt Sache von wenigen, auch bei durchgeführtestem demokratischem Wahlsystem, deshalb liegt es im Interesse der vielen, daß nicht alle wichtigen Dinge an der Zentralstelle abgemacht werden.

Eins jedoch muß vermieden werden, daß man Dezentralisation und Partikularismus für ein und dasselbe hält. Die süddeutsche Demokratie ist wesentlich partikularistisch, denn sie fordert „Durchführung des bundesstaatlichen Prinzips", worin sie vom Zentrum unterstützt wird. Sie ist grundsätzlich gegen großstaatliche Zentralisation, denn „sie erstrebt einen auf Freiheit gegründeten Bundesstaat sämtlicher deutschen Stämme", kurz, sie ist eine von den Parteien der durch 1866 gekränkten Stammesinteressen, wie es die Welfen auch sind. Weil ihr Boden süddeutsch ist, so ist eben ihr Partikularismus demokratisch, der der Welfen im allgemeinen agrarisch-aristokratisch. In Zeiten von Reichsverdrossenheit steigt dieser Partikularismus aufwärts, aber politischer Wert kann ihm trotzdem nicht zugesprochen werden.

Die Bedeutung der Einzelstaaten ist in erster Linie eine geschichtliche. Sie waren das politische Kleid der Vergangenheit. Heute noch können sie als Verhinderung von Reaktion in Betracht kommen, wenn in Berlin reaktionäres Preußentum den Reichsgeist vergewaltigen will, aber niemand wird leugnen können, daß sie einen ehrenvollen Rückzug in das Gebiet stiller Verwaltungskörper antreten. Wir müssen später, wenn wir vom Kaisertum reden, diesen Punkt noch einmal berühren. Als Verwaltungskörper können sie Heimaten dezentralisierter Selbstverwaltungen sein und

sind es besonders in Süddeutschland wirklich. Immer wird man bei deutschen Dezentralisationsplänen auf diese geschichtlichen Körper zurückkommen, aber die Frage der Dezentralisation ist mit Erwähnung der Rechte und Reservatrechte der Einzelstaaten keineswegs erledigt.

Es ist nötig, daß eine demokratische Bewegung Grundsätze über die Thätigkeitsweise der Dezentralisation gewinnt. Sie wird davon ausgehen müssen, daß man jetzt manche Fortschritte dadurch hemmt, daß man Landesgebiete verschiedenster Art gleichzeitig mit denselben Paragraphen bedienen will. Um bei der Gewerbegesetzgebung anzufangen, so ist es ein großer Vorteil, daß sie beim Reichstag und nicht bei den Landtagen liegt. Sie muß in demokratisch entstandenen Körperschaften verhandelt werden, wenn überhaupt Arbeiterschutz, Arbeitsinspektion, Arbeitervertretungsrecht, Arbeiterversicherung durchgesetzt werden soll. Das Arbeitsvolk kann sein Lebensschicksal keinem Klassenhaus anvertrauen wollen. Auch ist es nötig, daß die allgemeinen Grundsätze zentralistisch behandelt werden, aber die Ausführungsverordnungen könnten sehr zum Vorteil der Sache in verschiedenen Gebieten getrennt behandelt werden, sobald diese Gebiete geeignete beschlußfähige Körper besitzen. Daß sich die Dezentralisation in Gewerbeangelegenheiten an vorhandene Provinzgrenzen zu halten habe, ist nicht nötig. Wie störend läuft die Grenze von Rheinland und Westfalen durch das Industriegebiet an der Ruhr! Was bedeutet für das Gewerbe die Landesgrenze zwischen Sachsen, Gera, Greiz, Hof? Sind gewerblich Frankfurt und Offenbach, Mannheim und Ludwigshafen je zwei Orte? Man muß für Gewerbeordnungen Gewerbeprovinzen machen und muß ihnen eine eigene lebensfähige Verfassung geben. Jedes Gewerbegebiet kann dann seiner Eigenart nach den Rahmen der Reichsgesetze ausfüllen. Wir sind überzeugt, daß die westfälische Kohlenindustrie ihren Arbeitern mehr bieten kann als die schlesische, die niederrheinische Textilindustrie mehr als die sächsische. Nur bei Dezentralisation lassen sich Mustergebiete schaffen, von denen dann die übrigen lernen können. In der Mitwirkung an solchen provinziellen Gewerbeparlamenten werden Unternehmer und Arbeiter ganz anders, als es im Reichstag geschehen kann, sich über die gemeinsame Grundlage der Lebenserhaltung ihrer besonderen Industrie verständigen können. Natürlich muß die Wahl zu diesen Gewerbeparlamenten für beide Teile frei sein wie beim Gewerbegericht.

Ein weiteres Gebiet für Dezentralisation ist das Erziehungswesen. Es ist nicht zufällig, daß Preußen seine vor 50 Jahren in der Verfassung versprochene Schulgesetzgebung immer noch nicht bekommen hat. Für ein Land, das von Saarbrücken bis Memel reicht, lassen sich die Schulverhältnisse nicht einheitlich regeln. Schon allein die Frage der konfessionellen oder nichtkonfessionellen Schule liegt am Rhein und an der Elbe ganz verschieden. Wozu aber muß denn in Schulsachen Uniform getragen werden? Gewisse Minimalforderungen materieller und geistiger Art muß der Staat (besser das Reich als die Einzelstaaten) stellen. Was darüber hinaus ist, ist landschaftlicher Natur. Die Ausstattung und Leitung der Einzelschule ist aber eine lokale Angelegenheit. Jetzt fehlt in Schulsachen die Zwischenstelle zwischen Staat und Schulgemeinde, die mit der Fähigkeit rechtskräftiger Verordnungen ausgestattete selbständige, von unten herauf wachsende, demokratisch entstandene Provinzialschulverwaltung. Daß die Provinzialschulkollegien diesen Anforderungen nicht entsprechen, ist bekannt.

Fast noch wichtiger als dezentralisierte Körper für Gewerberecht und Schulwesen ist aber die Herstellung von provinziellen demokratischen Verwaltungskörpern für Ansiedelungswesen. Bis heute geschieht für das Ansiedelungswesen, abgesehen von der Güterparzellierungskommission im preußischen Osten, gar nichts. Alle alten Behörden versagen gegenüber dieser großen neuen Aufgabe. Man denke sich folgendes: in 10 Jahren wächst unser Volk um 9 Millionen Menschen. Die Ansiedelung dieser 9 Millionen überläßt man dem Zufall! Man läßt Riesenstädte sich weiter und weiter ansammeln, Häusermeere, Steinfluten, Ameisenhaufen von Millionen, wo Menschen wie Vögel in Käfigen nebeneinander, übereinander sitzen, wo hunderttausend Kinder keine anderen Spielplätze haben als Straßen und Promenaden, wo der einzelne nichts ist, ein verlorenes Sandkorn, Spreu im Winde, wo unter einer glänzenden Oberschicht eine dichte, schwarze Menschenmasse lagert, die immer nur gezogen und geschoben wird. Man läßt Plätze entstehen, in denen der gesunde Trieb des Volkes zum Familienleben durch die Macht der Verhältnisse vielfach erdrückt wird, Orte der Unfruchtbarkeit, wie Zola so ergreifend Paris geschildert hat. Rings im weiten Bogen um Berlin herum liegt Land für

Menschen, alles aber strömt zum Zentrum, gelockt vom Licht, vom Geld, von der Hoffnung auf Arbeit. Man sehe das Wachstum unserer Großstädte: im Jahre 1880 wohnten 9 700 000 Menschen in Städten mit über 10 000 Einwohnern, im Jahre 1895 bereits 16 150 000. Die Einwohnerzahl der Orte unter 10 000 Einwohnern steigt nur um weniges, alles, was als Überschuß, als Volkszuwachs geboren wird, drängt nach den kreisförmig sich erweiternden Riesenlagern der Zivilisationsmenschheit. Natürlich liebt die Demokratie diese Orte, denn hier hat sie ihre großen Zahlen, ihre durchschlagendsten Wahlerfolge, hier giebt es Masse, die nur einmal eine friedliche Parade abzuhalten braucht, um in sich das Gefühl einer wachsenden Macht zu wecken. Aber auch die Demokratie muß sich sagen, daß eine Selbständigkeit der Einzelpersonen bei Dezentralisation der Menschen viel mehr gepflegt werden kann als in der überwältigenden Anhäufung der Menge. Welche Talente für die Sozialdemokratie liefert denn Berlin im Vergleich mit den Provinzen? Ist es Berlin, wo die neuen Gedanken zuerst Fuß fassen? Wie gering ist hier der Prozentsatz derer, die an der Stadtverwaltung beteiligt werden können, selbst wenn kein Klassenwahlrecht hindert! Massenquartiere verschlingen die Individualitäten, und in diesem Verschlingen liegt eine Gefahr für die Volksfreiheit überhaupt. Nun ist ja nicht zu erwarten, daß man Stadtbewohner in größerer Zahl wieder aufs Land verpflanzen kann, aber möglich ist, die Verteilung der Industrie und damit der Bevölkerung über das ganze Land systematisch zu regeln.

Eine solche Regelung muß selbstverständlich einen freien Charakter tragen; zwangsweise Kolonisierung nach Art Friedrich Wilhelms I. ist heute ausgeschlossen. Man kann den Strom der Bevölkerung nur lenken, wenn man ihm bequeme Laufgräben öffnet. Auf einer Versammlung für innere Mission in Frankfurt a. M. haben vor etwa 2 Jahren dortige Herren, die jetzt zum Reichswohnungsverein gehören (Latscha und Teudt) einen weitgehenden Plan entwickelt: man soll zwischen Großstädten Industriestraßen anlegen, ihnen alle modernen Verkehrsvorteile zuführen und durch bodenreformatorische Behandlung des Grund und Bodens das gewaltsame Steigen der Wohnungspreise verhindern. Der Mittellandkanal würde eine solche Industriestraße werden können, und eine wirtschaftspoli-

tisch weit denkende, demokratische Volksvertretung würde sicher bereit sein, nicht nur den Kanal zu bewilligen, sondern auch den Ankauf breiter Terrains an seinen Ufern und die Anlage einer Verkehrsbahn direkt neben dem Kanal. Man sollte einmal sehen, wie schnell sich einige von unseren neuen Volksmillionen an diesen Rändern festsetzen würden. Eine ähnliche Straße, etwa von Berlin über Landsberg nach Bromberg hin müßte den Osten durchziehen. Jetzt leisten wir uns den Luxus eines dünn bevölkerten Ostens und eines mit Menschen überhäuften Westens. Der Osten stößt alle seine überzähligen Kinder nach dem Westen, und wenn es im Westen geringen Verdienst giebt, stößt er sie übers Meer. Hier giebt es ein Ansiedelungsproblem von gewaltiger Größe, ein Umwandeln des Rittergutslandes in Bauern- und Industriegebiet. Das Land der Masse!

Da Deutschland einmal durch sein Volkswachstum auf Industrialismus angelegt ist, muß es mit diesem seinem Schicksal entschlossenen Ernst machen. Erst ein dezentralisierter Industrialismus bietet einer hygienisch und moralisch gesunden Volksentwickelung die nötigen Garantien. Da wir von dem Rauchen der Schlote leben müssen, da unsere Landwirtschaft nur mit der Industrie lebensfähig bleiben und verdienen kann, da wir kein Nebeneinander von gehäuften Menschenkasernen und menschenleeren Flächen, wie es sich in England findet, bei uns wollen können, so entsteht eine neue politische Aufgabe, für die die Organe erst gebildet werden müssen. Die Reichsgesetzgebung muß die neuen Grundlagen legen, aber dezentralisierte, in sich selbständige, nicht bureaukratische Verwaltungskörper müssen die Ansiedelungsaufgabe in den verschiedenen Landesteilen übernehmen. Auch hierbei dürfen geschichtliche Landes- und Provinzialgrenzen nicht maßgebend sein. Auch diese Aufgabe drängt zu einer Dezentralisation nach Wirtschaftsgebieten.

Will die Demokratie in Deutschland positive Politik machen, so wird sie gar nicht anders können, als sich schon jetzt vor die Frage stellen: welche innerpolitischen Veränderungen fordert der Industrialismus? Diese Frage kann überhaupt nur von der Vertretung der industriellen Masse mit Erfolg aufgeworfen werden, und sie kann nur mit ihr gelöst werden. Jetzt wächst unser Industrialismus und sprengt im Wachsen die Nähte seines alten politischen Kleides, aber er wächst, ohne für ein neues poli-

tisches Gewand zu sorgen. Hier zeige der Sozialismus, was er kann, er mache das Programm der neuen Ansiedelung, Organisation, politischen Dezentralisation!

VIII. Demokratische Organisation des Wirtschaftslebens.

Ein einzelner mag Politik als Sport oder Kunst betreiben, wenn er Zeit und Geld dazu hat, eine arbeitende, auf Lohn oder Geschäftsverdienst angewiesene Masse sieht selbstverständlich die Politik als Mittel zur Verbesserung der Lebenslage an. Solange sie glaubt, es sei möglich, durch Gewinnung der politischen Souveränität das ganze soziale Leben auf einmal umzugestalten, wird sie alle Kraft auf den politischen Machtkampf und zwar auf Beseitigung der jetzigen Souveränitäten richten. Je mehr sie aber einsieht, daß selbst der Besitz bedeutender politischer Macht nur begrenzte wirtschaftliche Änderungen würde herbeiführen können, oder mit anderen Worten, daß dauernde Wirtschaftsbesserung nur durch Erarbeitung von Wirtschaftsorganisationen geschaffen werden können, desto mehr gewinnen die sogenannten „kleinen Mittel" an Bedeutung. Man kann diese „kleinen Mittel" einheitlich bezeichnen als Demokratisierung des Wirtschaftslebens. Mit tausend Fingern greift das Prinzip der selbstthätigen organisierten Masse in das Geschäftsleben ein. Vieles, was heute auf diesem Gebiet nur stellenweise versucht wird, wird in Zukunft große Ausdehnung und Bedeutung bekommen. Und erst durch das Eindringen des demokratischen Prinzipes in das Wirtschaftsleben wird die Demokratie als Volksgesinnung den Grad von Reife und Stärke bekommen, den sie braucht, um neues Blut ins ganze deutsche Leben zu bringen. Eine bloß politische Demokratie wird stets in Gefahr sein, durch andere Strömungen zeitweilig überholt zu werden, eine politisch-wirtschaftliche Demokratie ist von fabelhaft zäher Festigkeit, sobald sie einmal die ersten erfolgreichen Schritte ins Dasein gethan hat.

Vielfach decken sich unsere Meinungen über demokratische Organisation des Wirtschaftslebens mit dem, was Dr. David auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Hannover ausgeführt hat. David sagte dort

Es ist falsch, zuerst die politische Gewalt und dann die wirtschaftliche zu erobern, auch das Umgekehrte ist falsch; es müssen vielmehr beide Bestrebungen gleichzeitig nebeneinander hergehen, sich gegenseitig bedingend, sich gegenseitig stützend. In dieser Weise wird dermaleinst das „Endziel" erreicht werden.

Abgesehen vom „Endziel", von dem wir nicht viel halten, unterschreiben wir diesen Satz, und nur um den Zusammenhang der Wirtschaftsorganisationen der Volksmasse mit der Volkspolitik hervorzuheben, gehen wir in diesem politischen Buche auf diese Dinge ein. Bestimmte technische Anweisungen zu geben, sind wir nicht imstande. Das ist Sache derer, die fachmännisch im Genossenschafts- und Gewerkschaftsbetriebe stehen.

Als wir von den „Trägern der Demokratie" redeten, gaben wir die Ziffern der Gewerkschaftsorganisationen. Diese Organisationen bezwecken in erster Linie, den Lohnvertrag zu einem Vertrag zwischen Arbeitgeberverband und Arbeiterverband zu machen. Alle Lohnkämpfe haben nur dann einen bleibenden Wert, wenn sie mit Friedensschlüssen endigen, die das Ergebnis des Kampfes für längere Zeit festsetzen. Der bekannte Tarif der deutschen Buchdrucker ist ein solcher Friedensschluß. Er wird kein ewiger Friede sein, aber er verhindert das, was in weniger gut organisierten Gewerben beständig vorkommt, daß schnell gewonnene Vorteile ebenso schnell wieder zerrinnen. Was aber bedeutet ein solcher Tarif? Er besagt, daß durch Organisation der Arbeiter der Betriebsleitung gewisse Schranken auferlegt werden, daß die absolute Monarchie in dem Betriebe einer Art von konstitutioneller Verfassung hat weichen müssen. Selbst wenn die Rechte, die diese Verfassung bietet, sich noch auf dem knappen Raum der Lohn- und Arbeitsfragen im engeren Sinne bewegen, so ist es doch ein grundsätzlich äußerst wichtiger Fortschritt, daß bereits ganze Gewerbsgebiete sich die Mitwirkung des gewerkschaftlichen Parlamentes gefallen lassen, ohne dabei unterzugehen. Eine weitere Ausdehnung dieses Grundsatzes hat Fabrikant Freese dadurch angebahnt, daß er ein Fabrikparlament für alle nicht kaufmännisch-technischen Fragen eingerichtet hat. Was auf diesem Gebiet ein einzelner Fabrikant aus freier Überzeugung thut, hat den Wert, genau zu zeigen, bis zu welchen Grenzen im heutigen Wirtschaftsleben der demokratische Geist den Betrieb durchdringen kann, ohne ihn zu ruinieren.

Freeses System der Gewinnbeteiligung giebt einen Weg an, wie selbst die Lohnfrage in noch weitergehender Weise als durch Tarif der Mitwirkung der Arbeiter anvertraut werden kann. So mißtrauisch die Arbeiterschaft mit Recht gegen jeden Versuch sein muß, durch „Wohlthaten" ihre Selbstbestimmung zu vermindern, so gern kann sie derartige in freiheitlichem Sinne gemachten Zugeständnisse der übrigen Zahl der Unternehmer entgegenhalten, indem sie sagt: die Praxis beginnt für unsere Theorie zu sprechen, es ist möglich, daß die Arbeiterschaft als Körper organisiert wird, der in die Leitung der Produktion mit eintritt!

Die größere Zahl der Unternehmer stellt sich heute den industriellen Parlamentarismus noch als Untergang der Industrie vor. Sie können sich nicht an den Gedanken gewöhnen, daß der zahlreiche, seiner Kraft bewußt gewordene Stand des modernen gelernten Arbeiters andere Rechte hat als die vereinzelten Handwerksgesellen altväterischer Kleinbetriebe. Der Handwerksgeselle der alten Zeit hatte im allgemeinen das Ideal, selbst einmal Meister zu werden und dadurch in leitende Stellung zu kommen. Und wenn auch nur die Hälfte oder ein Dritteil dieses Ideal erreichte, so genügte die Hoffnung, um die Unterordnung der Gehilfenstellung leichter zu ertragen. In allen Berufen, wo heute diese Hoffnung noch irgendwie lebendig ist, ist auch jetzt noch der Trieb zur Organisation ein schwacher, wie z. B. in den Nahrungsmittelgewerben und bei den Gastwirtsangestellten. In den eigentlichen Industrien aber weiß der Arbeiter, daß er lebenslänglich Lohnempfänger bleibt. Sein Ideal muß deshalb sein, daß er als Lohnempfänger Einfluß gewinnt. Wie groß der Einfluß ist, wird von der Leistungskraft seines Verbandes im Betrieb und im gesamten Gewerbe abhängen. Sein Ziel kann nicht sein, die Industrie, von der er lebt, zu zerstören. Er hat mit dem Unternehmer das gemeinsame Interesse am guten Geschäftsgang. Es ist deshalb blinde Furcht, wenn das Unternehmertum glaubt, mit der Anerkennung der Arbeitervereinigungen würde die Produktion als solche gefährdet sein. Solche Furcht entspricht dem Angstzustand, in dem in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts die absoluten Fürsten waren, wenn der bürgerliche Liberalismus von ihnen Verfassungen forderte. Damals schien es auch den Geängsteten, als müßte der Staat untergehen, wenn ihre dynastische Absolutheit etwas verlieren müßte. Sie glaubten

mit Ludwig XIV. sprechen zu können: der Staat bin ich. Aber so wenig Friedrich Wilhelm IV. es hindern konnte, daß zwischen ihn und sein Volk „ein Blatt Papier" dazwischen trat, so wenig werden die Unternehmer den Fortschritt des Arbeitsvolkes dauernd hemmen können. Die Fürsten sicherten ihre Existenz, indem sie notwendige Konzessionen machten. Ist etwa heute Fürstenmacht beseitigt, weil es Parlamente giebt? Die Arbeiterschaft kann nicht daran denken, bei ihrem jetzigen Bestande die Leitung der Produktion in die Hand zu nehmen, was sie aber nach dem Maß ihrer gemeinschaftlichen Kraft verlangt, ist, daß auch sie im Erwerbsleben etwas zu sagen hat. Der industrielle Arbeiter wehrt sich dagegen, nur Maschinenteil zu sein. Daß er sich dagegen wehrt, ist vom sittlichen und politischen Standpunkt aus zu begrüßen. Wenn er nämlich nicht den Drang hätte, in seinem Arbeitszweig Einfluß zu haben, würde er auch politisch wenig taugen.

Es giebt „Nur-Gewerkschaftler". Gegen diese wird mit Recht geltend gemacht, daß in England tüchtige und große Gewerkschaften nur mäßige Erfolge gehabt haben. Der Weg der Gewerkschaft ist eben nur ein Weg und aller Gewerkschaftskampf bedarf der politischen Unterstützung durch eine Demokratisierung der Gesetzgebung und Verwaltung. Das letztere ist bei uns in Deutschland besonders wichtig, weil noch immer die Arbeitervereinigungen unter starkem Drucke stehen. Dieser Druck, den das glücklich verschwundene „Zuchthausgesetz" verstärken wollte, besteht in einem Zusammenwirken von Behörden und Unternehmern, das diejenigen Männer außer Brot drängt, die die Führung der Organisationen übernommen haben. Unzählige persönliche Opfer sind für die Arbeiterorganisationen gebracht worden, Saat besserer Zukunft. Noch steht es aber so, daß gerade in den Gebieten der entwickeltsten Großindustrie das Gewerkschaftsleben auffällig schwach ist. Die größten Werke der Eisenindustrie machen es fast ausnahmslos in Rheinland-Westfalen ihren Arbeitern unmöglich, Gewerkschaftler zu sein. Dort, wo man die thätigste, beste Arbeiterbewegung erwarten sollte, ist sie stockend, versuchend, an den Rändern schaffend. Hier muß erst der Umschlag der öffentlichen Meinung von der Politik her kommen, wenn es anders werden soll. Die im Beruf tüchtigsten Arbeiter steigen zu Werkmeisterstellen in die Höhe und verlieren dadurch meist die Möglichkeit gewerkschaftlicher Bethätigung.

Andere werden „abgelegt". Da die Arbeiter dieser Werke im allgemeinen einen guten Durchschnittslohn erhalten, so fehlt unmittelbar drängende Not. Man trottet weiter, von Tage zu Tage, ein Anblick, der den betrüben muß, der in der gewerkschaftlichen Organisation eine Grundlage, und zwar die beste Grundlage neuer Volksgestaltung sieht. Sollten die Arbeiter der größten Industrien nicht genug eigene Energie haben, um auch bei relativ gutem Verdienst den Gedanken der Organisation als Lebensgedanken ihres ganzen Standes zu fassen, dann würde das ein Unglück für das Volk im ganzen sein. Leider giebt es auch in Süddeutschland, wo der hemmende Druck weit weniger in Betracht kommt, gerade in größten Betrieben oft Lauheit und Flauheit. Liegt das am Stammescharakter, der wenig auf Organisation gerichtet ist, oder liegt es hier wie dort daran, daß die Gewerkschaftsidee noch zu wenig tief und inhaltreich gedacht ist, um auch diejenigen zu erfassen, die nicht „am Hungertuche nagen"?

Es ist klar, daß die Lohnkampfidee ihre Grenzen hat. Auch die Arbeitsvermittelung durch die Arbeiterverbände ist begrenzt. Gegenüber gut geleiteter Großindustrie pflegt beides zu versagen, teils weil hier relativ gut bezahlt wird, teils weil die Machtmittel des Großunternehmertums überwältigende sind. Hier muß der Zusammenschluß der Arbeiter sich auf etwas anderes gründen. Zwei Möglichkeiten stehen offen: Versicherungswesen und Genossenschaft. Schon einmal war Versicherungswesen und Gewerkschaft eng verbunden, in der Zeit vor den drei großen staatssozialistischen Reichsversicherungen Bismarcks. Seit deren Einführung haben die freien Hilfskassen ein bescheideneres Dasein geführt, und erst in den letzten Jahren ist der Gedanke der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften lebendiger geworden. In welchem Verhältnis Lohnkampf und Versicherungs- resp. Unterstützungswesen stehen, zeigt einigermaßen der Kassenbericht der Gewerkschaftsorganisationen für das Jahr 1898. Es wurden verausgabt

für Lohnkampf		1 073 290 ℳ
für Reiseunterstützung . .	283 267 ℳ	
für Arbeitslosenunterstützung	275 404 ℳ	
für Krankenunterstützung .	491 634 ℳ	1 208 311 ℳ
für Invalidenunterstützung .	79 587 ℳ	
für freie Beihilfen . . .	78 419 ℳ	

Das sind immerhin recht beachtliche Leistungen, die den Beweis liefern, daß die freien Vereinigungen der Arbeiter im Laufe der Zeit einen Teil der notwendigen Lebensfunktionen ihrer Schicht werden selber regeln können. Der Geldverkehr im Gewerkschaftswesen ist ja auch im ganzen betrachtet in gutem, durch die allgemeine günstige Geschäftslage ermöglichtem Aufsteigen. Die Jahreseinnahme der gewerkschaftlichen mit der Hamburger Generalkommission in Zusammenhang stehenden Organisationen war in dem genannten Jahre 5 508 667 Mark, der Kassenbestand der Hauptkassen war 3 880 092 Mark, der Kassenbestand der Haupt- und Nebenkassen war 4 373 313 Mark. Alle diese Zahlen werden in der noch nicht erschienenen Abrechnung des Jahres 1899 höher sein. Die Arbeiterorganisation ist im Begriff, sich als eine finanzielle Größe zu begreifen. Sobald die Möglichkeit der Kapitalsammlung durch Arbeitergroschen allen Beteiligten zum Bewußtsein kommt, wird sich Phantasie und Wille des Proletariats mit ganz anderer Energie als bisher auf dieses Gebiet werfen, nicht zum Schaden sondern zum Nutzen der demokratischen Politik, denn Leute, die etwas zu verteidigen haben, kämpfen anders und besser als solche, die „nichts zu verlieren haben als ihre Ketten".

Von England her kommt die immer neue Anregung zum Genossenschaftswesen. David zitiert ein Programmwort des rühmlich bekannten Ehepaares Webb:

> Die Vereinigung der ganzen Arbeiterklasse zu einem Genossenschaftsverbande einerseits und einer Föderation von Gewerkvereinen andererseits würde den Arbeitern thatsächlich die Herrschaft im Staate einräumen.

In diesem Wort ist der hohe politische Wert der Arbeitervereinigungen ausgesprochen. Der Arbeiter ist der neue Massenstand. Überall, wo das Sprichwort Geltung hat „die Masse muß es bringen", steht er in erster Linie. Aller Massenabsatz muß mit ihm rechnen. Wenn nach der Berufszählung von 1895 im Gewerbe 7 320 000 lohnbeziehende Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte vorhanden waren, so repräsentiert diese Menge einen ungeheuren Umsatz an Bedarfsartikeln. Nehmen wir an, daß auf den Kopf dieser Menge im Durchschnitt nur 900 Mark Jahreseinnahme kommt (= Tagesverdienst von 3 Mark), so hat diese Menge eine Jahreseinnahme von 6 588 000 000 Mark. Diese Summe

wird für Brot, Fleisch, Kolonialwaren, Kartoffeln, Kohlen, Kleidung, Getränke, Miete, Sparkasse u. s. w. ausgegeben. Wenn es möglich sein sollte, auch nur einen Teil dieser Ausgaben in bestimmte Bahnen zu lenken, so müßte ein solches Vorgehen denjenigen freien Organisationen, die diese Lenkung übernehmen, einen hohen Einfluß im ganzen Wirtschaftsleben sichern. Ansätze in dieser Richtung sind vorhanden und es handelt sich nur darum, sie planmäßig zu fördern.

Es liegen bis jetzt vor: die Erfahrungen der Genossenschaftler in England, die überall aber besonders im Königreich Sachsen verbreiteten Konsumvereine, die Erfolge der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Konsumeinrichtungen der belgischen Sozialdemokraten und der Anfang eines neuen Projektes in Hamburg. In den Statuten des „Konsum-, Bau- und Sparvereins ‚Produktion', eingetragene Genossenschaft mit beschränkter haftpflicht in Hamburg" wird als Gegenstand des Unternehmens angegeben:

1. Produktion, Bearbeitung und gemeinschaftlicher Einkauf von Lebens- und Genußmitteln, Bekleidungsgegenständen und Artikeln für Hauswirtschaft und Gewerbe,

2. Errichtung und Betrieb von Verkehrs- und Handelsunternehmungen und einer Sparkasse auch für Nichtmitglieder,

3. Abschluß von Verträgen mit Gewerbetreibenden und Kaufleuten, wodurch diese sich verpflichten, unter bestimmten Bedingungen einen Rabatt an den Verein zu gewähren,

4. Einsammlung von Spargeldern,

5. Errichtung resp. Betrieb eines Vereins- und Gesellschaftshauses sowie einer Zentralherberge,

6. Errichtung, Erwerb und Verwaltung gesunder, preiswürdiger Wohnungen, sowie Erwerb und Verwaltung von Grund und Boden.

Dadurch, daß gerade Hamburg, der Zentralsitz des Gewerkschaftswesens, diesen großgedachten Versuch wagt und daß es im Gewerkschaftswesen bewährte Männer sind, die an die Spitze treten, sind die denkbar besten Vorbedingungen vorhanden. Wenn es dieser Vereinigung „Produktion" gelingt, ihre Pläne zu verwirklichen, dann erst bekommt die praktische Arbeiterbewegung zwei Hände: die Konsumvereinigung neben der Produktionsvereinigung. Die Gewerkschaft sorgt für Teilnehmer und

erspart damit dem Geschäft Risiko und Reklame, das Geschäft hilft bei Lohnkämpfen. Beim letzten englischen Metallarbeiterstreik zahlte die Konsumgemeinschaft in Manchester 65 000 Mark, beim Kohlenarbeiterausstand 1893 dieselbe Gesellschaft 100 000 Mark. Indem sie für den Lohn kämpfte, arbeitete sie für ihr Geschäft.

Wenn bis jetzt in der Sozialdemokratie vielfach Mißtrauen gegen das Genossenschaftswesen besteht, so ist das als Nachwirkung des Streites mit Schulze-Delitzsch aufzufassen. Die zwischen ihm und Lasalle verhandelte Streitfrage, ob Staatshilfe oder Selbsthilfe, ist in der alten Form erledigt, da der Gedankengang, durch Produktivgenossenschaften die ganze Produktionsführung in Arbeiterhände zu übernehmen, als fallen gelassen angesehen werden muß, und da heute das schwerste Problem der Genossenschaftsbewegung bei weitem nicht die Beschaffung der Betriebsmittel für den Anfang ist. Die vorhin berichteten Kassenabschlüsse der Gewerkschaften zeigen, daß Betriebsmittel schon heute in Arbeiterhänden vorhanden sein würden, wenn im übrigen Geschäftsgang und Erfolg als gesichert zu betrachten wären. In Brüssel hat die Regierung für die maison du peuple, jene musterhafte Verkaufshalle der dortigen Sozialisten, eine Million Frank oder mehr als hypothekarisches Darlehn gegeben. Wenn sie es nicht gethan hätte, würde es jemand anderes gethan haben. Die Schwierigkeiten liegen im Herbeiführen des nötigen Genossenschaftsgeistes und in der Durchführung kaufmännisch erfolgreicher Unternehmungen auf freier demokratischer Grundlage.

Zahlreiche Konsumverbände von Arbeitern haben Schiffbruch gelitten, weil sie sich nicht entschließen konnten, hinreichend bezahlte, kaufmännisch geschulte und erfahrene Kräfte an ihre Spitze zu stellen. Eine Gemeinschaft, die aus lauter Leuten besteht, die mit den einzelnen Groschen rechnen müssen, ist stets in Gefahr, falsche Sparsamkeit zu üben. Man will wenig in das Geschäft stecken und viel herausnehmen, gering bezahlen, billig kaufen und dabei Dividende genießen. Kommt dann dazu, daß gemaßregelte Genossen, die als Menschen und Industriearbeiter vorzüglich, als Agitatoren vortrefflich, aber als Kaufleute ungeeignet sind, mit dem Vertrauen der Gemeinschaft beehrt werden, so sind alle Vorbedingungen vorhanden, um das Unternehmen nicht gelingen zu lassen.

Über diese Mißstände kann die wachsende Erfahrung hinweghelfen. Schon bei den Gewerkschaften ist es ein nicht genug beachteter Mangel, daß die Leiter dieser großen Organisations- und Finanzkörper (allein die Metallarbeiter nehmen im Jahr über eine Million Mark zu verschiedenen Zwecken an ihren Sammelstellen ein) nicht entsprechend bezahlt werden. Diese Sparsamkeit um Hunderte von Mark kann leicht zu weit größeren Verlusten führen. Auch bei Lohnkämpfen ist es von höchstem Werte, wenn die Arbeiterschaft durch Männer vertreten wird, deren geschäftliche und technische Bildung der von obersten Betriebsbeamten gleichkommt. Aber noch wichtiger ist eine rein kaufmännische Auffassungsweise in Genossenschaftswesen. Dieselbe Menge, die bis vor kurzem träumte, in ihr lägen bereits die Kräfte, eine ganze Gesellschaftsordnung in einem Menschenalter zu erneuen, wird hoffentlich imstande sein, die wirklich in ihr vorhandenen Kräfte einer intensiven Benutzung zu übergeben.

Der Arbeiter muß als Konsument organisiert werden. Ich habe, offen gestanden, selbst lange gezweifelt, ob dies möglich sei, und sehe auch heute der Entwickelung nicht ganz ohne Sorge entgegen. Die Menschen lassen sich im allgemeinen viel lieber und leichter als Produzenten fassen, als als Konsumenten. Die Produktionsverbände werden auf lange Zeit die Grundlage auch für Konsumtionsunternehmungen abgeben müssen. Was mich schließlich bewogen hat, dem Gedanken der Konsumtionsorganisation tiefer nachzugehen, war der Blick auf das ungeheure Anwachsen des Syndikatswesens im Unternehmertum. Überall, überall Vereinbarungen mit dem Zweck, die Preise hochzuhalten! Man mag in die Hand nehmen, was man will: Kohle, Eisen, Zucker, Spiritus, Zement, Tapeten, Papier, Seife, alles ist über den Köpfen des zahlenden Publikums still und fleißig geregelt worden. Mit Riesenschritten ist die Kartellierung der Massenabsatzartikel vor sich gegangen. Was beim Brot die Getreidezölle sind, ist bei anderen Artikeln die Vereinbarung der Produzenten unter Konventionalstrafe. Der alte Grundsatz: „Konkurrenz macht billig“ wird überwunden durch den Gedanken: „Konkurrenzbeschränkung macht Profit“! Die kleineren Unternehmer geben einen Teil ihrer Selbständigkeit auf, denken während der guten Geschäftszeit nicht daran, daß bei schlechtem Geschäftsgang das Kartell sie am ersten zerdrücken wird,

überlassen mit Wonne einen Teil ihrer Sorgen der neuen Oberleitung, froh, eine vorläufige Existenzgarantie im Kartell zu finden. Wenn dann ein Kartell womöglich noch Schutzzölle erreicht, selbst aber ins Ausland unter Inlandspreis verkauft, dann muß notwendig allmählich im Publikum ein Gefühl entstehen, daß es sich willenlos muß scheren lassen. Muß man nicht heute schon schlechte Kohlen mit in Kauf nehmen, nur um größere Posten normaler Ware beziehen zu können? Gegen diesen Verteuerungsdrang können die Kleinhändler, so sehr auch sie unter ihm leiden, gar nichts thun. Sie müssen mit, wenn das Kartell befiehlt. Unter Umständen benutzen sie den Zwang, um ihrerseits auch etwas zu gewinnen. Niemand sei aus dem allen ein Vorwurf gemacht! Die Verteuerung der Ware ermöglicht unter Umständen auch die Hochhaltung der Löhne. Aber es muß gesorgt werden, daß diese in gefährlicher Weise vorhandene Verteuerungstendenz nicht ohne Gegenwirkung bleibt. Niemand aber kann das Publikum in dieser Richtung zur Organisation anregen, als die zwei Massenvertretungen: der Bund der Landwirte und das Gewerkschaftskartell. Tausend und abertausend Leute, die von Demokratie und Arbeiterbewegung bis heute nichts wissen wollen, werden ihren Zusammenhang mit ihr sofort begreifen, wenn diese Dinge ihnen handgreiflich nützlich in Konsumorganisationen entgegentreten.

Schon jetzt sind von evangelischen und katholischen Arbeitervereinen, von allerlei nur zu diesem Zweck gegründeten freien Vereinen, von gewissen Beamtenschichten mit mehr oder weniger Erfolg Konsumvereinigungen gegründet worden. Für die konfessionellen Vereine, die nicht politisch und nicht gewerkschaftlich sind, ist diese Thätigkeit das beste materielle Band. Sie übertreffen häufig durch ihre genossenschaftlichen Leistungen die weit größeren sozialdemokratischen Verbände. Jedem solchen Vorgehen wünschen wir gutes Gedeihen, glauben aber, daß die grundsätzliche Entscheidung darüber, ob Konsumvereinigungen im gesamten Wirtschaftsleben etwas bedeuten können, erst dann fallen kann, wenn sich die Kerntruppe der organisierten, gelernten Arbeiter dieser Angelegenheit annehmen wird.

Man bedenke folgendes: die Arbeitermasse in den großen Städten und Industriezentren hat weder Kredit noch Räume genug, um Kohlen,

Holz, Kartoffeln, Mehl, Wurst in größeren Quantitäten lagern zu können. Alles wird in kleinen und kleinsten Portionen teurer und schlechter gekauft, als es an sich nötig wäre. Es giebt Bäcker, die zurückgesetzte Backware, Fleischer, die zurückgesetztes Fleisch für etwas erniedrigten Preis an Familien absetzen, die für dasselbe Geld bei einheitlicher Lieferung beste Qualitäten haben könnten. Das sind Familien, deren gesegnete Kinderzahl den Staat erhält. Wenn das Proletariat eigene Lagerhäuser haben könnte, würde es wenigstens für sein Geld absolut reell bedient werden. Der Massenbedarf der Arbeiter ist, verglichen mit dem Luxusbedarf der höheren Stände, so gleichartig, daß eine relativ geringe Zahl unzweifelhaft guter Materialsorten dem genügt, was von einem sozialistischen Lagerhaus erwartet werden kann. Eine Arbeiterschaft, die sich Lagerhäuser hält, ist aber bei jedem Wirtschaftskonflikt, ganz abgesehen von den schon erwähnten Hilfszahlungen, in einer ganz anderen Lage als ein streikendes Arbeiterheer, das unter Sorgen und Betteln beim einzelnen Krämer borgen muß. Und im Falle kriegerischer Verwickelungen der Gesamtnation steht das ärmere Volk um vieles gesicherter da, wenn nicht sofort die Spekulation die Kriegslage benutzen kann, um dem durch den Krieg in Arbeitslosigkeit versetzten Mann den allerletzten Groschen auszupressen.

Rechnen wir einmal ganz allgemein den Umsatz einiger Massenartikel nach. Es ist natürlich schwer, Durchschnittsangaben zu machen, die nicht willkürlich erscheinen, da Preis und Bedarf nach Art und Zeit sehr verschieden sind. Wir sind bemüht, unsere Ansätze lieber zu niedrig als zu hoch zu machen. Gerechnet soll werden für 2000 Familien von durchschnittlich 5 Köpfen.

Kohlen und Holz für einen Koch- und Familienofen jährlich	60 ℳ = 120 000 ℳ
Brot und Weißbrot pro Kopf im Jahre 250 Pfd. à 9 ₰	112,50 ℳ = 225 000 ℳ
Kartoffeln pro Kopf 1½ Zentner im Jahr à 2,50 ℳ	18,75 ℳ = 37 500 ℳ
Petroleum für 1½ Lampen im Jahr 100 Liter à 19 ₰	19,— ℳ = 38 000 ℳ
	420 500 ℳ

Wenn man also nur diese sich gleichbleibenden einfachsten Bedarfsartikel ins Auge faßt, so kann selbst an einem verhältnismäßig kleineren Industrieort ein lebhaftes Arbeitergeschäft blühen. Daß es möglich ist, beweisen folgende Berechnungen, die Dr. Ernst Engel aufgestellt hat und die wir den Drucksachen der Hamburger „Produktion" entnehmen. Es wird verbraucht von einer Durchschnittsfamilie bei einem Einkommen von

	für Nahrung	Wohnung	Sonstiges
900 ℳ	71,5 %	21,6 %	6,9 %
1500 ℳ	66,8 %	18,9 %	14,3 %
2250 ℳ	66,2 %	19,0 %	14,8 %
3000 ℳ	64,0 %	17,0 %	19,0 %

Wenn darum beispielsweise im Königreich Sachsen im Einkommensteuerverfahren als Summe der Gehalte und Löhne 912 794 000 Mark angegeben werden, so bedeutet dies annähernd 600 Millionen Mark für Nahrung der von Gehalt und Lohn lebenden Bevölkerung. Das ist das Gebiet, das systematisch bearbeitet werden muß.

Denkt man sich ein Netz von Lagerhäusern und Konsumvereinen durchs ganze Land, so beginnt der erfolgreiche Kampf mit dem Syndikat. Der Massenabnehmer ist aufgestanden und fängt an zu handeln. Was wir jetzt „Handel" nennen, ist von seiten des kaufenden Publikums in Wirklichkeit kein Handel, denn der einzelne ist dem Preisbildungsverfahren gegenüber völlig wehrlos. Er hat nur die Möglichkeit, schlechter oder gar nicht zu kaufen, wenn ihm die Preise zu teuer werden. Eine Zentralstelle für Massenkonsum würde von selbst dazu kommen, eine Anzahl Dinge außerhalb des Syndikats selbst herstellen zu lassen und würde allein dadurch dem Syndikat gegenüber einen gewissen Druck in der Hand haben. Eine Vertretung des Massenkonsums müßte bei der Schaffung der Handelsverträge gefragt werden. Wer fragt heute bei den Zollfestsetzungen nach Konsumenten? Und mit Konsumverbilligung oder, was dasselbe ist, Verbesserung würde man der großen Klasse der ungelernten, unqualifizierten, unorganisierbaren Arbeiter, den Tagearbeitern, Hausindustriellen, Kleinmeistern einen reellen Dienst thun, den Hunderttausenden, denen keine Gewerkschaft etwas hilft, die unterhalb der eigentlichen Arbeiterbewegung stehen und doch keine andere Hilfe und Hoffnung haben als eben diese Bewegung. Bis zu

ihnen reichen die Versicherungsgesetze nur teilweise, da sie in unregelmäßiger Arbeit stehen, Arbeiterschutz erreicht sie nur wenig, sobald sie nicht in geschlossenen Räumen oder auf sogenannte eigene Rechnung arbeiten. Was soll eine soziale Bewegung, die auf diese Leute aus sittlichen und politischen Gründen nie verzichten darf, die ihnen aber nicht binnen heute und 30 Jahren den Himmel auf Erden versprechen kann, was soll sie ihnen bieten, wenn sie nicht mit gewaltiger Energie an die Regelung der Volkskonsumartikel herangeht?

Ein Konsumartikel besonderer Art ist die Wohnung. Gerade in den Industrieplätzen und Großstädten ist die Wohnungsfrage eine elementare Lebensfrage der Masse. Was die Gewerkschaft erreicht, frißt die steigende Miete wieder hinweg! Wenn ein gewöhnlicher Arbeiter, etwa an der Staatsbahn, täglich 3 Mark verdient, so muß er 120 Tage arbeiten, um in den Großstädten für seine Familie eine einfache Zweizimmerwohnung zu bezahlen. Mehr als ein Viertel der Arbeitskraft des Proletariates wird im ganzen für Miete ausgegeben. Indem Miete bezahlt wird, bezahlt der Mieter teils geleistete Arbeit (Bau, Ausstattung, Rohmaterial u. s. w.), teils aber den Markt- und Spekulationswert des Platzes, auf dem er sitzt. Deshalb, weil im Laufe des letzten halben Jahrhunderts unter dem Einfluß der Bevölkerungszunahme die Bodenwerte in Deutschland so fabelhaft gestiegen sind, ist die ganze nicht bodenbesitzende Bevölkerung, sind Millionen von Familienvätern zu Frondienst für eine Kapitalmacht gezwungen, die nichts that, als daß sie eben Grund und Boden hatte, als die Steigerung anfing. Oft sind es nicht die heutigen Hausbesitzer oder Grundstücksinhaber, die den großen Verdienst machen. Viele von ihnen sind nichts anderes als Zolleinnehmer für ihre Gläubiger. Niemals aber in aller Geschichte ist das Monopol des Bodenbesitzes greulicher gemißbraucht worden als in dem Zeitalter, in dem wir leben. Adolf Damaschke, stellvertretender Vorsitzender des nationalsozialen Vereins und Leiter des Bundes deutscher Bodenreformer, hat in seiner sehr lesenswerten Schrift „Vom Gemeindesozialismus" (Berlin bei Harrwitz) verschiedene höchst merkwürdige Fälle von Wertsteigerungen zusammengestellt, von denen hier nur zwei herausgegriffen werden können. Das „Rotherstift" am Halleschen Thor in Berlin kostete bei seiner Einweihung im Jahre 1842 im ganzen

etwas weniger als 34 000 Mark, im Jahre 1895 aber wurde es für 1 975 000 Mark auf Abbruch verkauft! Als 1871 die Kirche in Friedenau gebaut wurde, kostete die Quadratrute mit allen Nebenausgaben 19,50 Mark, heute kostet sie 700 Mark! Was von diesen zwei Baustellen gilt, gilt mit geringen Veränderungen vom Großstadtboden im allgemeinen. Mit Hilfe der Gesetzgebung wird die Volksmasse in einer, alles gesunde Gefühl tief aufwühlenden Weise zur Zinszahlung für Kapitalien herangezogen, die sie selbst erst geschaffen hat. Denn wer machte denn den Boden in Berlin wertvoll, wenn nicht die Mütter aller dieser Menschen, die jetzt massenhaft hier wohnen? Es ist falsch, wenn man die Bodenreformfrage als „die soziale Frage" hinstellt, aber unter allen Konsumfragen giebt es keine wichtigere, folgenschwerere als diese. Sind keine „Terraingesellschaften des Proletariates" denkbar? Was an Wohnungsgenossenschaften, Bau- und Sparvereinen u. s w. vorhanden ist, ist vorzüglich gedacht, aber noch fehlt die Übernahme dieses Problems in den Geist der Masse. Aus den kleinen Anfängen der Mietervereine müssen sich Verbindungen ergeben, die den Hausbesitzervereinen gegenüber verhandlungsfähige Mächte werden, die durch stellenweisen Genossenschaftsbau den Preis regulieren und die in den Stadtvertretungen den Bann einer eingewurzelten städtischen Grundrentenpolitik durchbrechen. Nächst dem Lohn ist die Wohnung das Wichtigste im Arbeiterleben, und vom Standpunkt des Volkswachstums und der Volkssittlichkeit aus giebt es nichts Höheres, als einen großangelegten, frohen, zähen Volkskampf um Luft und Licht und billige Miete.

Und wie steht es mit den Spargeldern des Proletariates? Von den 5 Milliarden Mark, die in den preußischen Sparkassen liegen, sind doch sicher wenigstens 2 Milliarden aus Lohnarbeit stammend. Dieses Arbeitergeld arbeitet zu fremden Gunsten. Sobald das Proletariat sich selbst als Finanzkraft zu begreifen anfinge, würden ihm Mittel nicht fehlen können, denn es ist ja die Masse. Aber vorläufig würden selbst sehr überzeugte Genossen ihr Spargeld und das Spargeld ihrer Töchter lieber in königlich preußischen Kassen sehen als in einer sozialdemokratischen Vereinsbank. Erst muß im Handel mit Lebensbedürfnissen der Erweis für sichere, fortschreitende Geschäftsführung gebracht werden, ehe man an Organisierung des Spartriebes im großen gehen kann. Wenn vorläufig

Konfirmandensparkassen, Ausstattungskassen, Begräbniskassen, Weihnachtskassen u. dergl. im kleinen den Gedanken wecken, daß in der Lohnarbeiterschicht Geldkräfte liegen, so kann das nur gut sein. Die Zeit, wo man dachte, daß die Arbeiter desto kräftiger wären, je mittelloser und verzweifelter sie sind, ist längst vorüber. Ebenso ist die Täuschung vorüber, als könnten Arbeiterspargroschen in kürzerer Frist den Kapitalismus als System entthronen. Was übrigbleibt, ist die wohlgegründete Hoffnung, durch Ausnutzung aller vorhandenen politischen, materiellen und moralischen Mittel in dieser Gesellschaft, die nun einmal da ist, vorwärts zu kommen.

Wenn sich die Lohnarbeiterschaft mit allem Bewußtsein auf das Gebiet dieser praktischen Arbeiten wirft, wird es sich allerdings Gegner wecken, die ihm gelegentlich im politischen Kampf unbequem sein können. Der Kleinhandel, das Kleinhandwerk, die sogenannte Mittelstandspolitik kämpft gegen die Konsum- und, soweit Hausbesitzervereine in Frage kommen, gegen die Bodenreformpläne. Niemand wird es ihnen verübeln, wenn sie sich ihrer Haut wehren. Auch sie wollen leben und kämpfen um ein mühsames Brot. Aber das ist nun einmal im Wirtschaftsgetriebe so, daß des einen Vorteil des andern Nachteil ist. Die Kleinhändler ergreifen ihrerseits dasselbe Organisationsprinzip, das die Arbeiter erfassen, ja sie ergreifen es vor ihnen. Sie organisieren sich selbst, und indem sie das thun, verlieren sie das Recht, über die Organisation ihrer Kunden zu schelten. Ist es nicht ein wunderlicher Spaß, wenn ein bereits bestehender Hausbesitzerverein sich darüber aufregt, daß ein Mieterverein entsteht? Überall schafft, webt, wirkt dasselbe Prinzip: der einzelne schließt sich zum Ganzen. Nach einer Periode der Auflösung alter Zünfte und Wirtschaftskorporationen entstehen neue Bildungen auf freier, demokratischer Grundlage. So kommt auf leisen Sohlen Sozialismus! Man vergesse dabei nicht, daß die Mittelstandsbevölkerung auch ihrerseits ausgedehnte Konsumenteninteressen hat. Es waren im großen Breslauer Konsumverein im Jahre 1897 nicht weniger als 29 937 (= 52 %) selbständige Gewerbetreibende, Kaufleute, Händler, Rentiers, darunter allein 9334 selbständige Handwerker, 7138 selbständige Kaufleute, 7924 Ärzte, Apotheker, Lehrer, Künstler, Schriftsteller, Staats- und Gemeindebeamte. Bei der Lübecker Genossen-

schaftsbäckerei waren 21 % selbständige Gewerbetreibende. Man sieht aus diesen Zahlen, wie wenig das Geschrei ihrer Führer diese Kreise hindert, praktischen Nutzen zu suchen, wo er zu finden ist.

Und wo sollen sich Gegner von Arbeiterwirtschaftsverbänden anlehnen? Etwa beim Bund der Landwirte, der es den Arbeitern zeigt, wie sie es machen sollten? Die Bauern sind (leider unter Führung der Großgrundbesitzer) weiter voraus im Genossenschaftswesen als die Arbeiter. Trifft das etwa nicht auch den Mittelstand? Hört man nicht, wie die Zigarrenhändler über den Vertrieb von Vater-Plötz-Zigarren klagen? Sind landwirtschaftliche Einkaufsgenossenschaften nicht ebenso gefährlich wie Arbeiterkonsumvereine? Schließlich aber steht es doch so: *entweder siegt der Handelsgroßbetrieb oder der Konsumbetrieb.* Der erstere ist bis heute ungeheuer viel stärker. Mit ihm hat es der Kleinbetrieb zu thun. Hier liegt sein eigentlicher, jetziger Konkurrent. Es ist daher nicht unmöglich, daß er sich im Kampf zwischen Großhandel und Konsumverein dem letzteren nähert, Prozente giebt wie dieser, Ware mit und durch ihn bezieht, und sich sachte eingliedert in ein neues Wirtschaftsgebilde, dessen natürliches Glied er wird. Stets braucht ein wachsendes Genossenschaftswesen neue kaufmännische Kräfte, die es sich nicht selbst bilden kann. Es wird sie in relativer Selbständigkeit dem bisherigen Handelsgewerbe entnehmen müssen.

Je wirtschaftlich stärker die Macht des neuen Massenstandes sich darstellt, desto weniger wird es denkbar sein, daß man ihn mit bloßen Polizeigesetzen bekämpft. Das traurige Schauspiel, das wir am Ende des 19. Jahrhunderts erlebt haben, wo Stumm und Konsorten toll und wutentbrannt der Neuzeit den Polizeikrieg erklärten, muß einmal endgültig ausgespielt sein. Das ganze Volk muß sehen: *hier steigt ein neues volkswirtschaftliches Gebilde in die Höhe, das an sich eine neue Thatsache des Volkslebens ist, mit der man rechnen muß.* Wenn dieser Eindruck allgemeiner wird, dann endlich, endlich hört der tägliche Kleinkampf um die Freiheit der Bewegung auf. Die neue Masse bekommt Ellenbogenraum. Was sie durch bloße parlamentarische Proteste nicht erreichen kann, erlangt sie durch gesammelte Anspannung ihrer schlummernden Wirtschaftskraft. Man giebt den Versuch auf, sie mit Wollfäden zu binden. Der Körper erstarkt. Aus sozialen Fortschritten wächst größere politische Freiheit.

2. Abschnitt.

Die drei Aristokratien.

I. Die Notwendigkeit aristokratischer Elemente.

Ganz von selbst bilden sich in der Demokratie aristokratische Elemente. Indem die Demokratie nach Souveränität des Volkes sucht, muß sie eine Vorherrschaft der Majorität erstreben, und indem sie in den Prozeß der Majoritätsbildung eintritt, ist sie genötigt, sich selbst Beamte und Führer zu geben, deren Einfluß weit über den eines Durchschnittsbürgers hinausreicht. Je älter eine demokratische Bewegung wird, desto gefestigter wird das Ansehen ihrer eigenen Aristokratie. Die Führer der Sozialdemokratie, Liebknecht, Bebel, Auer, von Vollmar, sind in ihrer Art Volksherzöge, Einzelpersonen, deren Personalbedeutung so groß ist, daß die Streite um Theorie und Taktik schließlich in den Gehirnen dieser Männer entschieden werden. Natürlich sind sie gebunden durch die hinter ihnen stehenden Massen, aber gebunden durch seine Umgebung ist schließlich jeder privilegierte Herrscher auch. Große Wendungen in der demokratischen Gesamtbewegung können mit sehr individuellen Vorkommnissen beginnen. Es könnte vorkommen, daß beispielsweise der ganze Zusammenhang von norddeutscher und süddeutscher Sozialdemokratie in gewissen Augenblicken in einem Fraktionszimmer des neuen Reichstagsgebäudes von Temperamentsfragen einzelner Personen abhängig ist. Die Theorie läßt die Führer der Demokratie nur als Produkte der von ihnen vertretenen sozialen Schicht

erscheinen, als gewissermaßen unpersönliche Ideenvertretungen ohne Fleisch und Blut. Aber diese Theorie ist nur bis zu einer gewissen Grenze richtig. Auch im Ideenvertreter wächst mit der in seiner Hand befindlichen Macht der Wille zur Macht. Er glaubt an die Zusammengehörigkeit seiner Idee und seiner Person und um der Idee willen will er sich durchsetzen. Er will herrschen und, wie die Dinge liegen, er muß herrschen wollen. Sobald er sich aber dieses Willens klar geworden ist, hat er sich selbst aus der Masse herausgehoben und hat praktisch die Naturnotwendigkeit einer gewissen Aristokratie zugestanden.

Es ist mir öfter vorgekommen, daß sich einfache sozialdemokratische Arbeiter im Privatgespräch beklagt haben, daß der geringe Mann bei der Parteileitung nichts gilt. Meist waren das Fälle, wo ein Parteigenosse versucht hatte, irgend eine Sache bei der Leitung zu erreichen, und abgewiesen war. Der Betreffende war gegenüber der gefestigten Macht und Intelligenz der Zentralstelle zu schwach. Er hatte sich „Demokratie" anders vorgestellt. Ich kann in so einem Fall nichts anderes sagen, als daß die Ausbildung von Autoritäten im System selber liegt und von niemand geändert werden kann. Es giebt keine Art von gesammelter Massenwirkung ohne eine Art von Aristokratie. Diese Aristokratie kann durch Generalversammlungen und öffentliche Angriffe kontrolliert und beengt werden, aber sie ist da.

In fast keiner Thätigkeit ist der Personenverbrauch größer als bei demokratischer Agitation. Wer etwas Gelegenheit hat, in verschiedenen Teilen des Vaterlandes die Agitationskräfte der Sozialdemokratie durch Versammlungsarbeit kennen zu lernen, weiß, wie viele Köpfe auftauchen und wieder versinken. Oft hilft beim Sinken die Polizei und das Gefängnis mit, aber auch ohne diese künstliche Beihilfe arbeitet das Darwinsche Gesetz der Auslese der Stärksten mit unerbittlicher Schärfe. Wenige nur kommen oben an. Im Anfang der Bewegung konnten ein Sattlergehilfe wie Ignaz Auer und ein Kleinunternehmer wie August Bebel im Anschluß an Litteraten sich zur sozialdemokratischen Aristokratie emporarbeiten und es ist bewundernswert, was diese Männer gearbeitet haben. Später wurde es Leuten, die nicht durch ihre Erziehung oder Mittel einen gewissen Vorsprung hatten, immer schwerer, in der Sozialdemokratie an maßgebende

Stellung zu gelangen. Was von der jüngeren Generation erhöhte Bedeutung hat, gehört in der politischen Demokratie fast ganz dem Gebiet der „Akademiker" an. Ein Arbeiter kann jetzt innerhalb der Sozialdemokratie nur auf dem Wege der Gewerkschaftsbeamtenlaufbahn zu gefestigtem Ansehen steigen. Überall, überall in der Welt wächst ein Mandarinentum, selbst da, wo man es grundsätzlich bekämpft.

Auch in anderer Hinsicht liefert die bisherige Entwickelung der sozialen Bewegung den Beweis, daß das Proletariat keine gleichartige, undifferenzierte Masse ist. Die bisherigen Erfolge des Sozialismus sind, wie bereits einmal erwähnt, der obersten Arbeiterschicht in viel höherem Maße zu gute gekommen, als den tiefer liegenden Gruppen. Voraussichtlich wird das nicht nur so bleiben, sondern die weiteren Erfolge werden noch mehr Erfolge der qualifizierten organisierbaren Arbeiter sein. Der voraussichtlich nächste größere Schritt in der Volksentwickelung wird die faktische Freiheit der Koalition von Gesetzes- und Verwaltungsdruck sein. Wem nützt das? Dem, der sich koalieren kann! Man denke an arme Hausweber, wie sie noch heute im Erzgebirge und anderswo sich finden, die selbst bei gutem allgemeinem Geschäftsgang froh sind, wenn sie überhaupt Arbeit haben und etwas verdienen, man denke an diese älteste Garde des Sozialismus, deren glühend sehnende Augen schon 1867 von Bebel Hilfe hofften — was ist ihnen bisher geworden? Der Buchdrucker, der Bildhauer, der Metallarbeiter, Porzellanarbeiter u. s. w. haben etwas erreicht. Selbst in der Masse der Demokratie giebt es eine oberste Rinde, auf die die Sonne zuerst scheint. Dies alles ist vom Standpunkt der Moral aus bedauerlich, denn die Moral fordert, daß dem Elendesten am ersten und kräftigsten geholfen werde, aber alle moralischen Wünsche, die wir haben, können leider nicht hindern, daß selbst im Gebiet der zum Lebenskampf vereinigten Masse das Wort sich Geltung erzwingt: wer da hat, dem wird gegeben! Jede Demokratie hat Aristokratie in sich.

Keine Demokratie kann aber auch sonst ohne Aristokratie leben, in doppeltem Sinne: sie muß ihr Gegenpart sein und muß dabei von ihrem geistigen, rechtlichen, materiellen Besitz mit zehren. Selbst wenn heute alle alten Aristokratien gebrochen sein würden, so würde aus der demokratischen Masse heraus sofort ein

Teil als neue getrennte Aristokratie sich formieren. Im Heerzug der Völker sind stets einige Geschwader an der Spitze. Man kämpft um den ersten Platz. Auch Demokraten wollen nach vorn kommen. Im Kampf ums Dasein wird dabei die demokratische Masse desto weiter voran kommen, je fester, besser, härter ihre eigene Aristokratie ist, ihre tragfähige, politisch lernfähige, für verwickeltere Staatsprobleme empfängliche Oberschicht. Diese Oberschicht übernimmt, getragen von der weiten, großen, dunklen Masse, die unter ihr ist, den Kampf gegen die alten Aristokratien. Um gegen Gerüstete zu kämpfen, muß man selber gerüstet sein. Um kämpfen zu können, braucht die Demokratie noch mehr Überläufer, Hilfsmittel, Zustrom aus den alten Aristokratien, als sie bis heute hat.

Es ist unmöglich, daß die neu entstehende industrielle Masse sich eine eigene ganz neue Welt schafft. Sie muß in die Welt eintreten, in die sie hineingeboren wird, und muß von ihren Schätzen und Künsten möglichst viel für sich zu gewinnen trachten. Sie kann kein neues Wissen und Denken aus der Erde stampfen. Auch der große Denker, dessen Kopf die Stuben der Sozialdemokraten ziert, war Glied der geistigen Aristokratie des Bürgertums. Er selbst kannte seinen Ursprung von Hegel und Feuerbach, seine Bereicherung durch St. Simon (der zwar Sozialist aber kein Proletarier war) und Ricardo am besten. Was er dachte, war das Denken des geistig hochstehenden radikalen Bürgertums der vierziger Jahre, angewendet auf den Gedanken der proletarischen Revolution. Er war aristokratischer Überläufer, Aristokrat, ja fast Autokrat in der Beherrschung seines Denkgebietes. Was von Marx gilt, gilt von Engels. Daß Lassalle auch als Person starke, aristokratische Züge hatte, braucht nicht bewiesen zu werden, und wenn er „ausgerüstet mit der ganzen Bildung des Jahrhunderts" unter die Arbeiter trat, so war es eben die Bildung der alten Herrenschicht, die er mitbrachte, um mit ihr Arbeiterpolitik zu denken. Und noch heute lebt die ganze Arbeiterbewegung von der Geistesarbeit unserer unproletarischen Historiker, Nationalökonomen, Juristen u. s. w. Es ist unmöglich, daß eine proletarische Massenpartei im ersten Menschenalter ihres Bestehens das hervorbringt, was nur bei langer Dauer ihrer Herrschaft eine Volksschicht zu Tage fördert, eine eigene Lebensauffassung, die alle Wissensgebiete durchdringt. Im allgemeinen kann man sagen,

daß die soziale Demokratie von der Wissenschaft des liberalen Bürgertums lebt, aus der sie kritisch und polemisch das aussondert, was sie für ihre praktischen Zwecke brauchen kann. Etwas zurückgehalten wird diese naturgemäße Beziehung zur heutigen Wissenschaft dadurch, daß der Gedankenschatz von Marx als speziell „proletarische Denkweise" dogmatisiert und auf kurze Lehrformeln gebracht worden ist. Jeder Denkfortschritt in der Sozialdemokratie muß deshalb entweder in marxistische Sprechweise eingehüllt oder mühsam den „Marxisten" abgerungen werden. Wenn man von Vollmar reden hört, so hat man den Eindruck, daß er marxistisch redet, um von Marxisten verstanden zu werden, daß er aber bei sich selbst moderner denkt. Dasselbe gilt von Auer, David, Heine, ja vielleicht auch von Franz Mehring. Sie müssen ihre Gedanken einem Hörer- und Leserkreis vermitteln, der noch in Formen der vorigen Periode gebunden ist. Aber selbst ein so großer geistiger Formenbildner wie Marx hat seine Zeit. Wie das Bürgertum aus der philosophischen Denkperiode herausgetreten ist, um historisch, naturwissenschaftlich, praktisch zu denken, so wird auch die Arbeiterlitteratur, die am längsten mit Hegels Geiste Fühlung hatte, von selbst aus den Resten der Philosophenzeit herausgleiten und wird den Geist verstehen lernen, der in der Oberschicht im Zeitalter Bismarcks entstanden ist. Auer sagte auf dem Hannoverschen Parteitag:

> Der Marxist, wie es hier und da verlangt wird, daß man es sein soll, kann ich nicht sein, weil ich mit meinen geistigen Fähigkeiten nicht imstande bin, in alledem, was unter dem Sammelnamen Marxismus rubriziert wird, mich zurechtzufinden. Ich komme mit der dialektischen Methode, und wie alle diese Dinge heißen, in all diesen Sachen nicht weiter: Da ist schwarz weiß und weiß schwarz, und in der höheren Einheit entwickelt sich dann ein graues Gemisch, bei dem einem die Augen übergehen. Dem vermag ich nicht zu folgen, und weil ich keine philosophische Ader habe, weil mir für diese Dinge die notwendige Vorbildung fehlt, darum kann ich nicht sagen, ich sei ein bewußter Marxist; das kann ich nicht und das bin ich auch nicht. Aber was ich bin: ich bin ein begeisterter Anhänger der Marx-Engelsschen Lehre, soweit ich sie in meinen Verstand aufzunehmen vermocht habe.

Diese schönen, ehrlichen Worte sind mehr als ein bloßes Privatbekenntnis. So wenig sich der gebildete Bürger heute noch in die Dialektik

Hegels hineinfindet, so wenig denkt selbst der höchstgebildete Arbeiter, wenn er selber denkt, in Marxischen Formen. Was an Sache und Wahrheit in Marx ist, muß, soll und wird erhalten bleiben, aber der Traum von einer dem Proletariat eigenen, ganz besonderen, von allem übrigen Denken verschiedenen sozialistischen Denkmethode muß ausgeträumt sein. Marx war ein deutscher Klassiker, der das für einen Wissenschaftler seltene, ja einzige Glück erlebte, von Millionen arbeitender Männer als Lichtträger anerkannt zu werden. Aber er wie jeder Klassiker hat seine Zeit, die ihn ohne Kommentare versteht. Wenn heute die Demokratie „mit der Wissenschaft" gehen will, muß sie von den Schätzen der geistigen Aristokratie zehren, die jetzt lebt. Sie muß den geistigen Führern des deutschen Volkes nicht ohne Kritik entgegenkommen, aber mit dem Vertrauen, daß es bei ihnen reinen, sachlichen Wahrheitssinn giebt, geschichtlichen Thatsachensinn, der höher ist als alle Spekulation.

Und wie steht es mit dem materiellen Luxus der bestehenden Aristokratien? Das erste Empfinden des sozialistischen Proletariers gegenüber allem Luxus, den er nicht hat, kennt und gar nicht einmal für sich und seine Kinder wünschen möchte, ist naturgemäß Ablehnung und Feindschaft, sobald überhaupt die Kritik erwacht ist. Man kann auf diesem Gebiet folgende Entwickelungsstufen bemerken:

1. Stufe: der unaufgeweckte, patriarchalisch erzogene Proletarier hält es für einen gottgegebenen Zustand, daß er in ärmlicher Hütte Kartoffeln und Hering ißt, während die gnädige Herrschaft im Schloß Braten und Wein verzehrt. So denken noch heute große Zahlen von Landarbeitern.

2. Stufe: der zur Kritik erwachte Proletarier sieht den grellen Unterschied der Lebenshaltung und wird durch den Kontrast so aufgeregt, daß er diese ganze Gesellschaft von „Mastbürgern" vernichten möchte.

3. Stufe: der aufwärts steigende Proletarier merkt, wie er sich selbst an neue Bedürfnisse gewöhnt, wie er etliches von dem, was die Oberschicht früher allein genoß, nun auch genießen kann und verwandelt seinen rein abweisenden Gegensatz gegen den Luxus in den Wunsch steigender Demokratisierung der edleren Lebensgüter.

Damit ist natürlich nicht Monte Carlo oder der „Klub der Harmlosen" gerechtfertigt, aber die große volkswirtschaftliche Bedeutung von

aristokratischen Errungenschaften wird richtiger gewürdigt als vorher. Wenn es keine Lebensfortschritte der Aristokratie gäbe, würde es auch keine Lebensfortschritte der Masse geben können. An der Aristokratie sieht die Masse, was sie erstreben kann. Dieser Satz gilt von Erziehung, Lebenssitte, Hauseinrichtung, Kleidung, Nahrung, von jeder Verfeinerung und Kunst, von Selbstbewußtsein, Weltanschauung. Wenn darum die Demokratie gegen die Aristokratie kämpft, so bekämpft sie nicht den Fortschritt, sondern sie kämpft um ihren Anteil am Fortschritt. Diese Haltung ist nicht immer ganz leicht. Es ist für die Masse schwer zu sehen, wie jede neue Erfindung zehnfach mehr der besser gestellten Oberschicht zu gute kommt wie ihr. Die Eisenbahn, die den Arbeiter in dritter oder vierter Klasse selten und kurze Strecken trägt, führt die Aristokratie in bequemen Durchgangswagen durch die halbe Welt. Wenn der Proletarier einmal von Berlin in den Spreewald fährt, fährt die Oberschicht nach Pontresina oder Neapel. Wenn der Arbeiter amerikanische Wurst hat, hat der Rentier Renntierbraten. Oft scheint es, als würde durch alle technischen Fortschritte die Kluft nur größer, die das Oben vom Unten trennt. Und doch giebt es keinen anderen Weg für die Masse, um vorwärts zu kommen als den: die moderne Gesamtentwickelung zu fördern, um in ihr gewinnen zu können. Marx hat diesen Gedanken im Prinzip richtig aufgestellt: der Kapitalismus muß befördert werden, damit er beerbt werden kann. Er beschreibt im kommunistischen Manifest die Entwickelung der kapitalistischen Gesellschaft als der Gewinnerin immer neuer Lebensgüter und stellt dem Proletariat die Aufgabe, in diese aristokratische Güterfülle geschichtlich hineinzuwachsen. Diesen Grundgedanken gilt es in die Praxis umzusetzen, wirtschaftlich und politisch.

Politisch sind natürlich die alten Aristokratien einer neuen Demokratie weit voraus. Vor einigen Jahren hörte ich einmal von einem Sozialdemokraten das Wort: „Die bürgerliche Gesellschaft ist noch nicht so verfault, wie wir ihr vorreden müssen." Seit Jahrzehnten liest man im landläufigen sozialdemokratischen Leitartikel, daß diese ganze herrschende Gesellschaft so morsch, gedankenlos, korrumpiert, verfault sei, daß es eigentlich nur weniger proletarischer Fußtritte bedürfe, um sie ins Nichts hineinzubefördern. Daß eine solche Darstellung augenblickliche Vorteile

haben und daß sie mit grellen Einzelbeispielen belegt werden kann, soll gar nicht geleugnet werden. Aber die Kehrseite dieser Sache ist, daß sich im Proletariat eine ganz falsche Meinung über das Maß politischer und wirtschaftlicher Kraft einstellt, das bei ihm selbst und bei seinen Gegnern vorhanden ist. Im allgemeinen unterschätzt der Sozialdemokrat die Macht der bestehenden Aristokratien. Trotz vielfacher Erfahrung seines bisherigen geringen politischen Einflusses läßt er sich durch Agitationsbegeisterung und gute Wünsche den nüchternen praktischen Blick trüben.

Es giebt bis jetzt keinen einzigen politischen Nachteil, den die soziale Demokratie ohne aristokratische Hilfe verhindern und keinen politischen Fortschritt, den sie ohne solche erreichen könnte. Was hat beispielsweise der gut organisierten sächsischen Sozialdemokratie ihr flammender Protest gegen die Wahlrechtsverschlechterung genützt? Oder ist etwa das Zuchthausgesetz an der Opposition der Sozialdemokratie gestorben? Wenn wirklich alles, was nicht sozialdemokratisch ist, eine einzige reaktionäre Masse werden, sein und bleiben sollte, dann würde die Überschrift über alle Arbeiterhoffnung der Überschrift gleichen müssen, die Dante über seine Hölle setzt: laßt alle Hoffnung fahren! Die eine ungeteilte reaktionäre Masse existiert aber nur scheinbar. Es giebt nicht eine, sondern mehrere Aristokratien, und die Gegensätze, die zwischen diesen Aristokratien sind, ermöglichen es der Demokratie, vorwärts zu kommen. Diese Gegensätze zu studieren und zu verwerten, ist die gegenwärtig nötige Politik der Arbeiterklasse.

Indem die Demokratie das Wesen der aristokratischen Politik studiert, lernt sie überhaupt erst Politik. Auf aristokratischer Seite giebt es politische Erbweisheit. Dort hat man seit langer Zeit sich an der Staatsleitung beteiligt. Der Trieb zur Macht, der politische Grundtrieb, ist dort ganz anders ausgebildet, als in den Millionen abhängiger Leute, die sich in der Demokratie zusammenfinden. Will die Masse etwas bedeuten, so muß sie den Weg, die Taktik, die Methode der alten politischen Kräfte sich aneignen, muß sich als werdende Macht zwischen vorhandenen Mächten begreifen und die Politik als die Kunst des Möglichen erfassen.

Die englische Arbeiterschaft hat es mit zwei vorhandenen Aristokratien zu thun, zwischen denen sie entscheidet. Natürlich verkauft sie ihre Ent-

scheidung für politische und soziale Zugeständnisse. In Deutschland liegt die Sache verwickelter, da wir drei Aristokratien haben, die agrarische, industrielle und klerikale. Durch das Vorhandensein dieser drei Aristokratien bestimmt sich die politisch-staatsrechtliche Lage Deutschlands überhaupt. Von ihnen werden wir darum eingehend reden müssen.

II. Die agrarische Aristokratie.

In fast allen ackerbauenden Ländern ist die älteste Herrschaftsklasse die Klasse der Bodenherren. Die politische Macht dieser Herrenklasse kann bei dem älteren naturalwirtschaftlichen Betriebe überhaupt nicht überwunden werden, wo sie sich einmal festgesetzt hat. Ihre althergebrachten Voraussetzungen sind, daß örtliche Distrikte von erblichen Grundherren patriarchalisch geleitet sind und daß diese Grundherren als Gesamtheit die Staatsleitung entweder direkt besorgen oder durch Fürsten ihresgleichen besorgen lassen. Die Stellung der agrarischen Unterschicht kann dabei sehr verschieden in der Rechtsform sein: Sklaverei, Leibeigenschaft, Hörigkeit, Fronpflichtigkeit, Zinspflichtigkeit, Gesindeordnung, Tagelöhnerwesen, Wanderarbeiter. Diese Unterschicht kann schollenklebend oder fluktuierend, auf unfreies Verhältnis oder auf scheinbar freien Kontrakt angewiesen sein, stets ist sie politisch einflußlos, solange es keine über und außer ihr liegende Gegenmacht gegen die Bodenherren giebt. Die Bodenherren sind innerhalb ihres Gebietes souverän, Landesherren, Landesväter, Besitzer alles dessen, was liegt, steht, lebt, schafft. Ihr Regiment ist ein privatrechtliches Geschäft, in das ihnen niemand, auch der Fürst nicht hineinzureden hat. Der Fürst verwaltet die äußere Politik und was zu ihr gehört und hat die Justiz der Herrscherschicht in seiner Hand, wenn er sie hat. Er ist aber im Grunde nur ein Genosse des Bodenadels, ein Großgrundbesitzer wie sie, ein Oberlehnsherr, der seinem Verwaltungsgebiet auch im Grunde privatrechtlich gegenübersteht. Die Staatsgrundlage ist der Stand der Landherren. Die „Stände" sind die Vertretung des Gemeinwesens.

Die Heimat dieser altkonservativen Staatsauffassung ist und bleibt

die versinkende naturalwirtschaftliche Welt. Wo konservativer Geist echt und kräftig hervortritt, ist er voll Gegensatz gegen den geldwirtschaftlichen Kapitalismus. Alles, was mit diesem Kapitalismus zusammenhängt: Geschäft, Verkehr, Großstadt, Industrialismus, Export, ist unkonservativ. Der Konservative ist niemals Kosmopolit, nur aus Taktik Weltpolitiker, im Agrarstaat Staatspolitiker, unter allen Umständen Herr im lokalen Gebiet. In ihm ruht das Beharrungsvermögen des älteren Volkszustandes gegenüber dem modernen Kulturzustand. Er lebt mit und von dem Acker, über einfachem Landvolk, im Wald, mit Hund und Pferd, fern von Mechanik, Technik u. s. w. Sein Wesen behält darum, solange er seiner Naturgrundlage treu bleibt, etwas Naturwüchsiges, praktisch Gesundes, etwas von der Eiche, die noch nicht zu Brettern zerschnitten ist. Es giebt unter den Konservativen zahlreiche Einzelpersonen, an deren persönlicher Selbstzuversicht auch ein radikaler Demokrat ein ästhetisches Vergnügen haben muß. Mehr als in den zwei später zu behandelnden Aristokratien leben in dieser Aristokratie ausgeprägte aristokratische Gestalten, Charaktere, entschiedene und entschlossene Einzelwesen. Je mehr jemand konservativ geboren ist, desto weniger wird er vom bloßen persönlichen Eigennutzen geleitet, denn in seiner Klasse hat er Klassensozialismus, Grundsätze, unübersteigbare praktische Normen. In ihm wirkt die aristokratische Erziehung von Jahrhunderten, das Blut von Urahnen, die auch schon über der Masse lebten. Er versteht es, sich für den Staat hinzugeben, da er ja weiß, daß der Staat seiner Klasse gehört oder wenigstens gehörte. Sein Egoismus ist stark und diszipliniert als politisches Machtstreben seiner Schicht.

Dieser Konservative ist als Klasse von brutaler Rücksichtslosigkeit, wenn er Macht erhalten will. Niemand ist ferner von allgemeinen humanen Schwachheiten als er. Nachdem er sich im Westen Deutschlands nicht mehr im alten Umfange hatte halten können, und nachdem ihm die modernen Staatsfürsten und Staatsjuristen ein Stück seiner altgewohnten Agrarsouveränität nach dem anderen genommen hatten, verstand er es doch, sich in dem rechtselbischen Deutschland durch die Roheit des Bauernlegens eine solche Grundlage der Macht zu geben, daß er von diesen okkupierten Gebieten aus noch heute die erste politische Klasse

im neuen Deutschen Reich ist. Wir können hier natürlich die Geschichte des Bauernlegens nicht erzählen. Es sei aber auf ein kurzes Wort von Ernst Moritz Arndt hingewiesen, das dieses Rügener Kind (1840) schrieb:

> Der Mensch, welcher weiß, was die Herrlichkeit eines Staates ist, fährt mit einem unbehaglichen Gefühle durch die schimmernden adeligen Herrensitze hin, die aus zerstörten Bauerndörfern aufgeführt sind und auf welchen Haufen wandernder Tagelöhner und Lohnknechte in kümmerlichen Kathen zusammengepreßt wohnen. O schönes Land meiner Heimat, wer wird die zerstörten Bauern in Dir wieder schaffen, woher soll Dir der Wiederhersteller kommen?

Überall, wo es heute konservative Herrschaft giebt, ist sie auf Kosten von Bauern gefestigt worden. Die Preußenkönige mußten als Militärkönige die Bauern gegen den Adel schützen. Der ostdeutsche Adel ist eine Erobererkaste, die sich eine slavische Fläche germanisiert hat, damit sie ihr diene. Im Eroberer aber steckte politischer Lebenssaft, sowohl im Angelsachsen, der übers Wasser ging, wie im Deutschritter, der Ostpreußen unterwarf. Diese politische Rasse ist es, die heute der grimmigste, entschlossenste Feind der deutschen Demokratie ist, nicht weil es ihr Spaß macht, sondern weil sie muß. In der Demokratie erhebt sich der Industrialismus zur politischen Massenerscheinung, im Sozialismus kommen Maschine und Volksrechte, die neue Zeit will über die alte Agrarwelt triumphieren, noch aber ist die konservative Welt fest genug, um den Millionen von Belagerern ihre Wälle nicht preiszugeben.

„Großgrundbesitz" ist eine etwas schwankende Begriffsbestimmung. Immerhin geben die folgenden Ziffern einen gewissen Anhalt. Von 100 Hektar der landwirtschaftlichen Gesamtfläche kommen auf Güter mit mehr als 100 Hektar

in Mecklenburg-Strelitz .	61 Hektar	(1	konf. —	nichtkonf.	Reichstagsabg.	)
„ Mecklenburg-Schwerin	60 „	(3	„ 3	„	„	)
„ Pommern	55 „	(11	„ 3	„	„	)
„ Posen	52 „	(2	„ 13	„	„	)
„ Westpreußen . . .	44 „	(7	„ 6	„	„	)
„ Ostpreußen	39 „	(12	„ 5	„	„	)
„ Brandenburg . . .	35 „	(12	„ 8	„	„	)
„ Schlesien	34 „	(9	„ 26	„	„	)

Das sind die konservativen Gebiete Deutschlands. Im preußischen Landtag sind sie fast tadellos konservativ. Was es im Reichstag sonst an konservativen Wählern und Abgeordneten giebt, ist inselartig zerstreut und nicht kernhaft konservativ. Wir kommen auf die konservativen Nebengebiete (Sachsen, Minden-Ravensberg, Franken u. s. w.) später zu sprechen. Die bedeutenden nichtkonservativen Zahlen in Posen und Schlesien erklären sich durch Polen und Zentrumsgebiete. Sonst sind es meist die Städte, die den Konservativen nicht gehorchen. Wo Stadtwesen sich entwickelt, bricht gerade in ihren eigenen Gebieten ihre Macht. Es ist leichter, Dresden konservativ zu machen als Königsberg, Danzig, Stettin, Breslau. In den Ostprovinzen liegt der Charakter der Konservativen klar zu Tage, in den Inselgebieten ist er verschleiert.

Was der Kern des Konservatismus heute ist, läßt sich viel leichter praktisch sagen als theoretisch, es ist praktisch der Selbsterhaltungstrieb des preußischen Großgrundbesitzertums. Die alte Herrenschicht von etwa 24 000 Köpfen ist in Verteidigungszustand geraten und benutzt nun alle möglichen Mittel, um sich in einem demokratisch werdenden Zeitalter über Wasser zu halten. In dem Bestreben, sich Hilfskräfte heranzuziehen, wird sie bauernfreundlich und handwerkerfreundlich, ja zu Zeiten sogar arbeiterfreundlich. Aus demselben Grunde macht sie Bündnisse mit dem industriellen Kapitalismus und mit dem Zentrum. Sie versteht die Kunst des Angliederns von Mitinteressenten besser als irgend eine sonstige politische Gruppe. Es ist ja doch überhaupt ein merkwürdiger Anblick, wenn der gnädige Herr die Tagelöhner seiner Standesgenossen bitten muß, ihn zu wählen, oder wenn er vor den Resten des von seinen Vorfahren ruinierten Bauernstandes die Zusammengehörigkeit von Adel und Bauerntum beteuern muß, oder wenn er den Schuhmachern und Schneidern des nächsten kleinstädtischen Nestes seine tiefe Überzeugung von der Heilsamkeit der Zwangsinnung auseinandersetzt. Es könnte vom rein ästhetischen Standpunkt aus tragisch genannt werden, daß die neue Zeit vom alten selbstherrlichen Adel solches fordert! Wir verstehen es, wenn Konservative das allgemeine Wahlrecht nicht gut vertragen. Es verdirbt ihnen den eigenen Charakter, denn vor einer Wahlversammlung kann man doch nicht schlechtweg den Grundsatz vertreten: Autorität, nicht

Majorität! Das konservative Bewußtsein muß um dieses Wahlzwanges willen an gewissen Unklarheiten leiden. Nur in ständischen Körperschaften, wie im preußischen Herrenhaus oder in der sächsischen ersten Kammer, kann es sich geben, wie es ist. Deshalb ist der heutige Konservative eine Kompromißnatur, ein Herrenmensch mit demokratischen Handschuhen. Er wandelt in der Zeit der Freizügigkeit, der Wahlrechte und des Getreideweltverkehrs mit der Würde des Vertreters eines alten großen Hauses, welches durch die Verhältnisse gezwungen ist, auch kleinere Kunden bei guter Laune zu erhalten. Eine agitierende Aristokratie! Schon dieses ist ein Erfolg der demokratischen Gesamtströmung.

Man kann in politischer Hinsicht folgende konservative Entwickelungsstufen beobachten:

1. Stufe: der grundbesitzende Adel ist als geschlossener Stand überzeugt, daß er allein den Staat hält und leitet, und steht von da aus selbst dem Könige frei und, wenn es sein muß, oppositionell gegenüber. Beispiele hierzu bietet die brandenburgisch-preußische, hannoversche, braunschweigische Geschichte.

2. Stufe: der grundbesitzende Adel fügt sich in die Thatsache, daß die Königsgewalt ein Fels von Bronze ist, und sieht seine Aufgabe in Unterstützung und Beeinflussung des fürstlichen Absolutismus. Auf dieser Stufe standen die meisten Konservativen im Jahre 1848. Als Royalisten und Legitimisten bekämpften sie die „Revolution", das heißt jede bürgerliche Verfassung.

3. Stufe: der grundbesitzende Adel erkennt die konstitutionelle Verfassung an, macht sich aber innerhalb der Verfassung zum besonderen Vertreter der Königstreue, des Heeres, der Autorität. Erst auf dieser Stufe kommt das Wort „konservativ" in allgemeineren Gebrauch. Der geistvollste Vertreter dieser Stufe war Stahl.

4. Stufe: der grundbesitzende Adel erkennt, daß der König zeitweilig andere Stützen sucht, und ist genötigt, seine Selbständigkeit gegenüber der Krone in ausgeführteren politischen, kirchlichen und wirtschaftlichen Programmen zu suchen. Damit wird die konservative Partei eine Partei wie andere Parteien auch, und das Wort „konservativ" verliert etwas an seiner Wortbedeutung. Beispiele hierfür bietet die Zeit der Deklaranten, Kaiser

Friedrichs III., Caprivis und die neueste Zeit. In mancher Hinsicht ähnelt die vierte Stufe der ersten.

Im jetzigen Konservatismus finden sich alle diese Auffassungsweisen bunt gemischt. Eine allgemein anerkannte konservative Staatsauffassung, wie sie Stahl und von Gerlach zu bilden versuchten, giebt es nicht. Unzweifelhaft ist die Anerkennung der Monarchie, herkömmlich, aber nicht ebenso sicher die Abneigung gegen Ministerverantwortlichkeit und parlamentarisches System. Erst eine längere Periode der konservativen Opposition würde in diesen Hinsichten bestimmtere Ergebnisse zu Tage fördern. Vorläufig werden Oppositionsperioden als vorübergehende Wolken behandelt, bei deren Verschwinden die alte royalistische Haltung sich von selbst einstellt. Gewohnheit, Überzeugung, Taktik, Angst wirken zusammen, um prinzipielle Parteipolitik gegenüber der Krone zu Ausnahmefällen zu machen, solange es geht. Man vergißt nicht, wie schmählich in Landtag und Reichstag 1858 und 1874 die Konservativen zusammenschmolzen, sobald sie nicht von der Regierung im Wahlkampf unterstützt wurden. Daneben giebt es tausend gesellschaftliche und persönliche Fäden, die den Hof, die oberen Regierungskreise und die Konservativen verbinden. Der einzelne konservative Mann muß einen schweren Kampf in seinem eigenen Herzen kämpfen, wenn er Königstreue und politische Parteihaltung auf zwei getrennte Blätter schreiben muß. Unendlich schwer ist für den Konservatismus der Sprung in die prinzipielle Opposition. Und doch kommt er einmal. Es kommt der Tag, wo alles, was in Sachen der Handelsverträge, des Kanals, der Weltpolitik, der sozialen Konzessionen vom König geschieht, den Konservativen den Notschrei abpreßt: wir müssen diese liberale Verfassung benutzen, um lebendig zu bleiben!

Der Bund zwischen Konservatismus und Krone ist enger, als sonst politische Verbindungen zwischen früheren oder zeitweiligen Gegnern zu sein pflegen. Da es die konservative Schicht verstanden hat, der oberen Staatsleitung auf allen Gebieten das meiste Beamtenmaterial zu liefern, und da sie im Offizierkorps des deutschen und insbesondere des preußischen Heeres überwältigend stark vertreten ist, so ist die Krone in ihren Handlungen mehr an die konservative Aristokratie gebunden, als an irgend welche andere. Später werden wir zu besprechen haben, welche Ursachen den

König von Preußen trotz alledem veranlassen müssen, das enge Band zu lösen. Jetzt liegt uns nur daran zu zeigen, wie die Verbindung mit der Regierung den Konservativen nützt.

Keine politische Gruppe ist so unterrichtet von Staatsangelegenheiten wie diejenige, deren Vetter die Minister zu sein pflegen. Man kennt dort die Politik im einzelnen, die Personenfragen, die Strömungen am genauesten. Deshalb kann man verhältnismäßig leicht abschätzen, was zu einer bestimmten Zeit erreichbar ist und was nicht. Der Konservative wird selten aus Prinzipienreiterei und aus allgemeiner Theorie einen Zeitpunkt versäumen, an dem er etwas gewinnen kann. Fast stets hat er es verstanden, bei Gelegenheit von Neuwahlen sich so zu arrangieren, daß der Regierungsapparat zu seinen Gunsten arbeiten mußte. Auf diese Weise war es möglich, daß sich die konservative Partei als Partei der Staatserhaltung als solcher hinstellte. Sie ließ ihre Großgrundbesitzertendenz hinter Königstreue und Patriotismus zurücktreten und stellte sich in die Mitte des Volkes mit der Parole: mit Gott für König und Vaterland! Mit dieser Parole aber gewann sie eine in kritischer Zeit elementar starke und auch sonst nie ganz versagende politische Kraft. Das Volk besteht ja keineswegs bloß aus Interessepolitikern. Bei unzähligen Leuten ist nur der eine nötige, unentbehrliche Grundgedanke aller politischen Arbeit vorhanden: Vaterlandsmacht und Vaterlandsverteidigung. Wer am kräftigsten diesen Gedanken führt, hebt sich damit über seinen eigenen engeren Kreis hinaus und wird zum Schutzengel der Zukunft der ganzen Nation. Es ist die größte Thorheit der Demokratie, daß sie sich bisher die Wucht dieses lebendigsten aller politischen Gedanken hat entgehen lassen. In dem Zweifelsfall, ob er für oder gegen Staatsmacht sein will, wird der parteipolitisch Gleichgültige aus Selbsterhaltungstrieb der Gesamtheit schließlich fast stets mit dem gehen, der ihm die meisten Garantien für die bewaffnete Volkszukunft im ganzen zu geben scheint. Den Konservativen ist es durch ihre ganze Vorgeschichte leicht, die Erinnerung der Kämpfe zu wecken, in denen ihre Ahnen siegten. Von ihrer Minderwertigkeit bei Jena sprechen sie seltener. Auch die Väter der Proletarier haben ihr Blut bei Leipzig, Königgrätz und vor Paris vergossen, aber die Proletarier sind weniger stolz auf das Blut ihrer Väter. Sie

überlassen es den Söhnen der Führer, sich als die alleinigen Wahrer des Höchsten darzustellen, was es im politischen Leben giebt, der geeinten Tapferkeit eines für Haus, Acker, Heimat, Kinder kämpfenden Volkes. Langsam kam erst die rechte Hälfte des bürgerlichen Liberalismus dazu, Militärverständnis zu gewinnen. Nie aber, nie wird sich eine große Nation von Leuten führen lassen können, deren Zuverlässigkeit in der Machtfrage nicht absolut ist. Ein Volk, das anders handeln würde, müßte sich selbst aufgeben. In diesem Punkte liegt der Schlüssel aller sonstigen politischen Fragen. Solange die Demokratie spricht: „Wir überlassen den Schutz des Vaterlandes unseren Gegnern," bleibt sie Opposition und Minorität. Bernstein hat recht, wenn er schreibt:

> „Würde der Sozialdemokratie in Deutschland die entscheidende Rolle in die Hand gespielt, so würde sie gleich den Independenten der englischen und den Jakobinern der französischen Revolution, national sein müssen, wenn sie ihre Herrschaft behaupten soll."

Man kann, geschichtlich die Sache ansehend, nicht sagen, daß die preußischen Konservativen von Haus aus „national" waren. Im Gegenteil! Solange der Nationalitätsgedanke im Werden begriffen war, bekämpften sie den liberalen „Nationalitätsschwindel". Auch als das Deutsche Reich gegründet war, schwankten sie eine Zeitlang, ob sie sich mit beiden Füßen auf den neugewonnenen nationalen Staatsboden stellen sollten. Aber zehn Jahre genügten (bis 1876), um alle Zweifel zu beseitigen. Der Machtinstinkt der alten staatsmächtigen Herrenklasse fand den sicheren Weg zur weiteren Macht. Sie nahmen den Nationalgedanken auf, als sei er in ihren Köpfen gewachsen, und mit diesem Gedanken schufen sie sich ein Hilfsheer der besten Patrioten. Wenn die Demokratie imstande ist, politisch etwas Großes zu lernen, so muß sie die Quelle der Kraft ihres entschiedensten Gegners erkennen. Erst dann, wenn die freiheitlichen und sozialen Volksteile nationalen Machttrieb in sich pflegen, werden sie erfolgreich gegen die festeste und älteste Aristokratie kämpfen können.

Als Vaterlandspartei hat die konservative Partei auch über das Gebiet der Großgüterprovinzen hinaus Einfluß gewonnen. Das merkwürdigste Beispiel hierfür ist das Königreich Sachsen. Hier giebt es, wie

schon erwähnt wurde, städtischen, ja großstädtischen Konservatismus. Wenn auch jetzt die Sozialdemokraten Dresden vertreten, so ist es doch immerhin beachtenswert, daß dort selbst nach der Spaltung der Konservativen in eine rein konservative Oberschicht und eine antisemitische Unterschicht die Konservativen noch immer die eigentliche Bürgervertretung in Händen haben. Die Ziffern der beiden Dresdner Wahlkreise waren 1898 folgende:

	Konservativ	Antisemit	Nationalliberal	Freis. Volksp.	Zentrum	Sozialdemokrat
Dresden-Neustadt:						
Hauptwahl	10 268	5014	4196	—	153	18 094
Stichwahl	18 658	—	—	—	—	21 729
Dresden-Altstadt:						
Hauptwahl	9 372	8986	—	34	443	17 113
Stichwahl	18 539	—	—	—	—	19 647

Noch heute hat das industrielle Sachsen, dem es an einem starken Grundadel fehlt, 5 konservative Abgeordnete (dazu 3 Antisemiten) und jedermann weiß, daß die Nationalliberalen in Sachsen unter konservativem Einfluß stehen. Bedenkt man, daß überhaupt erst 1874 konservative Reichstagswahlen in Sachsen auftauchen, so muß man gestehen, daß hier der Agrarariſtokratie ein politischer Fischzug gelungen ist, der, rein politisch-technisch betrachtet, Bewunderung erweckt. Man führte den früheren sächsischen Partikularismus mit Erfolg auf die nationale Bahn. Konservativ heißt in dieser Umgebung einfach staatserhaltend, wirkt aber natürlich hier wie anderswo in der inneren Politik reaktionär.

In anderen Gegenden ist es neben dem staatserhaltenden Element das evangelisch-kirchliche, das den Konservativen Hilfskräfte zuführt. Über den ganzen Zusammenhang der Religion mit der Politik werden wir genauer reden, wenn wir das Zentrum behandeln. Jedenfalls ist unbestritten, daß der Protestantismus als Gesamterscheinung nicht in derselben Weise ein politischer Faktor ist wie der Katholizismus, daß aber die protestantische Stimmung nicht unwesentlich mithilft, Gruppen zu bilden. Soweit der Protestantismus fortschrittlich, kritisch, modern ist, gehört er im allgemeinen zum bürgerlichen Liberalismus, aber soweit er orthodox, pietistisch, kirchlich ist, rechnet er sich fast überall zum Konservatismus. Die agrarische Aristokratie ist selbst zu einem großen Teile kirchlich gläubig

und an der inneren Mission beteiligt. Die besten Mitarbeiter Wicherns, des „Vaters der inneren Mission", stammten aus diesen Kreisen. Es ist deshalb keineswegs bloß Taktik, wenn das konservative Programm sagt:

> Wir wollen die Erhaltung und Kräftigung der christlichen Lebensanschauung in Volk und Staat und erachten ihre praktische Bethätigung in der Gesetzgebung für die unerläßliche Grundlage jeder gesunden Entwickelung. Staat und Kirche sind von Gott verordnete Einrichtungen . . . in diesem Sinne werden wir auch für das gute Recht der evangelischen Kirche auf selbständige Regelung ihrer inneren Einrichtungen eintreten. Die konfessionelle christliche Volksschule erachten wir für die Grundlage der Volkserziehung und für die wichtigste Bürgschaft gegen die zunehmende Verwilderung der Massen und die fortschreitende Auflösung aller gesellschaftlichen Bande.

Es ist das nicht bloß Taktik, aber auch politisch taktisch sehr klug. Alle diese Sätze zeigen den zahlreichen christlich-gläubigen Teilen des evangelischen Volkes, besonders den Pastoren, daß man sie verstehen will. Ob es religiös und biblisch richtig ist, die christliche Schule als Schutzwerk für „gesellschaftliche Bande", als Kampfmittel gegen demokratische „Verwilderung" zu gebrauchen, grämt die Schöpfer solcher Sätze wenig. Die Kirche ist vorhanden und mit ihr wird Fühlung gehalten. Um dieser Absicht willen tritt das konservative Programm für etwas ein, das im Grunde liberal ist, für die selbständige Regelung der innerkirchlichen Angelegenheiten. Diese Forderung wird mit Rücksicht auf den „Landesbischof" maßvoll vertreten, aber sie ist doch da. Der ganze Einfluß, den die Konservativen in Süddeutschland und im preußischen Westen haben, hängt mit diesem Teil ihres Programms zusammen. Minden-Lübbecke, Herford-Halle, Bielefeld, Siegen gehören hierher. Süddeutsche konservative Vertreter wie Schrempf waren stets christlich-staatserhaltend.

Die Demokratie hat auch auf diesem Gebiet unzweifelhafte Fehler gemacht, die zur Stärkung ihrer Gegner gedient haben. Nicht das ist falsch, was die demokratischen Programme über Trennung des Staates von der Kirche enthalten. Diese Trennung wird von vielen gläubigen Christen innig gewünscht. Aber lange Zeit hindurch hat erst die bürgerliche und dann die soziale Demokratie den Gegensatz gegen das Glaubensbewußtsein und gegen die Glaubensgemeinschaft als solche gepflegt. Heute kann man ja die Glaubensgegnerschaft in der demokratischen Litteratur als er-

loschen bezeichnen, aber die alten tiefen Wunden auf diesem Gebiet vernarben nur langsam. Ich kenne die christlichen Arbeitervereinigungen genügend, um zu wissen, daß viele Arbeiter, die ihre Genossen lieben, doch konservativ sind, weil sie eine andere Haltung mit ihrem religiösen Gewissen nicht glauben vereinigen zu können. Es ist politisch falsch, wenn man Religionssachen mißachtet. Der englische Liberalismus ist darin weiter als unsere politische Linke. Zu ihm gehören alle Dissenters, die nicht staatskirchlichen Gläubigen. Wieviel edle, moralisch hochstehende Personalkraft geht einer Volksbewegung verloren, die diesen Leuten den Anschluß erschwert!

Staatserhaltung und Christentum verbinden sich bei den Konservativen mit Agrarpolitik und Mittelstandspolitik, jene mehr fürs Land, diese mehr für die Städte.

Die konservative Agrarpolitik ist natürlich in erster Linie Interessenpolitik der Großgrundbesitzer; hoher Getreidepreis, Viehpreis, Zuckerprämien, Spiritussteuerrückzahlung, Grundrente! Daß eine Demokratie, deren meiste Teilnehmer von Arbeitslohn leben, dieser Interessenpolitik geradeswegs entgegenzuarbeiten hat, versteht sich von selbst. So wenig es den Agrariern einfällt, Lohnbewegungen zu fördern, wenn sie den Lohn zahlen sollen, so wenig ist vom Lohnarbeiter zu erwarten, daß er für Verteuerung seiner Lebensbedürfnisse zu haben ist. Der um die Lohnfrage konzentrierten demokratischen Bewegung stellt sich die um die Getreidepreisfrage konzentrierte agrarische Bewegung gegenüber. Was in der Demokratie die Gewerkschaften sind, ist im Konservatismus der Bund der Landwirte. Diesen Bund hergestellt zu haben, ist eine große, wenn auch für sie selbst nicht ganz ungefährliche Leistung der Großgetreideproduzenten. Für ihre Rufe nach hohen Landwirtschaftserträgnissen haben sie sich ein Echo gewaltiger Wirkung geschaffen: 200 000 Bauern, zahlende Mitglieder, Leser der Bundeslitteratur! Der Adel hat es verstanden, den Bauern alles aus dem Gedächtnis zu wischen, was er an gehäuftem Unrecht vor und nach 1816 an ihm gethan hat. Der Bauer, dessen Voreltern frohnden mußten und dessen Vettern zu Tagelöhnern herabgedrückt wurden, ist heute in seiner Mehrzahl ernstlich überzeugt, daß seine alten Gegner seine besten Freunde sind. Es giebt zwar noch ein freies Bauern-

tum in Pommern, Schleswig-Holstein und anderswo, das keinen konservativen Händedruck haben mag, aber die weitaus größere Masse läßt sich vom Bunde leiten, selbst wenn sie ihm nicht direkt angehört. Wie konnte das geschehen? Solange Deutschland Getreide exportierte, wäre das unmöglich gewesen, denn solange wollte der Getreideexporteur seine Bodenfläche auf Kosten des anliegenden Bauerntums vergrößern. Erst seit der Import den Export weit überwiegt und die Konkurrenz des Auslandes in allen Scheunen fühlbar ist, verzichtet der Großgrundbesitz auf weiteren Flächengewinn, erkennt im allgemeinen die Bodenverteilung zwischen Großbesitz, Mittelbesitz und Kleinbesitz an und sammelt alle Kraft auf gesetzgeberische Beeinflussung des Verkaufspreises seiner Produkte. Er sagt zum Bauer: Du verkaufst zwar weniger als ich, aber da Du auch das wenige gern preiswert verkaufst, so ist zwischen uns kein Unterschied! Diese Formel gewann selbst solche Bauern, die mehr Brot kaufen müssen, als sie Getreide verkaufen. Der Bund der Landwirte hat alle Anzeichen einer richtigen politischen Massengruppierung, und, wenn nicht alles täuscht, wird er im Laufe der Zeit die eigentliche Leitung der politischen Rechten in der Hand haben. Das aber bedeutet eine neueste Umwandlung des Konservatismus: das Verlassen der rein aristokratischen Tradition. Die agrarische Aristokratie ist von den Hunderttausenden der Bauern politisch abhängig, da sie nur mit ihnen Agrarforderungen durchzusetzen hoffen kann. Heute fühlen sich die Bauern im Bunde noch nicht als die Herren, noch vertragen sie Ausschüsse von großgrundbesitzerlicher Zusammensetzung, aber das, was heute besteht, ist sicher nicht das Ende der Agrarentwickelung auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechtes.

Im Bunde der Landwirte sind über 150 000 Kleinbauern vertreten. Werden diese bei fehlgeschlagenen Hoffnungen, in verschärfter landwirtschaftlicher Krisis, nach Annahme neuer Handelsverträge nicht schneller bereit sein, grundsätzliche politische Opposition zu machen als der Grundadel auf den Rittergütern? Jetzt sind diese Leute aufgeweckt worden, ihre Töchter werden bei Hofe nicht vorgestellt, ihre Söhne dienen als Gemeine, ihre Tradition ist zwar königstreu aber nicht speziell konservativ im politischen Sinne der Aristokratie, ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß es im Zeitpunkt kleinagrarischen Grolles nur der geeigneten Führer bedarf,

um der landwirtschaftlichen Gesamtpolitik einen so radikalen Charakter zu geben, daß alle Kunst und Erbweisheit der Konservativen dazu gehören wird, um nicht alle Fäden zwischen sich und dem Bauerntum zu verlieren? Solange die jetzige aristokratische Führung Erfolge erringt, bleibt sie im Sattel, wenn sie Mißerfolge bringt, werden als „pflaumenweich" die letzten der staatserhaltenden Politiker weichen müssen, die unter allen Umständen mit dem Kaiser gehen wollen. Aus welchen Gründen der Mißerfolg der Agrarier kommen muß, wird uns später beschäftigen.

Die Demokratie sieht von ihrem industriellen Standpunkt aus dieser Entwickelung auf der rechten Seite mit Spannung entgegen. Sie weiß, daß sie direkt zur Störung des Verhältnisses zwischen der Agrararistokratie und der Bauernschaft wenig beitragen kann, daß sie aber jeden Sieg der Agrarier vom Lohnquantum bezahlen muß. Was ihr aber hilft, ist die wirtschaftliche Entwickelung an sich. Jede Ausdehnung der Industrie aufs Land schafft Bauern, die mehr an der Industrie interessiert sind, als an der für sie geringen Zollerhöhung des Weltmarktpreises für Getreide. Der Kleinbauer, der im Umkreis der Industrie wohnt, schickt Söhne und Töchter auf gewerbliche Arbeit. Er gewinnt durch das Wohnungsbedürfnis der sich vermehrenden Lohnarbeiter. Der größere Bauer treibt Vieh-, Milch- und Obstwirtschaft für den sich öffnenden industriellen Markt. Seine Zukunft liegt bei den Maschinen. Mit jedem Jahr mehrt sich die Zahl der Landwirte, die ihre Gemeinschaft mit der Industriebewegung erkennen. Was wäre die badische Landwirtschaft ohne die badische Industrie? Erst mit der industriellen Zeit kommt die Bodenkultur zu ihrer vollen Intensität und Höhe. Von hier aus ist es möglich, ein wirtschaftspolitisch ehrliches Zukunftsprogramm für nicht konservative Bauern zu schaffen, ein Programm, das in der Linie der natürlichen Entwickelung Deutschlands liegt.

Als im Jahre 1895 die Sozialdemokratie auf ihrem Parteitag in Breslau kein Landprogramm fertig brachte, scheint dieser Gesichtspunkt, daß man den Bauern in der Industriesphäre von dem außer ihr sitzenden unterscheiden muß, zum Schaden des Ganzen zu wenig beachtet zu sein. Man stellte das Problem der Sozialisierung der Landwirtschaft in theoretischer Weise und suchte reinen Marxismus auf den ländlichen Acker zu

tragen oder einen neuen genossenschaftlichen Agrarsozialismus zu erfinden. Ohne Zweifel giebt es auch in der Landwirtschaft sozialistisch-genossenschaftliche Tendenzen, aber der Kern der Frage ist ein anderer: kann es Bauern geben, die im wohlverstandenen Eigeninteresse industriellen Sozialismus fördern? Die Antwort muß bejahend lauten. Von hier aus ist zu fragen: unter welchen besonderen Lebensbedingungen leben und arbeiten diese vom neudeutschen Industrialismus vorteilhaft berührten Bauern? Sie gehören ihrer Natur nach nicht zum Bunde der Landwirte, laufen aber heute aus Klassengefühl und Unkenntnis vielfach noch mit. Sie müssen der konservativen Umarmung entzogen werden. Auf die übrigen, die in industrieloſen Gegenden wohnen, muß die Demokratie vorläufig verzichten, soweit sie nicht mit allgemein liberalen Grundsätzen gewonnen werden können.

Neben dem Bauer ist der Landarbeiter der Großgüterbezirke eine Grundlage der politischen Macht der Agrararistokratie. Diese Masse von armen und ärmsten Proletariern wird im Reichstage im allgemeinen sehr elegant vertreten. Hin und wieder gelang es der Sozialdemokratie, durch Überraschung einen guten Erfolg unter diesen abhängigen Leuten zu gewinnen, aber dauernd in Landarbeitergebieten sich festzusetzen, war ihr bisher unseres Wissens unmöglich. Sobald sich oppositionelle Regungen zeigten, wurden sie erdrückt. Im Landarbeitergebiet herrscht das alte Herrentum am unbeschränktesten nach dem Wort: „und bist Du nicht willig, so brauch' ich Gewalt." Wer irgendwo in solchen Gebieten agitatorisch gearbeitet hat, kennt die Methode. Selbst der Druck der Leutenot hat noch nicht hingereicht, die Thüren politischer Freiheit zu öffnen. Wenige Herrschaften nur sind frei genug in ihrer Gesinnung, um ihre Tagelöhner und Instleute als gleichberechtigte Staatsbürger zu betrachten. Die besten Konservativen kommen höchstens bis zur Formel des alten, in seiner Art ehrwürdigen Herrn von Kleist-Retzow, der seinen Standesgenossen sagte: „wir verlangen, daß unsere Leute für uns stimmen, darum müssen wir auch für sie sorgen." Es würde ein großer Gewinn der Demokratie sein, wenn sie Landarbeitermassen gewinnen könnte, denn damit würden sie der konservativen Aristokratie den Boden am schnellsten unter den Füßen hinwegziehen. Ein ausführbares Programm für Landarbeiter ist aber nicht

leicht. Der bloße Druck auf die Wirtschaft der Herren nützt ihnen nicht, schadet ihnen eher. Das freie Koalitionsrecht würde, selbst wenn es errungen werden könnte, meist illusorisch bleiben. Der beste Ansatzpunkt ist der Landhunger. Man fasse die Parole „das Land der Masse" in greifbare Vorschläge von Parzellierung oder auch genossenschaftlicher Verwaltung! Daneben protestiere man gegen die Einfuhr der Ausländer! Die Einfuhrerschwerung bezüglich der Polen, Russen, Galizier ist eine scharfe nationale Waffe gegen das Großgütersystem als solches.

Leichter erreichbar als der Landarbeiter ist der konservative Handwerker, Kleinhändler, Unterbeamte u. s. w. Er ist weniger durch bestimmte Programmsätze festgehalten, als durch seine allgemeine Stimmung. Denn was an Mittelstandsprogramm bei Konservativen und Antisemiten geboten wird, ist ein ödes Flickwerk von zufälligen Einzelforderungen, zusammengestellt unter agitatorischen Gesichtspunkten, vorgetragen mit der ewig wiederkehrenden Behauptung, daß es dem Handwerker schlechter ginge als dem Arbeiter und daß er trotzdem die Stütze von Thron und Altar sei. Als ob sich ein so schwerer Bau wie das deutsche Kaisertum auf einer so unsicheren Grundlage aufbauen könnte! Es ist wahr, daß es dem Handwerker oft schlechter geht als dem in regelmäßiger Arbeit stehenden gelernten Arbeiter. Zehntausende von Handwerkern verdienen keine 4 Mark am Tag. Aber am allerschlechtesten geht es doch dem Handwerk in den konservativen Provinzen und am besten in den industriell lebendigen Landesteilen. Wo Großgütersystem ist, gedeiht kein Mittelstand. Ein demokratisches Handwerkerprogramm müßte ähnlich wie ein Bauernprogramm von dem wirtschaftlichen Zusammenhange der durchschnittlichen Lohnhöhe mit dem Verdienst der Handwerker und Kleinkaufleute ausgehen. Wo die Masse ein gutes Einkommen hat, verbraucht sie Kleider, Schuhe, Tische, Betten, Brot und Fleisch. Daneben ist die Idee der Handwerkergenossenschaft und das Zusammenwirken dieser Genossenschaft mit der Arbeiterkonsumgesellschaft zu pflegen.

Nicht selten lockert sich der Zusammenhang gerade der konservativen Mittelstandselemente mit der Aristokratie. Dann tritt ein Konservatismus unaristokratischer Art ein, der Antisemitismus. Im Antisemitismus ist wenig System und wirtschaftspolitische Geschlossenheit. Er muß, wie

Liebermann von Sonnenberg einmal sagte, „kavalleristisch" betrieben werden. Niemals kann der Antisemitismus als solcher einen neuen starken Kryställisationskern im politischen Getriebe abgeben. Auch solche Antisemiten, die lebhaft gegen die Konservativen agitieren, bleiben mit Naturnotwendigkeit ein Bestandteil der konservativen Gesamtmacht. Teile von ihnen, die stärker demokratisch angeregt werden, verlieren ihren prinzipiellen Antisemitismus. Da das Judentum in Deutschland kein fester, politischer Körper, keine abgegrenzte Nation im Staate ist, kann es auch eine politische Gegenbildung nicht zur Dauerhaftigkeit bringen. Immerhin thut der Antisemitismus den Dienst, daß er ein „Element der Dekomposition" im konservativen Lager ist.

Es ist ein großer, wuchtiger Gesamtkörper, den sich die agrarische Aristokratie zu ihrer Lebenserhaltung geschaffen hat. Die Leitung dieses Gesamtkörpers ist nicht leicht und erfordert beständiges Lavieren nach oben, links, rechts und nach unten. Es ist nicht möglich gewesen, den Konservatismus ganz einheitlich zu organisieren. Im Reichstag ergiebt sich folgendes Bild:

	Stimmenzahl	Abgeordnete
Deutschkonservative	859 200	51
Freikonservative	343 600	22
Antisemiten	284 300	10
Bund der Landwirte und Bauernbund	250 700	10
	1737 800	93

Die Wählerziffer ist kleiner, die Abgeordnetenziffer etwas größer als die der demokratischen Parteien (Sozialdemokratie 56, freisinnige Volkspartei 28, Deutsche Volkspartei 8). Der Einfluß der 93 konservativen Abgeordeten ist aber durch ihr Verhältnis zur Regierung unvergleichbar größer als der der 92 demokratischen. Unter den Freikonservativen finden sich einige Vertreter, die ebensogut zur industriellen Aristokratie gerechnet werden können wie zur agrarischen, Hocharistokratie, die sowohl in Industrie wie in Börse wie in Getreide arbeitet.

In der inneren Politik arbeitet die gesammelte Macht des Konservatismus gegen den Industrialismus als Gesamterscheinung. Dabei vermeidet sie es aber aus politischer Erfahrenheit, diesen

Gegensatz in seiner reinen Schärfe zu formulieren. Ihr gewöhnlicher Plan ist der: man muß möglichst viel Unfriede zwischen der industriellen Oberschicht und Unterschicht säen, indem man mit den Unternehmern zusammen die Arbeiter politisch drückt. Auf diese Weise verhindert man die Einheit der Gegenseite und nötigt die Unternehmer, in Zollfragen Konzessionen zu machen und den politischen Vorrang den Konservativen zu überlassen. Diesen Plan hat die agrarische Aristokratie mit seltenen Unterbrechungen und mit auffallend viel Erfolg durchgeführt. Das industrielle Unternehmertum hat sich ins Schlepptau nehmen lassen und wird schwer darum kämpfen müssen, frei zu werden. Kanalvorlage und Handelsverträge sind aber unverkennbare Anzeichen, daß diese konservative Methode eine Grenze hat. Es muß die Auseinandersetzung zwischen der alten und neuen Aristokratie kommen, und für diese Auseinandersetzung hat man bereits versucht, sich mit der industriellen Unterschicht ins Einvernehmen zu setzen. Der Versuch hieß: konservativer Sozialismus.

Der konservative Sozialismus beruht auf der tiefen, nur aus taktischen Gründen meist verschleierten Gegnerschaft des agrarischen Adels gegen den modernen Kapitalismus. Da die Arbeiterklasse den Kapitalismus auch ihrerseits bekämpft, so ist es scheinbar möglich, unter der Formel des Antikapitalismus Agrarier und Proletarier zu vereinigen. Man übersieht dabei den sehr wesentlichen Umstand, daß der Proletarier den Kapitalismus nur insofern bekämpft, als er von ihm erhöhten Nutzen, ja, wenn möglich, seine Leitung gewinnen will, daß aber der Agrarier gegen das kapitalistische Prinzip als solches streitet. Immerhin ist zuzugeben, daß es geschichtliche Lagen geben kann, in denen die zwei verschiedenen Formen des Antikapitalismus gemeinsam arbeiten können. Eine solche Lage schien beim Beginn der deutschen liberalen Wirtschaftsperiode vorhanden. Die Arbeiterbewegung war noch zu unentwickelt, um als Vertreterin eines prinzipiellen Industrialismus Besorgnis einflößen zu können. Was man besorgte, war ihr politisch revolutionäres Auftreten. Aller konservative Gegensatz war gegen das Manchestertum gerichtet, diese erste, wesentlich auflösende Gestaltung liberaler Wirtschaftspolitik. Man verwechselte Kapitalismus und Manchestertum und hoffte, die Arbeiter durch Unterstützung ihrer Forderungen als antimanchesterliche Hilfstruppe verwerten zu können.

Zugleich empfahl sich diese Unterstützung aus allgemeinen Staatsgesichtspunkten für Beamte und Vertreter der Wissenschaft. Aus den Kreisen der letzteren stammt die weitere Durcharbeitung der ganzen Idee des konservativen Sozialismus. Es waren meist Schüler des bekannten Volkswirtschaftlers Lorenz von Stein, bereichert durch Ideen von Rodbertus, die in diese Bahnen einmündeten: Adolf Wagener, von Scheel, Jannasch, Hildebrand. Innerhalb der konservativen Kreise waren Rudolf Meyer und Geheimrat Wagner die Hauptvertreter dieser Richtung. Politisch aber hat sie nur eine, allerdings sehr bedeutende, Agitationskraft gefunden in Hofprediger Stöcker. Heute, wo die konservative Partei Stöcker fallen gelassen hat, kann der ganze seiner Arbeit zu Grunde liegende Gedanke als vorläufig erledigt angesehen werden, es bleibt aber doch wahr, was von hoher Stelle aus bei einer Jagdgelegenheit zu konservativen Herren gesprochen worden sein soll: „Er ist ja klüger als Ihr alle!"

Stöcker ist in seiner Partei gefallen, als diese sich unter Bismarckschem Druck zum Kartell mit der industriellen Aristokratie entschloß. Der Kartellgedanke ist das Gegenstück seiner Auffassung innerhalb des konservativen Denkens. Um eine schutzzöllnerische Majorität zu haben, gab man die Idee der Arbeitergewinnung auf. Man war bereit, sozialpolitische Kassen mit zu beschließen, weil Bismarck dies wollte, aber man wollte keine soziale „Demagogie", kein Eintreten eines selbstthätigen Industriearbeiterstandes in die konservativen Reihen. Stöcker hat in verzweifelt schwerer Lage „wie ein Löwe gekämpft". Ohne den Hintergrund der Zustimmung der agrarischen Aristokratie ist aber konservative Sozialreform unmöglich.

Auf lange Zeit hinaus ist die Möglichkeit der Wiederholung des Stöckerschen Gedankens ausgeschlossen. Jetzt kommt erst eine Periode gesteigerten konservativen Gegensatzes gegen alles, was demokratisch und sozial ist, ein mit Händen und Füßen geführter Kampf für die alte Herrschaft. In diesem Kampfe müssen Industriearistokratie und Industrieproletariat gemeinsam gegen das Agrariertum stehen. Die Entscheidung für Deutschlands industrielle Gesamtentwickelung muß herbeigeführt werden. Solange der Kampf um diese Entscheidung währt, muß die konservative Politik immer reaktionärer werden, um alles zu hemmen und zu binden,

was das neue Deutschland an Stelle des alten setzen will. Erst dann, wenn die Entscheidung gefallen ist, wenn unsere Welthandelspolitik gesiegt hat, dann wird der nicht unbeträchtliche Rest alter Aristokratie in die Lage kommen, in der jetzt die Torys in England sind, sie werden den inzwischen mächtiger, selbständiger und zahlreicher gewordenen Arbeiter von neuem zum Bündnis gegen die inzwischen übermächtig gewordene industrielle und finanzielle Aristokratie einladen. Dann aber handelt es sich nicht mehr um das Einbeziehen der Arbeiter in den konservativen Heerbann, sondern um ein Kartell gleichstehender Größen im gemeinsamen Kampfe gegen eine dritte. Von dieser Möglichkeit sind wir aber in Deutschland soweit entfernt, daß es jetzt gar keine andere Auffassung geben kann, als die der absoluten politischen Feindschaft zwischen Demokratie und Konservatismus.

Wenn also der konservative Sozialismus Stöckers auch nicht zur Entfaltung kommen konnte, da er zu einer geschichtlich ungeeigneten Zeit auftrat, so hat er der weiteren Entwickelung doch insofern wesentliche Dienste geleistet, als durch den Verlauf der Stöckerschen Agitation die Möglichkeit, staatserhaltende Politik und religiöse Gesinnung mit Arbeiterfreundlichkeit zu verbinden, weiten Kreisen klar geworden ist. Der Verfasser dieses Buches ist bei weitem nicht der einzige, für den Stöcker den Weg zum freiheitlichen, vaterländischen Sozialismus frei gemacht hat. In einem Punkt trennte sich Stöckers und unsere Arbeit: er blieb konservativ, wir wurden antikonservativ und werden und müssen es bleiben in der sicheren Erkenntnis, daß es für die Gesamtzukunft des Vaterlandes und für die Zukunft der Arbeiterbewegung im speziellen nichts Schwereres aber auch Nötigeres und Wichtigeres giebt, als den Bruch der Vorherrschaft der alten Herrenschicht im preußischen Osten.

III. Die industrielle Aristokratie.

Der Ausdruck „industrielle Aristokratie" ist für das, wovon wir jetzt reden wollen, etwas zu eng, aber er ist doch besser als der andere „kapitalistische Aristokratie", da er genauer das Entstehungsgebiet der neuen aristokratischen Gesellschaft bezeichnet. Einzelne Kapitalisten, Armee-

lieferanten, Staatsbankiers, Verkehrsunternehmer u. s. w., die geadelt und damit aristokratisch gemacht wurden, hat es immer gegeben, sie aber bilden keine neue Aristokratie, sondern nur eine bisweilen fragwürdige Bereicherung der alten. Auch hatte schon das Bürgertum der vergangenen Jahrhunderte seine patrizischen Geschlechter, edlen Häuser u. dergl., aber auch diese Adelselemente der älteren Stadtkultur waren nicht stark genug, dem Agraradel eine gleich starke Kraft entgegenzusetzen. Erst mit der modernen Industrie stieg ein neues, in sich einheitliches Herrenvolk herauf: das Großunternehmertum. Es bildet den Kern einer neuen wirtschaftspolitischen Volksgestaltung, an den sich finanzielle, kommerzielle, technische Größen anschließen. Ein neues Macht- und Willenszentrum ist vorhanden, teilweis noch unverstanden, politisch noch unbeholfen, aber von großer Entwickelungsfähigkeit und Zukunft.

Wenn man die agrarische Aristokratie sehen will, dann muß man pommersche Rittergüter und Schlösser betrachten, wenn man aber einen Eindruck der neuen Aristokratie haben will, muß man nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiete gehen. Dort ist der Typus des industriellen Herrschertums am reinsten ausgeprägt. Zwischen hohen Essen, Schienen, Walzwerken thronen die Eisenfürsten, die geborenen Führer der neuen Wirtschaftsentwickelung. Um sie herum gruppieren sich die Inhaber der Kohlenwerke, der chemischen Fabriken, der größeren Textiletablissements, der Seehandelsgesellschaften, Werften und Banken. Stufenweise folgen Inhaber von Baufabriken, Leiter der Konfektionsindustrie, Porzellanfabrikanten, Großbrauer, Papierfabrikanten u. s. w. Es giebt kein Heroldsamt, das diese Aristokratie einträgt und keinen gothaischen Kalender für Industrieprinzen, aber das Volksleben als Ganzes fühlt die neue Erscheinung, und Namen wie Krupp, Stumm, Heyl, Siegle, Vorster, Voß, Siemens sind nur einzelne aus einer langen Reihe. Die Statistik kann selbstverständlich auf diesem Gebiete nur ganz allgemeine Anhaltspunkte geben. Im Jahre 1895 wurden im deutschen Gewerbe 17 941 Betriebe mit mehr als 50 Arbeitskräften gezählt. Rechnet man die Inhaber solcher Betriebe im allgemeinen zur industriellen Aristokratie im weitesten Sinne und rechnet man die Handelsaristokratie hinzu, so muß man schon heute die Kopfzahl der neuen Oberschicht der der alten gleichstellen. Finanziell,

wirtschaftlich bedeutet schon jetzt diese neue Oberschicht mehr als die alte, und, was die Hauptsache ist: sie wächst täglich. Politisch bedeutet sie noch weniger, weit weniger als die alte, aber das wird sich voraussichtlich ändern.

Bei der Berufszählung von 1895 fanden sich Großbetriebe im genannten Umfang und darüber in einigen hervorragenden Erwerbszweigen in folgenden Zahlen:

Baugewerbe	3 298	
Textilindustrie	3 260	
Industrie der Steine und Erden	1 930	
Industrie der Nahrungs- und Genußmittel	1 826	
Industrie der Maschinen und Instrumente	1 628	4 214
Industrie der Metallverarbeitung . . .	1 422	
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen . .	1 164	

Die ungeheure Steigerung der Mittel des Unternehmertums läßt sich ahnen, wenn man die Wertstatistik einiger montanen Industriegebiete sich vorführt. Die Ziffern bedeuten Millionen Mark:

	1888	1893	1897
Steinkohlen	341	498	648
Braunkohlen	41	55	66
Kalisalze	15	21	26
Eisenerze	40	40	60
Roheisen im Hüttenbetrieb .	191	216	350
Eisengießerei	113	141	209

Wenn eine so kurze Spanne Zeit genügt hat, um derartige Wertsteigerungen des Umsatzes hervorzurufen, so ergiebt sich, wieviel Zuwachs an volkswirtschaftlicher Macht in wenigen Jahrzehnten im Gebiet des großindustriellen Unternehmertums sich anhäuft. Es häuft sich in den Großstädten und Industriebezirken ein Vermögen, das allen Besitz der Agrararistokratie in den Schatten stellt. Das in Preußen der Ergänzungssteuer unterworfene Vermögen betrug 1897/98 beispielsweise

Rheinland	12 021	Millionen Mark
Berlin	8 041	„ „
Ostpreußen	1 820	„ „
Westpreußen	1 261	„ „

In den Städten ist die Gesamtsumme des ergänzungssteuerpflichtigen Vermögens 39 790 Millionen Mark, auf dem Lande 25 887 Millionen Mark, wobei zu bedenken ist, daß viel mehr industrielles Vermögen auf dem Lande als agrarisches Vermögen in der Stadt versteuert wird. Dieses Vermögen hat den mammonistischen Trieb, sich vermehren zu wollen. Dazu braucht es immer neue Anlagen und zwar Industrie-Anlagen, Hypotheken-Anlagen, Staatsschulden im Inland und Ausland. Es verlangt nach Gründungen, Bauten, Maschinen, Schiffen, Plantagen, nach immer neuen Formen von Geschäften. Wenn irgendwo und irgendwie der Schlaf über ein Wirtschaftsgebiet sich legen will, da genügt das eine Wort „Geld", um es zu wecken. Alle Berge müssen ihre Schätze hergeben, alles Ausland muß Tribut zahlen, Millionen Arbeiter müssen früh aufstehen und lange Stunden arbeiten, endlose Güterzüge müssen fahren, Polen werden zu Hunderttausenden nach Westfalen verfrachtet, neue Bedarfsartikel kommen auf, neue Städte entstehen, alles, weil das Kapital der neuen Aristokratie wachsen will. Der Kapitalismus ist mit Gewalt gekommen, später als nach Frankreich und England, aber stürmischer. Vom deutsch-französischen Kriege an, vom Milliardensegen her begann das arme Deutschland reich zu werden. Heute schon sagt man, es sei reicher als Frankreich, und wenn es bis jetzt noch nicht reicher ist, so werden weitere zehn Jahre genügen, es dazu zu machen. Einst gab es Schlösser nur in den Residenzen und auf Rittergütern, jetzt ist jede große Stadt von einem Gewinde feiner Villen umgeben, deren beste unsere Vorfahren Schlösser genannt haben würden. Vor einem Menschenalter reiste der Engländer allein in sonnige Fernen, jetzt giebt es kein Klima, wo nicht deutsches Geld zu klirren beginnt. Der industrielle und kommerzielle Gewinn schafft Menschen, die als Motto haben „leben und leben lassen", fleißig und sparsam, rastlos im Geschäft, behaglich und opulent zu Hause, nur aber selten geneigt, das „leben lassen" weit über sich und ihre nächste Sphäre auszudehnen.

Als die neue Aristokratie aufkam, hatte sie den Trieb der Nachahmung alter Vornehmheit, überhaupt das Anschlußbedürfnis an die bestehende agrarische Aristokratie. Man wollte gern Freiherr werden, bei der Garde dienen und schnarren können wie ein Leutnant. Es giebt noch

jetzt sehr bekannte Beispiele dieser Art, bei denen allerdings oft mehr der Wunsch anzuerkennen ist als das Können. Nicht jeder Hammerschmied wird in zwei Generationen ein wirklicher Aristokrat, selbst wenn er sich duellieren will. Aber diese erste nachahmende Form der neuen Aristokratie geht überhaupt zu Ende und macht einer Generation Platz, in der man sich lieber Herr Kommerzienrat nennen läßt als Herr Baron. An vielen kleinen und großen Zeichen erkennt man, daß sich in der neuen Herrschaftswelt ein eigener sozialer Geist bildet, ein gewerblicher Stolz, der sich in seiner Weise über den Getreideproduzentenstolz erhebt. Diese gesellschaftliche Umbildung wird politisch von weitgehenden Folgen sein.

Aus der gesellschaftlichen Spannung zwischen alter und neuer Aristokratie erwächst in der letzteren das Gefühl, sich an die Stelle der ersteren setzen zu wollen. Damit beginnt der politische Instinkt der neuen Klasse, der bis jetzt schwach ist. Bis jetzt beherrschte das Geschäft als Geschäft das Denken. Nun aber zeigt es sich, wie sehr das Geschäft mit allen möglichen politischen Verhältnissen zusammenhängt. Durch die weitverzweigte geschäftliche Syndikatsbildung, durch Handelskammern, Kommunalangelegenheiten, Steuer- und Exporterlebnisse wird der Sinn für Klasseninteressen geschärft. Die starke Geschlossenheit der Arbeiterbewegung thut das ihrige dazu, die Arbeitgeber zusammenzupressen. Selbst direkte Konkurrenten entdecken zahlreiche gemeinsame Interessen und bekommen Augen für das, was man kann, wenn man gemeinsam will.

In der Sozialdemokratie beurteilt man diese Dinge vielfach falsch. Man hat sich durch die Darstellung des kommunistischen Manifestes verleiten lassen, den industriellen Kapitalismus als längst fertig und bereits wieder absteigend und zerfallend anzusehen. Man hielt die bürgerliche Bewegung von 1848 für den einzigen politischen Akt der bürgerlichen Klasse. Dieser Irrtum verdirbt die ganze bisherige demokratische Politik. Im Jahre 1848 gab es nur erst ein erstes Stammeln des neudeutschen Bürgertums. Wer sandte denn die Advokaten und Professoren nach Frankfurt? Waren es nicht viel mehr demokratische Handwerker als Unternehmer im heutigen Sinn? Der bürgerliche Liberalismus von damals besaß noch keine tragfähige Schicht. Daher konnte er auch die Erfolge,

die ihm die politische Lage gewährte, nur dürftig ausnutzen. Er zerbrach, als Bismarck ihn an die Hand nahm. Ohne festes einheitliches Gefühl für Machtfragen, versagte er gegenüber der Militärforderung Wilhelms I., spaltete sich an der Indemnitätsvorlage, konnte die liberale Reichstagsmajorität nicht festhalten, vergeudete seine Kraft in Streitereien zwischen militärischem und unmilitärischem Flügel. Während die wirtschaftliche Bedeutung der neuen Großbürgerklasse im neuen Reiche wuchs, war alle Politik im Grunde noch konservativ. Solange die Großgrundbesitzer Freihändler waren, hatte Deutschland Freihandel und beseitigte selbst die damals nötigen Eisenzölle. Als die Großgrundbesitzer Schutzzoll wollten, mußte die Industrie mitgehen. Alle wesentlichen Beamtenstellen blieben konservativ. Der Handel und die Industrie seufzten über eine Bureaukratie, die von ihrem Leben und Wollen so wenig verstand, aber es fehlte viel, daß sie sich sagte: wir müssen unsere Söhne in die Verwaltungsstellen und Ministerien bringen, damit unsere Industrie wachsen, blühen und Zins tragen kann!

Erst mit der Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. fing die neue Aristokratie an, sich ihrer politischen Aufgabe stärker bewußt zu werden. Flotte, Handelsverträge, Kanal sind Ausdrücke ihres wirtschaftlichen Wollens. Wir werden später zeigen, wie sehr der Kaiser großindustriell denkt. Er weckte die Möglichkeit, daß im Deutschen Reich ein industrielles Regiment sein könnte. Von jetzt ab muß mit dem Eintreten des neuen Elementes in die Staatsleitung wie mit einer kommenden Thatsache gerechnet werden. Wir müssen deshalb untersuchen, welche politischen Wirkungen dieser Umschwung haben kann.

Das natürliche Ideal der Grundbesitzer ist der geschlossene Handelsstaat, in dem es keine anderen „Brotherren" giebt als sie. Wer das Brot in der Hand hat, beherrscht das Volk. Brot ist Leben. Macht alle Grenzen zu, haltet alle Weltwirtschaft ab, und ihr werdet sehen, daß man hungernd vor denen kniet, die volle Scheunen haben! In früheren Jahrhunderten hat man in Jahren schlechter Ernten diesen Zustand buchstäblich gehabt. Joseph in Ägypten ist und bleibt der Urtypus des Agrarpolitikers, der Getreide sammelt, um Volksfreiheit anzukaufen. Den Trieb zum geschlossenen Handelsstaat nennt man heute auf konservativer Seite „nationale Volkswirtschaft". In Wirklichkeit ist es völlig unnational, absichtliche

Brotverteuerung zu treiben. Der Landmann soll leben und arbeiten können, aber eine Garantie für Bodenrente braucht die Gesamtheit nicht zu übernehmen. Was heute auf der Landwirtschaft lastet, sind die Güterpreise und Hypotheken. Dort ist einzusetzen, aber niemals kann das deutsche Volk sich dem Ideal des geschlossenen Handelsstaates wieder nähern. Es muß, wenn es leben will, in die Weltwirtschaft hineinwachsen.

Was ist Weltwirtschaft? Man versteht darunter die Arbeitsteilung der Menschheit als Ganzes. Kein Volk kann mehr für alle seine Bedürfnisse selber sorgen, sondern schafft diejenigen Stoffe und Waren, die gerade seiner Anlage und der Natur seines Landes angepaßt sind. Überall bilden sich Spezialitäten aus. Ein Volk arbeitet Weizen, Mais, Reis, ein anderes Vieh, Holz, Obst, ein anderes Tabak, Baumwolle, Kaffee, ein anderes Kohle, Eisen, Maschinen, ein anderes Öl, Chemikalien, Dünger, ein anderes Litteratur, Kunst, Papier. Natürlich entwickelt sich die Sache nicht so schematisch, wie sie hier ausgesprochen wird. Immer wird Mischung der Produktion bleiben, nur ist darauf Bedacht zu nehmen, daß wir für die Weltwirtschaft das arbeiten, was wir am besten leisten können. Wenn wir uns plagen wollten, Schafwolle auf einem Boden zu erzeugen, der mit Rübenzucker weit besser rentiert, so würden wir unklug handeln. Wir führen Zucker aus (aber ohne Prämie!) und führen Wolle ein. Natürlich dürfen wir dabei kein Stück deutschen produktiven Bodens völlig preisgeben. Wo kein Hafer gedeiht, können Kiefern wachsen. Unsere Kraft, unser Kapital, unsere Arbeit müssen wir aber in die Arbeitszweige stecken, in denen die Deutschen mehr gewinnen können als andere. *Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte in jeder Richtung ist die Losung.* Wer dies in die richtigen Wege leitet, der wird „Brotgeber" und „Brotherr". Das ist die Leistung der neuen Aristokratie.

Diese Leistung wird von der finanziellen und industriellen Aristokratie keineswegs mustergültig und vollkommen vollzogen, aber es ist außer ihr niemand da, der sie überhaupt in die Hand nehmen könnte. Unsere Produktionsleitung ist, wie man sich auf sozialdemokratischer Seite ausdrückt, anarchisch, d. h. es fehlt ihr bewußter Plan und weitblickende Zentralisation. Der einzelne Privatunternehmer arbeitet nicht nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern nur nach Profit. Ob er unsere Volkswirt-

schaft dabei in eine Richtung treibt, die sie nicht verfolgen kann, ob er Produktionen einführt, die anderswo in der Welt einen viel besseren natürlichen Standort haben, kümmert ihn nicht. Er denkt privatkapitalistisch an sich. Aus dieser „Anarchie der Produktion" ergeben sich offenbare Mißstände, wie z. B. die Einrichtung ganzer Gegenden für gewisse Textilbranchen, in denen schließlich doch der Hindu oder Chinese billiger produziert. Unser im ganzen so blühendes Wirtschaftsleben ist im einzelnen doch voll von falschen Ansätzen. Wir haben in der Seidenbranche mehr versucht, als unser Klima gewähren kann, haben uns in einem Umfang auf Baumwollenverarbeitung geworfen, der unserer geographischen Entfernung vom Entstehungsort der Baumwolle schwerlich entspricht, wollten sogar Rosenöl erzeugen u. dergl. In allen solchen Fällen gilt auch von den Industriefürsten das alte Wort: quidquid delirant reges plectuntur Achivi, das Volk muß die Irrtümer seiner Führer mit zeitweiliger Arbeitslosigkeit, Mangel und Tuberkulose bezahlen. Wenn deshalb der Sozialist bessere Regelung der Produktion fordert, ist er theoretisch im Recht, nur kann weder der Staat, das ist der Beamtenapparat, noch die Vereinigung der Arbeiter bei heutiger Lage der Sache für die Leitung der Produktion in Betracht kommen. Beide können mehr als bisher helfen, daß Mißgriffe vermieden werden, aber die Wirtschaftsleitung selbst gehört nun einmal dem kapitalistischen Unternehmertum. Kein noch so berechtigter Groll gegen ihre Art der Herrschaftsführung kann an dieser volkswirtschaftlichen Thatsache etwas ändern. Die Aufgabe der Demokratie kann nur sein, innerhalb dieses noch aufwärtssteigenden Systems Vorteile zu gewinnen. Nie ist es für eine Herrscherschicht gut, wenn sie unkontrolliert und ungehindert ihren selbstischen Interessen folgen kann, am wenigsten gut aber bei einer rein geldwirtschaftlichen Leitung, die Arbeit als Ware behandelt und ungebrauchte Arbeiter wegwirft wie ausgepreßte Zitronen.

Je stärker die neue Aristokratie wird, desto mehr wird sie versuchen müssen, die Staatsgewalt ihren volkswirtschaftlichen Zwecken dienstbar zu machen und zwar sowohl die äußere Politik wie die innere. Die äußere Politik wird unter dem Einfluß dieser Klasse zur Handels- und Weltmachtpolitik, die Zollpolitik zum System von Handelsverträgen mit freihänd-

lerischer Grundrichtung, die Verkehrspolitik dient dem höchst gesteigerten Güter- und Menschentransport, die Goldwährung giebt feste Weltmarktpreise. Im Innern ist diese Politik gegen die Agrarier gerichtet, weil diese ein anderes Wirtschafts- und Handelssystem wünschen, und gegen die Arbeiter, weil diese einen höheren Anteil am Gewinn verlangen. Am liebsten würde das Unternehmertum absolutistisch regieren, wie es die Handelsaristokratien Venedigs und Genuas im ausgehenden Mittelalter thaten. Ebenso wie jede andere mächtige Klasse hat es den Traum der Alleinherrschaft: wir sind der Staat! Es stößt aber in der Wirklichkeit an die übrigen Mächte an, an Konservatismus und Demokratie.

Politisch ist das Großunternehmertum vertreten in einem Teil der freikonservativen, der nationalliberalen und der freisinnigen Partei. Nirgends aber ist es parteipolitisch klar organisiert. Das entspricht einem sehr beachtenswerten Grunde: die neue Aristokratie wird stets parteipolitisch schwach bleiben. Weder beim allgemeinen Wahlrecht noch beim Dreiklassenrecht kann sie in ähnlicher Weise parteibildend wirken wie die Agrararistokratie, denn sie hat nicht die Möglichkeit, so viele Hilfstruppen an sich zu gliedern wie diese. Das Unternehmertum ist eine wirtschaftlich überaus mächtige, aber ziffernmäßig überaus dünne obere Rinde über dem neuen industriellen Massenvolk. Nie wird es ihm gelingen, den städtischen Mittelstand und gewerblichen Arbeiterstand in entsprechender Weise an sich zu fesseln, da einesteils diese Bevölkerungsmassen viel zu demokratisch selbständig sind, um auf demokratische Prinzipien zu verzichten, und da anderenteils das politisch-taktische Geschick der neuen Herren noch auffällig unentwickelt ist. Sie arbeiten auch in der Politik wie im Handel von Fall zu Fall, verärgern ohne zwingende Not die Arbeiter, den Mittelstand, die Bildungsvertreter, wissen nicht, daß man nur herrschen kann, wenn man Konzessionen macht, und haben kein anerzogenes sicheres Gefühl für politischen Takt.

Man sehe einmal, wie wenige industrielle Großunternehmer im Reichstag sitzen! Wenn sie aber darin sind, sind sie entweder auf den Bund der Landwirte oder auf die Sozialdemokratie angewiesen. Krupp in Essen wurde 1893 nur mit sozialdemokratischer Hilfe gewählt und Stumm in Ottweiler-St. Wendel nur durch die Meisenheimer Bauern.

Diese beiden Fälle sind typisch. Das Großunternehmertum ist parlamentarisch unselbständig und muß entweder nach rechts oder nach links Kompromisse machen. Bis jetzt band es sich nach rechts. Diese Bindung aber wird lockerer, je mehr der Gegensatz der industriellen und agrarischen Wirtschaftspolitik brennend wird. Das Großunternehmertum legt sich die Frage vor: was ist für uns teurer, der Kompromiß mit den Konservativen oder der mit den Demokraten? An der Beantwortung dieser Frage entscheidet sich die politische Zukunft Deutschlands.

Vom Standpunkte der Demokratie aus liegt die Sache so: da es ausgeschlossen ist, daß die Demokratie in absehbarer Zeit zur absoluten Herrschaft kommt, so hat sie zunächst ihre politische Kraft bei der Entscheidung zwischen den zwei mächtigsten Aristokratien zu verwenden. Sie wird das ohne Liebe nach reiner Abwägung der Lage thun. Bis jetzt stärkt sie indirekt die Agrarier, indem sie die Bildung einer industriellen Linken mit Weltmachtspolitik hindert. Diese Haltung ist vom Gesichtspunkt der Arbeiterinteressen aus höchst unpraktisch. So groß die Differenzen zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft auch sind, so existiert trotzdem das gewaltige gemeinsame Lebensinteresse am Gedeihen des Industrialismus überhaupt. Im Fall genügender Zugeständnisse von der anderen Seite muß nach Lage der Thatsachen die soziale Demokratie bereit sein, industrialistische Machtpolitik zu unterstützen. Schon jetzt sind Handelsvertrag, Goldwährung und schließlich auch Kanal nicht ohne Sozialdemokraten möglich. Alle diese Dinge dienen dem Kapitalismus. Der nächste entscheidende Schritt ist die Zustimmung zur Flotte. Mit diesem Schritt wird eine liberale industrielle Periode möglich.

Aber wird die Großindustrie auf solche Möglichkeit eingehen wollen? Gern gewiß nicht, ebensowenig gern wie die Arbeiterschaft! Sie kann ihre Industrialpolitik nicht ohne Koalitionsrecht erkaufen. Sie möchte natürlich Flotte und Zuchthausvorlage, aber schließlich wird sie die Sprache der Ziffern verstehen, der Zollziffern und der Wahlziffern. Wenn sie von konservativer Umschlingung frei sein will, finanziell, politisch ausschlaggebend, dann muß die Großindustrie das geben wollen, wonach Deutsch-

land dürstet wie trockene Erde im August nach einem Regen: Liberalismus! Die Klassenwahlrechte müssen fallen, jeder Bürger muß politisch gleich geachtet sein. Nur auf dieser Grundlage ist eine deutsche Linke möglich. Wenn sie entsteht, dann bläst das Käuzchen auf den geflickten Strohdächern des Grafen Kanitz, dann kommt ein Volksfrühling, ein Morgen voll deutscher Macht und Freiheit.

Die Großindustrie kann in der deutschen Linken niemals ein parlamentarisches Übergewicht haben. Die Gründe, weshalb das ausgeschlossen ist, sind schon erwähnt. Was aber die Großindustrie im Laufe einiger Jahrzehnte schaffen kann, ist die Durchsetzung des Beamtenheeres mit industrialistischem und liberalem Personal. Sie kann die Regierung in ähnlichem Sinne beeinflussen, wie es jetzt die Großgetreideproduzenten thun. Die parlamentarische Führung aber des neudeutschen Industrievolkes gehört einer praktischen nationalen und sozialen Demokratie.

IV. Die klerikale Aristokratie.

Es würde die politische Lage Deutschlands ungeheuer vereinfachen, wenn wir es nur mit den zwei wirtschaftlich sich gegenüberstehenden Aristokratien, der agrarischen und der industriellen, zu thun hätten. Dann läge der Weg zum Zweiparteiensystem klar vor uns, und die Abgrenzung der Befugnisse zwischen Krone und Parlament würde nach Bildung zweier um die jeweilige Majorität kämpfenden politischen Körper sich ebenso leicht herstellen lassen wie in England. Unser politisches Schicksal ist schwerer. Zwischen den zwei wirtschaftlichen Aristokratien steht die klerikale, ein Gebilde von großer Zähigkeit, schwer verständlich für den Nichtkatholiken, aber zugleich sehr bemerkbar in jeder Art politischer Arbeit.

Wenn Deutschland entweder rein evangelisch oder rein katholisch wäre, würde das System der zwei Parteien sich im Laufe der Zeit von selbst einstellen. Durch die konfessionelle Trennung ist alles viel verwickelter geworden. Als guter Protestant kann der Verfasser nicht anders, als den Sieg der katholischen Gegenreformation in einem Drittel des heutigen

deutschen Reichsgebietes, in der Hälfte des deutschen Sprachgebietes, lebhaft zu bedauern. Er kann sich eine große weltgeschichtliche Entfaltung des Deutschtums bei völligem Katholizismus nicht denken, da er sieht, wohin in der neueren Weltgeschichte die katholischen Völker gekommen sind. Ein offenes Ohr für die Stimmen unserer deutschen Brüder in Österreich, ein Blick nach Spanien und Frankreich, eine Frage nach der Sozialpolitik Belgiens genügt, um Deutschland glücklich zu preisen, daß es den Mönch von Wittenberg hatte. Der Protestantismus ist als Kirche weniger stark als der Katholizismus, aber als vorwärtsschreitende Kulturgesinnung stärker. Es war der protestantische Norden Deutschlands, von dem die Erneuerung der Nation ausging, und es war das protestantische Königshaus der Hohenzollern, das die Einigung vollbrachte. Aber freilich, wenn wir einmal zu unserem geschichtlichen Glücke protestantisch wurden, dann wäre es besser gewesen, wir alle wären es geworden. In diesem Falle würden wir Religion und Politik trennen können, Religion als Seelentrost und Erziehungsmacht, Politik als Kampf der verschiedenen wirtschaftlichen Schichten, die die Nation füllen. Es hat nicht sein sollen. Die Wunden des dreißigjährigen Krieges sind noch nicht vernarbt. Der Konfessionsstreit ist noch immer da. Es giebt kein Jahrzehnt, das nicht in neuer Form die Religionsfrage in der Politik brächte.

Jesus Christus war kein Politiker. Oft ist versucht worden, aus der unversiegbaren Quelle seiner Worte politische Normen zu finden. Auch Protestanten haben diese Versuche gemacht und auch ich habe mich in früheren Jahren an ihnen beteiligt. Das Resultat aber ist die Überzeugung, daß die Sittengebote des Heilands so allgemein-menschlich, rein sittlich sind, daß sie keine Anweisung geben, wie man in einer bestimmten Zeitlage, etwa im Zeitalter des Industrialismus, soziale, demokratische oder gar aristokratische Politik machen könne. Jesus wird für uns dadurch nicht geringer, daß wir unsere politische Taktik und Technik nicht von ihm ableiten. Das ist es nun auch eigentlich nicht, was der Katholizismus als Gesamtheit thut. Christlich-soziale Theorien im engeren Sinne sind auch auf seinem Gebiete Versuche von einzelnen. Das Politische im Katholizismus ist die Kirche, jene große, alle Völker berührende, viele Völker geistig beherrschende Organisation, deren Mittelpunkt

der alte Cäsarensitz Rom und deren Monarch der geistliche Cäsar, der Papst ist. Diese Organisation ist einzigartig in ihrer Internationalität. Keine andere Konfession bietet etwas Ähnliches, denn selbst das Ansehen des Kalifen in der muhammedanischen Welt fällt doch in der Hauptsache mit den Grenzen des Türkenreiches zusammen, dessen politischer Kopf er ist. Eine solche Organisation steht allein durch ihre fabelhafte Größe den Staaten anders gegenüber als irgend ein religiöser oder sonstiger Verein von begrenzter Ausdehnung. Für sie sind die Staaten nur Provinzen ihres Wirkens, Bistümer, deren Oberleitung über die Rassen, Verfassungen, Machtverschiebungen hinblickt, um in allem Auf und Nieder der vorübergehenden Erdgestaltungen den einen Grundgedanken festzuhalten, daß alle Menschen selig werden sollen durch die Einordnung und Unterordnung unter den irdischen Sitz der ewigen Wahrheit. Als vor etwa 30 Jahren Kaiser Wilhelm I. vor dem Mainzer Dom vom Bischof Ketteler empfangen wurde, sagte ein guter deutscher Katholik: „so steht die Zeitlichkeit vor der Ewigkeit!" Als der Kulturkampf wogte und wallte, sagte derselbe: nubila transibit, es ist nur eine Wolke, die vergeht. Die lange Geschichte des Katholizismus hat sich so tief in Millionen menschlicher Geister eingeprägt, daß diese trotz aller persönlichen Freigeisterei oder Gleichgültigkeit doch in den kritischen Lagen ihres Lebens immer wieder zur „Mutter-Kirche" zurückfallen. Es ist ihnen selbstverständlich, zur katholischen Organisation zu gehören und ihr soviel Macht und Einfluß zu wünschen als immer möglich. Weil sie religiös an ihr hängen, folgen sie ihr politisch. Niemand hat sie gelehrt, Kirche und Politik reinlich zu scheiden, im Gegenteil lehrt sie der Priester, kirchlich Politik zu treiben. Auch dem Priester ist es selbstverständlich, daß er im Sinne seiner Kirche politisch handelt, und wenn Protestanten oder freisinnige Katholiken ihm das vorwerfen, begreift er nicht, was sie eigentlich wollen. Es ist ein großer Strom, der sie beide trägt, den Priester und den Mann aus dem Volk, der Strom einer vielfarbigen, unbeschreiblich zusammengesetzten und doch im Grunde einheitlichen Weltanschauung. Löst sich der einzelne von dieser Anschauung los, dann müssen Seelsorge und Beichtstuhl helfen, ihn wieder gläubig zu machen. Ist er aber wieder gläubig geworden, dann stimmt er fürs Zentrum.

Ganz von selbst sind beim gläubigen Katholiken die poli-

tischen Begriffe anders als beim Protestanten. Er kann und wird Vaterlandsliebe haben, aber sein Nationalismus ist von vornherein durch starken Internationalismus gedämpft, denn wann und wo er in religiöser Gemeinschaft ist, denkt er des Italieners, der ihm ein Stellvertreter Gottes ist. Oft wirkt die Gläubigkeit direkt entnationalisierend. In Jerusalem sagte mir ein deutscher Mönch aus Köln mit merkwürdigem religiösem Stolze während der dortigen deutschen Kaisertage, er sei international. Was bei den Sozialdemokraten etwas mehr Erträumtes als Erlebtes ist, das ist beim Katholiken mit jeder heiligen Messe, mit jedem Ave Maria eingesogen: volkslose Lebensgemeinschaft. Daraus braucht kein Gegensatz gegen die Nationalität zu kommen, aber es fehlt doch selbst in besten Fall etwas an Schärfe und Ungebrochenheit dieses Begriffes. Auch reine, klar gedachte Demokratie wächst nicht auf katholischem Felde. Der Katholik kann sehr radikal sein; solange er fromm ist, ist er doch an geistliche monarchische Autoritäten gebunden, an ein System, in dem die Majoritäten nichts sind. Seine Demokratie ist also im besten Falle eine nicht das ganze Denken füllende Gesinnung. Selten wird ein frommer Katholik Klassenkämpfe scharf als solche anerkennen, da er seine Religion als Klassen verbindend kennt. Überall entsteht eine Abtönung, ein weicher, wohliger Duft, ein graubuntes, harmonisches Düster wie in alten schönen katholischen Kirchen. Wir Protestanten können weder wissenschaftliche noch politische katholische Litteratur in die Hand nehmen, ohne das Gefühl der mangelnden Schärfe der Fragestellung. Es ist durch Pietät gehemmtes Denken. In einem nur wird der Katholik scharf, im Vertreten der Rechte seiner Kirche.

Wir sind vielleicht in dieser Charakteristik des katholischen Denkens etwas zu breit geworden, aber besser dieses als der umgekehrte, viel häufigere Fehler, daß man den Hintergrund unterschätzt, von dem aus das politische Zentrum sich abhebt. Wer hätte es vor 100 Jahren geglaubt, daß heute die Berliner Militärfragen vom Katholizismus entschieden werden! Der Grund zu dieser Erscheinung liegt auf religiösem Gebiet. Der Katholizismus gewann in diesem Jahrhundert neue Innigkeit durch die neue Belebung der Marienmystik und neue Einheit durch die Unfehlbarkeit des Papstes. Die religiöse Stärkung setzte sich um so mehr in politische Kraft um, als der Kulturkampf Märtyrer schaffte. Ledochowsky von Posen und Martin

von Paderborn mußten nicht vergeblich ihre Plätze verlassen. Aus den Sperrgesetzen wuchs die Möglichkeit, daß das Zentrum Kaiservorlagen sperrt.

Der Katholizismus als Gesamterscheinung ist am meisten an Nordamerika und Deutschland interessiert, denn dieses sind die beiden einzigen Stellen, wo er es mit aufsteigenden großen Nationen zu thun hat. In beiden Fällen ist er in beachtlicher Minderheit. In Deutschland sind 35,8 % der Bevölkerung katholisch, in Preußen 34,5 %, in Württemberg 30 %. Eine katholische Majorität haben Bayern mit 70,8 %, Baden mit 62 %, Elsaß-Lothringen mit 76,5 %. Die Ost- und Nordsee ist protestantisch umrandet, von der See erstreckt sich der Protestantismus ziemlich gleichmäßig zum mitteldeutschen Gebirge. An zwei Stellen aber, im Osten und Westen, streckt sich der römische Finger nach den nordischen Meeren aus. In der Gegend von Danzig erreicht er stellenweise die Küste und in der Richtung auf Emden und Wilhelmshaven bleibt er nicht allzuweit von ihr entfernt. Große protestantische Inseln in Süddeutschland bieten Ansbach-Bayreuth-Nürnberg, Württemberg und Pfalz. Abgesehen von Holland und einigen Stellen der Schweizer Grenze ist die ganze Landgrenze Deutschlands katholisch. Jede Landausdehnung Deutschlands außer Angliederung Hollands ist Zentrumsgewinn. Muß nicht das Studium der europäischen Religionskarte in Rom geradezu zu politischen Kombinationen anregen, bei denen Deutschland entweder in Betracht kommt als zu verkleinerndes Objekt oder als zu vergrößerndes Subjekt? Es giebt von Rom aus eine doppelte Methode, katholische Weltpolitik gegenüber Deutschland zu treiben, entweder der Katholizismus zersetzt, oder er vergrößert und beherrscht das Reich. Diese zweite Methode mag dem Bischof Ketteler bereits vorgeschwebt haben, als er 1870 zu Bismarck in Beziehungen trat. Dann wurde sie überraschend schnell verlassen, als die neue Reichsverfassung die Religionsparagraphen der preußischen Verfassung nicht brachte. Es scheint aber, daß man jetzt von der ersten zur zweiten Methode übergehen will, die man aber um der katholischen Habsburger willen schwerlich offen verkündigen wird. Was den Übergang nahe legt, ist der wachsende innerpolitische Einfluß des Zentrums.

Von größeren Städten sind in Deutschland nur wenige katholisch: München mit 84 %, Köln mit 81,9 %, Düsseldorf mit 73,3 %, Aachen

mit 92,4 %, Krefeld mit 77 %, Essen mit 57,8 %. Im allgemeinen ist unsere moderne Großstadtentwickelung protestantisch. Bedeutendere katholische Minoritäten haben Breslau, Frankfurt a. M., Straßburg, Danzig, Dortmund, Mannheim. Die Hauptwucht des Katholizismus liegt auf dem Lande. Da aber das Land überall seinen Überschuß an Kindern an die Städte abgiebt, so steigt die katholische Mischung im Stadt- und Industrieleben. Im allgemeinen liegt das industrielle und kommerzielle Unternehmertum mehr in protestantischen Händen. Es giebt einige bekannte hervorragende katholische Großindustrielle, aber selbst da, wo die Mehrzahl der Arbeiter katholisch ist, ist oft die Wirtschaftsführung protestantisch. Es scheint, das merkwürdige Wort des Abtes Uhlhorn, die Maschine habe in ihrem Wesen etwas Protestantisches, sei nicht ganz falsch. Diese Erscheinung muß sehr berücksichtigt werden, wenn man das Wesen der Zentrumspolitik erfassen will. Im Zentrum findet sich mehr agrarische Aristokratie als industrielle. Die Magnaten Schlesiens, die großen mediatisierten Herrschaften Süddeutschlands, der westfälische Landadel bedeuten mehr als die verstreuten katholischen Großunternehmer, deren viele nationalliberal oder freikonservativ sind. Diese katholischen Agrarier würden konservativ sein, wenn sie nicht katholisch wären. Sie sind auf ihre Weise katholisch-konservativ. Mehr aber als sie bedeutet der Klerus und zwar sowohl der höhere wie der niedere. Es kommt vor, daß die Politik der Bischöfe und der Kapläne sich nicht völlig deckt, im Grunde aber sind sie einig. Das Zentrum schickt eine ganze Anzahl Kleriker in den Reichstag, und nirgends kann und wird es auf die lokale Arbeit dieser Kreise verzichten. Daher bekommt seine ganze Politik etwas von der klerikalen Anschauungsweise, die nicht in Wirtschaftsproblemen und Machtfragen, sondern in ethischen und pädagogischen Angelegenheiten versiert ist. Nichts ist unentwirrbarer als das Wirtschaftsprogramm des Zentrums. Allen wird alles versprochen: dem Handel, Gewerbe und der Industrie ein „freies Erblühen", dem Handwerk eine „selbständige, organische Entwickelung", dem Mittelstand „die Bedingung seiner Existenz", der Landwirtschaft „Hebung des allgemeinen Wohlstandes", dem Arbeiterstand Erfüllung seiner „berechtigten Ansprüche". Was kann man mehr wollen? Auf den Katholikentagen wird für jede Volksab-

teilung eine besondere Rede gehalten. Ob diese Reden zusammenstimmen, ist Nebensache. Jede für sich allein angesehen, ist brav und tüchtig und entspricht den Wünschen der betreffenden Schicht. Es fehlt aber der kritische Ernst, der den Kampf ums wirtschaftliche Dasein in seiner Kampfnatur begreift und der auf Vermittelung verzichtet, wo sachliche Differenzen ausgetragen werden müssen. Gegenüber der Grundfrage unserer ganzen Wirtschaftsentwickelung, der Frage, ob agrarische oder industrielle Entwickelung die Führung haben solle, versagt das Zentrum. Es ist gemäßigt agrarisch, will aber zugleich den Industriearbeitern Wünsche erfüllen, für die nur hoch gesteigerter Industrialismus die Vorbedingungen schafft. Man kann sich bisweilen durch das Zentrum an den konservativen Sozialismus, den wir bereits geschildert haben, erinnert fühlen, nur ist der jetzt unmögliche konservative Sozialismus in sich klarer, denn er hat als Hintergrund den bewußten Egoismus der alten Agrararistokratie, die zeitweise die Arbeiter unterstützt, um die kapitalistische Aristokratie zu schädigen. Der letztere Gesichtspunkt ist beim Zentrum viel weniger durchgearbeitet. Man nehme ein Buch wie Hitzes „Kapital und Arbeit", so wird man in ihm viele vortreffliche Einzelheiten finden und doch keine Antwort auf die Frage: wie stehst du eigentlich prinzipiell zum Kapitalismus?

In Bezug auf Freiheitsrechte des Volkes ist das Zentrum in Deutschland weit zuverlässiger als eine der beiden vorher geschilderten Aristokratien. Das Zentrum kämpft für „Wahrheit, Recht und Freiheit!" Öfter war es eine Schutzmacht bedrohter Freiheiten, sowohl im Reichstag, wie im preußischen Landtag. Nur hüte man sich, diese Freiheitlichkeit für politisch wurzelecht zu halten! Wo der Katholizismus herrscht, ist er autoritär. In Deutschland ist er Minderheit, stets auf Mitwirkung freiheitlicher Parteien angewiesen, wenn er sich vor Gewalt schützen will, gewitzigt durch den Kulturkampf, verbunden mit Protestlern im Osten und Westen, die gegen Ausnahmegesetze sich wehren. Der tiefste Grund seiner Freiheitlichkeit ist das Streben nach Freiheit der Kirche. Ist dieses einigermaßen befriedigt, so läßt er im übrigen mit sich reden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Zentrum innerhalb einer konservativ-klerikalen Verbindung auch direkt antidemokratisch auftritt, so wenig das den mit Arbeiteragitation beschäftigten west- und süddeutschen Kaplänen passen mag.

Bismarck sagt in seinen „Gedanken und Erinnerungen" wiederholt, daß nach seinen Erfahrungen der Papst und die Bischöfe sich gegenüber der demokratisch-antinationalen Unterströmung als wenig einflußreich gezeigt haben. Das bedeutet, daß die 1878 durch die Besprechung mit dem Nuntius Masella in Kissingen eingeleitete nähere Fühlung zwischen der Reichregierung und dem Zentrum von der Gefolgschaft nur langsam verstanden wurde. In der That, so schnell, wie die Konservativen in der Mitte der siebziger Jahre einschwenkten, kann das Zentrum nach seiner äußerst komplizierten Zusammensetzung nicht umschwenken. Alle Zentrumsbewegungen gehen langsam, da das Gesetz der Langsamkeit aller politischen Massenkörper, von dem wir schon sprachen, hier dadurch verstärkt wird, daß es mehr Empfindungen als Verstandesgründe sind, die die Einheit schaffen. Empfindungen ändern sich aber langsamer als Gründe. Die politische Empfindung, in der sich das Zentrum zusammenfand, war der Gegensatz gegen die militaristische Gewalt von 1866. Aus dieser Empfindung heraus erklärt sich der Bund des Zentrums mit Polen, Welfen, Elsässern. Diese Protestgruppen sind eine immerhin nicht zu verachtende Verstärkung des Zentrumsgeschwaders. Und ist nicht das bayrische Zentrum im Grunde eine ähnliche Protestgruppe? Die Wahlziffern sind folgende:

	Stimmen	Abgeordnete
Zentrum	1 455 100	101
Polen	244 100	14
Welfen	105 200	9
Protestler	107 400	10
	1 911 800	134

Wenn das Zentrum die alte Methode, auf Deutschlands Zersetzung hin zu arbeiten, mit der neuen Methode, Deutschland zu beherrschen und zu erweitern, vertauscht, so verliert es unzweifelhaft diejenigen Hilfstruppen, die es bei der alten Methode sich sichert. Jede Militär- und Marinevorlage, der das Zentrum zustimmt, kostet ihm Sympathie, selbst wenn die Polen für Caprivis Militärvorlage zu haben waren. Trotzdem ist prinzipiell die neue Methode angenommen. Windthorst selbst, mehr Verstandesmensch als Gefühlspolitiker, hat sich überzeugt, daß der alte

Weg aussichtslos war. Lieber ist ihm gefolgt. Ein Rückfall in die alte Kampfesweise ist bei ihm höchst unwahrscheinlich.

Aus der Gegenstimmung gegen 1866 erklärt sich auch das starke Eintreten des Zentrums für die Rechte der Einzelstaaten. Das Zentrum war bis vor Kurzem entschieden antizentralistisch. Im ersten Wahlprogramm von 1870 fordert es „Bewahrung des im Bundesvertrage und in der Bundesverfassung festgestellten föderativen Charakters des Norddeutschen Bundes, gegenüber allen auf Einführung eines zentralisierten Einheitsstaates gerichteten, mit der wahren Freiheit und der eigenartigen Entwickelung des großen deutschen Vaterlandes unverträglichen Parteibestrebungen". Und immer wieder seitdem verlangt es mit erkennbarer Spitze die „Bewahrung des verfassungsmäßigen Grundcharakters des Deutschen Reiches als eines Bundesstaates". Sobald Reservatrechte in Frage kommen, ist es partikularistisch. Aus partikularistischen Gründen stimmte es gegen die Reichseisenbahn. Es geht mit Parteien, die noch weniger deutschen Zentralsinn haben und, soweit sie fremdsprachlich sind, haben können. Die Welfen „verteidigen die selbständige Erhaltung und Entwickelung der deutschen Stämme unter ihren angestammten Fürstenhäusern". Sie sind zusammen mit hessischen und mecklenburgischen Rechtsparteilern die letzten Reste alter großdeutscher Gesinnung auf protestantischem Boden.

Diese Stellung zum Bundesstaat wird für die weitere Entwickelung des Zentrums von größerer Wichtigkeit sein, als heute in der politischen Debatte erkennbar ist. Das alte deutsche Verfassungsproblem schläft, aber es ist nicht gestorben und begraben. Wir werden daran denken müssen, wie es durch die steigende Kaisergewalt neu geweckt wird, und wie es durch die Krisis in Österreich unserem Staate einmal schnell näher rücken kann. Noch ist es nicht klar, ob die neue politische Methode des Zentrums zur Aufgabe des bundesstaatlichen Prinzipes führen wird und muß. Die jetzigen Führer sind entschlossen, möglichst lange Nationalismus, Fühlung mit der Reichsregierung, Bundesstaatsprinzip, Partikularismus nebeneinander fortzuführen. Es zeigt sich in rein politischer Hinsicht dasselbe, was sich in der Wirtschaftspolitik zeigt: eine Partei, die im Grunde kirchliche Interessen verficht, entbehrt auf allen übrigen Gebieten

naturgemäß einer bestimmten und scharfen Ausprägung ihrer Prinzipien.

Daher kommt das Lavieren, das ewige Ja und Nein, der berühmte Eiertanz. Wenn Windthorst oder Lieber bei der ersten Lesung einer großen Vorlage geredet haben, wußte man nie, wie sie bei der dritten Lesung stimmen würden. Alles ist Geschäft! Im politischen Handeln hat die klerikale Aristokratie eine unheimliche Virtuosität. Sie handelt weniger plump, als es die Konservativen thun, wenn sie einmal schwierige politische Geschäfte machen müssen. Sie versteht besser als alle Geheimräte und Staatssekretäre die formale Seite der politischen Methode, ein Vorzug, von dem die Demokratie manches lernen kann, und doch gleicht sie Leuten, die gut reden, um im Grunde ihre Seele zu verbergen. Eine Rede von Miquel über den Kanal und eine Zentrumsrede über Flotte sind formell und materiell gleichwertig: politische Mystik!

In vielen Fällen teilt sich das Zentrum, teils weil es in sich geschieden ist, teils aus Taktik. Es war uneinig in folgenden markanten Fällen: Branntweinsteuer mit Liebesgabe, Invaliditätsversicherung, Zuckersteuer, Handelsverträge, Kanal. Ihm allein eignet die Methode, Gesetze unter dem Schein der Zustimmung durch Überlastung zum Sinken zu bringen. Am vollsten glückte dies Kunststück 1895 bei der Umsturzvorlage, und die Zuchthausvorlage von 1899 würde ähnlich behandelt worden sein, wenn Lieber nicht rechtzeitig Kenntnis erhalten hätte, daß Graf Posadowsky Auftrag hatte, zum Rückzug zu blasen. Eine solche Methode, virtuos und doch unethisch, kann sich nur eine Partei leisten, die nicht politische Tendenzen allein hat. Was trotz allem, trotz allem anderthalb Millionen Wähler zum Zentrum führt, ist der Glaube und der stets kampfbereite Stand der Kirchendiener. Welche andere Partei hat eine so gut fundierte Agitationstruppe?

Wie lange werden die katholischen Massen beim Zentrum bleiben? Voraussichtlich solange, als es kirchlich-katholischen Agitationsstoff giebt. Es müßte eine dringende Angelegenheit der Regierung sein, bei aller prinzipiellen Aufrechterhaltung der Staatsautorität alle diejenigen Paragraphen der Reichs- und Einzelstaatsgesetzgebung zu entfernen, die noch immer als Ausnahmegesetz auf dem Katholizismus lasten. Viele derartige Belastungen giebt es ja jetzt nicht mehr. Ausnahmegesetze

wirken stets staatszerstörend. Trotz der Abtragung der Kulturkampfreste wird aber an Agitationsstoff für das Zentrum auf lange hinaus kein Mangel sein, denn hat man keinen, so macht man sich welchen. Noch wird die Jesuitenfrage zwischen der Regierung und dem Zentrum als Handelsobjekt auf künftige Notlagen aufbewahrt. Aber selbst wenn die Väter Jesu auf Kanalkähnen oder Kanonenlafetten ins Vaterland hineingefahren sein werden, bleibt die Wiederherstellung der in der preußischen Verfassung gestrichenen Religionsparagraphen und vor allem die Schulfrage. Noch Windthorst hat den Kampf um die Schule geweissagt. Lieber verlangte schon 1892 „Konfessionalität nicht nur für die Volksschule sondern auch für Gymnasien und Universitäten", Schädler sagte auf einem der Katholikentage: „Wir schrecken sogar nicht zurück vor einem Jesuitengymnasium". Die Bildung soll umkehren! Der Geist Roms will herrschen. Wer ihn daran hindert, gegen den wird sich der Fanatismus entfachen. Ein Staat aber, der für sein Volkstum welterobernd sein will, kann bei aller Duldsamkeit in religiösen Dingen den deutschen Volksgeist nicht grundsätzlich romanisieren lassen. V stigia terrent, es sieht zu abscheulich dort aus, wo der Klerikalismus das Heft in der Hand hat! Aus dieser Haltung des Staates wird sich, wie wir weiterhin genauer darlegen, ergeben, daß die Zeit der Regierungsfähigkeit des Zentrums keine unbegrenzte sein kann. Wie groß der Zentrumsbestand nach dieser Periode der Regierungsfähigkeit sein wird, kann niemand vorher bestimmen. Unter 50 Sitze wird auch in ungünstigen Zeitläuften das Zentrum kaum kommen, da uns die Erfahrung aller Länder mit katholischer Bevölkerung zeigt, daß es eine nicht überwindbare Minimalgrenze des politischen Klerikalismus giebt. Der Platz des Klerikalismus ist dann auf der oppositionellen rechten Seite.

Es kann gefragt werden, ob man mit Recht das Zentrum eine „Aristokratie" nennt, da es doch offenbar viel populäre Elemente in sich schließt. Der Ausdruck ist aber richtig. So wenig meist die einzelnen Kleriker aristokratisch in Herkunft, Erziehung, Lebenslage sind, so ist doch die Kirche, zu der sie gehören, eine Herrschaftseinrichtung und zwar eine sehr alte und feste. Der einzelne tritt in die Herrschaftsorganisation ein und bekommt dadurch etwas von dem politischen Instinkt einer längst bestehenden Macht. Darüber dürfen uns demokratische Formen des äußeren

Auftretens, soweit sie vorhanden sind, nicht täuschen. Die deutsche Demokratie muß demnach die klerikale Aristokratie ebenso in ihre Rechnung einstellen wie die zwei anderen Aristokratien, ebenso, aber nicht freundschaftlicher. Oft gingen in der Vergangenheit Zentrum, Freisinn, Sozialdemokratie gegen Militär, Steuern, Reaktion, für Arbeiterschutz, Volksrechte und Handelsverträge zusammen. Das ist von Fall zu Fall richtig oder falsch, je nachdem die Punkte sind, um derentwillen man sich vereinigte. Es giebt in der Politik keine absoluten Freunde oder Feinde. Eins nur ist sicher: *je mehr die deutsche Demokratie zur politischen Führung des industriellen Volkes im Parlament heranwächst, je mehr sie die nationalen Aufgaben in die Hand nimmt, desto mehr wird sie, nächst den Konservativen, das Zentrum verletzen müssen.* Es fragt sich, wie sie dem Zentrum Kräfte abgewinnen kann. Die Antwort liegt teils in dem, was wir in Bezug auf Gewinnung konservativer Volksteile sagten, teils in der Erinnerung daran, daß jedes irreligiöse Wort, das die Sozialdemokraten sprechen, eine Klammer für das Zentrum ist. Gerade im Kampf gegen das Zentrum mag es nicht immer leicht sein, seine Zunge zu zügeln, da die gewöhnliche Zentrumsagitation oft mit sehr merkwürdigem Material arbeitet. Aber nichts rächt sich so sehr wie Verletzung religiöser Empfindungen. Der Kampf gegen das Zentrum muß ein Kampf gegen seine wirtschaftspolitische und politische Prinziplosigkeit sein und ein Kampf für das Fortschreiten freier ungehinderter deutscher Geistesarbeit und Schule.

V. Das politische Spiel der Kräfte.

Das Problem des Parlamentarismus ist die Majoritätsbildung. Solange es in einem Parlament kein Zweiparteiensystem giebt, sind stets verschiedene Majoritätsbildungen zugleich möglich. Welche von ihnen wirklich werden, hängt von der Regierung ab. Natürlich aber muß die Regierung mit dem Abgeordnetenmaterial arbeiten, das ihr das allgemeine Stimmrecht für den Reichstag liefert. Sie kann versuchen, dieses Material durch Auflösung zu verändern, hat aber die Erfahrung gemacht, daß

selten eine Auflösung völlig andere Gruppierungsmöglichkeiten bietet. Das vom Standpunkt der Regierung aus ideale Verhältnis ist eine Majorität, mit der sowohl Militärfragen als Handelspolitik als Sozialpolitik gemacht werden kann. Eine derartige Majorität war am annähernsten in der ersten Hälfte der siebziger Jahre vorhanden. Sonst gab es stets ein Spielen mit zwei Händen, das heißt ein Arbeiten mit einer „Regierungspartei", die sich je nach Bedürfnis nach rechts und links ergänzen ließ. Die einzige Partei, die zeitweilig dem Majoritätsideal nahe kam, war die nationalliberale. Es ist nötig, das Wesen der nationalliberalen Partei genauer darzustellen. Sie ist die Partei der Reichsgründung, eine Schöpfung großer volksumgestaltender Zeit. Ihre Grundlage war bürgerlicher Liberalismus. Im Unterschied vom „Fortschritt" und von der süddeutschen Demokratie wurde sie regierungsfähiger, militärischer Liberalismus. Als solcher hat sie sich um die Herstellung der nationalen Einheit unvergängliche Verdienste erworben. Die grundlegenden militärischen und politischen Gesetze des neuen Reiches sind, soweit das Parlament in Betracht kommt, in erster Linie ihre Arbeit. Was bis jetzt der bürgerliche Liberalismus positiv geleistet hat, ist von den Nationalliberalen, nur teilweise von den übrigen Bestandteilen des Liberalismus, mitgeschaffen. Der Nationalliberalismus war und ist entschieden zentralistisch: Einheit in äußerer Politik, Heer, Verkehr, Wirtschaftspolitik und Recht! Was an politischem Verständnis für die deutsche Macht ins deutsche Volk hineingekommen ist, stammt von den Nationalliberalen. Erst später haben Konservative und noch später und schwächer Zentrumsleute deutschen Reichsgeist im politischen Sinne spüren lassen. Die glänzende Zeit des Nationalliberalismus war aber kurz. Er verlor im Kulturkampf und nachher im Mitwirken für das Sozialistengesetz den Liberalismus, beim Auftreten der schutzzöllnerischen Richtung die wirtschaftspolitische Einheit und beim Aufsteigen des Sozialismus das volkstümliche Element. In den meisten Fragen ließ er sich von den Konservativen in Gefolgschaft nehmen, und nur bisweilen taucht Liberalismus, sowie Handelsfreiheit, bürgerlicher Gegensatz gegen das Agrariertum in ihm auf. Am liberalsten sind die süddeutschen Mitglieder, Leute wie Bassermann und Hieber. Was heute den Nationalliberalismus noch eint, ist, daß er ein Sammelpunkt für alle nationalen

Elemente in Kreisen ist, wo eine Vertretung des nationalen Machtgedankens durch Konservative nicht möglich ist. Nur in einigen wenigen Kreisen leisten sich Konservative und Liberale den Luxus, sich im Wahlkampf gegenüberzustehen. Sonst haben sie das Feld unter sich verteilt.

Es ist hochinteressant, die Wahlkreise darauf hin durchzugehen, wo überall der Nationalliberalismus gewesen ist und wo er heute nicht mehr ist. Es giebt wenig Wahlkreise, die er nie berührt hat. Jetzt ist er völlig verschwunden unter den Abgeordneten von Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Posen, Schlesien. Da hat ihn das Agrariertum einfach zerdrückt. Er ist nur noch in 3 Fällen im ganzen ostelbischen Gebiet siegreich, zweimal in Westpreußen gegen Polen und einmal in Schwerin-Wismar gegen einen Sozialdemokraten. Wo er sonst in Ostelbien Gebiet abgegeben hat, das nicht konservativ wurde, kam es (mit oder ohne die Sezession) an linksliberale Richtungen, z. B. Danzig und Stettin an die Freisinnige Vereinigung. Man kann sagen: in Ostelbien ist das nationalliberale Lied ausgesungen! Und im größeren Westelbien? Da würde es in fast allen ländlichen Kreisen ausgesungen sein, sobald der Bund der Landwirte einmal den Nationalliberalen grundsätzlich die Hilfe versagte. Der Bund der Landwirte hat thatsächlich die nationalliberale Partei als Partei in Händen. Einzelne Wahlkreise zeigen, wie leicht sich Vertreter des Bundes der Landwirte oder süddeutsche Bauernbündler in nationalliberale Nester legen können Was dann übrigbliebe, wenn der Bund der Landwirte versagte, würden nicht 20 Sitze sein. Jetzt dient die Aufstellung eines Nationalliberalen als leichteste Art, in der der Bund der Landwirte das Zentrum oder die Sozialdemokratie bekämpfen kann. Von 46 nationalliberalen Sitzen (2 sind mir nicht genau bekannt) sind 25 gegen Sozialdemokraten, 15 gegen Zentrum, 2 gegen Polen, 2 gegen freisinnige Volkspartei und — nur zwei gegen die alten Gegner des deutschen Bürgertums, gegen die Konservativen, gewonnen! Das ist der Weg zum Ende der größten, leistungsfähigsten Partei, die das neue liberale Deutschland gehabt hat!

Man kann die parlamentarische Geschichte von 1874 bis 1898 als Geschichte der Verteilung des nationalliberalen Machtbestandes auffassen. Die einstige erste Partei ist jetzt an vierte Stelle gerückt. Man vergleiche

folgende Gruppierung, bei der Antisemiten und norddeutsche Bündler zu den Konservativen gezählt sind:

	1874	1898	Unterschied
Nationalliberal . . .	155	48	— 107
Konservativ	55	94	+ 39
Zentrum	91	101	+ 10
Linksliberal	53	49	— 4
Sozialdemokrat . . .	9	57	+ 48
Sonstige	34	48	+ 14

Der Zerfall des Nationalliberalismus ging nicht gleichmäßig vor sich. Im Jahre 1884 war die Partei schon fast so schwach wie jetzt: 51 Abgeordnete. Von da an hob sie sich durch Anpassung an das Agrariertum und durch die Septennatswahl von 1887 noch einmal zur Höhe von 99 Sitzen, sank aber dann bei dem sozialpolitischen Wahlgang von 1890, konnte sich bei der Caprivischen Militärvorlage von 1893 nicht sehr erholen und wird auch bei starker nationaler Wahlparole zwar noch einmal steigen, nie aber wieder führende Partei werden können. Wenn etwa die Annahme oder Ablehnung von Handelsverträgen zur Wahlparole werden sollte, ein nicht ganz unmöglicher Fall, dann sitzt die nationalliberale Partei völlig zwischen zwei Stühlen.

Woran hat es eigentlich bei den Nationalliberalen gefehlt? Doch sicher nicht an Talent und Glück, denn stolz und glücklich beherrschten vor einem Vierteljahrhundert die Bennigsen, Lasker, Forkenbeck, Stauffenberg (Miquel!) die öffentliche Meinung. Wer nicht zu ihnen gehörte, war rückständig! Es fehlte aber an der festen Grundlage einer einheitlichen Schicht. Die industrielle Aristokratie, in deren Ideengang der Nationalliberalismus sich am meisten eingelebt hatte, war und ist, wie schon gezeigt, eine viel zu dünne Grundlage für Massengruppierung. Die Klasse der Berufsbildung ist ebenfalls sehr dünn, sie beträgt, im weitesten Sinn gefaßt, 4 % der Bevölkerung und ist weder politisch einheitlich noch besonders zähe in ihren politischen Neigungen. Wenn der Nationalliberalismus die Bauern und die Arbeiter verliert, kann er nicht leben. Die Arbeiter hat er, abgesehen von einigen rheinisch-westfälischen Kreisen, verloren. Er mußte sie verlieren, da er sie von Anfang an nicht schätzte, nicht in

Komitees und Vertretungen hineinnahm, ihnen keinen Einfluß auf sein Handeln gestattete. Die schöne Phrase, mit der einst der Nationalverein die Anfrage Leipziger Arbeiter beantwortete: sie brauchten nicht einzutreten, denn sie seien „geborene Ehrenmitglieder", ist verhängnisvoll geworden. Die Bauern lassen sich die Nationalliberalen solange gefallen, als sie schutzzöllnerisch sind oder scheinen. In der Kernfrage unseres Wirtschaftslebens aber: Industrie- oder Agrarentwickelung, versagt die einst mächtigste Partei.

Dieses Schicksal ist eine Warnung vor ähnlichen Wegen. Öfter hat man mir, wenn ich für nationalen Sozialismus geredet habe, die Nationalliberalen vorgehalten. Deshalb betone ich so stark, daß eine neue nationale Volkspartei sich nur auf der geschlossenen Schicht der gelernten Arbeiter aufbauen kann. Solange diese Schicht keine nationale Politik machen will, giebt es keine nationale Massenpartei. Eine Partei der Gebildeten und Versprengten ist als politischer Machtfaktor aussichtslos. Mit solchen Elementen kann ein Anfang gemacht werden, aber dauernde politische Erfolge sind nur dort, wo es starke naturwüchsige Gruppen giebt. In Zeiten politischer Umwälzungen wie zwischen 1866 und 1874 konnte eine politische Partei ohne solchen Untergrund entstehen. Heute ist das unmöglich.

Die Stelle, die den Nationalliberalen nicht mehr angehört, haben die Konservativen eingenommen. Die Form, in der sie führend wurden, war das Kartell mit den Nationalliberalen für nationalpolitische, die Koalition mit dem Zentrum für zollpolitische und klerikale Zwecke. In der Benutzung dieses Doppelapparates bestand Bismarcks innere Politik seit 1878. Es war das Spiel mit den drei Aristokratien, das der übermächtige Staatsmann sich leisten konnte, das aber schwerlich eine weniger gefestigte Kraft in gleicher Weise wiederholen kann. Bindend wurde das Kartell erst vor den Wahlen von 1887 geschlossen und hatte nur dieses eine Mal den Erfolg, eine konservativ-nationalliberale Majorität zu schaffen, die für sich genügte. 1887 wurden 99 Nationalliberale und 121 Konservative gewählt, zusammen 220. Kein Wunder, daß die Beteiligten diese Wahl nie vergessen und stets versuchen, durch ähnliche Mittel wieder zu siegen. Formell ist Kartell nichts als eine Wahlvereinbarung über Parteibesitzstände und Wahlunterstützungen, sachlich ist es aber viel mehr.

Es ist die Idee der „vereinigten Ordnungsparteien". Aus der Wahlunterstützung muß, sobald sie wiederholt geschieht, Gedankenfusion hervorgehen. Das Kartell hat den Gedanken, daß die agrarische und industrielle Aristokratie gemeinsame Interessen haben, die so stark sind, daß ihre Differenzen verschwinden müssen. Die gemeinsamen Interessen werden auf folgenden Gebieten gesucht:

1. Unterstützung der Regierung in allen Fragen der Landesverteidigung: Militär, Flotte, Festungen, diplomatischer Dienst,

2. Förderung der „gemeinsamen Interessen von Industrie und Landwirtschaft" durch eine nationale Schutzzollpolitik,

3. Bekämpfung des „Umsturzes", das heißt der Sozialdemokratie.

Mit diesem Programm kann man arbeiten, solange

a) der Gegensatz der Agrarindustrie gegen die Flotte noch unentwickelt ist, ein Gegensatz, der einmal zu Tage treten muß, da Flotte und Expansionspolitik tief antiagrarisch sind,

b) das Schutzzollinteresse der beiden Aristokratien parallel läuft,

c) die liberaleren Elemente im Nationalliberalismus die rohe Umsturzbekämpferei mitmachen.

Am schwierigsten ist der zweite Punkt. Es ist nicht zu leugnen, daß es eine wirtschaftliche Interessengemeinschaft zwischen Industrie und Landwirtschaft giebt, nämlich dann, wenn die Industrie sehr konsumfähig ist und sich über das ganze Land ausdehnt. Dann hat die Landwirtschaft einen vorzüglichen nahen Markt. Eine wachsende Industrie hat ein eigenes Interesse an den Kindern des Bauernstandes, die ihr zuströmen, und eine Industrie-Aristokratie, die daran denkt, die Führung des Vaterlandes zu übernehmen, darf das militärische Material, das in der Landbevölkerung sich bietet, nicht gering schätzen. Ein siegreicher Industrialismus wird aus wirtschaftlichen und nationalen Gründen Bauernschutzpolitik treiben müssen, wenn er unser Volk nicht in die höchst bedenkliche Lage bringen will, in der jetzt England ist, wo einer industriellen und finanziellen Hochkultur der Bauernuntergrund fehlt. Wenn es sich um Bauernschutz handelt, müßte selbst eine industrielle Demokratie in weitsichtigem Eigen-

interesse Opfer bringen. Was aber die agrarische Aristokratie will, ist etwas anderes. Sie will sich selbst erhalten, indem sie den Latifundienbau von Getreide zollpolitisch stützt. Der Bauer hängt selbst dann, wenn er mehr Getreide verkauft als er Brot kauft, nur teilweis vom Getreide-weltmarktpreis ab, da für ihn der Vertrieb von anderen Marktprodukten stets einen Teil seiner Lebenshaltung trägt, sobald er in belebter Gegend wohnt. Der Großgrundbesitz ist in ganz anderer Weise vom Getreidepreis abhängig und für ihn ist jede Mark Zoll mehr oder weniger ein Kapital-gewinn oder Verlust. Wenn also der Großgrundbesitzer von der Interessen-gemeinschaft zwischen Industrie und Landwirtschaft spricht, so meint er folgendes: sowohl Industrie wie Landwirtschaft sollen von hohen Zoll-grenzen umgeben sein, beide sollen „geschützt" werden. Das war im Jahre 1878 ein beiderseits einleuchtendes Programm, da damals die Landwirt-schaft erst anfing, bescheidene Getreidezölle zu fordern, und da damals die ausschlaggebende deutsche Eisenindustrie erst den heimischen Markt von fremder Überflutung säubern wollte. Inzwischen hat sich viel geändert. Die Industrie ist so sehr gewachsen, daß sie den Auslandsmarkt braucht, daß sie jede Brotverteuerung als Belastung ihres Gesamtkontos empfindet, und daß sie immer mißtrauischer wird gegen die alle Länder erfassende schutzzöllnerische Gesamttendenz. Noch ist es nicht so, daß alle Industrie-gebiete zu freihändlerischer Ansicht übergegangen seien, aber die Richtung auf Erniedrigung der fremden Zölle ist im Wachsen. Man kann im Gespräch mit industriellen Unternehmern oft ein scharfes Entweder-Oder hören: Entweder wir steigern unsere Zölle bis zur Beseitigung der fremden industriellen Einfuhr bei uns oder wir machen Freihandel! In diesem Entweder-Oder liegt die parteipolitische Möglichkeit des Zusammengehens mit den Konservativen. Es ist nun aber sachlich gar nicht zweifelhaft, daß unsere Industrie im ersteren Falle viel mehr verliert als gewinnt. Was bei uns an fremden Industrieprodukten eingeführt wird, ist weit kleiner als das, was wir ausführen. Im Jahre 1898 war unsere Fabrikat-einfuhr 1015 Millionen Mark, unsere Fabrikatausfuhr 2396 Millionen Mark: Differenz also: 1381 Millionen Mark. Und große Teile dessen, was wir an fertigem Fabrikat einführen, eignen sich gar nicht zur Her-stellung im Inland. Wenn unsere Industrieausfuhr erschwert wird, so

fährt das der deutschen Industrie bis ins Mark. Teureres Brot und Verlust an fremden Absatzgebieten zugleich kann sie nicht aushalten ohne tiefen Schaden. Es giebt also eine Grenze, über die hinaus eine gemeinsame Handelspolitik der zwei Aristokratien absolut unmöglich ist.

Am deutlichsten trat dieses Verhältnis in den Verhandlungen über den russischen Handelsvertrag im Winter 1893/94 hervor. Rußland gewährte Zollermäßigungen auf: Eisen- und Stahlfabrikate, bearbeitetes Gußeisen, landwirtschaftliche Maschinen, Draht, wollene Gewebe, Kammgarn, feine Lederwaren, Pianinos, Papier, Weine, Chemikalien, Medikamente u. s. w. Damit eröffnete es den verschiedensten Zweigen der deutschen Industrie einen eifrig benutzten Eingang zu seinem Markt. Die deutsche Ausfuhr nach Rußland stieg von 1894 bis 1898 in günstiger Weise:

	1894	1898	
Eck- und Winkeleisen	1,8	4,8	Millionen Mark
Schmiedeeisen	8,9	13,1	„ „
Eisenbahnschienen	0,6	1,4	„ „
feine Guß- und Schmiedeeisenwaren	1,7	3,3	„ „
grobe Eisenwaren	7,1	20,3	„ „
Platten und Bleche	3,4	7,5	„ „
Maschinen aus Gußeisen	11,0	25,1	„ „
Maschinen aus Schmiedeeisen . . .	1,8	5,8	„ „
Nähmaschinen	1,0	3,3	„ „
rohe Baumwolle	2,0	5,7	„ „
gekämmte Wolle	2,0	4,2	„ „
Schafwolle	4,4	6,2	„ „
Wollgarn	4,9	7,5	„ „
Tuch und Zeugwaren	1,9	3,4	„ „
Cellulose, Faserstoff	1,3	2,5	„ „
Bücher, Karten, Musikalien . . .	3,9	6,9	„ „
Anilin und Theerfarben	2,1	3,4	„ „
Anilin-Öl und Salze	1,1	2,7	„ „
Alizarin	0,4	2,0	„ „
Klaviere	1,0	2,3	„ „
Leibwäsche	0,2	2,8	„ „

Diese Beispiele, die sich an der Hand der Handelsstatistik leicht vermehren lassen, zeigen, wieviel neue Erwerbsquellen unter dem Schutze

günstiger Handelspolitik der Industrie sich öffnen. Nun aber ist nicht nur die Ausfuhr nach Rußland sondern nach allen kontinental-europäischen Ländern vom System der Handelsverträge abhängig, und das gesamte Zollsystem aller unserer Nachbarn ist davon bestimmt, wie Deutschland sich verhält. Unsere Gesamtausfuhr nach den Hauptländern des kontinentalen Europa war folgende:

	1894	1898	
Österreich-Ungarn . .	401,7	453,7	Millionen Mark
Rußland mit Finnland	194,8	440,5	„ „
Niederlande	244,0	280,1	„ „
Schweiz	188,3	245,0	„ „
Frankreich	188,1	255,9	„ „
Belgien	149,9	187,3	„ „
Italien	82,5	94,4	„ „
Rumänien	36,5	37,1	„ „
Bulgarien	5,7	5,8	„ „
Serbien	3,3	3,8	„ „
	1494,8	1964,0	

Es ist also in 5 Jahren eine Steigerung der deutschen Ausfuhr nach dem kontinentalen Europa um 469 200 000 Mark Jahresabsatz! Man darf im Anschauen unserer überseeischen Interessen auch diesen Teil deutschen Volkswirtschaftslebens nicht gering schätzen (Land- oder Seeweg ändert an der handelspolitischen Frage wenig). Eine Gefährdung dieses Absatzes ist die Folge der agrarischen Bestrebungen. Statt den europäischen Kontinent zu einem verzäunten Schutzzollgefilde zu machen, muß das neue Deutsche Reich darauf bedacht sein, sich als Handelsmittelpunkt des Kontinentes hinzustellen. Wer hat solche Häfen wie wir? Gerade daß Hamburg und Bremen tief im Lande liegen, ist ihr Vorzug. So müssen geborene Kontinentalhäfen aussehen. Wir wollen immer mehr Hamburg und Bremen zu den Thoren des kontinentalen Wirtschaftslebens überhaupt machen. Ist es nicht wunderlich, wenn die erste Handelsmacht Europas auf einer Insel liegt, die kein großes eigenes Hinterland europäischer Kultur bieten kann? Wenn man nicht wagt, Deutschland als erste europäische Handelsmacht zu denken, dann braucht man weniger fleißig Schiffskanonen zu gießen. Unsere industrielle und finanzielle Aristokratie aber muß um ihres eigenen Arbeitens und Nutzens willen derartige Pläne haben. Das heißt: sie muß

eines Tages die Harmonie der Interessen mit den Agrariern dahin fahren lassen, wohin sie gehört.

Der Eindruck, daß man nicht dauernd mit den Konservativen zusammengehen kann, wird bei der industriellen Aristokratie verstärkt durch die Behandlung der Goldwährungsfrage von jener Seite. Ich denke nicht daran, mich in die für den Laien bedrohlichen Einzelheiten dieser Frage einzulassen, zumal sie jetzt in ein sehr ruhiges Stadium eingetreten ist, soviel aber muß gesagt werden, daß in der Frage Gold oder Bimetallismus die Harmonie gründlich in die Brüche geht, denn Welthandel und Goldwährung sind in der Gegenwart gleichbedeutende Dinge. Der Aufschwung des Bimetallismus vor einigen Jahren war ein Ansturm des Großgetreideproduzenten, der gern silberne Löhne und Hypothekenzinsen zahlt, gegen den Reeder, Exporteur, Bankier, der gern Gold in seine Tasche steckt. Und gehört nicht der Streit um den Mittellandkanal in dasselbe Gebiet? Dieser Kanal soll das größte deutsche Produktionsgebiet mit dem größten deutschen Konsumenten verbinden: Rheinland-Westfalen mit Berlin. Wir sagten an anderer Stelle, daß er eine Industriestraße werden würde. Er ist ein Hilfsmittel des wachsenden Industrialismus. Als solches wird er bitter, stolz und trotzig bekämpft. Die alten Herren wollen vor den neuen Herren nicht weichen. Sie wollen das Kartell, die „Sammelpolitik", solange sie ihnen dient. Aber das Gebäude der aristokratischen Einheit hat Risse, man verklebt seine Spalten, doch was hilft das? Die Bodenfläche des Industrialismus hebt sich, die des Agrariertums senkt sich. Wie kann Einheit sein zwischen einem Steigenden und einem Fallenden? Selbst Miquel bringt solche Einheit auf die Dauer nicht fertig.

Jedesmal nun, wenn die wirtschaftliche Harmonie der Interessen innerhalb der Ordnungsparteien unsicher erscheint, muß der gemeinsame Kampf gegen den Umsturz die Einheit retten. Aus diesem Grunde waren Sozialistengesetz und Kartell parallele Erscheinungen Seit dem Falle des Sozialistengesetzes kommt alle zwei bis drei Jahre ein neuer Versuch, die deutsche Welt vorm drohenden Untergange zu retten. Die Versuche waren glücklicherweise bisher sämtlich vergeblich und — die Welt ging trotzdem nicht unter. Wenn man noch ein oder zwei derartige Versuche gemacht hat, werden selbst die ältesten Weiber keine Angst vor dem roten Gespenst

mehr haben. Erst wird mit vollen Backen geblasen, Deutschland müsse vergehen, wenn es nicht neue Umsturzparagraphen bekommt, und dann „geht es auch so". Es ist dieses ganze Treiben eine elende Heuchelei. Wer von den führenden Köpfen der beiden Aristokratien glaubt wohl an die Gefahr fürs Vaterland? Diese Köpfe wissen ganz genau, daß es für die Demokratie nur zwei Wege geben kann: Revolution oder Parlamentarismus, und daß auf keinem dieser beiden Wege der „Umsturz" möglich ist. Trotzdem wird weiter gelogen, damit man die Lügner für Vaterlandsretter halten soll. Was die Aristokratien wollen, ist Hemmung der Demokratie und der Arbeiterbewegung. Sie wollen nichts hergeben, keine Vorrechte, keine höheren Löhne. Darin sind beide Seiten einig, ach so einig! Es fragt sich nur, wie lange die Einigkeit vorhält, wenn immer klarer wird, daß die Kräfte zur Erlangung von Zuchthausgesetzen nicht ausreichen. Irgendwann muß in den Aristokratien eine gewisse Resignation kommen: wozu vergebliche Versuche machen? Ein Zeichen solcher beginnenden Resignation auf industrieller Seite ist die Unterstützung, die der neue nationalliberale Führer Bassermann auch von industrieller Seite her bekam, als er die Zuchthausvorlage ablehnte. Die Heyl von Herrnsheim, Franken, Münch-Ferber sehen, daß die bisherige Methode verkehrt war. Sie sind jetzt Ordnungsparteiler ohne Unterdrückungsgesetze, ein wankendes Korps für Stumm und Bueck, Vorzeichen einer anderen Gesamthaltung der industriellen Oberschicht. Wenn sie nicht genötigt wären, in Handelsvertragssachen dem Bunde der Landwirte zu dienen, könnte man sich ihres Auftretens rückhaltlos freuen. Sie bereiten den Boden für eine Periode, wo man sich wundern wird, daß soviel deutsche Zeit und Kraft mit dem Umsturzgesetz, dem preußischen Vereinsgesetz und der Zuchthausvorlage verloren wurde. Unter allen Umständen sind sie Zerstörer der Einheit des Kartells im Kampfe gegen den Sozialismus.

Eins freilich wird das Kartell immer wieder zusammenschmieden, solange sich die übrigen Volksteile nicht eines Besseren besinnen: die Vaterlandsverteidigung! Die alte Aristokratie ist mehr für das Landheer, die neue mehr für die Flotte, vereinigt sind sie für Heer und Flotte. Darin beruht die Kraft und Unentbehrlichkeit der „Sammelpolitik", solange es keine feste Militärmajorität ohne sie giebt. An späterer Stelle werden wir

zeigen, daß das Kaisertum nicht mit Parteien arbeiten kann, die ohne Militär deutsche Politik treiben wollen. Hier soll nur gezeigt werden, wie der einzige ernsthafte Versuch verlaufen ist, der bisher gemacht wurde, ohne Konservative zu regieren. Der Mann, der ihn machte, war Caprivi. Das Programm Caprivis hieß:

„Wir werden das Gute suchen, von wo und durch wen es auch kommt, und wir werden ihm Folge geben, wenn unserer Überzeugung nach eine solche Folge mit dem Staatswohl vereinbar ist."

In diesem allgemein gehaltenen Satze lag eine Absage an die bisherige parlamentarische Führung durch das Kartell, es fehlte aber, und zwar nicht nur in diesem Satze sondern überhaupt, eine bestimmte positive Angabe, mit wem nun die Regierung zusammengehen wolle. Die Negation richtete sich weniger gegen das industrielle nationalliberale Element im Kartell als gegen das konservative. Die Konservativen haben mit ihrem geschulten politischen Instinkt bald verstanden, daß dieser Mann, der „keinen Ar und keinen Halm" besitzt, nicht zu ihnen gehört. Sie hassen ihn bis ins Grab hinein. Er war ja kein überwältigend großer nationaler Staatsmann. Der Verlust von Zansibar und Wituland kommt auf sein Konto, und seine bekannte Äußerung, daß es ein Unglück sein würde, wenn jemand uns Afrika schenken wollte, atmet wenig neudeutsche Luft. Aber er war der erste Politiker in Preußen und Deutschland, der mit dem Gedanken: es geht auch ohne agrarische Aristokratie, persönlich Ernst machte, insofern ein Weisager auf kommende bessere Zeiten des gesamten Vaterlandes. Leider trat nur eben diese richtige Negation nicht zugleich mit einem parteipolitischen neuen Gesamtprogramm der neuen Regierungsmethode auf. Die Hauptstücke des Caprivismus sind:

1. Verstärkte Heeresmacht nach dem Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht mit Verkürzung der Dienstzeit auf 2 Jahre,

2. Handelsverträge mit Abschwächung des hohen agrarischen Schutzzolles,

3. Arbeiterschutzgesetze und Vermeidung eines besonderen gesetzlichen Kampfes gegen den Umsturz (Mut der Kaltblütigkeit),

4. Gewinnung des Zentrums durch Klerikalisierung der Volksschule,

5. Gewinnung der Welfen und Polen durch Freigabe des Welfenfonds und freundliche Polenpolitik.

Man sieht, daß hier sowohl der industriellen Aristokratie wie der industriellen Demokratie wie der klerikalen Aristokratie wie deren Hilfstruppen in einer von Bismarcks Regierungsweise abweichenden Art entgegengekommen wird. Das aber ist zu viel, um wirksam sein zu können, denn Klerikalismus und Industrialismus vertragen sich schlecht zusammen. Der Protest gegen das Volksschulgesetz ließ den gesamten Liberalismus vergessen, was er sonst an Caprivi hatte. Es liegt darin kein Vorwurf, sondern nur die Konstatierung einer Thatsache, deren Beachtung für alle Zukunft wichtig sein wird. Der Klerikalismus muß seiner Natur nach, wenn er führend auftritt, klerikale Forderungen bringen, da er kein eigenes Wirtschaftsprogramm größeren Stiles hat. Er verkauft seine Mitwirkung zu Gunsten der Priester. Das ist, wie wir gesehen haben, seine Natur, aus der er nicht herausfahren kann. Nichts aber wird sowohl von der rheinisch-westfälischen protestantischen Großindustrie als von der industriellen Demokratie schwerer getragen als die Sorge, den katholischen Priester zum Herrn werden zu lassen, sei es in der Schule, sei es im Kommunalwesen, sei es in anderweiten Beziehungen. Mag im Industrialismus noch so viel Gleichgültigkeit gegen theologische Probleme vorhanden sein, ein protestantischer Grundton ist da, und dieser erstarkt und wird mächtig, sobald die Gefahr einer Klerikalisierung der deutschen Volksentwickelung ernsthaft nahe tritt. Eine Majorität für das klerikale Schulgesetz war durch Konservative und Zentrum im preußischen Abgeordnetenhaus und Herrenhaus vorhanden, aber der Appell der gesamten liberalen öffentlichen Meinung wirkte so stark, daß der Kaiser das Schulgesetz fallen ließ und damit den zentrumsfreundlichen Teil der Caprivischen Politik preisgab. Das Zentrum hatte nun seinerseits keine Veranlassung mehr, regierungsfreundlich zu sein. Nur 12 Zentrumsstimmen unter Führung des Freiherrn von Huene und die Polen, deren Freund von Stablewsky auf dem Posener Erzbischofsstuhl bestätigt worden war, traten aus dem Gesamtgebiet der klerikalen Aristokratie für die Caprivische Militärvorlage von 1893 ein. Der Plan, mit dem Zentrum Deutschland zu regieren, mißlang.

Und ebenso ging es mit dem Gedanken, die Demokratie als Basis

zu verwenden. Diese war durch das klerikale Schulgesetz mißtrauisch gemacht und stak überdem viel zu fest in ihren alten antimilitaristischen Traditionen. Nur 14 Anhänger Rickerts erfaßten die Situation richtig. Was aber wollen 14 Stimmen besagen? Die Sozialdemokratie und Eugen Richter blieben in radikaler Opposition trotz der auf 2 Jahre herabgesetzten Dienstzeit der Infanterie. Die Militärvorlage ging durch mit Hilfe des Kartells, der Polen und Antisemiten. Das war das Ende des Caprivismus, ein Sieg der Konservativen, die sich als unentbehrlich bewiesen hatten, weil sie das Vaterland zu verteidigen bereit waren. Daß ein Kanzler, der mit der Agrararistokratie seine Militärvorlage hatte machen müssen, nun keinen festen Widerstand gegen den erneut auftretenden „Kampf gegen den Umsturz" leisten konnte, liegt auf der Hand.

So ist der erste Versuch, die konservative Vorherrschaft durch Vereinigung von Klerikalismus und Industrialismus zu brechen, gescheitert. Indem wir ihn besprochen haben, sind wir bis an die Grenze der gegenwärtigen politischen Situation gelangt, bis zu der durch den Reichskanzler Hohenlohe repräsentierten Zeit des wachsenden persönlichen Regiments des Kaisers bei majoritätslosem Parlament. Die heutige Parlamentsgruppierung ist folgende:

Deutsch-Konservative . . .	51	
Freikonservative	22	
Nationalliberale	48	136
Antisemiten	10	
Bund der Landwirte . . .	5	
Zentrum	101	
Polen	14	135
Welfen	9	
Elsässer und Dänen . . .	11	
Sozialdemokraten	57	
Freisinnige Volkspartei . .	28	106
Freisinnige Vereinigung . .	13	
Deutsche Volkspartei . . .	8	
Sonstige	20	20
		397

Aus der bisherigen Entwickelung ergiebt sich, daß eine Erhöhung der Kartellgruppe bis zur selbständigen Majorität im höchsten Grade unwahrscheinlich ist. Eine Reichstagsauflösung mit nationaler Parole würde ja ohne Zweifel diese Gruppe stärken, aber daß die Stärkung ausreichend sein würde, um in der Weise der Jahre 1887—1890 Kartellpolitik zu treiben, bezweifeln wir sehr. Und wie sollte eine Handelsvertragspolitik dieser Kartellparteien aussehen? Es ergiebt sich ferner, daß das Zentrum als Regierungsbasis den Anschluß an industriell demokratische Kreise sehr erschwert. Denkbar ist ohne Zweifel eine konservativ-klerikale Majorität. Für eine solche würden selbst bei Abfall der Nationalliberalen einerseits und der Polen, Welfen und Protestler andererseits 189 Stimmen bereit sein, genügend, um in jedem Ernstfalle das Parlament zu beherrschen, da von den Parteilosen mindestens 10 dieser Koalition beizuzählen sein würden. Eine solche Majorität ist denkbar, aber sie würde das größte politische Unglück für Deutschland sein. Der Agrarier und der Bischof Hand in Hand, als Leitung eines industriell mit Riesenschritten voraneilenden Volkes, das wäre die Ironie in der Geschichte, eine Tollheit, vor der uns der Faktor behüten wird, den die Demokratie bis jetzt nur als ihren Gegner einzuschätzen versteht: der Kaiser. Nicht die agrarische Aristokratie, nicht die klerikale Aristokratie geht den Weg der deutschen wirtschaftspolitischen Zukunft. Von den Aristokratien hat große, durchschlagende Zukunftskraft nur die industrielle Aristokratie, so wenig sie auch parlamentarisch zu bedeuten vermag. Der Führer der industriellen Aristokratie ist aber der, der zugleich durch die Verfassung die politische Spitze des deutschen Volkes ist, der Kaiser.

3. Abschnitt.

Das Kaisertum.

I. Das Deutsche Reich als Wirtschaftskörper.

In der Erinnerung der vaterländischen Redner ist ein wesentlicher Punkt in der Vorgeschichte des neuen Deutschen Reiches häufig verblaßt, ja direkt verschwunden. Man stellt es so dar, als sei die Sehnsucht nach dem Kaisertum das eigentlich bewegende Motiv der tiefen nationalen Bewegung gewesen, die unser Volk von 1815 bis 1870 durchlebte. Diese Darstellung ist im allgemeinen falsch. Die Kaiseridee war in der Fülle gährender Gedanken stets vorhanden, aber sie war von allen Ideen des damaligen Nationalismus die unklarste und umstrittenste. Im Wort „Kaiser" lagen glänzende und beschämende Erlebnisse der deutschen Geschichte nahe bei einander, und wer damals vom Kaiser sprach, mußte ohne weiteres an die Entwickelung des habsburgischen Kaiserhauses denken. Man fühlte dem Wort etwas vom Hauche des Mittelalters an, von Romantik, Kreuzfahrt, Alpenzug, aber auch von Interregnum, Canossa und Finanznot. Wenn sich eine Majorität für das Erbkaisertum in der Frankfurter Paulskirche fand, so war doch das Stimmenverhältnis schließlich so, daß am 28. März 1849 nach Ausscheiden der Österreicher 290 Stimmen für den Erbkaiser waren, 248 Abgeordnete sich aber der Stimme enthielten. Auch für viele Zustimmende war der Schritt, den sie thaten, indem sie dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. die Krone anboten, ein schwerer

Weg in eine dunkle Zukunft. Wir müssen uns hüten, das glückliche Ergebnis der Periode Kaiser Wilhelms I. und Wilhelms II. rückwärts zu verschieben. Was damals weit stärker war als die Kaiseridee, war der Gedanke der politischen und wirtschaftlichen Einheit an sich, und zwar der Wirtschaftseinheit im Sinne der gewerblichen, finanziellen und industriellen Entwickelung. Hinter dem rednerisch mehr hervortretenden allgemein nationalen Idealismus lag ein beträchtliches Quantum von geschäftlichem Realismus, und dieser Realismus ist es, der die wichtigsten Teile des Frankfurter Verfassungsentwurfes geschaffen hat, denn wichtiger als der breit besprochene Abschnitt über die „Grundrechte des deutschen Volkes" ist von Anfang an gewesen und durch die Anlehnung der Bismarckschen Reichsverfassung an den Frankfurter Entwurf noch mehr geworden der Abschnitt über den sachlichen Inhalt der Reichsgewalt. In diesem Abschnitt ist das ausgesprochen, was die damals vorwärts treibende bürgerliche Schicht eigentlich wollte. Hier ist es ohne Rücksicht auf vorhandene hemmende Faktoren frei formuliert. Was also wollten die Frankfurter Propheten des neuen Reiches? Sie wollten einheitliche Regelung folgender Gebiete:

1. Völkerrechtliche Beziehungen, diplomatischen Verkehr, Staatsbündnisse, Handelsverträge,
2. Entscheidung über Krieg und Frieden, einheitliche Wehrverfassung, Seemacht,
3. Verkehrspolitik, Einheitlichkeit des Eisenbahnwesens, der Landstraßenordnung, des Post- und Telegraphenbetriebes und der Flußschiffahrt,
4. Zollpolitik, Produktions- und Verbrauchssteuern,
5. Patentwesen,
6. Münzwesen, Bankgesetzgebung, Handelsrecht, Wechselrecht. Schiffahrtsgesetzgebung,
7. Bürgerliches Recht und obere Reichsgerichtsbarkeit,
8. Gewerbegesetzgebung,
9. Heimatrecht, Freizügigkeit u. s. w.,
10. Versammlungsrecht.

Man sieht auf den ersten Blick, wie sehr das wirtschaftspolitische Streben vorherrscht, und zwar ist es das damals mehr geahnte als vorhandene gewerbliche Deutschland, das sich in diesen Forderungen meldet. Alles, was konservativ ist: Agrarrecht, Gesinderecht, Gemeindeverfassung wird den Einzelstaaten belassen. Man ist weniger darauf bedacht, das bisherige Recht der alten Schichten zu ändern, als über dasselbe ein neues Reichsrecht des kommenden gewerblichen Volkes zu schieben. Allerdings war der Gegensatz des Agrariertums gegen Verkehr und Großgewerbe damals noch nicht geweckt: die Großgrundbesitzer des östlichen Preußens führten Getreide nach England aus. Sie konnten nicht übersehen, auch 1867 und 1870 noch nicht, was es für sie einmal bedeuten könne, daß Zollwesen, Handelsverträge und Heimatrecht zu Reichsangelegenheiten gemacht würden. Wenn sie die wirklichen, später eintretenden Folgen dieser Kompetenzverteilung in der Zeit der Reichsgründung vorhergesehen hätten, würden sie noch ganz anders, als sie es gethan haben, der neuen Verfassung Steine in den Weg gelegt haben. So klug sie sonst politisch sind, weder sie noch Bismarck rechneten mit einem Anschwellen der industriellen Bevölkerung, das ihnen die alte Herrschaft einmal wegnehmen könnte. Sie waren Gegner des Liberalismus, noch nicht des Industrialismus.

Die Verfassung des Norddeutschen Bundes, die dann auf Süddeutschland ausgedehnt wurde, bietet in der Hauptsache dieselben wirtschaftspolitischen Ziele wie das Programm der Paulskirche. Ausgedehnter ist in ihr der Anspruch auf gemeinsames Recht in jeder Beziehung, hinzugefügt die Reichshoheit in Medizinalangelegenheiten, gefordert ist Regelung des Preßwesens. In vielen der genannten Punkte konnte an vorhandene Landesgesetzgebungen angeknüpft werden. In Zollangelegenheiten erbte das Reich die große Tradition des Zollvereins. Im ganzen aber war es doch ein gewaltiger Fortschritt deutschen Lebens, daß nun erst eine wirkliche deutsche Volkswirtschaft entstand. Es begann ein Wirtschaftsblut durch alle Adern der geeinten Nation zu rinnen. Die Kleinkrämerei der Handelshemmungen flog dahin. Die Blicke weiteten sich und nun erst erlebte man in Deutschland, daß Volkswirtschaft nicht bloß eine Sache fiskalischer Beamten ist, sondern eine allgemeine Angelegenheit, von deren Betrieb der Wohlstand jeder Hütte berührt wird.

Für Völker im alten Agrarzustande ist wenig staatliche Volkswirtschaft nötig. Je mehr Naturalwirtschaft waltet, desto isolierter ist jede Gegend für sich. Nun aber hörte der Einzelmarkt auf, der isolierte Wirtschaftsmittelpunkt einer Gegend zu sein. Es bildete sich der Nationalmarkt, der langsam aber sicher die Preise nivelliert und alle Volksteile an die Zentralpunkte des geschäftlichen Verkehrs anschließt. Die Bewegung auf Markterweiterung half das Deutsche Reich schaffen und wurde dann ihrerseits durch dieses Reich ungeheuer verstärkt. Deutschland kam in das „Zeitalter des Verkehrs". Es war nun erst in der Lage, Großbetriebe in größerer Zahl tragen zu können und eine kapitalistische Finanzwirtschaft großen Stiles zu entwickeln. Unter diesem Gesichtspunkt ist es gar nicht unrichtig, das Deutsche Reich eine „kapitalistische Gründung" zu nennen.

Als König Wilhelm I. im April 1868 das erste deutsche Zollvereinsparlament eröffnete (d. h. Norddeutscher Reichstag mit Hinzuziehung süddeutscher Abgeordneter) sagte er:

> Die bisherigen Einrichtungen des Zollvereins vermochten auf die Dauer weder den Anforderungen zu genügen, welche die rasche Entwickelung und die zunehmende Vielseitigkeit des Verkehrs an die Gesetzgebung stellt, noch dem berechtigten Verlangen des deutschen Volkes nach einer wirksamen Teilnahme an dieser (wirtschaftlichen) Gesetzgebung zu entsprechen.

Auch dieses Zollparlament genügte aber nicht, es mußte ein voller Wirtschaftskörper werden. Gerade aber als er entstand, mußte er seine erste schwere Prüfung durchmachen: die Aufnahme der hochentwickelten elsässischen Textilindustrie, die nach Verschluß des französischen Marktes die noch schwächere damalige deutsche Textilindustrie zu erdrücken drohte. Trotz vieler Fabrikantensorgen wagte man aber den Anschluß dieser Gebiete, die heute niemand in der deutschen Gesamtindustrie missen möchte. Aus Sorge und Bangen, ob dann der neue Wirtschaftskörper leistungsfähig werden würde, hielten sich Hamburg und Bremen noch eine Zeitlang fern. Auch die hanseatische Sorge ist überwunden. Es giebt jetzt einen modernen deutschen Gewerbs- und Handelsgeist, der die beiden stolzesten Häfen des Kontinents mit Arbeit überfüllt. Die deutsche Volkswirtschaft ist mit jedem Jahre mehr ein wichtiger Teil der Weltwirtschaft geworden. Wir werden später von deutscher Ausfuhr und Einfuhr reden müssen.

Bei dieser gesamten Richtung der reichsgründenden Periode ist es ganz natürlich, daß das erste Jahrzehnt des neuen Reiches von wirtschaftlicher Gesetzgebung fast überladen erscheint. Man ließ die liberalen Forderungen der alten Demokraten verstauben, ein brennendes Unrecht an denen, die ohne eigenes Wirtschaftsinteresse sich an der liberalen Bewegung beteiligt hatten. Das freie deutsche Vereinsgesetz und ein freies Preßgesetz haben wir noch immer nicht. Solange es eine liberale Majorität gab, hatte sie dafür keine Zeit! Die Justizgesetze kamen, abgesehen vom Reichsstrafgesetzbuch, das 1870 erschien, im Jahr 1877 und fanden ihre Vollendung im bürgerlichen Gesetzbuch erst am Ende des Jahrhunderts, aber was für das schaffende Kapital nötig war, das wurde sofort, bisweilen allzuschnell, in die Hand genommen. Wir nennen die Hauptgesetze:

1867 = Zollvereinigungsvertrag.
Freizügigkeitsgesetze (in Preußen 1842 erlassen, aber wieder eingeschränkt).
Konsulatsgesetz.
Gesetz über Nationalität der Kauffahrteischiffe.
1868 = Gesetz über einheitliches Maß und Gewicht.
Notgewerbegesetz.
1869 = Zollgesetz.
Gewerbe-Ordnung.
Handelsgesetzbuch und Wechselordnung.
1870 = Gesetz über Urheberrecht an geistigem Eigentum.
1871 = Postgesetz.
1872 = Seemannsordnung.
1873 = Münzgesetz.
Zolltarifgesetz.
1874 = Markenschutzgesetz.
Strandungsordnung.
1875 = Reichsbankgesetz.
Eisenbahnpostgesetz.
1877 = Patentgesetz.

Das wichtigste aller dieser Gesetze ist die Gewerbe-Ordnung von 1869. Auch sie knüpft wie das Freizügigkeitsgesetz an preußische Vorbilder an und besiegelte den schon vorher eingetretenen Fall der staatlich bevormundeten Innungen. Mit der Gewerbe-Ordnung wurde das neue Deutsche Reich freies Jagdgebiet für jede Art Profitbegierde. Alle Kräfte

wurden entfesselt, das Recht des wirtschaftlich Stärkeren wurde rückhaltlos anerkannt. Es begann ein Eifer des Gründens und Schaffens, der beispiellos war und zum Krache führen mußte. In diesem Treiben achtete man der Arbeiter wenig. Das neue Deutsche Reich brachte ihnen Wahlrecht und Koalitionsfreiheit, letztere allerdings mehr auf dem Papier als in Wirklichkeit. Sonst fing das Reich nicht gerade sozial an. St. Manchester war der Heilige des Bürgertums. Die Mängel und Fehler dieses Anfangs sind längst offenkundig, aber über der Kritik dieser Fehler soll man nicht vergessen, daß alle neudeutsche Industrieentwickelung und auch der wachsende demokratische Sozialismus ohne den Bruch mit der alten Art von Staatsbevormundung nicht möglich gewesen wäre. Soviel inzwischen an der Gewerbe-Ordnung von 1869 geändert werden mußte und weiterhin geändert werden wird, so ist sie doch in ihrer Art eine dauernde Siegessäule der bürgerlich liberalen Wirtschaftsbewegung, die dem Deutschen Reiche zum Werden verhalf.

Als die neue Wirtschaftsgesetzgebung aufkam, war die wirtschaftlich liberale Strömung so stark, daß selbst die meisten Konservativen, damals allerdings noch getreideausführende Rittergutsbesitzer, sich an ihr beteiligten. Nachträglich wissen sie, was sie damit gethan haben. Das Freizügigkeitsgesetz fand damals fast keinen Widerstand, jetzt aber nannte es in Übereinstimmung mit der Denkweise seiner Standesgenossen ein posenscher Adliger „die größte Backpfeife, die wir je bekommen haben". Es muß klargestellt werden, daß das Deutsche Reich von vornherein eine wirtschaftlich fortschrittliche Gründung ist, antikonservativ in seiner ersten Jugend. Damit hat es einen Charakter erhalten, den es zeitweise sich trüben lassen kann, den es aber nicht dauernd verlieren darf. Wenn der alte römische Historiker Sallust darin recht hat, daß Staaten und ähnliche Dinge durch dieselben Ursachen erhalten werden, durch welche sie entstanden sind, so darf das Deutsche Reich nicht zur Versorgungsanstalt für notleidende Agrarier herabgedrückt werden, wenn es seinen ihm eigenen Geist und geschichtlichen Charakter bewahren will. Bismarck hat in seinen alten Tagen die Deutschen öfter ermahnt, die Reichsverfassung fleißiger zu lesen. Wenn sie ihm darin nur folgen wollten! Die Reichsverfassung ist mit ihrer ganzen Auffassung der Reichsaufgaben ein urkund-

licher Protest gegen jene, die heute Bismarck als einen Agrargötzen hinstellen wollen. Der alte Bismarck im Sachsenwalde sprach, als gehöre er zum Bund der Landwirte, der große, thatenfrohe, geniale Bismarck der sechziger Jahre aber fühlte sich als Organ einer neuen Geschichtsperiode, einer Periode, die ihrem Wesen nach modern, technisch, verkehrspolitisch, kapitalistisch war. So sehr der Sozialist gegen die Macht der Kapitalisten kämpfen muß, er lebt doch mit allen seinen Kräften in der Welt, die erst durch den Kapitalismus entsteht. Niemals kann er sein Heil in Wirtschaftsperioden suchen, die vor der kapitalistischen Epoche liegen. In diesem Sinne muß er den Vater des Sozialistengesetzes, den Gegner des Arbeiterschutzes doch als Förderer der Neuzeit anerkennen, als den Mann, der die Frankfurter Verfassung in ihren wirtschaftlichen Teilen durchdrückte. Bismarck war in seiner starken heldenhaften Zeit unzweifelhaft kapitalistisch. Das schied ihn im Anfang der siebziger Jahre von allen seinen alten Freunden. Er arbeitete mit Bleichröder und bekam selbst Geschmack am kapitalistischen Betriebe. Was aber wichtiger ist als dieses: er brachte dem neuen Reich den gewaltigen Betriebsfonds von 5 Milliarden Franks aus dem deutsch-französischen Kriege mit. Diese Fünfmilliardenzahlung ist äußerst bezeichnend für die Gesamtstimmung, in der das neue Reich gegründet wurde. Schon Napoleon I. hatte seine Siege zu Geld zu machen verstanden. Wahrscheinlich wird der Krieg der kapitalistischen Staaten in Zukunft noch mehr ein Kampf um Gold und Werttitel werden. Kein Gegner Englands, dem es gelingen sollte, die Bank von England zu erobern, wird in irgend einer Weise Scheu haben, eine Milliarde Pfund Sterling zu fordern. Er wird die Finanzwirtschaft des besiegten Landes zerstören wollen. Uns aber wird es im Fall einer Niederlage nicht besser gehen. Dann werden wir unsere baren Bestände zahlen und unsere zukünftigen Einnahmen verpfänden müssen, und wenn wir uns dann beklagen, so wird man uns lachend sagen, das sei die Methode des Herrn von Bismarck gewesen! Bismarck übertrug etwa ein Dritteil eines Jahresertrages der ganzen französischen Volkswirtschaft im Laufe von drei Jahren von Frankreich nach Deutschland. Mit dieser Summe wurde der deutsche Haushalt ausgestattet. Frankreich hat diesen materiellen Kräfteverlust nie ganz überwunden. Es kann trotz seiner

vortrefflichen, natürlichen Hilfsmittel nicht mehr recht vorwärts kommen, denn es hat eine Niederlage in seinen Gliedern. Der militärische Sieg der Deutschen war für unser Volk nicht nur ein politischer, sondern wesentlich ein volkswirtschaftlicher Erfolg. Das militärisch geschlagene Frankreich mußte zahlreiche Außenstationen seiner Volkswirtschaft den Deutschen überlassen. Der ganze Orient ist ein sprechender Beweis für diesen Umschwung. Das System, das 1870 siegte, war militärisch-kapitalistisch. Als solches wirkt es weiter und schafft den Boden, auf dem wir stehen, und auf dem auch die Demokratie arbeiten muß. Sie kann sich keine neue Welt nach ihren Wünschen gestalten, sondern muß die Welt erkennen und benutzen, die da ist. Das Deutsche Reich ist eine Thatsache von solcher Wucht und Festigkeit, daß wir alle uns zuerst auf diesen Reichsboden stellen müssen, wenn wir für bessere Zukunft arbeiten wollen. Es giebt keinen siegreichen unmilitärischen Kapitalismus. Es giebt keinen Sozialismus ohne Kapitalismus. Es kann sich also der Sozialismus der Logik kaum entziehen, daß, wenn er sich als Folgeerscheinung des Kapitalismus auffaßt, er den Militarismus in Kauf nehmen muß.

II. Militärische Monarchie und Nationalstaat.

Die Begriffe „Monarchie" und „Nation" sind ihrem Wesen nach keineswegs zusammengehörig, und es ist erst eine lange Geschichtsentwickelung nötig gewesen, ehe sich in Deutschland die hohenzollernsche Monarchie zur Vertreterin des Nationalgedankens machen konnte. Im Begriff der Nation liegt ein starkes demokratisches Element. Die Nation ist etwas anderes als die Summe der „Unterthanen" eines Fürsten. Wo sich in der neueren Geschichte Nationalsinn gebildet hat, geschah dies im Gegensatz zur monarchischen Tradition. Als die Franzosen vor mehr als 100 Jahren Nation werden wollten, gerieten sie in solchen Konflikt mit ihrem König, daß dieser mit Ausländern gegen die Nationalregierung konspirierte und auf Beschluß des „Nationalkonvents" 1793 hingerichtet wurde. Immer, wenn in Frankreich monarchische Formen gestürzt wurden, traten „Nationalversammlungen" auf. Noch heute sind in Österreich und

in der Türkei die nationalen Bewegungen Gefahren für die monarchischen Dynastien, und alle deutschen Fürsten, vielleicht mit Ausnahme des Großherzogs von Weimar, hatten in der Metternichschen Zeit eine allgemeine Angst vor dem erwachenden nationalen Geiste. Von dieser Angst ist die preußische Monarchie am wenigsten frei gewesen. Jahn wurde, um nur an ihn zu erinnern, nachts von dem Sterbebette seines Kindes fortgerissen, in Ketten geschlagen und fünf Jahre ohne Grund im Kerker gehalten, der Mann, der von sich sagen konnte: „Als Kind habe ich für das Vaterland in frommer Erhebung gebetet, als Knabe geglüht, als Jüngling geschwärmt, als Mann geredet, geschrieben, gestritten und gelitten." E. M. Arndt wurde 1820 bis 1840 von seiner Professur suspendiert und lernte auch Gefängnis kennen. Kein Appell an den preußischen Staatskanzler Hardenberg half ihm etwas. Einem Buchhändler wurde 1824 verboten, Fichtes Reden an die deutsche Nation neu zu drucken, und dieses Verbot wurde von dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von dem Oberzensurkollegium bestätigt (Kaufmann: politische Geschichte des 19. Jahrh.). Liebe zum deutschen Vaterlande war verdächtig, alles, was wie Begeisterung aussah, wurde polizeilich berochen, die Erhebung von 1812 und 1813 wurde als Kabinettskrieg hingestellt, nur um dem Volke nicht geben zu müssen, was des Volkes war. Nationalsinn war etwas Revolutionäres, denn niemals konnte, das war klar, Deutschland ein großes einiges Volk werden, ohne Bruch der fast 40 Souveränitäten, die dem Besen Napoleons entgangen waren. Diese Souveränitäten, diese Monarchien zu erhalten, war damals staatserhaltend. Der gute Bürger hielt sich fern vom nationalen Gifte. Er war nicht national, sondern „königstreu", „großherzogstreu", „herzogstreu" u. s. w.

Es ist nicht leicht, eine hinreichend deutliche Bestimmung des Begriffes „national" zu geben, da dieser Begriff ein lebendig werdender ist wie die Sache, von der er redet. In jedem Menschenalter des verflossenen Jahrhunderts hatte das Wort „Nation" oder „Volk" einen etwas anderen Klang. Für Goethe ist Nation noch kein politisches Ideal, sondern ein Kulturgedanke, wenn er von Nationalsprache redet. In ähnlichem Sinn redet Herder von Nationalgefühl, J. Möser und Schiller von Nationalgeist, Lessing von Nationalbühne. In allen diesen Aussagen liegt der Wunsch,

die Kleinlichkeit, Zerspaltenheit und Barbarei zu überwinden, aber die großen Geister unserer glänzendsten Litteraturepoche hatten wenig Verständnis dafür, daß eine einheitliche Geisteskultur auf ganz bestimmten wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen ruht. Wer ist die Nation, von der sie reden? Ist es jeder deutsche Mann, auch der Tagelöhner? Oder sind es nur Bevorzugte? Läßt sich Geisteskultur vertiefen, solange die Masse des Volkes aus Heloten besteht und viele Kinder noch in keine Schule gehen? Giebt es Geisteskultur ohne den Willen, die Dinge umzugestalten, ohne Politik? Die Dichter der Freiheitskriege machten den Kulturbegriff zum Rassenbegriff: der „Teutsche" treibt den Welschen fort, er besinnt sich teutonischer Urkraft und will es nicht leiden, daß die Ausländer ihn tyrannisieren. Das Deutschland, das solange in die französische Schule gegangen ist, will jetzt sein eigener Herr sein: das Volk steht auf, der Sturm bricht los! Die Masse wird Subjekt, die immer nur Objekt gewesen ist. Der Landsturm tritt in die deutsche Weltgeschichte ein. Es regt sich überall ganz anders als noch im siebenjährigen Kriege: das Deutschtum will werden. Der Boden hebt sich, da wackeln die alten Tannen, die auf ihm stehen. Aus dem Rassenbegriff wird der Massenbegriff: alles, alles, was deutsch spricht, denkt, fühlt, soll eine große Einheit werden: was ist des Deutschen Vaterland? Das ganze Deutschland soll es sein! Die Idee gesammelter deutscher Massenkraft, volkstümlicher Macht ist in ihrem ersten Aufsteigen formlos, fast gespensterhaft ungreifbar, ein Gewirr archaistischer, utopistischer, praktischer, kühn gestaltender Gedanken. Man braucht nur Arndt und Jahn zu lesen, um sich im Banne ungestalteter Empfindungskräfte zu fühlen. Am klarsten ist Fichte, aber auch er ist ein Dichter und Träumer im großen, kein historisch-politischer Mensch. Er weckt den Instinkt, daß es keine mächtigere Idee geben könne, als deutsch zu sein. Die Burschenschaft sucht die Deutschheit in kleinen und großen Plänen und Formen, und langsam während des Auslebens der Kinder von 1813 gestaltet sich der Doppelbegriff von deutscher Macht und Freiheit, genährt durch das Studium der Historie und vertieft durch die Leiden derer, die um ihres Volkes willen keine Fürstenknechte sein wollten. Man lernte, was man brauchte: den nationalen Staat!

Man brauchte etwas, was höher war als die Vielheit der monarchischen Staaten: die Souveränität der Gesamtheit.

Die Souveränität der deutschen Gesamtheit war es, was man 1848 suchte. Man wollte Macht für eine Idee. Macht aber kann nicht mit bloßen Gedanken erzeugt werden. Sie wird nur durch Organisierung von menschlichen und materiellen Einzelkräften gesammelt. Um aber größere Kräfte organisieren zu können, muß man schon gewordene, geschichtlich gewachsene Kraftzentren besitzen. Was aber waren die Häuflein der Begeisterten und Getreuen, was half ihr Opfern, Schießen und Bluten? Die Monarchien waren einige Wochen schwankend, zitternd, bereit nachzugeben, wenn es eine Macht gegeben hätte, die ihnen gegenüber die werdende Nation verkörpert hätte. Da es aber diese feste, gesammelte Macht nicht gab, so erholte sich das vielgestaltige deutsche Monarchentum und beharrte auf seinem Schein. Es ist geradezu ergreifend, zu beobachten, wie die deutschen Demokraten in Frankfurt unter dem Druck der Erfahrungen des einen wechselreichen Jahres das Machtproblem zu begreifen anfangen: gegen Soldaten muß man Soldaten haben! Man ging nach Berlin, kam aber unverrichteter Sache zurück. Nachdem König Friedrich Wilhelm IV. die Krone, an der der „Ludergeruch der Revolution" klebte, abgewiesen hatte, war sachlich die nationale Verfassungsarbeit zu Ende. Die Lage war diese: 27 deutsche kleine Monarchien hatten sich mit der Frankfurter Verfassung einverstanden erklärt, Baden hatte Klauseln gemacht, von Sachsen, Bayern, Hannover fehlte die Zustimmung, der württembergische König sagte:

> Ich versichere Sie, daß ich die ganze Reichsverfassung mit Ausnahme der Oberhauptsfrage anerkenne, aber einem Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht. Ich bin dies meinem Lande, meiner Familie und mir selbst schuldig.

In dieser Lage hielt Carl Vogt, ein Demokrat reinsten Wassers, Gegner aller Fürsten, Kirchen und Vorrechte, Gegner der konstitutionellen Doktrin, Enthusiast für Revolution, eine Rede am 24. April 1849, in der er anknüpfend an die eben genannten Worte des württembergischen Königs sagte:

> Meine Herren! Diese Worte sind der Ausfluß jenes Gottesgnadentums, welches in Selbstüberschätzung sich nicht daran erinnert, daß die Krone ihm und

seiner Familie von einem Sprößling der Volkssouveränität', nämlich von Napoleon aufs Haupt gedrückt wurde. Wahrlich, meine Herren, wenn der Erbkaiser nur dazu gut wäre, um diese verrosteten Ideen in den Köpfen deutscher Fürsten zu brechen und zu Boden zu schmettern, diese Ideen des Gottesgnadentums und die eingebildeten Rechte, die daraus fließen, ich würde ihn mit Freuden nur deshalb annehmen . . . Diejenigen, die eine bewaffnete Macht zur Disposition haben, hinlänglich, um die Verpflichtungen, die sie für sich, für ihr Haus und für ihre Familien von Gottes Gnaden erhalten zu haben glauben, zu erfüllen und zu beschützen, die sind die wahren Feinde der Einheit und Freiheit. Meine Herren! Solange Sie solche Fürsten haben, so lange ist kein wahrer Bundesstaat in Deutschland möglich. Der Trotz dieser Fürsten muß gebrochen werden . . . Und dann, meine Herren, schlagen wir einige Mittel vor, um eine bewaffnete Macht um Sie zu versammeln und zu Ihrem Dienst zu nehmen. Ohne eine solche Macht, täuschen Sie sich nicht, werden Sie nichts durchsetzen!

Das ist das „Evangelium von der gepanzerten Faust" im Munde des nationalen Radikalismus, der nach schweren Enttäuschungen schließlich nur das eine weiß: Militär! Staaten kann man nicht anders gründen als militärisch. Diese harte und schwere Lehre hat die Demokratie von heute im allgemeinen noch immer nicht gelernt oder in ihren älteren Teilen wieder vergessen. Die französische Revolution schuf, um sich zu erhalten, den grandiosen Militarismus Napoleons I., Cromwell in England war Militär, es giebt keine Morgenröte neuer Zeiten ohne Pulver und Blei. Das ist moralisch und ästhetisch angesehen jammervoll, aber es ist die Wirklichkeit! Der italienische Nationalismus mußte sich an Napoleon III. verkaufen, damit er Kanonen hätte, der deutsche mußte mit der leistungsfähigsten Militärmonarchie gehen, die es in Deutschland gab, mit Preußen. Indem er dieses that, wagte er viel. Die Freiheit, die er meinte, die sein Herz erfüllte, kam bei dem Pakt zwischen Nationalismus und Militärmonarchie schlecht weg. Aber was blieb übrig? Die Geschichte hat gesprochen: der Erbkaiser hat die zahlreichen Souveränitäten gebrochen und den Nationalstaat gebracht. Indem er das that, hat er seinerseits ebensoviel geopfert als der freiheitliche Nationalismus. Er gab den Legitimismus auf.

Die Vorgeschichte der preußischen Monarchie wird seit 1871 mit Vorliebe als die Vorgeschichte des Deutschen Reiches überhaupt dargestellt.

An dieser Darstellung ist aber nur soviel richtig, daß die Geschichte der preußischen Monarchen die Geschichte der neudeutschen Militärmacht ist. Wenn man die Marmorbilder der Hohenzollern in der Berliner Siegesallee betrachtet und sich dabei in die Seelen der hier versteinerten Fürsten hineinzudenken versucht, so sind es mit wenig Ausnahmen straffe, starke Herrscher, die, besonders von dem großen Kurfürsten an, hier stehen, Muster im Sinne der Monarchie, aber keine nationalen Geister. In gewissen Momenten blitzt in ihnen die Idee einer deutschen Nationalgeschichte auf, der sie dienen, aber im laufenden Gang der Dinge sind sie zähe Vertreter ihrer dynastischen Macht. Auch Friedrich II., der mehr als sonst jemand zur Hebung des deutschen Selbstgefühls gegenüber dem Franzosentum beigetragen hat, war in sich selbst nicht deutschnational im Sinne des späteren neuen Reiches. Er wollte Preußens Macht. Er war preußischer Eroberer und Verwaltungstechniker, Monarch vom Scheitel bis zur Sohle, ein Herr über Land und Unterthanen, kein Organ des noch nicht vorhandenen Gesamtsubjektes: deutsches Volk. Er war der erste Diener seines Staates, nicht des Nationalstaates. Treitschke sagt in seiner „Politik" vom großen Friedrich:

> In Friedrich II. hat der aufgeklärte Despotismus seine Vollendung gefunden. Der große König wird in dieser seiner geschichtlichen Stellung von den meisten Historikern nicht richtig aufgefaßt. Weil er der größte absolute Herrscher ist, der je regiert hat, so nimmt man durch eine naheliegende optische Täuschung an, er sei der Bahnbrecher einer neuen Zeit gewesen. Das war er wohl in der äußeren Politik, indem er das: Los von Österreich! zuerst aussprach. Für die inneren Staatsverhältnisse aber läßt sich ein Gleiches nicht sagen. Hier steht er nicht am Anfang, sondern am Ende einer großen Epoche. Er hat die Institutionen seines Vaters einfach bestehen lassen, nur gemildert im einzelnen. Schöpferisch war er hier nur allein auf dem Gebiet der Rechtspflege; durch das allgemeine Landrecht vollendete er den Bau, den seine Vorfahren seit dem Großen Kurfürsten aufzurichten begonnen hatten.

Es ist wertvoll, diese Charakteristik aus der Feder eines Mannes zu besitzen, dessen Hohenzollernbegeisterung über jeden Zweifel erhaben ist. Als 1772 Friedrich II. sich an der Teilung Polens beteiligte, hatte er keine nationalen Bedenken. Bismarck sagt von dieser Epoche: „Der preußische Staat eignete sich neue polnische Unterthanen mit gleicher, wenn

nicht mit größerer Bereitwilligkeit wie deutsche an." Friedrich II. gab seinen Nachfolgern die Tradition: monarchischer Absolutismus mit möglichster Vergrößerung des Besitzstandes! Diese Tradition hat, mit kurzer Unterbrechung durch den Geist des Freiheitskrieges gegen Napoleon, bis 1840 gedauert. Erst in Friedrich Wilhelm IV. wurde die Tradition unsicher. In diesem beweglichen, phantasiereichen Kopfe einten sich die verschiedensten Strömungen:

1. altpreußisches absolutes Monarchentum,
2. großdeutsche mittelalterliche Reichsmystik,
3. Metternichscher Legitimismus,
4. neudeutsche Nationalitätsideen.

Aus dieser Vielheit von Gedanken ist niemals eine konsequente Lebensidee herausgetreten. An der Ablehnung der Kaiserkrone waren die drei ersten Gedankengruppen gleicherweise beteiligt, und die halbe unsichere Form der Ablehnung kam aus dem vierten Bestandteil. Stark war die preußische Monarchenidee in seinem Bruder, dem späteren König Wilhelm, stärker in ihm auch die neue Nationalitätsidee, aber auch in seinem klareren und praktischeren Kopfe lebte zwar weniger die mittelalterliche Reichsmystik aber stark der Legitimitätsgedanke fort.

Der Gedanke der Legitimität ist kein altpreußischer. Was hat es im Laufe ihrer früheren Geschichte den Preußenkönigen ausgemacht, andere Souveränitäten zu verletzen? Aber seit durch die französische Revolution und durch Napoleon der demokratisch-plebejische Zug in die europäische Welt hineingekommen war, ging es wie das Ahnen einer allgemeinen Götterdämmerung durch die Fürstengeschlechter, und sie schlossen eine Art moralischer gegenseitiger Lebensversicherung. Man lebte sich ein in den Gedanken, daß die Herrschaften, die den Napoleonssturm überlebt hatten, in besonderem Sinn gottgewollt seien. Das alte, fromme, demütige Wort „von Gottes Gnaden" bekam einen staatsrechtlichen Sinn und bedeutete die von der europäischen Fürstenfamilie garantierte Unverletzlichkeit des nach dem Wiener Kongreß bestehenden Herrschaftsverhältnisses. Der einzelne Fürst fühlte sich im Syndikat der Souveräne gesichert, der kleine Fürst in erster Linie, aber auch der größere. Der Gedanke, daß Macht, nichts als Macht Staaten gründet und erhält, versank in einem breiten moralischen Nebel. Diesen legitimistischen Nebel hat Bismarck zerblasen,

so gründlich, daß er nicht wiederhergestellt werden kann. Er hatte die Pietätlosigkeit Napoleons und übertrug sie auf preußisch-deutsche Verhältnisse. Von den vier Gedankenreihen Friedrich Wilhelms IV. besaß er zwei: die Idee vom preußischen absoluten Monarchentum und die neudeutsche Idee vom Nationalstaat. Alles andere streifte er ab, und es ist bekannt, welche Mühe es ihm gemacht hat, seinen „alten Herrn" von legitimistischer Tradition zu befreien.

Äußerst belehrend in Hinsicht auf Bismarcks Denkweise ist in seinen „Gedanken und Erinnerungen" der Abschnitt, wo er von seinem späteren Standpunkt aus feststellt, was Friedrich Wilhelm IV. 1848 hätte thun können und sollen:

> In den Tagen zwischen den süddeutschen Revolutionen, einschließlich der Wiener, und dem 18. März, solange es vor Augen lag, daß von allen deutschen Staaten, Österreich inbegriffen, Preußen der einzige feststehende geblieben war, waren die deutschen Fürsten bereit, nach Berlin zu kommen und Schutz zu suchen unter Bedingungen, die in unitarischer Richtung über das hinausgingen, was heute verwirklicht ist; auch das bayerische Selbstbewußtsein war erschüttert . . . Ich glaube, daß mit fester und kluger Ausnutzung des Sieges, des einzigen, der damals von einer Regierung in Europa gegen Aufstände erfochten war, die deutsche Einheit in strengerer Form zu erreichen war, als es zur Zeit meiner Beteiligung an der Regierung schließlich geschehen ist. Ob das nützlicher und dauerhafter gewesen wäre, lasse ich dahingestellt sein.

Hier tritt klar heraus, wo Bismarck mit der nationalen Bewegung übereinstimmt und wo nicht. Er will ebenso wie sie geeinte deutsche Macht um jeden Preis, er will wie sie Bruch der anderen Souveränitäten. Gleichgültig ist ihm das Schicksal der am Aufstand Beteiligten. In ihm wirkt ein absoluter Machtinstinkt, der ein Deutschland braucht, weil Preußen als europäische Macht zu klein ist. Er war nicht gefangen von der Vorstellung der zu behütenden Autoritäten. Wenn sie Macht gab, aber nur dann, ging er auch mit der Revolution. Eine innere Scheu vor dem Heiligtum der Majestät besitzt er nicht, so oft er sich auch auf seinen persönlich verehrten König und Kaiser beruft. Von ihm stammt folgendes Urteil über die Zeiten des absoluten Regimentes:

> In einer absoluten Monarchie, und Preußen war damals (1786—1806 und 1842—1862!) eine solche, hat an der Verantwortlichkeit für die Politik außer dem

Souverän niemand einen genau nachweislichen Anteil; faßt oder genehmigt dieser verhängnisvolle Beschlüsse, so kann niemand beurteilen, ob sie das Ergebnis eigenen moralischen Willens oder des Einflusses sind, den die verschiedenartigsten Persönlichkeiten männlichen und weiblichen Geschlechtes, Adjutanten, Höflinge und politische Intriganten, Schmeichler, Schwätzer und Ohrenbläser auf den Monarchen geübt haben. Die allerhöchste Unterschrift deckt schließlich alles; wie sie erreicht worden ist, erfährt kein Mensch.

Sachlich schärfer hat auch die Demokratie die Mängel des monarchischen Systems kaum dargestellt. Es nimmt deshalb nicht wunder, wenn Bismarck dort, wo er sie brauchen kann, auch antimonarchische Kräfte in den Dienst seiner Politik hineinzieht. Er rät im Juli 1866 dem preußischen König den „Appell an die ungarische Nationalität", das heißt einen Schritt, der allem legitimistischen Empfinden stracks entgegenläuft. Noch stärker aber spricht er diese Haltung in seinen „Gedanken und Erinnerungen" dort aus, wo er auf das allgemeine Wahlrecht zu sprechen kommt. Die betreffende Stelle lautet:

Im Hinblick auf die Notwendigkeit, im Kampfe gegen eine Übermacht des Auslandes im äußersten Notfall auch zu revolutionären Mitteln greifen zu können, hatte ich auch kein Bedenken getragen, die damals stärkste der freiheitlichen Künste, das allgemeine Wahlrecht, schon durch die Zirkulardepesche vom 10. Juni 1866 mit in die Pfanne zu werfen, um das monarchische Ausland abzuschrecken von Versuchen, die Finger in unsere nationale omelette zu stecken.

Unter Bismarcks Führung begann das neue Deutsche Reich, indem im Reichsgebiet ein Teil der Souveräne beseitigt, ein Teil ihrer Souveränität entkleidet wurden. Der „König von Gottes Gnaden" in Hannover, der legitime Kurfürst von Hessen, der Herzog von Nassau, der Augustenburger in Schleswig-Holstein verloren ihre angestammte Würde, der Weg zum Kaisertum ging über die Gräber ihrer Herrschaft, die anderen Herrscher aber traten ihre oberste Würde ab: selbständige Kriegsherren zu sein. Über den Verlust ihrer Souveränität sagt Treitschke: „Nur Preußen ist ein souveräner Staat geblieben, die anderen nicht." Er fährt fort:

Zu reden von einer „Kriegsherrlichkeit in Frieden", welcher sich unsere kleinen Könige noch zu rühmen hätten, ist ein Vorrecht theoretisierender deutscher Professoren; die Ausländer lachen darüber. In der äußeren Form ist man ja mit aller denkbaren Schonung verfahren . . . , das ändert aber nicht, daß in Wirklichkeit, trotz der politischen Vorbehalte, der König von Bayern ebensowenig wie der König von

Sachsen imstande ist, auch nur einen Mann zu Kriegszwecken in Bewegung zu setzen.

Wir haben in diesem Teil unserer Darlegungen absichtlich nur Bismarck und Treitschke zitiert, den Werkmeister und den litterarischen Herold des neuen Deutschen Reiches, um durch sie den politischen Charakter der neuen Staatsgründung feststellen zu lassen. Was wir vorhin bei Besprechung der wirtschaftspolitischen Reichsgründung sagten, muß hier bei Betrachtung des politischen Vorganges wiederholt werden: das Deutsche Reich ist durchaus unkonservativ entstanden! Das ist sein anfänglicher Charakter. Es entstand anders, als die nationale Bewegung es sich gedacht hatte, es entstand durch einen militärischen Monarchen und seinen auf das Zündnadelgewehr rechnenden Kanzler, es entstand militärisch-revolutionär. Als der Machttrieb die Demokraten brauchte, nahm er sie, und nun wird er sie nie wieder los werden. Die alte vorbismarckische Zeit ist vorbei. Man kann sagen, daß niemand in ganz Deutschland dem alten legitimistisch monarchischen Empfinden tiefere Wunden geschlagen hat als Bismarck. Er hat bis in sein letztes Werk hinein die Mystik der Könige entschleiert, hat die alte Naivität der Unterthanen ruiniert, hat aber dafür etwas Neues in die Welt gesetzt: das militärische Kaisertum, in dem der Machttrieb des Hohenzollernstaates sich mit dem Machttrieb des Nationalgedankens einte, eine Neubildung, die einen ganz neuen Zeitabschnitt einleitet. Das alte erobernde Preußentum that 1866 seinen letzten großen Biß in die alte deutsche Reichsmasse hinein, dann aber legte es sich schlafen. Preußen wächst nicht mehr. Wilhelm I. war der letzte Preußenkönig im alten Sinn, zugleich der erste Kaiser. Es ist auffällig, wie in den Reden Kaiser Wilhelms II. die Beziehungen auf das frühere Preußen verschwinden vor einer stets erneuten Verehrung seines Großvaters. Der Grund davon ist, daß Wilhelm II. als Kaiser keinen anderen Ahnen hat als diesen.

III. Das Wesen des deutschen Kaisertums.

König Wilhelm schrieb am 18. Januar 1871 von Versailles aus an seine Gemahlin:

Ich kann Dir nicht sagen, in welcher morosen Emotion ich in diesen letzten Tagen war, teils wegen der hohen Verantwortung, die ich nun zu übernehmen habe, teils und vor allem über den Schmerz, den preußischen Titel verdrängt zu sehen! In der Konferenz gestern war ich zuletzt so moros, daß ich drauf und dran war, zurückzutreten und Fritz alles zu übertragen! Erst nachdem ich in inbrünstigem Gebet mich an Gott gewendet habe, habe ich Fassung und Kraft gewonnen.

Als er dies schrieb, war der Kaisertitel zunächst nicht viel anders als ein neuer Name für die sachliche Bezeichnung: das Bundespräsidium. Der Großherzog von Baden wünschte: „Der heute scheinbar leere Kaisertitel werde bald genug zur vollen Bedeutung gelangen." Kronprinz Friedrich Wilhelm beglückwünschte während der Vorverhandlungen Bismarck zu „dem kunstvoll gefertigten Chaos". Ihm, dem voraussichtlichen Erben des Kaisertums, genügte das nicht, was in der Verfassung stehen sollte.

Alles dieses klingt heute bereits merkwürdig veraltet, denn unter allen politischen Entwickelungen dieser 30 Jahre war keine auffälliger als die wachsende Stärkung des kaiserlichen Einflusses. Es giebt im gegenwärtigen Deutschland keine stärkere Macht als das Kaisertum. Gerade die Klagen der nicht-kaiserlich gesinnten Demokraten über zunehmenden persönlichen Absolutismus sind ein vollgültiger Beweis für diese Thatsache, denn diese Klagen sind nicht aus der Luft gegriffen, sondern beruhen auf der immer erneuten Beobachtung, wie alle Politik, äußere und innere, vom Wollen und Reden des Kaisers abhängt. Kein Monarch der absoluten Monarchie hat so viel wirklichen Einfluß gehabt wie heute der Kaiser. Er setzt nicht alles durch, was er will, aber mehr, als in der Mitte des Jahrhunderts irgend jemand für glaubhaft würde gehalten haben. Dieses Jahrhundert, dessen Mitte vom Traume der deutschen Republik wiederhallte, endete mit einer Kaisermacht, die kein Barbarossa besaß. Wie war das möglich? Wo liegen die Wurzeln der neudeutschen Kaiserkraft?

Das Subjekt der Politik und der Zivilregierung des neuen Deutschen Reiches ist formell angesehen der Bundesrat. Ihm zur Seite steht in konstitutioneller Weise der Reichstag. Der Bundesrat ist eine Fortsetzung des

Frankfurter Bundestages ohne Österreich. Damit aber, daß Österreich ausschied, bekam Preußen die unbedingte Führung. Von den 58 Stimmen besitzt es zwar nur 17, eine der Macht und Volksziffer nicht entsprechende Zahl, aber die Verteilung der übrigen Stimmen auf 24 kleinere und kleine Körper und das ein für allemal feststehende preußische Präsidium machen eine dauernde antipreußische Majoritätsbildung von vornherein sehr unwahrscheinlich. Nimmt man hinzu, daß die führenden Minister der Bundesstaaten nur selten in Berlin sind, daß also im Bundesrat die preußische Regierung mit ganz anderem persönlichen Material vertreten sein kann, und daß der Ort selbst preußisch wirkt, ferner, daß die Vertretung des Bundesrates im Reichstag durch den preußischen Ministerpräsidenten oder durch kaiserliche Reichsbeamte erfolgt und daß nur ganz selten ein Minoritätsvertreter aus dem geheim verhandelnden Bundesrat die öffentliche Tribüne besteigt, so begreifen wir, daß in Wirklichkeit der Bundesrat nicht viel mehr ist, als das von der Paulskirche vorgesehene Staatenhaus geworden wäre, eine Art erster Kammer, ein Senat hinter dem Parlament, ein fleißig arbeitendes Kollegium zur Vorbereitung und Durcharbeitung neuer Gesetze, aber keine Stelle eigener unbeugsamer Initiative. Das Präsidium ist stärker als das Kollegium, das von ihm vertreten wird, da das Präsidium unabsetzbar, unangreifbar ist.

Wenn nun innerhalb der Präsidialmacht Preußen das Königtum vom Parlament abhängig sein würde, so müßte dies auch in der Reichsregierung sich bemerklich machen. Aber die politische Geschichte Preußens vor der Reichsgründung schloß ja gerade mit einer Niederlage der Majorität in der Militärfrage. Daß nun nach Reichsgründung bei verminderten Kompetenzen das preußische Dreiklassenhaus ein parlamentarisches Regiment jemals erzwingen könnte, scheint nach Lage der Dinge ausgeschlossen. Der Regierungsapparat wird stets stark genug sein, bei der Wahl dieses Hauses eine unerwünschte Majorität fernzuhalten. Auch ein voller Kampf zwischen der Regierung und den Konservativen wird an der Übermacht des Königtums innerhalb des preußischen Staates nichts ändern können, so schwer er es in einzelnen Momenten der Regierung auch machen mag, ihren gesetzgeberischen Willen durchzusetzen.

Da nun der Kaiser ferner die Wahl und die Entlassung des Reichskanzlers ganz in seiner Hand hat, so hat er und nicht der Bundesrat als

Kollegium die eigentliche entscheidend Regierungshandlung zu vollziehen, denn bei der Zentralisierung aller direkten politischen Reichsthätigkeit im Reichskanzleramt ist die Auswahl des Kanzlers ein weit wichtigerer Vorgang als die Einbringung von Gesetzen und die Ausgabe von Anleihen, wozu der Bundesrat zustimmen muß. Schon allein dieses Recht kennzeichnet die persönliche Souveränität des Kaisers in der Reichsverwaltung. Durch Bismarcks Entlassung ist die Bedeutung dieses Punktes blitzartig klar geworden. Alle 41 nichtpreußischen Bundesratsstimmen hätten Bismarck nicht halten können, wenn sie gewollt hätten.

Nicht als Präsidialmacht, sondern direkt kraft Staatsvertrages und Reichsverfassung hat aber der Kaiser den Oberbefehl über Heer und Flotte. Der Oberbefehl über das Heer ist in Bezug auf das bayerische Heer im Frieden darauf beschränkt, daß die bayerische Organisation der sonstigen deutschen Heeresorganisation entsprechen muß und daß der Kaiser das Recht der Inspektion hat. Im Mobilmachungsfall tritt die volle Einheitlichkeit ein. Die Flotte ist bedingungslos kaiserlich. Alle militärischen Handlungen des deutschen Volkes sind dauernd, unkündbar in eine feste Hand gelegt. Damit ist dieser Hand Macht, Zukunft, Schicksal des deutschen Volkes in einer Ausdehnung anvertraut, die für demokratisches Denken schwer faßbar ist. Wenn man bedenkt, was Bismarck, der die Dinge kannte, über die menschlichen Seiten der absoluten Herrscher gesagt hat, fühlt man die grenzenlose Wucht der Thatsache, daß ein Mann von Fleisch und Blut, ein Gehirn, ein Paar Augen und Ohren nach Erbrecht diese Gewalt hat. Aber gegen die geschehene Geschichte hilft alles Philosophieren nichts. Die preußische Militärmonarchie hat das Reich gegründet und sie hat sich in ihm den ersten Platz gesichert. Am Felsen dieser Thatsache zerrinnt alles Raisonnement wie lockere Brandung. Wir haben nicht zu fragen, wie es hätte werden können, sondern müssen erkennen, was geworden ist und was wir nun weiter zu thun haben.

Nach einem bekannten Naturgesetz verlieren Organe, die wenig gebraucht werden, allmählich ihre frühere Gestalt und Leistungsfähigkeit. Der Bestand deutscher Bundesfürsten, der 1866/70 in das Reich eintrat, hatte eine souveräne Vergangenheit mit eigener Diplomatie und relativ eigener Heerführung. Aus dieser Zeit ragen noch jetzt Gestalten wie der

König Albert von Sachsen, der Großherzog Friedrich Wilhelm Ludwig von Baden und auch Prinzregent Luitpold von Bayern in die politische Gegenwart hinein. Auf ihnen liegt noch etwas vom Glanze der früheren Zeit. Es ist aber nach aller menschlichen Erfahrung anzunehmen, daß die politische Bedeutung ihrer Nachfolger geringer sein wird als ihre eigene. Sie werden einen obersten Adel deutscher Nation bilden, nicht aber Sammelpunkte politischer Elektrizität sein. Was an fürstlichem Glanze und Einflusse in Deutschland möglich ist, sammelt sich an der einen Stelle, deren Aktionen soviel weittragender sind als die aller übrigen.

Deshalb ist zwar unsere Reichsverfassung äußerst kompliziert, die Sachlage aber äußerst einfach. Es giebt zwei Faktoren, die im Deutschen Reiche miteinander zu rechnen haben: der Kaiser und der Reichstag. Vom Reichstag haben wir in früheren Kapiteln gesprochen und gesehen, daß er sich am Problem der Majoritätsbildung abmüht. Hätten wir einen Reichstag mit Zweiparteiensystem, so würde der Reichstag dem Kaiser politisch gleichwertig gegenüberstehen können, dann würde er eigene gesetzgeberische Initiative besitzen und durch die Geschlossenheit seines Auftretens eine ihm genehme Regierung erzwingen können. In diesem Falle würde auch das Recht wiederholter Auflösung nicht allzuviel bedeuten. Von dem Zweiparteiensystem sind wir aber noch ungeheuer weit entfernt. Unser Parlamentarismus ist jung und arbeitet mit einer Kräftevergeudung und Zerspaltenheit, die ein parlamentarisches System selbst in einer Republik schwer möglich machen würde, die aber gegenüber der geschlossenen Kraft des Kaisertums notwendig zur geringeren Wirkung führt. Natürlich muß die Demokratie auf Erweiterung der thatsächlichen Kraft des Stimmrechtes bedacht sein. Sie wird es aber nur können, wenn sie den Gesichtspunkt stets im Auge hat, daß eine Vielheit von Gruppen die Gesamtkraft des Parlamentarismus lähmt, und daß eine demokratische Majorität nur möglich ist auf vaterländischer Grundlage. Das letztere ist eine unbedingte Notwendigkeit, denn niemals wird es eine Majorität in Deutschland geben, die auf deutsche Machtwirkung verzichtet.

Vorläufig steigt im Vergleich mit dem Reichstag das Kaisertum. Aus dem, was die Verfassung an Rechten bietet, bildet sich ein

neues Amt zentraler Gewalt. Das Kaisertum ist mehr geworden, als 1871 jemand annehmen konnte. Vielleicht formuliert eine spätere Zeit dieses Wachstum in staatsrechtlichen Paragraphen. Heute denkt niemand daran, das alte Rechtskleid zu ändern, da es nirgends drückt. Die Geschichtslage, das moderne Leben, die öffentliche Meinung und die Person des jetzigen Kaisers helfen dazu, die Fülle kaiserlicher Thatwirkung zu steigern. Er ist ein Faktor unter anderen, aber allerdings er ist der erste.

Von sozialdemokratischer Seite wird öfter hervorgehoben, daß auch der Kaiser ein Produkt der Verhältnisse ist. Ganz recht! Er sowohl als Person wie sein Amt entstehen und werden unter gegebenen Verhältnissen, und wie jeder von uns anderen durch den Standort gebildet wird, auf dem er wächst, so auch der Kaiser. Ganz falsch aber ist es, aus diesem Satz vom Produkt der Verhältnisse schließen zu wollen, daß eine große politische Partei am Kaiserproblem neutral vorübergehen könne. Alle anderen Faktoren, mit denen man sich verbindet oder gegen die man kämpft, sind in derselben Weise Produkt. Wenn der Kaiser stark ist, so sind es erkennbare sachliche Verhältnisse, die ihn stark machen, nicht nur Paragraphen im Reichsgesetzblatt. Wird er stärker als diese Paragraphen, so gilt es den sachlichen Ursachen nachzuspüren, warum Deutschland jetzt einen solchen Kaiser haben muß. Es war kein Zufall, daß einst in Rom Cäsar allgewaltig wurde. Seine persönliche Genialität würde ihn nicht zum Herrn der damaligen Welt gemacht haben, wenn diese Welt nicht einen Kaiser verlangt hätte. Auch Napoleon stieg, weil Frankreich nach der Revolution einen einheitlichen überragenden Willen brauchte. Wo liegen die sachlichen Gründe der neudeutschen kaiserlichen Gewalt?

Wenn Kaiser Wilhelm II. sagte: „wir leben im Zeitalter des Verkehrs", so sprach er mit diesem Wort eine der Grundlagen seiner Macht aus. Die alten deutschen Kaiser waren immer nur an einer Stelle thätig, entweder in Italien, oder am Rhein oder in den Ostmarken. Wo sie nicht waren, da galt von ihnen: der Himmel ist hoch und der Zar ist weit! Noch Napoleon I. hatte trotz seines bewundernswerten Kurierdienstes doch eine sehr lokale Art der Einwirkung, denn Tilsit und der Ebro waren damals ferner als heute irgendwelche

Punkte der bewohnten Erde. Man lieſt Napoleons Lebensgeſchichte immer mit dem Gefühl: was hätte dieſer irdiſche Allgegenwärtige gethan, wenn er hätte telegraphieren können und in 48 Stunden von Paris nach der ruſſiſchen Grenze fahren! Er würde auf allen Schlachtfeldern ſelber geweſen ſein, eine fliegende Kraft fabelhafter Wucht. Napoleon III. war der erſte Staatsmann, der den Telegraphen zu handhaben verſtand, Bismarck hat ihn ſehr benutzt, Wilhelm II. iſt geradezu der erſte Virtuos des modernen Verkehrszeitalters. Er lebt überall das Leben mit, telegraphiſch hörend und redend. Wenn in Frankreich ein Unglück eintritt, iſt er der erſte, der ſein Beileid verſichert, wenn irgendwo ein Gelehrter von Ruf ſtirbt, telegraphiert er der Witwe, wenn in Südafrika die Engländer verlieren oder gewinnen, iſt er ſo ſchnell orientiert als es der engliche Kabel zuläßt, die Reichstagsverhandlungen gehen in telegraphiſchem Auszug in ſeine Hände, will er etwas wiſſen, ſo ſpielen alle Drähte. Auf einem Schiff, das 22 Knoten in der Stunde zurücklegt, durchfurcht er die Meere Europas, und im Schnellzug, 80 Kilometer die Stunde oder mehr, durcheilt er das Land. Kein Mann größter Geſchäfte hat die Verkehrsmittel ſo in der Gewalt als ein Souverän, der es verſteht, mit ihnen zu arbeiten. Und daß Wilhelm II. dies verſteht, weckt in dieſem verkehrsdurſtigen, verkehrsbegeiſterten Zeitalter ein Gefühl, daß er eine Verkörperung der in uns allen wirkſamen elektriſchen Tendenzen ſei. Wenn man im Eiſenbahnzuge ſitzt, und auf der Nebenſchiene raſt der Kaiſerwagen vorüber, dann denkt man an Wuotan und ſein Heer, nur daß es kein mythiſcher Spuk iſt, ſondern eine Wirklichkeit: es fährt die moderne Zentralperſon!

Als das moderne Leben anfing, dachte man, dasſelbe würde abflachend wirken und die hochragenden Köpfe in den Maſſen begraben. Es iſt auch nicht zu leugnen, daß es eine ganze Reihe moderner Erſcheinungen giebt, die ſo wirken: die allgemeiner werdende Bildung, die ſteigende demokratiſche Geſinnung u. ſ. w., aber man ſoll nicht überſehen, daß jedes Zeitalter der Erfindungen und Entdeckungen zuerſt die ſtärkt, die zuerſt imſtande ſind, alle neuen Mittel auszunutzen. Die modernen Verkehrsmittel tragen täglich die neueſten Nachrichten in jedes Haus, aber die meiſten Häuſer können mit dieſen neueſten Nachrichten praktiſch wenig anfangen. Kraftzuwachs iſt der Nachrichtendienſt nur für Kraftſtellen.

Was aber die Zeitungen den Zentralpersonen leisten, ist ungeheuer. Man braucht zunächst einmal noch nicht an den Kaiser zu denken sondern mache mit uns eine ganz allgemeine Beobachtung: Schwer und langsam hebt sich ein Menschenkopf aus der modernen Masse heraus. Es kostet für den Geschäftsmann, Dichter, Gelehrten ungeheure Mühe, ehe die Ohren, die täglich so unzählige Namen hören, beim Klang seines Namens etwas aufmerken. Ist er aber einmal über den Massendurchschnitt heraufgewachsen, dann stellt sich der moderne Apparat von selbst in seinen Dienst. Bei dem täglichen Stoffbedürfnis aller Zeitungen wird von den gewordenen Größen, sie seien welcher Art sie wollen, jede Kleinigkeit millionenfach verbreitet. Man denke an Tolstoi, Ibsen, Nansen, Vanderbilt, Rhodes, Dreyfus. Alle illustrierten Blätter bringen die gewordenen Größen mit und ohne Familie, mit und ohne Kostüm. Die beständige Wiederkehr derselben Namen fixiert sie im Gedächtnis, bis sich auch der Widerwilligste mit ihnen beschäftigen muß. Niemandem aber dient dieser gewaltige freiwillige Apparat mehr als den geborenen Zentralpersonen. Bismarck verwendete diese moderne Entstehung der öffentlichen Meinung, wie uns Buschs Memoiren zeigen, mit vollem Bewußtsein ihrer Wichtigkeit. Dem Kaiser fließt diese tägliche Unterstützung von selbst zu. Jedes öffentliche Wort von ihm dringt in zwei Tagen bis in jedes Dorf. Ein Kaiser, der das weiß, muß dies benutzen, und Wilhelm II. thut es. Er spricht sich über jede öffentliche Frage aus. Es giebt keine Angelegenheit, in der der Volksgeist nicht mit ihm gleichsam debattiert. Nie spricht er allen aus der Seele, aber stets spricht er zu allen, und das Gesamtergebnis ist, daß alle eine Art modernes Personalverhältnis zur kaiserlichen Zentralperson bekommen. Wilhelm I. war in der Verwendung dieses modernen Herrschaftsmittels viel weniger eifrig als sein Enkel. Dieser ist in seiner ganzen Methode des Regierens moderner. Diese moderne Methode sammelt Macht.

Man kann bisweilen das Gefühl haben, der Kaiser sei bei aller Macht in gewisser Weise alleinstehend, isoliert. Dies Gefühl ist richtig. Das Alleinstehen ist aber kein Element der Schwäche. Gerade ein Zeitalter, das es dem einzelnen im Volke so unendlich schwer macht, aus der Gebundenheit seines mit tausend Fäden an das Gesamtleben verketteten

Berufes herauszukommen, hat ein Wohlgefallen an kraftvoller Persönlichkeit und läßt sich Schwankungen, Gegenmeinungen, Eigenheiten leicht gefallen, wenn es nur Charakter als solchen: Willensenergie, bemerkt. Die persönliche Willensenergie der Fürsten wächst aber im allgemeinen mit der Isolierung ihrer hohen Stellung. Ein legitimer Monarch in einer Agrarmonarchie hat weniger Gelegenheit, sich als Willensmensch zu entfalten, als ein Herrscher, der keine absolut gleichmäßige Basis seines Wirkens hat. Um das, was wir meinen, an einem sehr grellen Beispiel zu beleuchten, greifen wir rückwärts zur Geschichte der italienischen Fürsten im 14. und 15. Jahrhundert, die uns Burckhardt in seinem bekannten Buche „die Kultur der Renaissance in Italien" geschildert hat. Wir sagen im voraus, daß uns die höchst degenerierte Moral der Renaissancetyrannen, wie sie Burckhardt beschreibt, nur Ergebnis jener Zeit, der Kleinheit ihrer Herrschaftsverhältnisse und der völligen Unsicherheit jener Herrschaftsexistenzen zu sein scheint und in keiner Weise allgemeingültige Folge der Situation ist, aus der die starke Willensenergie jener Herrscher floß. Diese italienischen Herrscher waren aber Willensnaturen von typischer Art. Daß sie es waren, erklärt sich nicht bloß aus allgemein menschlichen Verhältnissen wie etwa Rasse und zufällige Blutmischung, denn diese allgemein menschlichen Ursachen wirken stets, große Willensmenschen auf Thronen tauchen aber nur in bestimmten Zeiten auf. Es war damals das alte Lehnssystem in Italien gebrochen, eine alte lange Tradition versank und für die neuen Stadtverhältnisse war eine neue politische Tradition noch nicht entstanden. In diese Lücke zwischen alter und neuer Tradition schiebt sich die schaffende Persönlichkeit ein. Die größten Willenspersonen wachsen dann, wenn der Wille der bisher maßgebenden Klassen unsicher wird, wenn eine bisher herrschende Aristokratie versagt und eine neue noch nicht gewachsen ist. Das war auch die Lage Napoleons I. Die alte Aristokratie war für Frankreich in der Nacht vom 4. August 1789 verloren gegangen, eine neue Aristokratie war noch nicht da, eine herrschaftsfähige demokratische Majorität noch weniger, der Platz für einen Cäsar war frei.

Der Einfluß des Napoleonismus auf das neudeutsche Kaisertum ist nicht zu verkennen. Bismarck geht in seinen Erinnerungen nicht direkt

auf diesen Punkt ein, giebt aber gelegentlich Material genug, um eine Ansicht zu bestätigen, die sich jedem Beobachter seiner Entwickelung aufdrängt. Er hat in der entscheidenden Werdezeit seines Lebens den Napoleonismus in sich verarbeitet. Bei einem Besuche am Hof Friedrich Wilhelms IV. macht man ihm deutlich, wie wenig angenehm seine Intimität mit Napoleon III. empfunden wird. Am 11. Mai 1857 schreibt er an von Gerlach: „Berliner Nachrichten sagen mir, daß man mich am Hofe als Bonapartisten bezeichnet." Diese Ansicht bestreitet er zwar, aber er bemüht sich doch breit und eifrig mit dem Nachweis, daß Napoleon nicht deshalb zu bekämpfen sei, weil er aus der Revolution stamme:

> Die jetzige Regierungsform Frankreichs ist nichts Willkürliches, was Louis Napoleon einrichten oder ändern könnte; sie war für ihn ein Gegebenes und ist wahrscheinlich die einzige Methode, nach der Frankreich auf lange Zeit hin regiert werden kann.

Der Grundgedanke des Napoleonischen Systems ist: die Volkssouveränität wird theoretisch anerkannt, aber durch Übertragung auf einen Mann ausgeübt. Diese Übertragung geschieht durch Volksabstimmung. Die Basis für das Regiment ist der Wille der Masse. Der Imperator ist Verkörperung des nationalen Gesamtwillens, er gründet sein Recht darauf, daß die Nation ihn braucht, und daß er das Heer hat.

Diese napoleonischen Ideen sind in Deutschland nicht rein durchgeführt, aber der preußisch monarchische Gedanke ist stark mit ihnen durchtränkt worden. Wir haben kein Plebiszit, aber wir hatten doch einen aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden konstituierenden norddeutschen Reichstag, der die Verfassung mit der Krone Preußen „vereinbarte". Unser agrarischer Adel ist nicht in einer Nacht vom geschichtlichen Schauplatz abgetreten wie der französische, unsere Revolution von 1848 war nicht siegreich, noch lebt, wirkt, trotzt die alte agrarische Tradition, sie weicht nur langsam, Platz für Platz verteidigend vom alten Terrain, aber sie weicht doch. Der Kaiser ist zugleich König von Preußen. Als Preußenkönig hat er das Erbe der alten Tradition übernommen, als Kaiser ist er nationaler Imperator, Verkörperung des Gesamtwillens, persönlicher Führer aus einer alten in eine neue Zeit. Es kann um seines monarchischen Untergrundes willen nicht einfach mit den italienischen Stadt-

fürsten oder mit Napoleon verglichen werden, aber sein Kaiseramt bietet doch Ähnlichkeiten. Die alte Aristokratie kann den Regierungsbedürfnissen des neuen Deutschland nicht genügen, denn gerade in diesem neuen gewerblichen Deutschland geht sie ja zurück. Sie kann nicht Weltmacht und Welthandel fördern, denn diese Ausdehnungspolitik zieht ihr den Boden unter den Füßen weg. Eine neudeutsche Regierungsschicht ist noch nicht da, weder in der industriellen Aristokratie, noch in der industriellen Demokratie. Es klafft jene Lücke zwischen alter und neuer Zeit, von der wir oben redeten, und damit ist die Situation gegeben, in der persönliche Fürstenenergie sich ausleben kann. Das Volk als Ganzes empfindet, daß bei der Unfertigkeit der neuen politischen Faktoren ein Wegfallen der persönlichen Imperatorenkraft ein Rückfall an die alte Herrscherschicht sein müßte. Darum lebt ihm in der Imperatorenperson seine Volkszukunft, bis einmal tragfähige neue politische Massengebilde da sein werden, die die politische Rolle spielen können, die bis vor kurzem die agrarische Aristokratie spielte. Marx hat das Wort von der „Diktatur des Proletariates" gesprochen und damit gemeint, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus persönlich diktatorisch geleitet werden müsse, ein an sich richtiger Gedanke, sobald die Zeit für diesen Übergang einmal reif sein sollte. Da es sich aber vorläufig noch keineswegs um den Übergang der Herrschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus handelt, sondern erst um das Überwinden der agrarischen Herrschaft durch den privat-kapitalistischen Industrialismus, so ist auch die Uhr der Weltgeschichte, zumal in Deutschland, erst dort, wo sie die Stunde für die Diktatur des Industrialismus anzeigt. Diese ist eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland und auch für Deutschlands Demokratie. Wenn diese Diktatur der Industrie nicht aus dem preußischen Königshause heraus entstanden wäre, würde „die deutsche Frage" ungelöst geblieben sein, jene deutsche Frage, deren materielle Seite es war, eine Einheit des Marktes zu schaffen und einen kämpfenden Wirtschaftskörper aus den Produktivkräften Deutschlands zu formen. In diesem Fall würde noch heute das Bürgertum republikanisch denken, denn Republikanismus ist in Ländern mit monarchischer Gewöhnung die Verzweiflung an der Leistungskraft der Monarchie, gerade wie erneuter Napoleonismus in Frankreich Verzweiflung an der Republik ist. Solange aber der deutsche

Imperator sich als gegebenen Führer zur weiteren Entwickelung darstellt, hat er eine Macht, die unerschütterlich ist, denn niemand garantiert so gut wie er die Verteidigung des deutschen Lebens nach außen.

Deutschland muß eine starke auswärtige Politik führen, weil es eine neue Großmacht ist. Wir hören öfter aus wohlgesinntem nationalen Munde die Weltlage Deutschlands so darstellen, als seien wir allein die friedlichen Lämmer, alle anderen Nationen aber seien reißende Wölfe mit fletschenden Zähnen und blutgierigen Augen. Eine solche Darstellung ist einfach dumm. Man braucht nur einmal längere Zeit Deutschland durch die Brille ausländischer Blätter zu betrachten, um zu wissen, daß wir draußen keineswegs als schneeweißes Weltgeschichtsschäfchen gelten. Die Wahrheit ist doch vielmehr folgende: durch die preußisch-deutschen Siege von 1866 und 1870 ist eine völlige Verschiebung im „Gleichgewicht" von Europa eingetreten, unser neues Kaisertum hat das habsburgische Kaisertum in den Schatten gestellt und das napoleonische Kaisertum gestürzt, Berlin hat sich zur Hauptstadt des westlichen Kontinentes gemacht, das früher gespaltene, gedrückte, verlachte Deutschtum ist zur maßgebenden Potenz zwischen Rußland und England geworden, aus Machtlosigkeit wurde Macht, und neue Macht ist für andere stets drückend. Wir Deutsche sind die neuesten Revolutionäre in der europäischen Familie, die Leute, die den Schlaf des Erdteils zum letzten Mal in entscheidender Weise gestört haben. Daß unser Volk das that, war sein gutes Recht vor Gott und Menschen, es wollte nach langen Jahrhunderten des Elends auch einmal den Platz an der Sonne haben. Wir sind froh und glücklich, daß es gelungen ist, die Reichseinheit und Macht zu gründen, aber wir halten es für einfältige Sentimentalität, wenn wir nun nach dem allen thun wollten, als hätten wir kein Wässerchen getrübt. Weil wir Nation sein wollten, müssen wir auch offen und gern die Folgen tragen, die sich aus der Erfüllung dieses Wollens ergeben. Wir müssen mit dem Mißtrauen und Übelwollen aller derer rechnen, die durch unsere neue Macht in irgendwelchen Hoffnungen oder Wünschen getäuscht sind. Wenn unsere Nachbarn nicht unter sich auch Streit hätten, und wenn wir nicht einen Furcht gebietenden Militarismus besäßen, würden wir in der Lage Preußens sein, als Friedrich II. gegen das ganze damalige Europa zu kämpfen hatte.

Es liegt nicht in der Absicht dieses Buches, die Verhältnisse der äußeren Politik genauer zu besprechen, aber an dieser Stelle, wo wir von den Ursachen der wachsenden Macht des Kaisertums reden, dürfen wir nicht völlig an ihr vorübergehen. Die äußere Politik ist wichtiger und folgenschwerer als die innere. Natürlich hängen beide aufs engste zusammen: man kann keine kraftvolle äußere Politik machen ohne ein gesundes, kraftvolles, patriotisches Volk, man kann keine größere soziale Reform ins Leben rufen ohne eine Wirtschaftspolitik, hinter der das Schwert geschliffen ist. Beide Arten von Politik sind ja im Grunde nur Thätigkeiten desselben Gesamtkörpers, zwei Arten von Aktualität desselben Blutes. Aber die äußere Politik hat doch im einzelnen Moment die größere Verantwortung, denn alle inneren Reformen, alle Freiheit, Gerechtigkeit, Wohlstand, Bildung sinken und brechen von dem Moment an, wo die Macht nach außen fällt. Man sehe den heutigen Zustand des so glücklich veranlagten, von Natur reich bedachten französischen Volkes! In allen französischen Revuen werden die Gründe des Niederganges erörtert. Es gedeiht nichts mehr recht. Woran fehlt es? An der Sieghaftigkeit, am Glauben der Nation an ihre Zukunft! Es liegt unseren vortrefflichen Nachbarn unser Sieg im Gebein. Gerade, weil wir die Franzosen lieben, bedauern wir, sie, unsere natürlichen Verbündeten, so pessimistisch zu finden, aber dieses Bedauern muß uns zugleich eine tief eindringliche Lehre dafür sein, was es für eine ungeheure Sache für ein Volk ist, im Aufsteigen begriffen zu sein, siegkräftig zu bleiben. Das empfindet die weitaus größte Mehrzahl unseres Volkes, bis tief hinein in die Sozialdemokratie, daß wir um alles in der Welt keine große militärische Niederlage haben dürfen. Wir verlangen eine Diplomatie, die uns nicht isoliert werden läßt, und eine Heeresleitung, die uns vor Jena und Auerstädt bewahrt. Diplomatie und Heeresleitung sind aber nicht die starken Seiten der Demokratie und des Parlamentarismus. Sie fordern ihrer Natur nach einen ständigen, fast möchte ich sagen, einen monarchischen Betrieb. Im Gebrauch des letzteren Wortes muß man allerdings vorsichtig sein, da uns die Geschichte Beispiele von Republiken zeigt, die in äußerer Politik mehr leisteten als schlecht vertretene Monarchien. Das Hauptgewicht liegt auf dem Wort „ständig". Die russische äußere Politik arbeitet mit den längsten

fristen und ist deshalb diplomatisch erster Qualität. Wir wissen, wie schwer es Ländern wie Frankreich und England wird, als bündnisfähig zu gelten, da man immer nicht weiß, ob das, was Felix Faure versichert hat, auch die Idee von Loubet ist. Auch Republiken können, wenn sie in festen Händen liegen, erfolgreiche äußere Politik machen, wahrscheinlicher ist aber ein guter Erfolg bei Vorhandensein einer Dynastie, deren Selbsterhaltungstrieb mit dem Selbsterhaltungstrieb der Nation zusammenfällt, und deren Geschichte einen Hintergrund von diplomatischer und staatspolitischer Erfahrung in sich birgt. Glaubt man, daß die schwerste, verantwortungsreichste aller politischen Arbeiten bei völligem Mangel an Erbweisheit am besten betrieben werden könne? Das würde mindestens nicht naturwissenschaftlich richtig gedacht sein. Und ist es in der Heeresleitung anders? Das Heer will einen festen Punkt haben, nach dem es schaut. Wenn in Republiken Feldherren siegreich sind, gelten sie als gefährlich. Eine italienische Stadtrepublik, die ihren siegreichen Truppenführer, der sie rettete, aus Dankbarkeit erschlug, um ihn zum Stadtheiligen machen zu können, handelte in ihrer Weise konsequent, denn sie vernichtete jeden Ansatz monarchischer Gestaltung, aber wer wird sie das nächste Mal retten wollen? Um ein starkes, leistungsfähiges Heer zu haben, müssen selbst sehr republikanische Völker gewisse monarchische Formen tragen. Nun aber ist Deutschland ein Gebiet voll von militärisch-monarchischen Vergangenheiten. Seine zwei größten Feldherren waren ein Kurfürst und ein König. Unsere ganze militärische Vergangenheit läßt für unser Volk gar keine andere Möglichkeit offen, als einen kaiserlichen Kriegsherrn zu haben, wenn wir auf geeinte deutsche Waffenkraft Anspruch erheben. Wir haben uns zur neuesten europäischen Großmacht aufgeworfen. Gut! Weil wir es gethan haben, brauchen wir Diplomatie und Heer, und weil wir beide brauchen, brauchen wir den Kaiser.

Es ist aber unser deutsches Auftreten als neue deutsche Großmacht nur die eine Hälfte der Sache. Die andere Hälfte ist die fabelhafte Wirtschaftsentwickelung, die unser Volk genommen hat, seit es Deutsches Reich wurde. Wir werden von dieser Entwickelung im Abschnitt von der Flotte noch einmal zu reden haben. Hier genügt der allgemeine Gesichtspunkt, daß seit 1871 das deutsche Volk nicht stehen geblieben ist, sondern mit

immer größeren Ansprüchen innerhalb der Menschheit auftritt. Die Ursache dieser weiteren Machtentwickelung ist dieselbe, die wir von Anfang an als Ursache der wachsenden Demokratie erkennen mußten, die überaus starke Bevölkerungsvermehrung. Je mehr Millionen deutsche Männer Waffen tragen können, je mehr Millionen Hände Ware schaffen können, je mehr Millionen Bürger Schiffe zahlen können, desto höher steigt die Kaisermacht. Als König Wilhelm I. in Versailles, umgeben von Fahnen und Gewehren, in Hörweite der deutschen Geschützlinie, sich zum Kaiser ausrufen ließ, sagte er in einer nach drei schweren glücklichen Kriegen ganz begreiflichen Stimmung:

> Uns aber und unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.

Der Friede ist seitdem erhalten, an kriegerische Eroberungen in Europa ist nicht gedacht worden, die Neuzeit kam als neue Wirtschaftszeit. Wer hat sie eigentlich gebracht? In erster Linie die deutschen Mütter, diese allzeit Mehrerinnen des Deutschen Reiches! Auf ihrer Leistung, auf der fürsorgenden Arbeit von Millionen Familienvätern ruht im Grunde die steigende Macht des neudeutschen Kaisertums. Diese Väter und Mütter heben Deutschland täglich in die Höhe, wenn aber der ganze Berg steigt, dann steigt auch das Schloß auf seinem Gipfel. „Die Masse muß es bringen" ist auch ein Wort für Könige und Kaiser.. Die deutsche Masse bringt es, sie bringt Heer, Flotte, Geld und Macht. Ohne Massenwachstum hilft keine persönliche Genialität. Moderne Riesenmachtmittel sind nur möglich, wenn ein ganzes Volk frühlingsartigen Saft in seinen Gliedern hat. Nicht die Fürsten machen das Volk, aber mit dem Volke wachsen große Herrscher.

Es zeigt sich, daß im Grunde Kaisertum, industrielle Aristokratie, Demokratie drei Erscheinungsformen ein und derselben Sache sind. Sie sind drei Folgen des Aufwachsens des neuen volkreichen gewerblichen Deutschland auf dem alten agrarischen Boden. So sehr sie unter sich durch lebhaft empfundene Interessengegensätze und auch durch daraus folgende Antipathien getrennt sind, so oft sie auch bisher

politisch sich gegenüberstanden, sie sind doch, weltgeschichtlich angesehen, ein gemeinsames Gewächs. Es ist unmöglich, im gegenwärtigen Zeitpunkt eins dieser Elemente ohne das andere zu denken. Wenn eins von ihnen krankt, so kranken die zwei anderen mit. Dieser Sachzusammenhang ist der Grund, weshalb es nicht als beliebige und willkürliche politische Kombination hingestellt werden kann, wenn wir für unser politisches Programm die Überschrift wählen: „Demokratie und Kaisertum".

Demokratie ist politische Herrschaft des Mehrheitsprinzips, Kaisertum ist nationale Herrschaft des Einen. Zwischen diesen zwei politischen Prinzipien giebt es keine endgültige formale Aussöhnung. Aber im Lauf der Geschichte giebt es Perioden, wo die Macht der Verhältnisse, die Logik der wirklichen Dinge ein Zusammenwirken der zwei Faktoren nötig macht. Eine absolute Monarchie ist in der Gegenwart ebenso unmöglich wie eine absolute Demokratie. Beide Teile protestieren formell gegen jede Abschwächung des in ihnen liegenden natürlichen Gegensatzes, aber sie verstehen sich dazu, einen gemeinsamen Weg gemeinsam zu gehen. Hat nicht die bisher herrschende agrarische Aristokratie im Grunde ebenso gehandelt? Die Monarchie entstand im Kampf mit ihr, machte aber dann mit ihr gemeinsam Geschichte. Jetzt bricht die Sicherheit dieses alten Bodens. Die Wirtschaftsführung kommt in die Hand der industriellen Aristokratie. Diese aber hat keine eigene Massenwirkung. Der Kaiser führt die Nation als Diktator dieser neuen Aristokratie. Indem er aber dieses thut, braucht er die Masse, die Demokratie. Das ist der Entwickelungsgang, den unsere deutsche Geschichte gehen wird. Eins nur läßt sich nicht vorhersagen: mit welchen Zwischenstufen, über welche Hindernisse dieser Weg gegangen werden wird. Jetzt ist zwischen Kaisertum und Demokratie noch volle Spannung auf beiden Seiten. Es ist denkbar, daß diese gegensätzliche Spannung noch größer wird, ehe sie sich löst. Wünschenswert ist, daß bald die beiderseitige Interessengemeinschaft anerkannt wird. Je eher, desto besser, denn für Deutschlands Wirtschaftsleben und nationale Größe kann es keinen schöneren, glücklicheren Tag geben als den, wo das durch die Sachlage gegebene Bündnis auch im Bewußtsein und Wollen der Beteiligten anerkannt wird.

IV. Die Politik Kaiser Wilhelms II.

Es handelt sich beim deutschen Kaisertum nicht um ein Amt, das, ganz abgesehen von seinem einzelnen Träger, in gleicher Weise seine Wirkung äußert. So unabhängig von der Persönlichkeit ihres Trägers sind entweder nur Ehrenämter, die wenig Initiative fordern, oder geringere Dienste. Die oberen leitenden Stellen in jeder Art Geschäft, vor allem im Staatsganzen, sind nicht Stellen, die ihren Träger in eine bestimmte Form hineinpressen, sondern die ihm den Boden geben, sich auszuleben. Unter Wilhelm I. füllte Bismarck unter Gewährung seines Herrn den Raum des kaiserlichen Machtbereiches in höchst persönlicher Weise aus. Seine Wendungen waren Staatswandlungen. Als er persönlich schutzzöllnerisch wurde, mußte Europa nachfolgen u. s. w. Es ist deshalb nicht nebensächlich, wenn wir uns an dieser Stelle direkt mit der Person des gegenwärtigen Kaisers befassen. An Gelegenheit, seine Denkweise kennen zu lernen, fehlt es ja nicht, und diese Denkweise ist ebenso sehr ein politisch zu berechnendes Etwas wie etwa die Entwickelung des Geistes der Sozialdemokratie oder der Agrarier. Natürlich ist Darstellung des Geistes einer lebendig wirkenden Person immer schwer und unsicher, aber auch bei Beobachtung und Vorherbestimmung des Gruppen- oder Massengeistes kann man irren. Sowohl im Leben des Kaisers wie der Parteien können Vorkommnisse sich einstellen, die alle Berechnung über den Haufen werfen. Da aber einmal der deutsche Kaiser die große politische Macht hat, die er besitzt, würde es von der Demokratie direkt falsch und unpolitisch sein, wenn sie sich nicht mit seiner Weltanschauung befassen wollte.

Vielleicht ist es gut, dabei von Kaiser Friedrich III. auszugehen. Er fehlt in der deutschen Geschichte. Das, was er in den kurzen Tagen seiner Regierung als todkranker Mann thun konnte, ist nicht ausreichend, um ein politisches Charakterbild zu liefern. Seine Proklamationen wurden im Moment ihres Erscheinens als liberale Kundgebungen aufgefaßt, bieten aber dem, der sie heute nachträglich liest, wenig politisch markante Stellen. Soviel aber ist gewiß, daß er unkonservativ war. Das Verhalten der konservativen Presse in den Monaten seiner Regierung genügt, um das allgemeine Gefühl der Agrararistokratie zu bezeichnen, daß

er nicht zu ihr gehörte. Es besteht eine Tradition, daß von ihm aus im Winter 1883/84 eine Aufforderung an die durch Rickert und Richter vertretenen linksliberalen Gruppen ergangen sei, sich zu einigen, da er im Falle eines Antrittes der Regierung eine große liberale Partei zu finden hoffe. Dieser Tradition ist widersprochen worden, wir haben aber Gründe, sie für sachlich richtig zu halten, selbst wenn eine „Aufforderung" oder direkte Mitteilung nicht stattgefunden haben sollte. Die Einigung erfolgte unter der Voraussetzung, daß man nicht nochmals eine Bismarcksche Reichstagswahl durchmachen müsse. Da dieses aber dennoch geschah, so war Rickert gezwungen, 1887 den Kampf gegen das Septennat mitzumachen und sich damit in die volle Gefolgschaft eines unmilitärischen Liberalismus zu begeben, was seiner ursprünglichen Anlage fernliegt. Dadurch entstand aber in der Öffentlichkeit der Eindruck, Kaiser Friedrich würde weniger militärisch sein als sein Vater, ein Eindruck, der sich bis zu französischen Hoffnungen auf Rückgabe von Elsaß-Lothringen steigerte. Dieser Eindruck ist entschieden falsch. Kaiser Friedrich würde Militärkaiser gewesen sein, wie nur je ein Kaiser vor ihm und nach ihm. Aber er würde versucht haben, nach englischem Vorbild parlamentarisch zu regieren. Bismarck erzählt zwar, daß er ihm gegenüber 1885 die Absicht einer Parlamentsregierung verneint habe, aber schon daß Bismarck ihn darum befragte, zeigt die Richtung seiner Gedanken. Vielleicht hat er Parlamentsregierung verneint, weil er Bismarck vorerst behalten wollte, und weil es eine geeignete liberale Majorität nicht gab. Man weiß, daß selbst der schwerkranke Kaiser Schwierigkeiten machte, das Gesetz über Verlängerung der Legislaturperioden zu unterzeichnen.

Es ist schwer, sich klar zu machen, wie eine Regierung Kaiser Friedrichs verlaufen sein würde, wenn er 10 oder 20 Jahre als gesunder Mann hätte seinem Volke dienen können. Daß er einen politisch leistungsfähigen, das Parlament beherrschenden bürgerlichen Liberalismus hätte hervorrufen können, bezweifeln wir, ebenso aber auch, daß er bereit gewesen sein würde, mit der sozialen Demokratie zu gehen. Es kann sein, daß sein Regiment in schwerem Pessimismus zu Ende gegangen wäre, eine Stimmung, zu der er, wie Gustav Freytag es beschreibt, schon vor seiner Krankheit Neigung hatte. Unter allen Umständen aber gehört dieser

liberale Vater und auch die aus England stammende liberale Mutter in das Bild der Weltanschauung Wilhelms II. Nicht als ob er seinem Vater in der Gesinnung direkt gefolgt wäre! Im Gegenteil! Die alte Menschheitserfahrung, daß Väter und Söhne selten völlig gleiche Ideale haben, bestätigte sich auch hier. Kaiser Wilhelm II ist nicht im bürgerlichen Sinne liberal. Die allgemein humanen, menschenrechtlichen Ideale der alten Achtundvierziger treten bei ihm nicht hervor. Auch ist er religiös nicht im Sinne seines Vaters protestantisch-liberal. Viel stärker als sein Vater steht er unter dem Einfluß der gesamten Bismarckschen Schule. Aber eins hat er doch unverkennbar vom Elternhause: er ist kein reiner Nachfolger der alten konservativen Tradition geworden. Die Wucht der legitimistisch-konservativen Eindrücke, denen ein preußischer Thronfolger ganz von selbst ausgesetzt ist, die Sprache der alten Schlösser, die Gedanken der Kammerherren, das Zeremoniell des Hofes, der Umgang der Generäle, der Besitz agrarischer Flächen, das alles ist nicht stark genug gewesen, das moderne Ich zu dämpfen, das im Purpur geboren wurde. Natürlich wirkt die ganze preußisch-konservative Vergangenheit in seiner Seele weiter und oft bricht sie in einzelnen Worten und Wendungen naturkräftig heraus, aber in der Tiefe dessen, was er denkt und sagt, liegt eine bestimmte, bleibende Wendung gegen die Vertreter der rechten Seite. Er muß aus politischen Gründen meist mit der Rechten gehen, aber, soviel wir ihn verstehen: er liebt sie nicht!

Die Reden Kaiser Wilhelms II. enthalten einerseits allgemeine Gedanken über Staat, Nation, Monarchie, Parteiwesen, kurz über seine Gesamtauffassung der Politik, andererseits Aussagen über bestimmte Gegenstände, Gesetze u. s. w. Mit den letzteren müssen seine Regierungshandlungen und sein Verhalten zu hervorragenden Personen in Beziehung gebracht werden. Aussagen über Religion, Kunst, Pädagogik und andere nicht direkt politische Angelegenheiten werden wir im Blick auf den rein politischen Zweck dieser Arbeit außer Betracht zu lassen haben.

Ungeheuer stark und oft tritt in seinen Reden die hohe Bedeutung seines kaiserlichen Amtes hervor. Er vermeidet es, sein Amt auf die Verfassung zu gründen und geht meist direkt auf die Quelle aller menschlichen Ämter, Aufgaben und Thätigkeiten zurück, auf Gott. „Wir Hohen-

zollern nehmen unsere Krone nur vom Himmel und haben die darauf ruhenden Verpflichtungen dem Himmel gegenüber zu vertreten." Von Kaiser Wilhelm I. sagt er 1897 in Koblenz:

> Er trat aus Koblenz, wie er auf den Thron stieg, hervor als ein ausgewähltes Rüstzeug des Herrn, als welches er sich betrachtete. Uns allen, und vor allen Dingen uns Fürsten hat er ein Kleinod wieder emporgehoben und zu hellem Strahlen verholfen, welches wir hoch und heilig halten mögen; das ist das Königtum von Gottes Gnaden, das Königtum mit seinen schweren Pflichten, seinen niemals endenden, stets andauernden Mühen und Arbeiten, mit seiner furchtbaren Verantwortung vor dem Schöpfer allein, von der kein Mensch, kein Minister, kein Abgeordnetenhaus, kein Volk den Fürsten entbinden kann.

Es spricht sich in diesen und vielen ähnlichen Worten nicht so sehr der Absolutismus im Sinne älterer staatsrechtlicher Doktrin aus, als das Bewußtsein, im königlichen Amt, soweit dieses reicht, unbedingt frei von Menschenzwang zu sein. Die Ablehnung, die darin liegt, richtet sich ebenso sehr gegen eine staatsrechtliche Theorie, die den Fürsten zum bloßen Beauftragten anderer politischer Faktoren machen will, als gegen praktische Beeinflussungsversuche. Aus allem Drang der an ihn kommenden Strömungen und Strebungen ringt sich stets von neuem ein äußerst entschiedenes „Ich"-Bewußtsein los. Man versteht dieses „Ich" wohl kaum, wenn man sich nicht erinnert, wie stark das eiserne „Ich" Bismarcks auf seiner ganzen Umgebung gelastet hat. An diesem Bismarck-Ich und im Gegensatz zu ihm hat sich das neue Kaiser-Ich gebildet. Die alte Herrscherformel „Wir", die im offiziellen Sprachgebrauch bleibt, lockert und schärft sich in der Rede zu dem ganz persönlichen Ich. Es ist dann weniger das Amt als die Person, die sich durchsetzen will. Sich als Person weiß der Kaiser zu großen Aufgaben von Gott berufen. Er schreitet „auf dem Wege vorwärts, der ihm vom Himmel gewiesen ist". An diesen seinen Weg glaubt er, denn das Amt des wachthabenden Offiziers auf dem Staatsschiff ist ihm zugefallen. „Mein Kurs ist der richtige und er wird weiter gesteuert", „herrlichen Tagen führe ich Euch noch entgegen". Es war 1891, wo er sagte: „Einer nur ist Herr im Reich, keinen anderen dulde ich," und wo er in das goldene Buch des Münchener Rathauses einschrieb: suprema lex regis voluntas.

Eine eindringlichere Formulierung des monarchisch-persönlichen Bewußtseins kann es kaum geben als dieses an Ludwig XIV. erinnernde Wort. Zwischen dieser Formulierung und der demokratischen Formel von der Souveränität der Majorität kann man keine dialektische Vermittelung suchen wollen. Der Monarch denkt als Monarch, der Proletarier als Proletarier, jeder von beiden denkt aus seiner Lage heraus, und man müßte einen traurigen Kleister von Worten kochen, wenn man beide Teile zu derselben staatsrechtlichen Lehre bringen wollte. Das ist ja aber auch nicht nötig, da verschiedene politische Faktoren mit verschiedenen klar ausgesprochenen naturnotwendigen Tendenzen desto freier und offener das Gemeinsame finden können, nachdem sie ihre Unterschiede beiderseits unzweifelhaft dargethan haben. Viel unklarer als eine Demokratie, die ihr Prinzip wahrt, aber praktisch mit dem Kaiser geht, ist ein Konservatismus, der theoretisch die absolute Macht anerkennt, und praktisch gegen sie agitiert, sobald sie ihm irgendwie drückend wird. Niemals kann in einem großen Volke eine einheitliche staatsrechtliche Theorie eine allgemeine Zustimmung gewinnen. Alle Politik ist ein Handeln und Kämpfen von Kräften. Der Kaiser ist unter diesen bei uns vorhandenen Kräften die erste. Das weiß er und spricht es aus. Von ihm zu verlangen, daß er etwa reden solle wie Eugen Richter oder auch nur wie Professor Hänel, ist ein einfacher Unsinn. Er ist in seiner Weise ebensogut Partei wie alle übrigen Mächte, er hat eine große Tradition, eine große Verantwortung und eine gewaltige Machtbefugnis. Nehmen wir dazu, was wir im vorigen Abschnitt über die durch die Übergangslage geschaffene relative Isolierung des kaiserlichen Diktators der neuen deutschen Entwickelung sagten, so werden wir gestehen müssen, daß die „Ich"-Reden des Kaisers das notwendige Ergebnis der Stellung sind, in der er sich befindet. Man kann sich keine willenskräftige Individualität an seine Stelle denken, die nicht nach einer Art Naturgesetz so reden müßte.

Und giebt es nicht Momente, wo jeder Demokrat den metallenen Klang dieses „Ich" einmal gern hört? Wie war es in Dortmund im August 1899, als der Kaiser vom Kanal sagte:

> Die . . . Macht soll auch für dieses große Werk mit voller Wucht eingesetzt werden. Dafür werde ich stehen!

In diesen ersten Tagen des Kanalkampfes begriff es der westdeutsche Arbeiter, auch der Sozialdemokrat, was es für Deutschlands Freiheit und Größe bedeuten müßte, wenn die gesammelte Kaiserenergie einmal endgültig, unbeugsam den Kampf gegen die Hemmungsmächte übernehmen würde, die in ihrer verletzten Selbstsucht unseren Fortschritt gefährden.

Es ist ja doch unmöglich, das Persönliche aus der Weltgeschichte auszuschalten! Um vorwärts zu kommen, braucht jedes Volk eine Anzahl prophetisch sichere Ich-Personen. Auch die Demokratie lebt, wie wir schon sahen, nicht ohne dieses Element. Warum soll der Thron nicht die Stelle sein für solche Sicherheit des eigenen Willens? Was hülfe es uns, wenn wir einen Fürsten hätten, der sich leiten ließe? Oder wenn wir keinen hätten? Wäre dann die Demokratie und der Sozialismus in Deutschland auch nur um einen Zentimeter weiter voran? Im Gegenteil! Unsere Fortschrittshoffnungen gründen sich mehr auf den Kaiser als auf den Reichstag in seiner jetzigen Zusammensetzung. Natürlich ist jede starke, mit Imperatorengewalt ausgerüstete Ich-Person ein gewisses Hemmnis der freien Entwickelung anderer Kräfte. Der verstorbene Ludwig Bamberger hat nach Bismarcks Tode die Frage aufgeworfen, ob Bismarck imstande gewesen wäre, das deutsche Bürgertum politisch zu erziehen, wenn er gewollt hätte. Die Frage ist nicht ganz richtig gestellt, denn ein Bismarck kann das nicht wollen. Wer Tag für Tag direkte Entscheidungen in Weltmachtsfragen abzugeben hat, für den kommt die politische Erziehung der einzelnen Teile einer Masse, die er oft als Hinderung empfindet, nur gelegentlich in Betracht. Im allgemeinen wird er geneigt sein, auch die innere Politik nur unter dem Gesichtspunkt des Schachspiels der Kräfte anzusehen. Eine Förderung ihrer politischen Tendenzen kann also die Demokratie vom Imperator nur insofern erwarten, als Konzessionen demokratischer Art für Hilfsleistungen auf nationalem Machtgebiet geleistet werden. Eins aber wird dabei von demokratischer Seite oft übersehen. Man glaubt, daß es ein direktes Interesse des Imperators sei, freiere Gestaltung der Landtagswahlen, Kommunalwahlen, Vereine u. s. w. zu hindern. Das ist nicht der Fall. Der Imperator, der Weltpolitik macht, ist thatsächlich in der Lage, in diesen Dingen äußerst entgegenkommend zu sein, um so mehr, je mehr er seiner eigenen persönlichen

Wucht sicher ist. Er ist keineswegs ein geborener Gegner demokratischer Fortschritte, nur allerdings auch kein geborener Freund derselben. Solche Fortschritte zu erreichen, ist und bleibt Aufgabe einer klugen, praktischen Politik der Masse. Der Imperator hat sein Auge anderswohin geheftet, auf die Ausdehnung der Macht. In dieser Richtung ist Kaiser Wilhelm, getragen vom Glück des bisherigen Werdeganges des neuen Deutschen Reiches, voll von freudigem Optimismus. Er sieht die Zukunft gleich dem „vom Golde der aufgehenden Sonne bestrahlten Wasserspiegel des in majestätischer Ruhe sich ausbreitenden stillen Ozeans". Am ausdrücklichsten verkündete er sein Zukunftsprogramm 1896 bei dem 25jährigen Jubiläum der Gründung des Deutschen Reiches:

> Aus dem Deutschen Reiche ist ein Weltreich geworden. Überall in fernen Teilen der Erde wohnen Tausende unserer Landleute. Deutsche Güter, deutsches Wissen, deutsche Betriebsamkeit gehen über den Ozean. Nach Tausenden von Millionen beziffern sich die Werte, die Deutschland auf der See fahren hat. An Sie, meine Herren, tritt die ernste Pflicht heran, mir zu helfen, dieses Deutsche Reich auch fest an unser heimisches zu gliedern.

Sein Programm ist: Erweiterung der preußisch-deutschen Militärmacht zum Weltreich. Dazu gehört Heer und Flotte. In äußerst zahlreichen Reden tritt er für beides ein. Dem Grafen Caprivi spricht er unvergeßlichen Dank für die Durchbringung der Militärvorlage von 1893 aus. Wenn der neue Reichstag die Militärvorlage nicht bewilligt haben würde, lag ein ernster politischer Konflikt nicht außer dem Bereich der Möglichkeit. Am 9. Mai 1893 sagte der Kaiser auf dem Tempelhofer Feld zu den Generälen:

> Ich hoffe von einem neuen Reichstag die Zustimmung zur Militärvorlage. Sollte aber diese Hoffnung täuschen, so bin ich gewillt, alles, was ich vermag, an die Erreichung derselben zu setzen, denn ich bin zu sehr von der Notwendigkeit der Militärvorlage, um den allgemeinen Frieden erhalten zu können, überzeugt.

Mit derselben unbeugsamen Energie setzt er die Vermehrung der Flotte durch. Daß Deutschland heute in seiner Gesamtheit dem Verständnis des Flottengedankens sich öffnet, daß bis weit in die Reihen der Demokratie hinein die Flotte begeisterte Freunde findet, ist in erster Linie sein Werk. Oberflächliche demokratische Schriftstellerei weiß für den Um-

schwung, den er auf diesem Gebiete hervorgerufen hat, nichts Besseres zu sagen als: Servilität und Byzantinismus! Das ist aber eine geradezu jämmerliche Erklärung für die Thatsache, daß die große geschichtliche Notwendigkeit der Seemacht vom obersten Führer des deutschen Staates zuerst eindringlich erkannt und gegenüber anderen Strömungen straff festgehalten wurde. Ist es etwa Byzantinismus, wenn unsere ganze Jugend den Flottengedanken mitdenkt? Das Volk als Ganzes fand an der Hand seines Kaisers ein neues weltgeschichtliches Ideal, ein Ideal, das von Wasserromantik umrauscht, von Wimpeln und Flaggen umflattert, an Hansa und holländische Seemacht angeknüpft, aber doch im Grunde eine schwere, nüchterne, teure Lebensforderung des neudeutschen Industrialismus ist. In nichts anderem ist der Kaiser so sehr moderner, industrieller Deutscher als in seiner thatkräftigen Arbeit für die Flotte. Er hat im Zeitalter des Verkehrs den Blick für die Politik der Erdkugel gewonnen, während unsere Demokratie noch die Politik der alten deutschen Kleinstaaterei mit sich herumschleppt. In diesem Punkt bezeichnet die Regierung Kaiser Wilhelms II. einen entschiedenen Fortschritt gegenüber der Bismarckschen Periode. Was Kaiser Wilhelm II. beseelt, ist die Staatspolitik einer werdenden ersten Handelsmacht. Er kennt die Notwendigkeit von Export und Import, und seine Flottenpolitik sichert uns, daß er nie, nie eine dauernde Gemeinschaft mit der agrarischen Aristokratie haben kann.

Sein Verhältnis zu dieser agrarischen Aristokratie ist ein im höchsten Grade interessantes und eigentümliches. Er ist offener Gegner der agrarischen Wirtschaftspolitik und verlangt doch dabei die Gefolgschaft seines Adels. Niemals wurde dies deutlicher als bei den Verhandlungen über den deutsch-russischen Handelsvertrag. Zum damaligen Reichstagspräsidenten von Levetzow sagte der Kaiser im Februar 1894:

> Ich bin weit davon entfernt, auf die Überzeugung eines einzelnen einwirken zu wollen, aber Sie müssen doch klar darüber werden, wie der Kaiser von Rußland diese Dinge auffaßt. Er würde es gar nicht verstehen können, wie Leute, welche bei Hofe ein und aus gehen, welche meine Uniform tragen, in einer Sache gegen mich stimmen, welche von so weittragender Bedeutung ist.

Als dann am 6. September 1894 in Königsberg Galatafel gehalten

wurde, wurden die konservativ-agrarischen Führer von der Einladungsliste gestrichen: Graf Mirbach, Graf Kanitz, Graf Klinckowström, Graf Dohna-Wundlack und von Klitzing. Im Trinkspruch aber sagte der Kaiser:

> Ich habe tief bekümmerten Herzens bemerken müssen, daß aus den mir nahestehenden Kreisen des Adels meine besten Absichten mißverstanden, zum Teil bekämpft worden sind, ja sogar das Wort Opposition hat man mich vernehmen lassen. Meine Herren, eine Opposition preußischer Adeliger gegen ihren König ist ein Unding!

Über den Antrag Kanitz soll der Kaiser zu Freiherr von Manteuffel gesagt haben: „Sie können mir nicht zumuten, daß ich Kornwucher treibe." Die Annahme der Handelsverträge mit Österreich, Italien und Belgien begrüßt er schon 1892 mit folgenden Worten:

> Ich glaube, daß die That, die durch Einleitung und Abschluß der Handelsverträge für alle Mit- und Nachwelt als eines der bedeutendsten geschichtlichen Ereignisse dastehen wird, geradezu eine rettende zu nennen ist .... Ich bin überzeugt, nicht nur unser Vaterland, sondern Millionen von Unterthanen der anderen Länder, die mit uns bei dem großen Zollverband stehen, werden dereinst diesen Tag segnen.

In allen diesen und vielen anderen Worten, die der Kaiser in Hamburg, Bremen und anderswo gesprochen hat, findet sich eine ganz einheitliche, mit der Flottenpolitik notwendig verbundene handelspolitische Überzeugung. Die Handelsverträge, die der Kaiser als rettende That bezeichnet, wurden mit Hilfe der Liberalen und Sozialdemokraten angenommen. Auf dieser Seite liegt die natürliche parlamentarische Majorität für die Ziele Kaiser Wilhelms II., eine Majorität, die aber nicht entstehen und sich entwickeln kann, solange es für freiheitlich gilt, Heer und Flotte zu verweigern.

Es ist sehr wichtig, daß sich Kaiser Wilhelm II. niemals gegen die Wirtschaftspolitik der Linken ausgesprochen hat. In allen seinen Reden existiert kein einziges Wort gegen Kapitalismus, Industrialismus, gegen die Politik der gewerblichen Volkshälfte. Er will, wie jedermann in Deutschland, die Nöte der Landwirtschaft soweit erleichtern, als es im Rahmen einer industriellen Weltmachtpolitik möglich ist, die Grundlage alles seines Thuns ist diese Politik. Was der Kaiser gegen die Linke sagt, liegt auf ganz anderem Gebiet. Die Linke ist anti-

militärisch und darum „vaterlandslos". In schärfsten Ausdrücken bekämpft der Kaiser die Ablehnung nationaler Macht von dieser Seite, begreiflicherweise doppelt scharf, wenn sozialdemokratische Taktlosigkeit sich an der Erinnerung seines kaiserlichen Hauses vergriff. Was der Kaiser in dieser Hinsicht sagte, läßt sich an Herbigkeit kaum überbieten: „eine Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen", „vaterlandslose Feinde der göttlichen Weltordnung". Schon 1889 sprach er zu den Bergarbeitern Schröder, Siegel und Bunte: „für mich ist jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind". Diese Beurteilungsweise der politischen Stellung der Sozialdemokratie hat sich in der ganzen Regierungszeit Wilhelms II. nicht geändert und kann sich nicht ändern, solange diese Partei ihren thörichten, zwecklosen Standpunkt in Sachen der Vaterlandsmacht beibehält. Auch das an anderer Stelle noch zu erwähnende neuere Wort vom „Austoben" der Sozialdemokratie kann daran nichts ändern. Im Punkte der Vaterlandsverteidigung kann, darf, soll ein deutscher Kaiser keinen Zoll breit nachgeben. Wenn er in diesem Punkte auch nur die geringste Unsicherheit zeigen würde, müßte das für alle Volksgenossen, die Sozialdemokraten eingeschlossen, verhängnisvoll sein. Kein Kaiser kann mit Parteien gemeinsam arbeiten, die ihm nicht in der ersten Aufgabe zur Seite stehen, die ein Volk hat: sich zu schützen! Aber ist es nicht vielleicht psychologisch richtig, zu glauben, daß Kaiser Wilhelms Aussprüche über die Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokraten einen Wunsch enthalten, mit den deutschen Arbeitern gemeinsam deutsche Politik machen zu können? Zu Leuten, von denen man nichts hofft, spricht man in anderer Weise. Der Kaiser vertritt das Wirtschaftsinteresse aller derer, die einen guten Geschäftsgang brauchen. Was wäre natürlicher, sachlich verständiger, als daß die Bewegung, deren wirtschaftliche Hauptangelegenheit der Lohn ist, mit ihm geht?

Ehe die Linke nicht für Militär und Flotte ist, muß der Kaiser seine Wirtschaftspolitik mit der Linken und seine Militärpolitik mit der Rechten machen. Das ist ein unhaltbarer Zustand. In diesem Doppelspiel reiben sich viele vorzügliche Kräfte vergeblich auf, denn niemals bewilligt die Rechte ohne Entgeld. Natürlich setzt der Kaiser die nationalen Machtforderungen stets durch, aber auf Kosten einer wirtschaftlichen

Politik, die er selber vertritt. Das, was man „Zickzackkurs" genannt hat, beruht auf diesem Zustande. Im Kaiser liegt das Wechselnde nicht, sein Kurs ist thatsächlich klar, nur fehlt für diesen Kurs die parlamentarische Grundlage. Die Sozialdemokratie nötigt den Kaiser, nach rechts hin festeren Anschluß zu suchen, als es seinem eigenen Programm entspricht. Damit schädigt die Sozialdemokratie die Lebensinteressen der Masse, die sie vertritt. Wenn sie politisch klug wäre ginge sie mit dem Kaiser!

Es finden sich Sozialdemokraten, die diesem Gedankengang nicht jedes Recht abstreiten. Ohne ihre Grundsätze aufzugeben, verschieben sie den radikalen Gegensatz gegen die Monarchie in den ersten Teil ihres Programmes, das heißt unter diejenigen Sätze, die „innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung" unerfüllbar sind. Was einmal dort aufgehoben ist, kann dort belassen werden, denn Dinge, die einer „andern Gesellschaftsordnung" angehören, kümmern uns noch weniger als die uns unbekannten Staatsgrundgesetze Chinas. Aber sie geben zu bedenken, daß der deutsche Kaiser bei allem zeitweiligen Gegensatz zu den Konservativen sich doch niemals wirklich von ihnen trennen werde, er werde lieber mit ihnen untergehen als mit einer Masse von Demokraten leben wollen. Alle seine Differenzen mit jenen seien nur Gefechte unter Freunden, und der geschichtlich notwendige Sprung von rechts nach links werde faktisch vom Kaiser nicht gethan werden. Das würde mit anderen Worten heißen: die industrielle Weltmachtspolitik Wilhelms II. sei in ihm schwächer als die Beeinflussung durch die „Edelsten und Besten".

Wenn man sich die Frage so vorlegt, wird man zweierlei zur Beantwortung nicht vergessen dürfen:

1. Die Umgebung Kaiser Wilhelms II. ist gar nicht in der Weise konservativ, wie es bei früheren preußischen Königen der Fall war. Schon allein das Element der Marineoffiziere ist völlig andersartig. Dazu kommt, daß die neue Aristokratie am Hof mehr und mehr Platz findet. Es gab eine Zeit, wo Stumm viel am Hofe verkehrte, es kam eine andere Zeit, wo Krupp mehr zu gelten schien, niemals aber gab es eine Zeit, in der man von besonders nahem Verkehr agrarischer Größen etwas gehört hat.

2. Nach allem, was man von ihm sieht und hört, ist Kaiser Wilhelm II. ein Mann, bei dem Gefühlsgründe sich im Entscheidungsfall den Verstandsgründen unterordnen. Sein heller, weltoffener Verstand muß ihm aber in jedem Augenblick etwaigen Schwankens sagen, daß eine hervorragende Zukunft seines ruhmreichen Hohenzollernschen Hauses nicht in einem hochschutzzöllnerisch abgeschlossenen Winkel europäischer Erde zu haben ist, der nach der väterlichen Weise ostpreußischer Rittergüter geleitet wird.

Unzweifelhaft ist die Krisis, die zwischen Krone und Agrariertum bevorsteht, für beide Teile so bitter und schwer, daß sie ihr möglichst lange aus dem Wege gehen. Die Konservativen bewilligen aus diesem Grunde ohne Kanitz doch noch immer Kähne. Wenn sie das zum ersten Mal unterlassen, dann sagt auch der Kaiser: nun ist es genug! Es kann sein, daß dieser Zeitpunkt bei Beratung der nächsten Handelsverträge eintritt, wenn dann der Flottenbau nach dem neuen Plan jährlich beraten werden muß. Noch schwebt die Kanalfrage unerledigt in der politischen Atmosphäre. Das Gewitter kommt, man weiß nur nicht wann. Wilhelm II. kann in Sachen, wie es der Kanal ist, warten, aber schwerlich verzichten.

Und wenn nun das politische Gewitter kommt, nach dem der deutsche Boden dürstet, wenn einmal alle Blitze, die in der Hand des Imperators sind, nach den Schlössern an der Oder und Weichsel hin zucken, wenn die Abrechnung kommt für eine Schuld von Jahrhunderten, wenn die Neuzeit wie Morgenröte in die Höhe steigt, was macht dann die Demokratie? dann legt sie die Hände in den Schoß und lacht, wie es wettert und donnert in den oberen Regionen! Nein, das kann und darf sie nicht thun! Das Vaterland, um dessen Zukunft dann gekämpft wird, ist ihr Vaterland. Es wird in diesem Zeitpunkt nicht bloß Taktik sein, sondern unmittelbares Volkswollen, Lebenstrieb, was der Masse in der Seele spricht: Du und Dein Kaiser, Ihr gehört zusammen, denn Ihr habt denselben Kampf! Man löse ein einziges Mal den Reichstag auf mit der Parole: gegen Brotwucher! Der Erfolg wird überraschend, überwältigend sein, und im Feuer der gemeinsamen Arbeit für das Wohl des ganzen deutschen Volkes wird in kurzer Zeit viel altes Mißverständnis schmelzen. Zwar Liebknecht wird auch dann noch seine alte Rede halten, aber diese Rede

wird nicht mehr das Bekenntnis der demokratischen Millionen sein. Wer aber will ein Deutschland überwinden, in dem Kaiser und Masse sich gefunden haben?

Aber steht nicht unverwischbar zwischen Kaiser und Masse der Tag von Oeynhausen? Als dort im schönen westfälischen Bade die treuherzigen Männer und Frauen jenes urdeutschen Gebietes wie Mauern standen, ihren Kaiser zu begrüßen, sprach der kaiserliche Mund die bekannten Drohungen, deren Folge die Einbringung der „Zuchthausvorlage" war. Wie scharf diese nicht zum Gesetz gewordene Vorlage im Gemüt der gesamten sozialdemokratischen und nicht sozialdemokratischen Arbeiterbevölkerung gewirkt hat, weiß und begreift jeder, der dem mühsamen, opfervollen Kampfe der Arbeiter um bessere Lebenslage seine Aufmerksamkeit widmet. Ihr Echo ist nicht mit der Stunde verklungen, wo Lieber und Bassermann dem verhängnisvollen Entwurfe ein schnelles Ende brachten. Es wird nicht genügen, hier bloß von einem weniger gut unterrichteten Kaiser an einen besser zu unterrichtenden zu appellieren, es kann nicht genügen, da dieser Entwurf ein Stück des Systems gewesen ist, das bisher gewaltet hat. Das System, zu dem er gehörte, war die Politik der „Sammlung", die wir früher beschrieben haben. Von diesem Gesichtspunkt aus wird das, was bisher geschehen ist, in seiner Notwendigkeit begriffen werden können, und von ihm aus wird auch das Zutrauen wachsen, daß, wenn einmal diese Politik von Sammlung vorüber ist, derartiges nicht wiederkehrt.

Wenn es richtig ist, was wir ausführen, daß der Kaiser der oberste Kopf der neudeutschen Industrieentwickelung ist, so hat er dieselben Verbindungsmöglichkeiten wie die industrielle Aristokratie nach rechts und links. Solange die Verbindung nach rechts besteht, erneuern sich natürlich die Versuche der Eindämmung der Organisation der Arbeiter. Ist aber einmal diese Verbindung zu Ende, ist die Zeit vorbei, wo Kaiser Wilhelm II., wie Graf Douglas vor 12 Jahren sich ausdrückte, „Kartellkaiser" ist, dann wird er es gerade sein, der mit seiner ganzen persönlichen Dringlichkeit und mit dem ganzen Erfolge, den seine Worte bei den führenden Industriellen haben müssen, diesen klar macht: der Arbeiter kämpft um sein Brot; ihm gebührt dabei gleiches Recht und gleiche Sonne!

Nicht ganz sicher zu beurteilen ist die Stellung, die bei dem kommenden Umschwung der Kaiser zum Zentrum einnehmen wird, es ist aber nicht gleichgültig, was er in dieser Richtung voraussichtlich thun wird, da ohne das Zentrum ein normaler, verfassungsmäßiger Fortschritt der innerpolitischen Krisis Deutschlands ausgeschlossen erscheint. Aus den von uns in früheren Abschnitten mitgeteilten parlamentarischen Ziffern ergiebt sich, daß eine liberal-demokratische Majorität ohne Zentrumshilfe nicht vorhanden ist, und daß sie sich auch im besten Fall nur innerhalb eines gewissen längeren Zeitraums bilden wird. Wenn der Schwerpunkt der deutschen Staatsleitung von rechts nach links verlegt werden soll, so muß er auf seinem Wege eine Weile auf die Mitte, aufs Zentrum, gestützt werden. Das ist unseres Erachtens die Bedeutung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe, daß er das Verhältnis zwischen Regierung und Katholizismus in ruhiger Diplomatie bessert. Er bereitet damit sacht und klug eine Bahn, die der kaiserliche Wagen später einmal fahren soll. Der Verlauf würde etwa dieser sein:

1. Entwickelungsstufe: Irgend eine größere nationale Forderung wird ohne konservative Gesamtunterstützung mit Hilfe der Nationalliberalen, der freisinnigen Vereinigung und vor allem des Zentrums bewilligt. Das ergiebt eine „Politik der Mitte", geeignet, klerikale Wünsche, gewisse soziale Fortschritte und einen milden Liberalismus zu pflegen. Große einheitliche Wirtschaftspolitik läßt sich mit dieser „Mitte" nicht leisten, kaum ein System von Handelsverträgen, aber diese Stufe ist dennoch nötig, damit die Ruhezeit gewonnen wird, in der die soziale Demokratie, nicht mehr bedroht von Umsturzvorlagen und befreit von den Chikanen einer ihr abgeneigten Verwaltung, sich soweit national umwandeln kann, um die Mitverantwortung für die Geschicke Deutschlands zu tragen.

2. Entwickelungsstufe: Je mehr innerhalb der „Politik der Mitte" die Klagen des Klerikalismus durch Erfolge an Eindringlichkeit verlieren und je weniger stark infolgedessen einerseits die Macht des Zentrums werden wird, andererseits die Neigung liberaler Elemente, mit ihm im weiteren Verbandsverhältnis zu stehen, desto mehr braucht die Regierung gegen die dann wüst anschwellende konservative Opposition eine einheitlichere Basis und stellt sich, sobald die Demokratie ihre nationale Aufgabe begriffen hat, auf die linke Seite.

3. Entwickelungsstufe: Die „Politik der Mitte" trennt sich nach rechts und links. Der größere Teil des Zentrums wendet sich nach rechts und wird ein Bestandteil der konservativen Gesamtopposition. Diese ist dann klerikal-konservativ-agrarisch. Das „Kartell der Linken" besteht aus einer demokratischen Massenpartei und bürgerlich liberalen Gruppen der industriellen Aristokratie. Auf diese Weise wird annähernd, unter Mitwirkung des Wachstums der industriellen Bevölkerung ein Zweiparteiensystem erreicht und damit ein Zustand, der dem demokratischen wie dem nationalen Ideale besser dient als der heutige Bestand des Reichstags.

Vorläufig handelt es sich um die erste dieser drei Entwickelungsstufen. Ihr früheres oder späteres Eintreten hängt einzig und allein vom Kaiser ab, da die sonstigen Vorbedingungen gegeben sind. Wird aber Kaiser Wilhelm eine katholisch-klerikale Periode in seiner Regierung haben wollen? Er wird es nach unserer Meinung nicht gern thun, aber er wird es thun. Unbeschadet seines innigen persönlichen Protestantismus, von dessen Echtheit jeder überzeugt ist, der Gelegenheit hatte, den Kaiser bei religiösen Akten zu beobachten, hat er es bisher in bewundernswerter Weise verstanden, die Gefühle des deutschen Katholizismus für sich zu gewinnen. Als er 1893 in Rom mit dem Kardinal Ledochowsky auf der deutschen Botschaft frühstückte, hat er nach dem Bericht der Kölnischen Volkszeitung zu ihm gesagt: „Eminenz werden gebeten, die Vergangenheit zu vergessen." Als Windthorst starb, schmückte kaiserliches Zartgefühl den Sarg „des Reichsfeindes". Als der Kaiser in Jerusalem die Erlöserkirche einweihte, schenkte er den deutschen Katholiken Palästinas die Dormition. Der katholische Missionsbischof von China erfreut sich kaiserlichen Wohlwollens, ebenso verschiedene der höheren katholischen Würdenträger Deutschlands, darunter auch der neue Kölner Erzbischof Dr. Simar. Freilich als das klerikal-konservative Volksschulgesetz 1891 auf der Tagesordnung stand, war es der Kaiser (unter Beirat von Miquel), der durch eine Kundgebung in der Kronratssitzung das Gesetz zu Fall brachte. Wenn die erste oben bezeichnete Entwickelungsstufe betreten werden soll, wird der Kaiser noch wiederholt in ähnliche Lagen kommen. Diese psychologische Schwierigkeit ist nicht gering zu schätzen, denn es liegt viel Tradition im Hohenzollernschen Protestantismus, aber

niemand, selbst Miquel nicht, wird einen Weg zeigen können, wie ohne Konzessionen an das Zentrum eine industrielle Weiterentwickelung Deutschlands möglich sein wird. Das Zentrum weiß, daß sein politischer Sommer kurz sein wird, darum wird es seine Ernte zu beschleunigen suchen.

Was aber will Miquel? Ihn hat der Kaiser 1889 beim Festmahl im Palmengarten in Frankfurt a. M. hochleben lassen und ihn bestellte er in der sozialpolitischen Ära 1890 zum Referenten des Staatsrats. Miquel hat alle anderen Minister überdauert, und oft hat man sich an das allerdings nicht ganz gewisse Wort erinnert: „Sie sind mein Mann!" Über Miquels finanzpolitische Tüchtigkeit braucht nichts gesagt zu werden, da die Jahresabschlüsse für ihn sprechen, er ist aber mehr als Finanzpolitiker. Ihm liegt weniger am Schein der Macht als am Wesen, und Psychologie und Taktik arbeiten in seinen feinen Händen mit maschineller Präzision. Nach seiner Vergangenheit müßte er liberaler Politiker sein, aber in seiner Gegenwart ist er konservativer Kartellvertreter. Er ist dasselbe in Silber, was Stumm in Eisen ist. Bei seiner wunderbaren Gabe, die Sprache im Geiste Talleyrands zu verwenden, ist es kaum möglich, ein festes Programm von ihm zu zeichnen. Als Person aber ist er klar genug der Mann, dem wir selbst Rückwärtsrevidierung der Verfassung zutrauen würden, wenn er eine solche für aussichtsreich hielte. Miquel ist das stärkste Band zwischen dem Kaiser und den Konservativen, aber er ist kein unzerreißbares Band. Wenn ihm einmal der Arzt, und sei es auch ein politischer Doktor, die Fortsetzung seiner aufreibenden Thätigkeit untersagen sollte, würde niemand da sein, der das alte Kartell immer von neuem leimen könnte. Und schließlich ist trotz allen seines Geschickes nicht Miquel der Herr sondern Wilhelm II. Ein Kaiser, der, als es nötig wurde, Bismarck entließ, wird auch den Zeitpunkt kennen, wo Miquelsche Fäden zerrissen werden müssen. Schon sind Herr Schweinburg und Herr von Zedlitz-Neukirch der privaten Bethätigung wiedergegeben, und Stumm hat während schwerer politischer Vorgänge Zeit für italienische Landschaften, und noch besitzt Herr von Lucanus einen gewissen kleinen Vorrat seidener Schnuren.

Es ist eine fast unbeschreiblich große Verantwortung, die auf einem Kaiser liegt, der in Zeit aufsteigender Volksentwickelung mit wachsender

Macht ein Führer eines modernen großen Volkes geworden ist. Für ihn kann auch die innere Politik nur ein Teil dessen sein, was ihn beschäftigt. Äußere Politik, Heer, Marine stellen ebenso große Ansprüche an die geistige Arbeitskraft der Zentralperson. Aber gerade der Blick auf die äußere Politik, auf Heer und Marine wird den Kaiser immer wieder veranlassen, der Frage nachzusinnen, ob Deutschland auf den politischen Patriotismus seiner industriellen Masse verzichten kann. Es kann es nicht! Die großen Institutionen deutscher Macht müssen vom allgemeinen Volksempfinden getragen werden. Napoleon III. hat einmal gesagt, auf Erden gebe es nur zwei wirklich bedeutende Mächte: die Armee und die Masse. Die Herstellung des rechten Verhältnisses zwischen Armee und Masse ist Kaiserarbeit.

V. Demokratie und Heer.

Ein vielgelesenes französisches Buch über „die Superiorität der Angelsachsen" von Edmond Demolins vergleicht den Patriotismus der modernen Völker und kommt zu dem Resultat, daß der auf Militarismus gegründete Patriotismus der Franzosen, Deutschen, Russen, Italiener und Spanier eine weltgeschichtlich geringwertigere Form sei als der auf die Unabhängigkeit des Privatlebens gegründete Patriotismus der Engländer und Nordamerikaner. Die Engländer haben gerade deshalb die Welt erobert, weil sie kein militärisches Eroberungsvolk sind, sondern eine lockere Gemeinschaft von kolonisationsfähigen Individuen, die allen Drill und alle Subordination verschmähen. Daß ein Franzose, nachdem sein Volk nicht mehr imstande ist, eine Militärmacht ersten Ranges zu bleiben, sich solchen Ideen zuwendet, ist nicht auffällig, sachlich richtig sind sie aber deshalb nicht. Auch Englands Vorherrschaft ist mit Kanonen gegründet und wird mit Kanonen erhalten. Wenn es mehr schwimmende als fahrende Kanonen hat, so liegt der Grund dafür in dem Inselcharakter des englischen Mutterlandes. Und gerade die neueren englischen Erlebnisse in Südafrika beweisen es schlagend, daß auch England zum System des Landmilitarismus wird übergehen müssen. Durch die Umspannung der

Erdkugel mit Schienenwegen wird jede Großmacht genötigt, sowohl Landheer wie Flotte zu haben. Das liegt im Wesen der modernen kapitalistischen Großstaatsentwickelung. Auch der englische Arbeiter wird von seiner Regierung Militarismus fordern, wenn er durch etliche Erfahrungen darüber belehrt wird, daß seine Lebenslage vom Weiterbestehen der englischen Herrschaft abhängt. Deutsche Sozialdemokraten sehen es mit Schmerz, wie ihre englischen Brüder Nachtenthusiasmus treiben, sie werden sich aber sagen müssen, daß die Entwickelung der englischen Arbeiterschaft älter ist als die der deutschen, und daß das, was heute drüben ist, bei uns in einiger Zeit sein wird.

Zwar hat der sozialdemokratische Haupttheoretiker Kautsky in der „Neuen Zeit" die Behauptung aufgestellt, der Gegensatz zum Militarismus sei der eigentliche Unterschied der Sozialdemokraten von allen bürgerlichen Parteien:

> So paradox es klingen mag, dieser an sich gar nicht sozialistische, von der bürgerlichen Demokratie her übernommene Kampf (gegen den Militarismus) wird immer mehr dasjenige Merkmal, das die Sozialdemokratie, d. h. den Sozialismus des kämpfenden Proletariates, von den bürgerlichen Reformparteien unterscheidet.

Er führt aus, der Wille zur Sozialreform sei bei dem Wachsen der sozialreformerischen Stimmung im Bürgertum nicht mehr ein entscheidendes Trennungszeichen der Sozialdemokraten von allen übrigen, auch der Glaube an das „Endziel" sei es bei den beliebig weiten Entfernungen, die man dem Endziel geben könne, nicht, unterscheidend, trennend, charakterisierend im strengen Sinne des Wortes sei der Antimilitarismus! Das soll „reiner Marxismus" sein! Nicht die ökonomische Lage, nein, die antimilitaristische Theorie ist das Kennzeichen des Proletariates. So konzentriert sich eine welterobernde Lehre rückwärts, wenn sie ihren Dienst gethan hat! Nach dieser Lehre fällt der proletarische Sozialismus beim nächsten Kriege in sich zusammen, denn sobald ein Krieg beginnt, an dem Deutschland beteiligt ist, ist die ganze Masse dafür; daß wir die besten Kanonen, Gewehre und Pferde haben müssen, die es giebt. Man sieht ja schon beim Einlaufen der Nachrichten vom südafrikanischen Kriegsschauplatz, wie sehr die deutschen Arbeiter den Buren gute Munition wünschen. Wie wird es sein, wenn sich einmal die Massen Europas gegeneinander bewegen?

Dann verfliegt aller „Antimilitarismus" vor der absoluten Notwendigkeit, daß unser Volk sich verteidigen und daß es womöglich den Krieg in das Land des Gegners tragen muß, um nicht sich aller Unbill der Kriegsverheerung auszusetzen, dann wollen alle Sozialdemokraten, wie Bebel richtig zusagt, ihrem Volke tapfere Dienste thun, und werden höchst froh sein, wenn sie Festungen, Artilleriebrigaden und zuverlässige genügend zahlreiche Offiziere und Unteroffiziere vorfinden. Die Masse hat ein Vaterland, selbst dann, wenn sie gegen die Regierung des Vaterlandes protestiert! Und ohne Masse kann das Vaterland nicht verteidigt werden.

Man denke an die großen Zahlen unseres Heeres! Im Jahre 1899 findet sich folgender Friedensbestand:

	Infanterie	Kavallerie	Artillerie	Gesamtsumme
Offiziere . .	13 257	2 385	3 544	23 230
Unteroffiziere .	48 522	9 344	14 359	78 247
Gemeine . .	331 469	56 366	66 186	479 229
Gesamtkopfzahl	395 820	68 908	85 033	585 496

Dieser Friedensbestand ist die Grundlage des Kriegsheeres. Die Feld- und Ersatztruppen im Kriegsfall sind 2 560 000 Mann, 225 000 Pferde und 3560 bespannte Geschütze. Dazu kommt das erste Aufgebot der Landwehr mit 640 000 Mann und das zweite Aufgebot mit 790 000 Mann, von Landsturm und Ersatzreserve abgesehen. Welche technischen und ökonomischen Schwierigkeiten der Transport, die Dislozierung, Verpflegung und militärische Verwendung dieser unerhörten bewaffneten Männermassen macht, kann der Nichtfachmann nur ahnen und wird nicht versuchen, dieses Gebiet zu erörtern. Jedermann aber hat das unmittelbare Gefühl, daß hier unbedingte Zentralisation herrschen muß, wenn die kolossalen Kräfte nicht vergeblich hingeopfert werden sollen. Wir sind froh, daß die Oberleitung dieses Gesamtkörpers durch unsere kaiserliche Spitze dem Ehrgeiz rivalisierender Generale entzogen ist und sehen darin eine Garantie des Erfolgs gegenüber Zuständen, wie sie sich beispielsweise in Frankreich finden. Die kaiserliche Spitze aber weiß, daß diese bewaffnete Masse nicht aus den Kreisen der Hofrangordnung gestellt werden kann, sondern daß sie „das Volk in Waffen" ist, nur möglich durch die Fruchtbarkeit der Menge.

In Deutschland wurden am Ende des Jahrhunderts in einem Jahr ziemlich genau 2 Millionen Kinder geboren, während etwas mehr als 1 200 000 Menschen starben. Der Geburtenüberschuß betrug etwa 800 000. Während man 3 begräbt, werden 5 geboren. Das ist neudeutsche Lebenskraft, Lebenskraft eines industriellen und landwirtschaftlichen Proletariates. Schon einmal sprachen wir von diesen Bevölkerungsziffern, als wir die Träger der demokratischen Bewegung suchten. Damals galt es zu zeigen, daß die Ziffer dieser Träger unaufhaltsam wächst. Jetzt ist es nötig darzuthun, was diese wachsende Proletarierzahl für die Macht der Nation bedeutet.

Die proletarische Masse bildet die Masse des Heeres. Von alters her war der Bauer der geborene Soldat. Er mußte seine Haut „zu Markte tragen", seine harten Knochen und wetterfesten Muskeln waren das Material für die Großthaten des großen Kurfürsten und Friedrichs II. Um Soldaten zu haben, versuchten die Hohenzollern, ihrem Adel das Bauernlegen zu verbieten. Der alte Fritz that alles, was er konnte, um bäuerliche Population zu heben. Wenn die Hohenzollern beim siebenten Jungen Pate stehen, so thun sie das als Militärfürsten. Menschen, Menschen, damit wir Krieg führen können! Die Massen entscheiden im modernen Krieg. Die Heldenhaftigkeit einzelner verschwindet, der Patriotismus der Masse wird Lebensforderung des Staates. Wo er fehlt, hilft das beste Gewehr nichts. Masse ist aber längst nicht mehr Bauernmasse allein. Niemand wird den außerordentlich hohen Wert der Bauernsöhne für Kavallerie und Infanterie verkennen und ihre im Verhältnis zur Bevölkerungsziffer sehr hohe militärische Leistung, aber unzweifelhaft ist, daß in etwa 20 Jahren, wenn die jetzt geborenen Industriekinder herangewachsen sind, die Majorität des Heeres dem Industrievolk entnommen sein wird. Selbst wenn auch in Zukunft der Prozentsatz der Militärtauglichen beim Landvolk größer bleibt als in den Industriebezirken, so wird dieser Mangel durch die steigende Gesamtziffer dieser Bezirke ausgeglichen. Außerdem scheint es nicht völlig sicher, daß Landvolk unter allen Umständen besseres Soldatenmaterial liefert. Von 100 endgültig abgefertigten Gestellungspflichtigen waren in der Zahl der Militärtauglichen des Jahres 1897:

über dem Reichsdurchschnitt		unter dem Reichsdurchschnitt	
Hessen-Nassau	mit 54,25 pCt.	Baden	mit 53,31 pCt.
Schleswig-Holstein	„ 55,61 „	Rheinland	„ 52,71 „
Westfalen	„ 55,62 „	Bayern I	„ 52,37 „
Württemberg	„ 56,42 „	Bayern II	„ 51,19 „
Lothringen	„ 57,08 „	Hannover	„ 50,88 „
Pommern	„ 58,77 „	Großh. Hessen	„ 50,75 „
Posen	„ 59,15 „	Provinz Sachsen	„ 50,74 „
Westpreußen	„ 59,41 „	Königr. Sachsen	„ 49,19 „
Elsaß	„ 60,96 „	Brandenburg	„ 47,64 „
Ostpreußen	„ 71,68 „	Schlesien	„ 47,05 „

Es ist sehr merkwürdig, daß die höchste und auch die niedrigste Ziffer von einer östlichen Provinz mit Großgütersystem geboten wird. Die niedrige Ziffer Schlesiens wird sich kaum allein durch Breslau und die Weberdistrikte erklären lassen. Schon allein der gewaltige Unterschied dieser zwei Provinzen zeigt, daß die Natur des Volksstammes an sich bei der Frage der Militärleistung mitspricht, nicht nur die mehr landwirtschaftliche oder industrielle Beschäftigung. Sodann fällt ins Gewicht, daß die eigentlichen Bauernländer Bayern und Hannover unter dem Durchschnitt stehen. Abgesehen von der starken Leistung der Reichslande sind es die Provinzen mit Tagelöhnerproletariat, die die höchste Zahl von Militärtauglichen liefern. Nächst ihnen aber kommen Württemberg und Westfalen, zwei Gebiete mit reichlicher industrieller Beimischung. Wenn Westfalen Besseres leistet als Hannover, so ist man versucht, den Grund dafür weniger in seinen Bauernsöhnen als in seinen Metallarbeitern zu suchen. Zuzugeben ist, daß die Großstädte ungünstig wirken, aber Industrie auf dem Lande schafft im allgemeinen vortreffliche Soldaten, solange es sich nicht um verarmte, hungernde Hausindustrie handelt.

Und was die Qualität der Soldaten aus der Industrie anlangt, so sind sie vielleicht im Ertragen von Strapazen etwas geringer, aber sie haben dafür in ihrer Mehrzahl etwas, worauf es im modernen Heer gewaltig ankommt: technisches Verständnis. Das Heerwesen wird immer technischer. Die neuen Waffen sind feine, komplizierte Maschinen. Der alte Unteroffizier, dessen Leistungen in Körperkraft und Strammheit be-

standen, wird je länger desto mehr verschoben von einem Mann, der gewisse technische Intelligenz besitzen muß. Das industrielle Zeitalter schafft sich seinen industriell gearteten Krieg. Die Artillerie, diese deutsche Hauptwaffe, bietet in hervorragender Weise technische Arbeit. Wenn Deutschland auf einen Zusammenstoß mit dem Slaventum rechnet, und nur für diesen Fall brauchen wir unser kolossales Landheer, so werden wir unsere Überlegenheit nicht in der reinen Ziffer an sich suchen dürfen, sondern nur darin, daß wir eine technisch besser gebildete Masse zur Verfügung haben.

Es liegt also offenbar ein großer Teil der militärischen Kraft des Deutschen Reiches in seinen industriellen, demokratischen Elementen. Dieser Zustand kann eine Gefahr ersten Ranges bedeuten, wenn unsere Demokratie nicht staatserhaltend sein will. Alle großen Heerführer der Vergangenheit waren darin einig, daß der Geist der Truppe von unberechenbar großer Bedeutung ist. Bei der gesteigerten Gefahr des Zukunftskrieges, im Hagel der Repetiergewehre, unter dem Eindruck des rauchlosen Pulvers, wird alles darauf ankommen, ob das Heer in sich selbst eine kampfbereite Gesinnung hat. Mit anderen Worten: Deutschlands militärische Zukunft hängt davon ab, wie sehr seine Demokratie vom nationalen Gedanken erfüllt ist. Die alte Form opfervoller Königstreue ohne politisches Nachdenken ist für die Majorität des Heeres vorbei, Landsknechte, die für Geld und Raub schießen und sich schießen lassen, haben wir nicht, wir haben junge Männer, die, schon ehe sie in den Krieg ziehen, eine bestimmte politische Anschauung in sich aufgenommen haben, Staatsbürger, die selber wissen wollen, wofür sie kämpfen.

Aus dieser Sachlage ergeben sich Folgerungen sowohl für die Staatsregierung wie für die geistigen Leiter der Demokratie.

Die Staatsleitung, deren erste Aufgabe die Vaterlandsverteidigung ist und bei allem Wechsel politischer Systeme bleiben muß, kann an dem Faktum nicht gleichgültig vorübergehen, daß der Bestand des Heeres vom materiellen und geistigen Zustand des Industrievolkes immer mehr abhängig wird. Mit etlichen Arreststrafen wegen Einführung sozialdemokratischer Litteratur in die Kasernen ist hier lächerlich wenig gethan. Das Vorhandensein der Proletarierkinder im Heer ist eine eiserne Notwendigkeit. Ihre geistige Umgestaltung durch Instruktionsstunden und Kriegsartikel

ist eine höchst ungenügende Maßregel. Im ruhigen Friedensdienst zeigt sich das Denken der uniformierten Demokratie aus begreiflichen Ursachen wenig an der Oberfläche. Ein deutscher Generalstabschef wird aber von Natur immer den Kriegsfall im Auge haben. Er denkt sich eine Niederlage irgendwo im fremdsprachlichen Osten etwa bei Warschau. Die strenge Disziplin ist durch das, hoffentlich nur vorübergehende, Unglück gelockert. Der Charakter des Heeres ist auf die denkbar härteste Probe gestellt: schlechte Verproviantierung, da die Marschrouten geändert werden mußten, schlechtes Wetter, polnische Wege, polnische Hütten, Verwundete, bange Sorgen vor den kommenden Tagen! In solcher Lage giebt man alles, alles gern um ein in patriotischem Sinn absolut zuverlässiges Heer. Was aber thut man heute, um in solchem Fall ein solches Heer zu haben? Hier ist der Punkt, von dem aus die Militärführer sozial werden müssen.

Für die geistige Leitung der Demokratie aber ergiebt sich aus allen diesen Dingen, daß sie bereits heute ein eminent wichtiges Stück der Staatsleitung faktisch in ihrer Hand hat. Sie ist bereits heute mitverantwortlich für die Erhaltung des nationalen Staates, denn der von ihr ausgehende Geist wird sich im nächsten nationalen Entscheidungskampfe zeigen. Von da aus ergeben sich neue Pflichten und Rechte. Die Pflicht besteht darin, daß die Demokratie in Anerkennung, daß sie einen Teil dieser Macht repräsentiert, ihre grundsätzliche Stellung zur Staatsmacht ändern muß, das Recht darin, daß sie dann an die Gestaltung der Staatsmacht bestimmte Anforderungen wird stellen können.

Es bestehen bis jetzt in der bürgerlichen und proletarischen Demokratie mehrere getrennte Gedankengänge hinsichtlich der Heeresfragen, die nach Gelegenheit nebeneinander gebraucht werden. Um sie festzustellen, lassen wir die betreffenden Sätze der demokratischen Programme folgen.

Die deutsche Volkspartei sagt über das Heerwesen:

> **Umgestaltung des Heerwesens in volkstümlichem Geist, kurze Präsenzzeit unter Abschaffung des Vorrechts der Einjährig-Freiwilligen, Reform des Offizierpensionswesens, Öffentlichkeit und Mündlichkeit sowie Ständigkeit der Militärgerichte, Beschränkung der Militärgerichtsbarkeit auf militärische Vergehen, Milderung der militärischen Strafen und Strafarten, Sicherung des Beschwerderechtes . . .**
> **. . . Unterstützungen aller Bestrebungen, welche der Annäherung der Völker, dem**

friedlichen Ausgleich der zwischen ihnen entstehenden Streitigkeiten und der gegenseitigen Verminderung der Kriegsrüstungen zu dienen geeignet sind, Einsetzung ständiger internationaler Schiedsgerichte — Mitwirkung des Reichstags bei der Entscheidung über Krieg und Frieden.

Die freisinnige Volkspartei fordert:

Erhaltung der vollen Wehrkraft des Volkes, allgemeine Dienstpflicht bei möglichster Abkürzung der Dienstzeit, Reform des Einjährig-Freiwilligen-Institutes, keine gesonderte Knabenerziehung zu Berufssoldaten, Beförderung nach Maßgabe der Tüchtigkeit, keine Verabschiedung wegen unterlassener Beförderung, keine Duelle, Beschränkung der Militärgerichtsbarkeit auf militärische Verbrechen und Vergehen, Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Strafverfahrens, jährliche Feststellung der Friedenspräsenzstärke durch Etatsgesetz — Unterstützung der internationalen Friedensbestrebungen, Verallgemeinerung des schiedsrichterlichen Verfahrens bei internationalen Rechtsstreitigkeiten.

Das Programm der Sozialdemokratie enthält:

Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung, Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsrichterlichem Wege.

Das sozialdemokratische Programm ist bei aller Kürze das weitgehendste. Es stellt den Scharnhorstschen Gedanken an die Spitze: „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit." Bei allem Streit um die Art der Ausführung dieses Gedankens soll man die vaterländische Wucht dieses Leitgedankens nicht gering achten. In diesem kurzen Satz kündigt sich die wahrhaft demokratische Kämpfernatur jeder echten Volksbewegung an. Die deutsche Volkspartei sagt von der Notwendigkeit des Kampfes gar nichts, die freisinnige Volkspartei will die volle jetzige Wehrkraft erhalten, die Sozialdemokratie will das ganze Volk wehrhaft machen. In diesem ersten Satze des sozialdemokratischen Militärprogramms liegt die thatsächliche Anerkennung, daß wir in einer Welt des Kampfes leben, in der jeder Arm bewaffnet werden muß, der Waffen tragen kann. Wie stimmt das zu Kautskys Charakterisierung des proletarischen Sozialismus?

Wenig zu diesem ersten Satz paßt allerdings der letzte: Schlichtung „aller" internationalen Streitigkeiten auf schiedsrichterlichem Wege. Der Kern dieses Satzes liegt in der Verallgemeinerung. Gegen Schiedsgerichte,

wo und wie sie möglich sind, wird niemand etwas haben. Sie gehören schon jetzt zum diplomatischen Handwerkszeug und vielleicht wird in Zukunft ihre Anwendung sich vermehren lassen. Es kann auch gar nichts schaden, wenn die Parteien, die die Masse der Kämpfer vertreten, dafür programmmäßig eintreten, daß in jedem möglichen Falle Schiedsgerichte eintreten. Ob freilich Schiedsrichter nicht bisweilen den Streitstoff vergrößern, darf nach den Erfahrungen, die die Donaufürstentümer und das frühere ungeeinte Italien gemacht haben, bezweifelt werden. Immerhin, die Absicht, wenn ehrlich, ist lobenswert! Aber etwas anders steht es mit dem Satze, der alle Streitigkeiten schiedsrichterlich beilegen will. Er entstammt aus einer völlig anderen Denkart, aus einer vormarxischen utopistischen Periode. Noch heute laufen Menschen herum, die diese Denkweise haben, aber man pflegt mit Recht vor ihrer geschichtlichen und politischen Einsicht keinen übertriebenen Respekt zu haben. Sie malen alle Greuel des Krieges und brauchen dabei nicht zu übertreiben, denn das wirkliche Gemälde der zerschossenen Leiber, verspritzten Gehirne, verdursteten Fieberkranken, blutigen Pferde, verlassenen Eltern genügt, um jedes Gefühl aufzuwühlen. Sie rechnen die Millionen und Milliarden vor, die die Rüstungen kosten, und dann rufen sie im Ton des Propheten oder der Prophetin: die Waffen nieder! Als ob die wirklichen Kriegsursachen durch einen Appell an Herz und Gewissen beseitigt werden könnten! Diese phantastische Behandlung der Kriegsfrage hat sich im sozialdemokratischen Programm in ein einziges Wort geflüchtet, breit und behaglich aber flutet sie durch die sozialdemokratischen und demokratischen Blätter und Reden. Leute, die doch sonst Darwin und Marx kennen, machen sich von diesem faulen Zauber nicht frei!

Der Sozialdemokrat versteht den Klassenkampf, weil er in ihm lebt. Er war in seinen Anfangszeiten bereit, den Klassenkampf mit dem Gewehr in der Faust zu führen. In Paris im Jahre 1871 hat die Demokratie soviel Pulver verwendet, als sie eben konnte. Diese selbe Demokratie will den Völkerkampf mit weicher Schiedsgerichtssalbe behandeln! Eine solche Erweichung allen geschichtlichen Denkens hält sie oft in naivster Weise für einen Fortschritt. So sagte auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Hannover der Referent zur Milizdebatte Geyer:

Die Hebung der Schule bedingt eine geistige Hebung des ganzen Volkes, und dann wird auch das Urteil des Volkes über die sogenannte Notwendigkeit der Kriege ein ganz anderes sein, als wie es heute dem Volke eingetrichtert wird.

Also bei wachsender Bildung halten wir den Krieg nicht mehr für notwendig! Als ob es Bildung oder Moral gewesen wären, die bis jetzt das Blutvergießen vermindert haben! Einst war das ganze deutsche Land voll von Leuten, die sich gegenseitig die Schädel spalteten. Stadt gegen Stadt, Burg gegen Burg! Wodurch hat das aufgehört? Etwa dadurch, daß man den Raubgrafen Schiedsgerichte vorschlug? Rudolf von Habsburg hing sie an die Bäume, wenn sie nicht Ruhe hielten. Das war zwar brutal, aber es hat geholfen. Der Weg zum ewigen Frieden ist die Entstehung von größeren Machtzentren. Deutschland ist so glücklich, zu den wenigen Staaten zu gehören, die überhaupt noch in dem Sinne souverän sind, daß sie nach eigenem Interesse über Krieg und Frieden entscheiden können. Wer nicht sehr stark ist, kommt zu den Mächten dritter und vierter Klasse, denen man erlaubt, daß sie von den Großen bekämpft werden, wenn die Großen ihre Interessensphäre verändern wollen. Nichts, nichts hilft in der Weltgeschichte Bildung, Kultur, Sitte, wenn sie nicht von der Macht geschützt und getragen werden! Das lehrt die ganze Geschichte, und je gebildeter die Leute werden, desto mehr werden sie dieses wissen. Dann werden sie sich nicht mehr einreden lassen, man könne ohne harte Gewalt Souveränitäten unterwerfen, sinkenden Völkern die Gebiete aus der Hand nehmen, die sie nicht mehr zu leiten vermögen, Platz für wachsende Millionen von Menschen, Handelsfreiheit für den Bedarf steigender Industrien gewinnen. Wer leben will, muß kämpfen. Das gilt vom einzelnen, von der Klasse, vom Volk. Weil wir bald ein Volk von 60 Millionen Menschen sind und in nicht ferner Zeit ein solches von 70 Millionen sein werden, deshalb müssen, deshalb können wir um die deutsche Existenz auf der Erdkugel kämpfen, deshalb ist der erste Satz des sozialdemokratischen Militärprogramms richtig: Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit!

Wie nun die allgemeine Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes am besten zu erreichen sei, ist zwischen Regierung und Demokratie im allerhöchsten Grade strittig, so sehr strittig, daß über dem Streit der Vorder-

satz des sozialdemokratischen Militärprogramms fast zu verschwinden scheint. Es kämpfen zwei Militärsysteme: das jetzt geltende mit allgemeiner Wehrpflicht und zweijähriger Dienstzeit für die Infanterie und ein noch nirgends durchgeführtes großstaatliches Milizsystem, das die Dienstzeit ganz oder zum großen Teil durch militärische Jugenderziehung ersetzen und das neben den Berufsoffizier in stärkerer Anzahl den Bürgeroffizier stellen will. Früher wurde das Heerwesen der Schweiz als Muster vorgehalten und als Hauptgrund geltend gemacht, daß das Milizsystem billiger sein werde. Beides geschieht heute nur noch in begrenzter Weise. Man hat eingesehen, daß der deutsche Zukunftskrieg andere Vorbereitungen braucht als die Verteidigung der Hochalpen und daß auch das Schweizer Milizsystem hinreichend teuer ist. Soviel ich als militärischer Laie sehen kann, haben sich im Lauf des letzten Menschenalters das deutsche Heer und das demokratische Heeresideal einander genähert. Wir sind durch die Caprivische Militärvorlage mit ihrer erhöhten Ausbildungsziffer und ihrer kürzeren Dienstzeit einen merkbaren Ruck in der Richtung vorwärtsgegangen, die von der Demokratie gesucht wird, soweit sie überhaupt ernsthafte militärische Ideale vertritt. Wieviel Schritte in dieser Richtung noch gethan werden müssen, ehe man von „Volkswehr" reden kann, ist schwer zu sagen. Schon heute besteht das Kriegsheer zu etwa $^5/_6$ aus Angehörigen des bürgerlichen Erwerbslebens. Ob und inwieweit ohne Gefahr für die Gesamtheit dieses Verhältnis noch mehr zu Gunsten des letzteren Teiles verschoben werden kann, ist eine Sache, über die ein Urteil ohne sehr genaue kriegsgeschichtliche Studien nicht rätlich erscheint. Beachtenswertes Material dazu bieten die Studien von Bleibtreu. *Keinenfalls aber ist es eine Verletzung demokratischer Gesinnung, eine zweijährige Ausbildungszeit im Durchschnitt für nötig zu halten.* Auch der energischste Demokrat muß auf dem Standpunkt stehen, daß eine ungenügende Wehrhaftigkeit das Schädlichste ist, was es giebt. Man schafft bei ungenügender Ausbildung Heere, die nichts taugen.

Wie alle menschlichen Organisationen ist auch die Heeresorganisation in beständigem Fluß. Was heute unmöglich ist, kann in zwanzig Jahren notwendig sein. Ob freilich Deutschland den Anfang weiterer Demokratisierung des Heeres macht oder Frankreich, ist zweifelhaft. Wir glauben,

daß die Franzosen, auf denen die Heeresziffer stärker lastet als auf uns, zeitiger den Zwang empfinden werden, ihr wirtschaftliches Leben durch weitere prinzipielle Änderungen zu entlasten. Unsere Sorge muß es dann sein, ohne Verlust unserer stärkeren Kraft, jede mögliche und gesunde Reform mitzumachen. Dazu aber ist erforderlich, daß die Demokratie ihr jetziges rein negatives Verhältnis zur Heeresverwaltung aufgiebt. Nur wer am Heer politisch mitschafft, hat die Möglichkeit, im Heer zu reformieren. Solange sich die Demokratie auf den Standpunkt der reinen Ablehnung stellt, verhallen ihre Proteste gegen die Schäden des „Militarismus". Eine Massenpartei aber, die es nicht hindern kann und im Grunde auch nicht hindern will, daß ihre Angehörigen die Waffen tragen lernen, hat stärkste Ursache, sich größeren Einfluß in Militärsachen zu schaffen. Einfluß aufs Heer haben die, die das Heer bewilligen.

Die Deckungsfrage und die Frage der Einsetzung der Heeresforderungen in den jährlichen Haushaltplan des Deutschen Reiches sind die beiden politischen Streitpunkte in der Heeresangelegenheit. Das deutsche Heer kostete im Jahre 1899 nach dem Voranschlag der Regierung mit Einschluß Bayerns 519 824 000 Mark in fortdauernden und 18 081 000 Mark in einmaligen Ausgaben, im ganzen also 537 105 000 Mark, das heißt fast 10 Mark im Jahr auf den Kopf der Bevölkerung und etwas weniger als 1000 Mark auf den Kopf des stehenden Heeres. Diese Summe geht an sich der Volkswirtschaft nicht verloren, wird aber nicht zur direkten Erwerbung von Arbeitskraft und Herstellung von Ware verwendet. Im allgemeinen wird sie, ebenso wie die später zu erwähnende Ausgabe für die Kriegsflotte, durch Kopfsteuer gedeckt, denn die im allgemeinen auf Einkommensteuer begründeten Matrikularumlagen der Einzelstaaten werden seit 1879 durch die vom Zentrum eingebrachte „Frankensteinsche Klausel" illusorisch. Indem das Zentrum diese Klausel einbrachte, wollte es im Sinne des Föderalismus das Finanzwesen der Einzelstaaten stärken, hat aber damit zugleich die Kapitalisten geschont. Etwa $^3/_4$ der Reichseinnahmen sind Zölle und Verbrauchssteuern: 742 261 000 Mark! Die Hauptposten der Zolleinnahmen waren 1897 folgende:

Material-Waren, Kolonialprodukte	192 212 000 Mark
Getreide und Landbau-Erzeugnisse	137 981 000 „

Petroleum	64 904 000	Mark
Öl und Fett	18 906 000	„

Die Hauptposten der Verbrauchssteuern folgende:

Bier	92 198 000	Mark
Tabak	64 583 000	„
Salz (Steuer und Zoll)	50 089 000	„
Zucker (Steuer und Zoll) . . .	100 871 000	„

„Die Masse muß es bringen!" Mit jedem Bissen, mit jedem Schluck wird das Vaterland verteidigt. Die „Vaterlandslosigkeit" der Sozialdemokraten ist also eine theoretische, in Wirklichkeit wird von ihnen stark zur Heereserhaltung beigetragen. Gerecht kann aber eine Massensteuer nicht genannt werden, die die „stärkeren Schultern" nicht stärker belastet. Wer am meisten zu schützen hat, soll die höchste Versicherungsprämie zahlen. Jetzt giebt Stumm fürs deutsche Heer soviel wie irgend einer seiner Arbeiter. In dieser Hinsicht ist „kein Unterschied unter den Hammerschmieden". Natürlich muß die Demokratie auf eine andere Weise der Kostendeckung dringen. Sie darf sich und wird sich nicht damit abspeisen lassen, daß schließlich doch alle Steuern und Zölle „abgewälzt" würden und deshalb nur von der Volkswirtschaft im ganzen und nicht vom einzelnen Konsumenten getragen würden. Die Lehre von der Abwälzbarkeit ist noch in vollem Dunkel, und es spricht nicht für sie, daß sich die finanzkundigsten Kreise so sehr gegen Börsen- und Kapitalsteuern wehren. Auch diese sind ja abwälzbar! Im Steuergebiet muß der Grundgedanke folgender sein: ein moderner militärischer Staat braucht große Einnahmen, die er dem volkswirtschaftlichen Gesamtleben irgendwo entziehen muß. Als Entziehungsstelle empfiehlt sich jede Gelegenheit, wo größeres Kapital aus einer Hand in die andere übergeht, d. h. Erbschaftssteuer, Grundstücksverkaufssteuer nach Höhe des Wertzuwachses, Stempelsteuer für Veräußerung börsenfähiger Werte. Sicher ist, daß diese Klasse von Steuern weit mehr einbringen kann, als sie es heute thut. In England bringt die Erbschaftssteuer dem Staate jährlich 340 Millionen Mark. Aber freilich ist zu bezweifeln, ob es denkbar ist, alle wachsenden Reichsausgaben auf dieses Konto zu schreiben. Soll der Staat neue größere Mittel für alle seine Zwecke in die Hand bekommen, so wird er gewisse

Produktionszweige in eigene Verwaltung nehmen müssen. Eine demokratische Finanzpolitik führt zu staatssozialistischen Unternehmungen. Staatssozialistische Unternehmungen sind aber ihrerseits nur berechtigt, wenn sie parlamentarischer wirksamer Kontrolle unterstehen. Beim heutigen Zustand muß auch ein warmer theoretischer Freund von Staatsunternehmungen sich bedenken, einen Gedanken wie den der Verstaatlichung der Kohlenbergwerke ernstlich zu diskutieren. Für jetzt kann die Demokratie nichts anderes thun, als jene oben genannten direkten Steuerformen zugleich mit weiterer Schärfung der Progression der Einkommensteuer zu fordern.

Wenn einmal die besitzenden Kreise, die Aristokratien, das Heer und die Flotte bezahlen sollten, könnte man jedenfalls hochinteressante Studien über ihren Patriotismus machen. Auch die industrielle Aristokratie, die Lieferanten von Kanonen, Panzerplatten, Gewehren, Schiffskohlen ist in diesem Punkt keineswegs sicher. Aber das hilft nichts. Will sie von hohem Schutzzoll bewahrt sein, so muß sie höhere Steuern zahlen. Die Demokratie kann unter keiner anderen Bedingung ihrerseits an Bewilligungen denken.

Jetzt ist der Sachverhalt der: die Aristokratien bewilligen und die Masse bezahlt. Es bezahlt immer am meisten der, der nichts bewilligt für Dinge, die an sich nötig sind. Durch alle Proteste ist noch kein Fortschritt in der Bewaffnung aufgehalten worden, aber die Protestierenden wurden Opfer der Finanzpolitik ihrer Gegner. Das kann erst anders werden, wenn die deutsche Demokratie grundsätzlich erklärt: wir sind bereit, über die Verteidigungsmittel in Verhandlung einzutreten. Erst wenn sie das thut, haben ihre Proteste gegen ungerechte Steuern einen politischen Wert.

Sie muß allerdings zu gleicher Zeit noch ein zweites fordern, nämlich die Einstellung der Militäranforderungen in den jährlichen Haushalt. Gegen diese alte liberale Forderung hat sich Bismarck auf Grund der Erfahrungen der Konfliktszeit mit beiden Händen gewehrt. Es giebt aber keinen anderen Weg, um unser politisches Leben vor einem krampfhaften Gegensatz militärischer und antimilitärischer Parteien zu bewahren als diesen. In den verschiedenen Septennats- und Quinquennats-

kämpfen wurde stets eine militärische und eine antidemokratische Politik in einer Weise verknüpft, daß es ganz undenkbar war, daß die Volksmasse zur Militärfreudigkeit gewonnen werden konnte. Die vaterländischen Wahlparolen dienten zugleich zur Unterdrückung der Volksfreiheit. Jede große Wehrfrage wurde zum Haberfeldtreiben gegen den Sozialismus. Hier ist es Pflicht der Regierung, in andere Bahnen einzulenken. In Bezug auf die Kriegsflotte ist dies neuerdings geschehen. Hier hat es sich offenkundig gezeigt, daß Versprechen auf längere Fristen von seiten der Regierung nicht gehalten werden konnten. Es blieb nichts anderes übrig, als einen Gesamtplan der Beschlußfassung vorzulegen und dann die Bewilligung den einzelnen Jahresberatungen zu überlassen. Damit ist der Bismarcksche Grundsatz an sich gebrochen, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann das Heer der Flotte darin nachfolgt. Daß es in Deutschland jemals überhaupt keine Majorität für nötige Machtforderungen geben sollte, ist ausgeschlossen. Es liegt aber im dringenden Interesse der Linken, daß sie die größten politischen Finanzfragen und damit die Klinke der Gesetzgebung in die Hand bekommt. Das Kaisertum von seinem Standpunkt aus hat keinerlei Veranlassung, gegen demokratische Finanzpolitik bedenklich zu sein, sobald der praktische militärische Patriotismus der Linken feststeht.

Mit Bewußtsein brauchten wir in den bisherigen Darlegungen das Wort „Militarismus". Es ist bisweilen versucht worden, zwischen Militärfreundlichkeit und Militarismus zu unterscheiden, aber unseres Erachtens nicht mit Erfolg. Ein Volk, das ein stehendes Heer von 585 000 Mann hält und im Kriegsfall 2½ Millionen Soldaten stellt, ehe es an seine ältesten Jahrgänge herangeht, hat thatsächlich das Heerwesen zu einem das ganze Volksleben durchdringenden System gemacht. Dieses System bringt gewisse Härten und Einseitigkeiten mit sich, die gemildert aber nicht ganz beseitigt werden können. Im Heere muß Disziplin sein, und alle Disziplin ist in Gefahr, auszuarten. Das, was die Demokratie gegen solche Ausartungen thun kann, thut sie schon jetzt in dankenswerter Weise, nur freilich bei ihrer politischen Gesamthaltung mit nicht genügendem Erfolg. Bebels jährliche Rede über Soldatenmißhandlungen ist eine vaterländische That, so oft er sich auch im einzelnen vergreifen mag. Für

diese Rede danken ihm Millionen deutscher Mütter. Es muß eine Stelle geben, vor der sich die Roheit fürchtet, die zu den Berufsgefahren des Kasernendienstes gehört. Und wenn die Demokratie gegen die oft lächerliche und oft ärgerliche Überspannung des Reserveoffizierwesens im bürgerlichen Leben streitet, so thut sie der Nation und auch dem Heer einen Dienst. Wir brauchen ein tüchtiges, selbstbewußtes Offizierkorps, aber der Offizier darf nicht vergessen, daß er von allen den Plebejern bezahlt wird, die einzelnen seiner Standesgenossen als absolut minderwertig erscheinen. Der Auftraggeber des Heeres ist das gesamte Volk. Wir treiben Militarismus nicht um der Knöpfe und Achselklappen willen, sondern nur deshalb, um in der Stunde nationaler Gefahr eine einzige, waffenstarrende, lebendige Masse sein zu können. Dann wird plötzlich jeder Arm Goldes wert. Im Kriege nennt man auch den einen Helden, den man sonst einen Proleten nennt. Wie froh ist der Offizier, wenn er vor der Schlacht des Korpsgeistes aller seiner „Leute" sicher ist! Es gilt das Heerwesen immer unter diesem hohen sozialen Gesichtspunkt anzusehen.

Die Naturgeschichte zeigt uns, daß Krustentiere und Panzertiere langlebiger sind als Weichtiere. Ein Volk, das langes Leben haben will, muß Panzer tragen. Um sie zu bilden, muß es Säfte seines eigenen Körpers hergeben. Eine Demokratie, die das Volk im ganzen darstellen und vertreten will, kann gar nicht anders als ein Volk in Waffen schaffen wollen. Nur Völker in Waffen sind, geschichtlich angesehen, frei.

VI. Die deutsche Kriegsflotte.

Die deutsche Flotte ist eine alte liberale Forderung. Wenn unsere Vorfahren von einem großen, freien, deutschen Volke träumten, dann konnten sie sich dieses Volk nicht anders denken als seefahrend und seemächtig. Der Liberalismus hat den Gedanken erfunden, dem der Kaiser die Form gegeben hat: „Reichsgewalt ist Seegewalt". Die Anfänge der deutschen Flotte sind aus liberaler Begeisterung herausgeboren, in Zeiten,

wo es schwerer war an deutsche Seeerfolge zu glauben als jetzt. Als im Jahre 1848 Dänemark die deutsche Küste blockieren, als der Handel der deutschen Nation von dem kleinen Nachbarvolke lahmgelegt werden konnte, da griff das Bürgertum zur deutschen Seeverteidigung, in Hamburg brachte man Geld zusammen, die Nationalversammlung in Frankfurt bewilligte, ohne freilich sichere Einnahmequellen zu haben, 18 Millionen Mark, das ganze fortschrittliche, zukunftsfrohe Deutschland wollte Flotte.

Preußen wurde auch in dieser Sache der Vorkämpfer Deutschlands. 1853 kaufte es den Jahdebusen und baute Wilhelmshaven, und 1859 ging das erste deutsche Panzergeschwader nach Ostasien. In den Kriegen von 1864 und 1870 hat die junge Flotte ihre Schuldigkeit gethan, ohne daß es zu großen Seeschlachten gekommen wäre. Eine der ersten Thaten des Norddeutschen Bundes war ein Flottengesetz. Wenn von da an bis heute die deutsche Flotte gewachsen ist, so entspricht das durchaus der ganzen geschichtlichen Vergangenheit des deutschen Reichsgedankens, das steigende gewerbliche Leben mußte den alten liberalen Zug zur Flotte verstärken. In keinem Punkt spricht sich das neudeutsche Staats- und Machtgefühl so aus wie in diesem.

Wir haben ausgeführt, daß das neue Deutsche Reich als Wirtschaftskörper entstanden ist. Dieser Wirtschaftskörper lebt mit jedem Jahre mehr vom Ausland und mit dem Ausland. Es vollzieht sich der bereits geschilderte Übergang zur Weltwirtschaft und er kann und darf sich nicht ungeschützt vollziehen. Die Zeit, wo das deutsche Volk vom deutschen Boden lebte, ist trotz aller Agrardeklamationen vorbei. Seit 1874 führen wir mehr Getreide ein als aus. Ob theoretisch gesagt werden kann, der deutsche Boden sei imstande, 60 oder 80 Millionen Menschen zu ernähren, macht praktisch wenig aus, denn Thatsache ist, daß er sie nicht ernährt. Selbst in der Bismarckschen Zeit, als alle damaligen Zollwünsche der Agrarier befriedigt wurden, stieg das Quantum der Bodenprodukte nur mäßig und keineswegs im Vergleich zur wachsenden Volkszahl. Niemals wieder wird Deutschland sich selbst in Bodenprodukten genügen. Das macht die Masse, die Fülle der Kinder, die lebendige, steigende Demokratie. Sie fordert durch ihre Existenz die neue Wirtschaftsweise, deren Hauptakte Einfuhr und Ausfuhr sind.

		1894	1896	1898	
Weizen	Einfuhr	117,9	197,9	231,4	Mill. Mk.
	Ausfuhr	8,3	9,5	22,6	„ „
Roggen	Einfuhr	54,5	85,5	102,6	„ „
	Ausfuhr	4,0	3,2	15,6	„ „
Gerste	Einfuhr	104,4	108,9	132,8	„ „
	Ausfuhr	2,6	3,2	2,2	„ „
Mais	Einfuhr	51,4	58,3	126,4	„ „
	Ausfuhr	—	—	—	„ „
Hafer	Einfuhr	38,5	45,1	54,3	„ „
	Ausfuhr	0,5	1,2	2,9	„ „

		1894	1896	1898	
Fleisch	Einfuhr	24,9	21,2	72,5	Mill. Mk.
	Ausfuhr	4,2	3,9	6,6	„ „
Jungvieh	Einfuhr	26,2	13,7	12,2	„ „
	Ausfuhr	1,2	1,5	1,1	„ „
Kühe	Einfuhr	54,0	24,1	19,2	„ „
	Ausfuhr	1,7	1,5	1,2	„ „
Ochsen	Einfuhr	33,0	18,6	19,1	„ „
	Ausfuhr	1,9	2,0	1,6	„ „
Pferde	Einfuhr	61,6	73,6	91,9	„ „
	Ausfuhr	7,2	10,8	9,7	„ „

Wenn auch Pferde nur teilweis, und zwar meist für arme Bevölkerung, als Nahrungsmittel verwendet werden, so gehören sie doch in diese Übersicht unserer Bodenprodukte hinein. Es zeigt sich in den letzten 5 Jahren eine Verschiebung insofern, als weniger Vieh aber weit mehr Fleisch eingeführt wird. Rechnet man die Pferde nicht mit, so ergiebt sich für Fleisch und Vieh ein Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr von 112,5 Millionen Mark im Jahre 1898 gegen 129,1 Millionen Mark im Jahre 1894. Das bedeutet, daß auf dem Fleischgebiet die Erzeugung mit dem wachsenden Bedarf Schritt halten kann. Es ist kein unmögliches Ideal, daß Deutschland in der Hauptsache sein Fleisch selber herstellt und es ist nicht nötig, dazu alle Grenzen zu sperren. Die Viehzucht ist wesentlich Bauernarbeit und nicht Großgrundbesitzerthätigkeit. Anders aber liegt es mit dem Getreideverkauf im großen, dieser Grundlage des Rittergutswesens. Sieht man von Mais ab, der in Deutschland verhältnismäßig wenig gebaut wird, so ergiebt sich hier ein Überschuß der Einfuhr gegen die Ausfuhr von 477,8 Millionen Mark im Jahre 1898 gegen 299,9 Millionen Mark im Jahre 1894. Das heißt: unsere Getreidezufuhr vom Ausland stieg in 5 Jahren um 177,9 Millionen Mark. Sie wird weiter steigen. Jedes neue Jahr macht uns im Brot abhängiger von der Fremde. Das kann man bedauern aber nicht ändern. Mit maschinenmäßiger Sicherheit steigt dabei auf dem Gebiet aller übrigen Nahrungsmittel die Notwendigkeit der Einfuhr. Die Gesamtzahlen der Einfuhr und Ausfuhr auf dem Nahrungsgebiet sind folgende:

	1894	1896	1898	
Einfuhr	1437,2	1482,0	1819,1	Millionen Mark
Ausfuhr	414,0	450,7	504,1	„ „

Die größere Hälfte dieser Zufuhr kommt auf dem Seewege zu uns. Ob die Angabe, daß 70 % auf dem Schiff anlangen, genau ist, kann bezweifelt werden, aber bei dem Charakter der Massengüter wird natürlich der Seeweg immer mehr bevorzugt. In Zukunft werden sich die Verhältnisse voraussichtlich so gestalten, daß wir im Jahre 1910 eine Nahrungsmitteleinfuhr von etwa 2520 Millionen Mark und 1920 eine solche von etwa 3320 Millionen Mark brauchen, nur damit das deutsche Volk so ernährt werden kann, wie es heute ernährt wird, während unsere entsprechende Ausfuhr (meist Nahrungsfabrikate) nur mäßig zunimmt. Heute aber giebt es in Deutschland noch Massen ungenügend genährter Bevölkerung, eine Wahrheit, die jeder Arzt und Volksschullehrer bestätigen wird. Wer also Sozialismus will, muß eine noch stärkere Nahrungsmitteleinfuhr wollen. Es finden sich gelegentlich in Versammlungen Sozialdemokraten, die in ähnlicher Weise wie die Gelehrten des Bundes der Landwirte über die Möglichkeit der Selbsternährung Deutschlands theoretisieren. Da aber diese Sozialdemokraten keine Hochschutzzöllner sind, so schwebt ihre Meinung noch mehr in der Luft als die der Agrarier, die wenigstens ihrerseits wissen, woher sie das Geld zur Vergrößerung der Intensität der Bewirtschaftung nehmen wollen. Jeder demokratische Sozialist ist genötigt, eine auf weitgehende Nahrungsmitteleinfuhr gerichtete Politik zu unterstützen.

Ebensowenig aber wie die Nahrung reicht in Deutschland der Rohstoff, den wir für alle Arten unserer gewerblichen Arbeit brauchen. Wir brauchten für unsere Textilindustrie vom Ausland

	1894	1896	1898	
Rohe Baumwolle . . .	191,7	226,9	237,5	Mill. Mark
Baumwollengarn . . .	45,3	56,9	53,9	„ „
Wollengarn	100,6	114,1	92,2	„ „
Ungefärbte Rohseide .	77,4	83,8	103,1	„ „
Gekämmte Wolle . . .	25,1	29,6	46,3	„ „
Schafwolle (roh und gekr.)	222,5	237,1	241,4	„ „

Für unsere chemische Industrie brauchten wir Rohstoffe für 176,6 Millionen Mark, für die Metallindustrie für 252,9 Millionen Mark, für die Leder-, Wachstuch- und Rauchwarenindustrie für 141,5 Millionen Mark u. s. w. Die Gesamtzahl unserer Rohstoffeinfuhr für Industriezwecke ist folgende:

1894	1896	1898
1665,9	1886,0	2246,5 Millionen Mark.

Will man versuchen, die voraussichtlich nötige Steigerung zu berechnen, so wird unser industrielles Rohstoffbedürfnis, gering veranschlagt, im Jahre 1910 etwa 2850 Millionen Mark und 1920 etwa 3650 Millionen Mark betragen. Die Wirklichkeit wird aber wohl diese aus dem bisherigen Gang berechneten Zahlen weit übertreffen.

Brot und Arbeit, die beiden Lebensfragen der arbeitenden Masse, sind die Hauptbestandteile der Einfuhr. Um diese kolossale Einfuhr gewinnen zu können, müssen wir Ausfuhr und Kapitalanlage im Ausland haben. Gegen beides wendet sich landläufiges Gerede, das den Dingen nicht auf den Grund geht. Man sagt, erst solle man die Bedürfnisse des inneren Marktes befriedigen, ehe man die Neger an Hosen und die Chinesen an Klaviere gewöhnt. Aber es giebt ja eben keinen Stoff für den inneren Markt, der nicht erst gekauft werden muß. Natürlich fehlt es, wie Professor Delbrück einmal ausführte, in Deutschland an Millionen von Wolljacken. Die Wolle dazu gedeiht aber in Australien, woher wir sie erst kaufen müssen. Es giebt darum keinen Fortschritt des inneren Konsums ohne Exportpolitik. Was wir aber nicht mit Waren kaufen, muß als Zins für Kapital gewonnen werden, das im Ausland angelegt ist. Dieser Zins kann vom Ausland nur in Waren bezahlt werden und muß darum der Masse indirekt zu gute kommen, da die Aristokratie nicht imstande ist, das erworbene Güterquantum für sich zu verbrauchen, so sehr sie das auch möchte. Dieser von Bernstein hervorgehobene Gesichtspunkt ist sehr wichtig. Der einzelne Kapitalist arbeitet natürlich nur für seinen Profit, aber mit oder ohne Willen ist er ein Organ der ganzen Volkswirtschaft. Er sitzt an der Quelle und trinkt zuerst, aber er kann es nicht hindern, daß Ströme wirtschaftlichen Wassers durch seine Hände weiterfließen. Die relativ gute Lebenslage der höheren englischen Arbeiter gründet sich wesentlich mit auf den Weltkapitalismus Englands. Es zeigt sich hier wie überall, daß der Sozialismus im Kapitalismus wächst.

Von dieser Erkenntnis aus muß die soziale Demokratie für alles eintreten, was diese kapitalistische Wirtschaftsentwickelung als Gesamt-

erscheinung fördert. Dazu gehört unzweifelhaft die Kriegsflotte. Englands Handelsmacht hat sich die alle Meere beherrschende Riesenflotte gebaut, die ihm im Jahre 1899 499,5 Millionen Mark kostete. Thut das der Engländer aus Mangel an Sachkenntnis? Wenn man liest, wie vielfach die Sozialdemokratie die deutsche Flotte bekämpft, dann fragt man sich, wie sie sich die Thatsache der englischen Flotte erklärt. Entweder England war grenzenlos dumm, daß es sich solche zwecklosen Ausgaben machte, oder es folgte einer sachlichen Notwendigkeit. Im letzteren Falle beginnt dieselbe sachliche Notwendigkeit für uns zu bestehen, es sei denn, wir wollten uns einfach dem internationalen Imperialismus der Engländer fügen. In der Idee zwar kann man, wie Franz Mehring es thut, ein Zeitalter des Freihandels sich denken, das weder unter englischer noch unter anderer politischer Vormacht steht. In Wirklichkeit ist aber ein Zustand der vollen Handelsfreiheit stets nur ein Ideal der Mächtigen, die das Meer beherrschen. Wollen wir freien Handel anstreben, so müssen wir ihn gegen englischen Imperialismus und gegen die Zollpolitik aufstrebender kleinerer Wirtschaftsmächte behüten können. Im anderen Falle dienen wir mit unserer politischen Selbstschwächung nur der vorhandenen ersten Weltmacht, die sich die Erdkugel als englisches Interessengebiet denkt. England walten zu lassen, ist international richtig gedacht. Wer kein Gewicht auf das Deutschtum legt, der kann ja die Menschheitszukunft in englische Hände legen wollen. Nur soll er dabei nicht verschweigen, daß bei diesem System die Vorteile des Weltverkehrs nach wie vor nach England fließen. Wo die Macht ist, dahin rinnen die Güter. Wenn England die Führung des Welthandels hat und behält, so nimmt es unsere Arbeit und zahlt uns nach seinem Wohlgefallen. Es ist ein offenbares Ergebnis aller bisherigen Wirtschaftsgeschichte, daß der Markt politischen Schutz braucht. Wir müssen ausführen, um einführen zu können. Unsere Ausfuhr wird eine wachsende Konkurrenz der englischen Arbeit in England selbst und in aller Welt. Um dieser Konkurrenz willen müssen wir gerüstet sein, denn es fällt dem Engländer nicht ein, in alle Zukunft seine Häfen, Kohlenstationen und Kabel unserer Konkurrenz freizugeben und seine Grenzen zollfrei zu lassen. Je mehr unsere Ausfuhr steigt, desto mehr häuft sich die Spannung zwischen den konkurrierenden Nationen, aus vielen

kleinen Reibungen entsteht gegensätzliche Elektrizität und eines Tages fragt es sich, ob wir an Gibraltar und Suez vorbeifahren dürfen, ohne Tribut zu entrichten. An dieser Stelle müßte eine breitere Darstellung der außerpolitischen Lage des deutschen Volkes erfolgen, wenn eine solche in den Rahmen dieses Buches gehören würde. Unserer Auffassung nach wird unsere ganze auswärtige Politik je länger desto mehr durch Exportgesichtspunkte bestimmt. Das ist keine Sache, die man sich so oder anders denken kann, sondern eine einfache Notwendigkeit.

Die Zahlen unserer Ausfuhr sind folgende:

1894	1896	1898	
3051,5	3753,8	4010,6	Millionen Mark.

Die Seeausfuhr ist dabei mit 2600 bis 2700 Millionen Mark anzusetzen. Meist sind es die Erzeugnisse unserer Industrie, die ausgeführt werden, die Arbeit der Masse. Natürlich steigt diese Ausfuhr, muß steigen in demselben Maße, als wir mehr Einfuhr brauchen. Jedes Zurückgehen oder Schwanken der Ausfuhr ist bei der Wirtschaftslage Deutschlands lebensgefährlich. Die Politik hat darum einfach die Pflicht, alles zu thun, um die Ausfuhr zu fördern. Nun machen ja Politik und Kriegsflotte als solche keinen Ausfuhrhandel. Die nächsten Grundlagen des Ausfuhrhandels sind technischer und kommerzieller Natur.

1. Die Qualität der Ware. Deutschland kann nicht mit geringer Ware den Weltmarkt erobern, denn in geringer Ware wird uns, wie schon erwähnt, der bedürfnislose Hindu und Chinese stets übertreffen. Wir müssen den Weltmarkt mit Qualitätswaren füllen, solche Waren aber setzen gute Arbeiterqualitäten voraus. Welthandel mit niedergedrückter Arbeiterklasse ist ein Unsinn. Indem die demokratische Bewegung die physische, geistige und moralische Lage der deutschen Arbeiter hebt, arbeitet sie ganz direkt für deutsche Ausdehnungspolitik. Es genügt nicht, daß wir tüchtige Unternehmer haben, wenn unser Arbeiterheer schlecht genährt und unfrei ist.

2. Die Geschicklichkeit des Handels. In dieser Hinsicht leistet unser Volk jetzt mehr, als man dem alten Volk der Dichter und Denker jemals zugetraut haben würde. Unser Handel versteht es, sich den Wünschen und

Bedürfnissen fremder Völker anzupassen und das, was früher nur Schwäche schien, das deutsche Anpassungsvermögen, wird nach Gewinnung der industriellen Leistungsfähigkeit zur Kraft. Deutschland hat die zwei größten Seehandelsgesellschaften, die es auf der Erde überhaupt giebt, den norddeutschen Lloyd und die Hamburg-Amerika Paketfahrt-Aktiengesellschaft. Unsere zwei großen Häfen werden immer mehr zu kontinentalen Stapelplätzen allerersten Ranges. Von Hamburg und Bremen aus geht das deutsche Volk mit seiner Arbeit in die Welt hinaus. Kaum ist ein neuer Hafen gebaut, muß ein weiterer angelegt werden. Es quillt und schwillt dort von Gütermengen, vom Leben der Masse. In dem Ausland aber sitzt der Kaufmann und vermittelt den Umsatz.

Dieser Handel ist es, der zunächst Schutz braucht. Jeder Deutsche im Ausland ist abhängig von dem Einfluß, den sein Konsul hat. Ohne Konsulatsvertretung ist er in vielen Ländern verlassen und verloren. Die Konsuln aber sind nur ein Teil der gesamten Staatsmacht und gelten soviel als der Staat vermag, der sie angestellt hat. Schon dieser Rechtsschutz ist ohne Flotte nicht durchführbar. Wer über „Kanone als Industriehebel" spottet, höre doch, mit welcher Einmütigkeit alle deutschen Handelsvertreter im Ausland die Flotte fordern! Es ist thöricht, lächerlich, sich gegenüber diesen realen Bedürfnissen hinzustellen und von der Heimat aus zu dekretieren: ihr braucht keinen Schutz! Wer das neue industrielle Deutschland will, der muß die Flotte wollen. In diesem Punkt ist unser Kaiser ganz modern und macht sich zum Führer einer unausweichbaren Lebensforderung der Gesamtnation. Wer ihn in dieser Frage verläßt, der hat keinen Blick für die kommende Zeit. Er will dem Industrialismus die Wege ebnen und will in Ausübung seines Kaiserberufes das deutsche Volk vor dem Elend einer Blockade schützen, die unsere Küsten heimsuchen wird, wenn es uns an Linienschiffen fehlt. Die Geschichte wird ihm recht geben und spätere Geschlechter werden nicht begreifen, daß es die vorwärtsstrebenden Elemente im Volke waren, die ihn in dieser Sache im Stich gelassen haben. Man denke: endlich, endlich kommt Deutschland dazu, eine große See- und Handelsmacht zu werden, endlich erfüllt sich das Hoffen der alten Demokratie, endlich ist der Kaiser da, der dieses Handelsvolk versteht, liebt, der seine Sache glänzend

vertritt, da drückt sich die Demokratie zur Seite und versagt vollkommen! Das ist ein Jammer und ein tiefer Schade!

Auf keinem Gebiete liegt das Wollen des Kaisers so klar, so absolut geschichtlich notwendig vor seiner ganzen Nation wie auf diesem. Mit seinem Flottengedanken setzt er sich durch, damit wird er der Erzieher der Nation zum Industrialismus, damit bricht er endgültig die agrarische Tradition. Seit der Kaiser mit erweiterten Flottenplänen gekommen ist, hat sich seine geistige Führergewalt über das deutsche Volksdenken merkbar erhöht, denn nun erst, wo ganz Deutschland einsieht, daß es sich nicht um halbe Arbeit handelt, da weicht die „Reichsverdrossenheit". Wir Deutsche haben wieder ein großes praktisch-politisches Ideal, wir glauben an unsere nationale Zukunft und trauen dem, der sie uns zeigt. Es ist ja für einen Mann, der sich zur demokratischen Gesamtströnung rechnet, ungewohnt, so voll und froh vom Kaiser zu reden, wie ich es jetzt thue. Das Mißtrauen lauert bei jedem solchen Wort und denkt, der Sprecher solcher Worte sei eine Höflingsseele. Nein, das ist nicht der Fall! Wer hat mehr opponiert gegen die Zuchthausvorlage, wer stand dem Kaiserwort beim Hamburger Streik bestimmter entgegen als eben derselbe Mann, der, wenn er von deutscher Flotte und Zukunft redet, glücklich ist, denselben Kaiser preisen zu können, dem er als politischer Pastor das Recht seiner freien politischen Überzeugung nicht geopfert hat? In voller persönlicher Freiheit und Unabhängigkeit bricht die Erkenntnis heraus, daß wir Deutsche froh sein müssen, den Flottenkaiser, den Industriekaiser zu haben. Nicht immer war diese Erkenntnis gleich stark. Oft haben die Stumm und Köller und Miquel wie Wolken um den Berg gehangen, daß man den Gipfel kaum sah. Aber von Jahr zu Jahr zeigte sich mehr, daß es eine Grundidee ist, die den jetzigen Kaiser beseelt, eine Idee, die jeder begreifen muß, der selbst das Zeitalter der Maschine als seine Zeit erlebt. Der Kaiser ist kein Demokrat; das kann man von ihm nicht verlangen. Er ist Monarch und sieht die Dinge von seinem monarchischen Standpunkt aus an, wie wir es von unserer Lage aus thun. Nie wird er auch in Zukunft denselben Stimmungsgehalt und dieselben Tendenzen haben können, die die Masse hat und von ihren Vertretern zu fordern berechtigt ist. Er bleibt der erste Aristokrat

Deutschlands, und wer warten will, bis er antiaristokratisch empfindet, kann warten, bis er stirbt, aber daß er als erster Aristokrat Deutschlands den geschichtlichen Werdegang seines neudeutschen Volkes mit ganzer Seele erfaßt hat, das ist seine persönliche Größe. Er versteht das Ein- und Ausatmen des Wirtschaftskörpers der 56 Millionen. Vielleicht hört er das Hauchen, Seufzen, Grollen, Zürnen der Arbeitsmasse dieses Körpers nicht ebenso genau wie das Wogen der Einfuhr und Ausfuhr, aber auch dieses wird er stärker hören, wenn die Masse beginnt, mit ihm großdeutsche Welthandelspolitik zu machen.

Ob sie es wollen wird? Heute sagt sie „Nein!" Aber dieses Nein ist kein „Niemals!" Von allen Seiten drängen die Dinge selbst dazu, dieses Nein abzuschwächen. Es ist zu offenbar, daß die Demokratie mit ihrer erfolglosen Opposition gegen die Flotte sich selbst am meisten schädigt. Was kann sie erreichen wollen?

1. Sie kann erreichen wollen, daß die Flotte überhaupt nicht vermehrt wird und damit die deutsche Weltstellung gegenüber der englischen schwächer wird. Ob ein derartiges Wollen jemals in fernen Jahren Aussicht auf Erfolg haben könnte, ist zu bezweifeln. Aber selbst wenn die Möglichkeit vorläge, daß die Demokratie das Flottenwachstum hindert, so würde sie damit der demokratischen Entwickelung in Deutschland keinen Dienst thun, denn sie müßte alle nationalen Deutschen bis auf den letzten Mann gegen sich herausfordern und damit das hervorrufen, was jetzt in Worten aber nicht in Wirklichkeit vorhanden ist, die eine reaktionäre Masse, die um der deutschen Zukunft willen jede Bewegungsfreiheit einer solchen Demokratie verhindern müßte. So schwach ist das deutsche Volksgefühl nicht, daß es sich freiwillig, anstrengungslos einem derartigen Internationalismus opferte.

2. Sie kann erreichen wollen, daß die jetzige Regierung gezwungen wird, größere Konzessionen an die Demokratie zu machen, um von ihr Flottenbewilligung zu erlangen. Je länger sie ihre Zustimmung absolut versagt, desto teuerer wird sie sie vielleicht einmal verkaufen können. Das ist ein politischer Gedanke, gegen den sich logisch nichts einwenden läßt und der nicht an sich unnational ist. Auch andere Parteien verlangen Preise für ihre Mitwirkung. So aber, wie die Dinge heute liegen, ist

Gefahr, daß der Preis nicht steigt, sondern sinkt. Die Flotte wird gebaut, aber nur mit Gegnern der Demokratie. Die Demokratie treibt die industrielle Aristokratie und das Kaisertum durch ihre radikale Negation in das Lager der agrarischen Aristokratie und gefährdet damit ohne allen erkennbaren Zweck selbst diejenigen freiheitlichen Rechte, die sie hat. Auf diese Weise verlängert sie für die industrielle Masse die Zeit des vergeblichen Wartens und Opferns.

Wir sagen nicht, daß die Demokratie bedingungslos alles bewilligen soll, was gefordert wird. Wenn sie bedingungslos sich zur Verfügung stellte, würde sie dem Volke wenig dienen. Was wir verlangen, ist nur, daß sie bereit ist, mit sich über die Flotte verhandeln zu lassen. Die Regierung kommt erst durch einen solchen Entschluß der Demokratie in die Möglichkeit, nach rechts hin Wünsche zu versagen. Jetzt muß sie den Agrariern zu Willen sein, weil es die bürgerlichen und sozialistischen Demokraten so wollen, sie muß sich zu einer Verkehrs-, Handels-, Gesamtpolitik drängen lassen, die mit ihrer vorzüglichen Grundtendenz in schneidendem Widerspruche steht. Oft hat die Sozialdemokratie bisher sagen können, daß sie von den Fehlern ihrer Gegner lebt. Können dieses Wort nicht heute die Konservativen noch viel mehr sagen? Diese Leute, die den deutschen Osten polonisieren, die den Kanal verweigern, die Deutschland abschließen wollen vom Weltverkehr, sie sind (o Ironie!) die Stützen der Flotte! An sie ist Deutschland verkauft durch die Blindheit der jetzigen Leitung seiner Demokratie! Um der Flotte willen bekommen sie, was sie wollen. Sie wissen, wie man in der Politik etwas erreicht, die Demokratie aber weiß es nicht.

VII. Das soziale Kaisertum.

Als Ferdinand Lassalle im Winter 1863/64 seine Besprechungen mit Bismarck hatte, wollte er die Kräfte des damaligen „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" der durch Bismarck vertretenen preußischen Regierung zur Verfügung stellen, wenn diese das allgemeine Wahlrecht als Gegendruck gegen den Liberalismus des Landtages oktroyieren würde.

Bismarck hat später bei der Vorberatung des Sozialistengesetzes diesen Vorgang als geringwertig hinzustellen versucht, es ergiebt sich aber aus Lassalles Verteidigungsrede vor dem Staatsgerichtshof, daß Lassalle ganz bestimmte Aussagen Bismarcks besitzen mußte. Wenn aus dem Plane nichts wurde, so liegt die Erklärung wohl in dem Bismarckschen Wort: „was kannst Du armer Teufel geben?" Das, was Lassalle an organisierten Kräften besaß, war viel zu wenig, um der Regierung eine Stütze bieten zu können. Immerhin ist es für die weitere Geschichte des Verhältnisses von Demokratie und Kaisertum nicht gleichgültig, daß ganz im Anfang der Sozialdemokratie schon einmal ein Moment vorhanden war, wo die zwei Hände sich zu berühren versuchten. Aus jenem Moment stammt das Wort vom „sozialen Königtum". Lassalle führt aus, das Königtum könne der liberalen „Clique" nicht weichen, er könne aber *das Volk auf die Bühne rufen und sich auf dasselbe stützen*. Es brauche sich hierzu nur seines Ursprunges zu erinnern, denn „alles Königtum ist ursprünglich Volkskönigtum gewesen".

> Ein Louis-Philippsches Königtum, ein Königtum von der Schöpfung der Bourgoisie könnte dies freilich nicht; aber ein Königtum, das noch aus seinem ursprünglichen Teige geknetet dasteht, auf den Knauf des Schwertes gestützt, könnte das vollkommen wohl, wenn es entschlossen ist, wahrhaft große, nationale und volksgemäße Ziele zu verfolgen.

Die Lage, in der Lassalle diese Worte sprach, war anders als die heutige, und doch verwandt. Heute ist es die agrarische „Clique", die den Absichten der Krone entgegenwirkt. Gegen diese Clique könnte die Krone „das Volk auf die Bühne rufen und sich auf dasselbe stützen", wenn die inzwischen tausendfach vergrößerte Organisation der Masse bereit sein würde, sich rufen zu lassen. Die Zusammenarbeit von Masse und Kaisertum würde „soziales Kaisertum" heißen.

Oft ist dasselbe Wort für Dinge gebraucht worden, die zwar an sich gut und segensreich sind, aber nicht aus einer politischen Verbindung von Kaisertum und Masse hervorgingen. Hierher gehört insbesondere die Sozialreform im Zeitalter Kaiser Wilhelms I. Man muß begrifflich und sachlich die damalige Reform von den sozialen Erlassen Kaiser Wilhelms II. unterscheiden, wenn man zu einer klaren Auffassung dessen gelangen will,

was soziales Kaisertum in Zukunft sein kann. Die Unterscheidung zwischen den zwei äußerlich ähnlichen Vorgängen wird durch Aussagen Bismarcks erleichtert, die er nach seiner Entlassung zu verschiedenen Schriftstellern gethan und die durch Aufnahme in Poschingers Sammlung anerkannt wurden. Bismarck wehrt sich dagegen, daß er eine Art Staatssozialismus eingeführt habe und sagt über die Sozialreform Wilhelms I.:

> Das ist durchaus nicht richtig. Was ich gethan habe, lag in der Richtung der Wohlthätigkeit, nicht in derjenigen der Einmischung. Ich befürwortete die Beschaffung irgend einer Versorgung für die durch das Greisenalter geschwächten oder durch Krankheit oder Unfall zur Arbeit unfähig gewordenen Arbeiter . . . Als ich meinen Plan zum ersten Male dem Kaiser Wilhelm I. empfahl, begriff er dessen gesamte Tragweite nicht sofort, aber sobald diese ihm voll und klar vor die Augen trat, nahm er ihn eifrig auf, und in den letzten Jahren seines Lebens war es sein Lieblingsprojekt. Niemand nahm ein höheres Interesse daran und sorgte eifriger für den Erfolg dieses Projektes als er. Aber aus Arbeitern durch gesetzliche Maßnahmen zufriedene Menschen werden zu lassen, ist ein Hirngespinst, ein Phantom, das sich nicht greifen läßt, wenn man ihm naht.

Mit voller Entschiedenheit stellte sich Bismarck dem Ideengange Kaiser Wilhelms II. entgegen. Auf die Frage, ob die Arbeiterschutzgesetzgebung nicht eine Weiterführung der kaiserlichen Erlasse von 1881 sei, antwortet er:

> I ganz und gar nicht. Für die kaiserlichen Erlasse, die mein eigenstes Werk sind, an denen ich in Varzin ohne jeden anderen Menschen gearbeitet, trete ich voll und ganz ein. Die Grenzlinie zwischen dem, was die kaiserlichen Erlasse erzielen, und der Arbeiterschutzgesetzgebung liegt eben genau da, wo der Zwang anfängt.

Er hat nun zwar selbst die Arbeiterschutzkundgebungen Kaiser Wilhelms II. für die Öffentlichkeit formuliert, aber nicht, weil er sie billigte:

> Die Erlasse waren seit langem eine Lieblingsidee des Kaisers; Hintzpeter, Douglas und andere — kurz solche, die nicht im Dienst waren — haben mit Sr. Majestät darüber Beratungen gehalten. Der Kaiser versprach sich von den Erlassen Erfolg bei den Wahlen. Mir wurde eine Redaktion gezeigt, die weitgehender war als diejenige, welche erschienen ist. Ich war prinzipiell gegen die Erlasse; sollten sie aber durchaus erscheinen — der Kaiser bestand darauf — so wollte ich meine Redaktion durchsetzen, damit die Erlasse gemildert würden. Ich übernahm die Redaktion und schrieb die Erlasse in der jetzigen Form nieder — als Diener des Kaisers. Die Redaktion rührt also von mir her. Ich habe keinen Kollegen zugezogen. Ich fügte noch die internationale Konferenz ein; ich dachte,

sie sollte gleichsam ein Sieb sein, eine gewisse Hemmung des humanen arbeiterfreundlichen Elan unseres Herrn. Ich glaubte, diese Konferenz würde sich gegen allzu große Begehrlichkeit der Arbeiter aussprechen, gleichsam Wasser in den Wein gießen. Aber selbst diese Erwartungen sind enttäuscht worden.

Diese Bismarcksche Darstellung ist von seiner Stimmung nach der Entlassung stark beeinflußt, enthält aber doch das Wesentliche zur Beurteilung der Lage von 1890. Der neue Kaiser und der alte Kanzler hatten verschiedene Ansichten über die Behandlung der sozialistischen Bewegung. Bismarck dachte nur an Machtkampf:

Im letzten Grunde ist die Sozialistenfrage, ich möchte sagen, eine militärische Frage. Wenn das Geschwür aufgegangen, kann man die Ausschreitungen ja mit Gewalt niederdrücken. Es tritt dann vielleicht an die Stelle des jetzigen kleinen Belagerungszustandes der allgemeine, der Kriegszustand. Freilich geht das nicht auf die Dauer .... Er halte die sozialistische Gefahr für die größte, die in der Politik vorliege, z. B. für viel bedeutsamer als die, welche etwa von Frankreich oder sonst wem zu erwarten ist.

Es existiert ein Gerücht, Bismarck habe in seiner letzten Unterredung vor der Entlassung dem Kaiser angeboten, er wolle trotz seines Alters noch einmal in den Konflikt hineingehen und das Wahlrecht beseitigen. Kaiser Wilhelm II. habe dieses Anerbieten mit Entschiedenheit abgelehnt. Ähnliches ergeben die neuerlichen Aufklärungen über den Fall des Sozialistengesetzes. Kaiser Wilhelm II. war 1890 entschlossen, mit der Arbeiterbewegung seinen Frieden zu machen. Er wollte nicht nur Sozialreform im Sinne der Wohlthätigkeit landesväterlich gewähren, sondern wollte die soziale Bewegung als solche in die nationale Politik hineinziehen. Ein Beweis für diese Auffassung ist der Inhalt der Erlasse vom 4. Februar 1890. Während nämlich die Bismarcksche Sozialreform Vorschläge brachte, die an sich gut, aber nicht im Gedankengang der sozialistischen Bewegung enthalten waren, stellt sich der Vorschlag Kaiser Wilhelms II. als direktes Eingehen auf Ideen dar, die in der Sozialdemokratie gepflegt worden waren:

1. Arbeiterschutz hinsichtlich der Zeit, Dauer und Art der Arbeit unter den Gesichtspunkten der Gesundheit, Sittlichkeit und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter,

2. Wahrung des Anspruches der Arbeiter auf gesetzliche Gleichberechtigung,
3. Arbeiterausschüsse von Arbeitern, die das Vertrauen der Arbeiter besitzen, zur Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten und zur Wahrung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung,
4. Ausgestaltung der staatlichen Bergwerke zu Musteranstalten und Anstellung von Aufsichtsbeamten für den Privatbergbau.

Dieses kaiserliche Programm ist so gut, als es überhaupt sein konnte. Auch ein erneuter Beginn sozialen Kaisertums wird ähnliche Sätze an seinen Anfang stellen müssen. Am Schluß der Staatsratssitzung vom 28. Februar 1890 bat der Kaiser die Mitglieder, nicht vergessen zu wollen, daß es sich bei den Verhandlungen keineswegs um eine Bekämpfung der Sozialdemokratie handle, sondern lediglich um Ermittelung und, soweit thunlich, um Befriedigung berechtigter Wünsche und Ansprüche der Arbeiter. „Was die Sozialdemokratie betrifft, so ist das eine andere Sorge, mit der werde ich nötigenfalls allein fertig werden und bedarf Ihres Rates und Ihrer Unterstützung dazu nicht." Vom 15. bis 28. März tagte bereits die internationale Konferenz für Arbeiterschutz und beriet über

Regelung der Arbeit in den Bergwerken,
Sonntagsarbeit,
Arbeit von Kindern, jugendlichen und weiblichen Arbeitskräften.

Was sie fertig brachte, waren naturgemäß nur allgemeine Gesichtspunkte für etwaige gesetzgeberische Arbeit in den 14 vertretenen Staaten mit industrieller Ausfuhr. Im Reichstag wurde ein Entwurf für gewerbliche Schiedsgerichte und einer für Arbeiterschutz eingebracht, und in den Staatswerkstätten in Spandau und in den Staatsbergwerken an der Saar wurde die Arbeitszeit herabgesetzt. Eine Periode des sozialen Kaisertums schien im besten Gange, man mußte an eine sozialpolitisch fortschreitende Ära glauben, die Folgezeit aber hat diese Ära nicht gebracht. Dem lebhaften Anfang folgte ein matterer Fortgang und dann ein völliges Aufhören. Woran lag das? War es Zufall, war es Notwendigkeit, daß der ideale Versuch Kaiser Wilhelms II. dazu führte, daß nach wenigen Jahren ein „Umsturzgesetz" gebracht wurde?

Die Gründe des Mißerfolges lagen auf zwei Seiten, im Beamtentum und im Parlament.

Das Beamtentum stammte aus Bismarcks Schule und war seit 12 Jahren durch das Sozialistengesetz an Mißachtung der Empfindungen der Sozialdemokraten gewöhnt. Von dieser Gewöhnung machte es sich nicht mit einem Schlage frei, was um so erklärlicher war, als auch die Sozialdemokraten kein neues Empfinden für den Staat an den Tag legten. Wenn das Vorgehen des Kaisers den Erfolg haben sollte, ein neues Verhältnis zwischen Krone und sozialistischer Arbeiterschaft zu begründen, dann mußte der ganze Beamtenkörper die Schwenkung mitmachen, ein Punkt, auf den Caprivi zu wenig Gewicht legte. Er besaß nicht die durchgreifende Art, in der Bismarck den Beamtenkörper in seine Form preßte. Es liegt aber auf der Hand, daß eine fast ganz aus agrarisch-konservativen Elementen bestehende obere Beamtenschaft eines sehr entschiedenen Anstoßes bedarf, wenn sie gegen demokratische Organisationen wohlwollende Neutralität bewahren soll. Damals war der passive Ungehorsam das Kennzeichen der Lage. Die frische, kühne Lebendigkeit des Kaisers setzte sich nicht bis zu den Geheimräten fort. Unter allen Umständen müßte bei einer Wiederkehr des Versuches vom Jahre 1890 in ganz anderer Weise mit dem Beamtenkörper Fraktur gesprochen werden, denn das, was täglich, im einzelnen unkontrollierbar, in der Gesamtwirkung sehr fühlbar, die Arbeiter abhält, dem Staate Vertrauen zu schenken, ist der sich beständig erneuernde Eindruck, daß sie von den Organen der Staatsgewalt nicht ebenso behandelt werden wie alle anderen Staatsbürger. Man denke dabei an alte und neue Vorkommnisse: noch jüngst fuhr der sächsische Staatsminister ins Zwickauer Kohlenrevier und besprach sich dort mit einer Konferenz von Arbeitgebern, aber nicht mit streikenden Arbeitern. Er sagte dann im Landtag, die Forderungen der letzteren seien ihm bekannt gewesen. Das mag sein, aber er als Vertreter der Staatsgewalt mußte entweder für keinen oder für beide Teile zu sprechen sein. Dieses eine neuere Beispiel ist ganz kennzeichnend für die gesamte Auffassung der Bureaukratie. Bei Enqueten werden häufig die Unternehmer gefragt und nicht die Arbeiter. Im Lohnkampf wird der „Agitator" als Vertreter abgelehnt, der Arbeiter aber, der sich zum Vertreter hergiebt, wird vom Unternehmer ent-

lassen. Die Behörde müßte, solange solche Zustände andauern, die Agitatoren als Notvertreter gelten lassen, sie würde damit keine schlechten Erfahrungen machen. Wann finden sich Staatsbeamte als Zuhörer bei den großen Generalversammlungen der Gewerkschaften, diesen fleißigen, ernsthaften Tagungen der Berufsverbände? Und man denke an das ganze Polizeiwesen, das die einfachsten Versammlungen erschwert! Der Bund der Landwirte merkt davon nichts! Vor dem Richter auch wird häufig der Arbeiter das Gefühl nicht los, daß er keine absolut klassenfreie Justiz vor sich hat. Wie toll wird in Arbeiterangelegenheiten bisweilen der Paragraph vom groben Unfug verwendet! Ist es ein Wunder, wenn der Arbeiter von dem Beamten, den er sieht, auf den Monarchen schließt, den er nicht sieht? Hier kann mit einer festen Hand, die dem Beamtenschiff einen anderen Kurs giebt, unendlich viel gethan werden. Wenn dabei etliche Beamte sollten pensioniert werden müssen, so würde Deutschland dieses Unglück tragen können, denn schließlich wird doch die große Schar der Beamten deshalb bezahlt, damit sie einer weitschauenden, volksfreundlichen Staatspolitik dienen. Unser deutsches Beamtentum hat in seiner Ehrlichkeit und Arbeitstreue turmhohe Vorzüge vor den Beamten anderer Staaten, aber vom Kastengeist der herrschenden Gesellschaftsschichten ist es noch nicht frei geworden. Noch fühlt es die Masse, daß der absolute Polizei- und Beamtenstaat sehr nahe hinter uns liegt.

Im Reichstag wurde die Gewerbenovelle, die den Anfang des Arbeiterschutzes enthielt, in langen Kommissionssitzungen beraten und gegen die Stimmen der Sozialdemokraten im Mai 1891 angenommen. Die Sozialdemokratie hatte einen eigenen Entwurf eingebracht und beteiligte sich lebhaft an den Verhandlungen. Ihren Widerspruch erregte besonders die beabsichtigte Verschärfung der Paragraphen über „Mißbrauch" des Koalitionsrechtes und die schärferen Bestimmungen über Kontraktbruch. Nur die letzteren sind in das Gesetz aufgenommen worden. Die Ablehnung der Gesamtvorlage von seiten der Sozialdemokratie erklärt sich weniger aus Einzelheiten des Gesetzes, das, als Ganzes betrachtet, unter allen Umständen ein Fortschritt war, als aus ihrer politischen Haltung zum neuen Kurs überhaupt. Sie haben die Hand des Kaisers nicht ergriffen und damit haben sie den sozialpolitischen Fortschritt Deutsch-

lands um wenigstens 10 Jahre verzögert. Ihre Ablehnung des neuen Kurses zeigte sich sofort bei der neuen, verhältnismäßig kleinen, Militärvorlage, die eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 18 574 Mann forderte. Liebknecht sagte, bei den Wahlen von 1890 sei Gericht über Bismarck gehalten worden; nun müsse das neue Verdikt lauten: „fort mit dem Militarismus!" Das war die denkbar schlechteste Antwort, die das Entgegenkommen des Kaisers erhalten konnte. Von da an war die neue Ära im Kern gebrochen. Caprivi versuchte trotzdem, unkonservativ weiter zu regieren, scheiterte aber, wie wir schon früher darstellten, an der Haltung der Linken bei der größeren Militärvorlage von 1893. Das soziale Kaisertum ist nur möglich, wenn sich der Kaiser in seinem Hauptberuf, in der Vaterlandsverteidigung, auf soziale und freiheitliche Volksteile stützen kann. Diese Grundlage hat damals gefehlt. Es fehlte die Majorität der Linken, mit der Vaterland, Freiheit, Sozialismus zugleich betrieben werden kann. Auf die Dauer kann mit den Aristokratien allein kein sozialer Fortschritt geschaffen werden, wenn die Demokratie streikt. Das Schicksal des sozialpolitischen Ministers Herrn von Berlepsch war durch die ganze politische Lage notwendig, er mußte gehen, weil keine Arbeit mehr für ihn vorhanden war. Als er ging, sagte ihm, wie berichtet wird, der Kaiser, er halte noch immer an dem Gedanken seiner Erlasse fest. Was hilft aber dieses Festhalten, solange Liebknecht und Richter die Bildung einer Majorität hindern, mit der diese Gedanken ausgeführt werden können?

Zehn Jahre sind seit jenem kurzen Frühling des sozialen Kaisertums von 1890 verflossen. In diesen 10 Jahren hat die Sozialdemokratie nichts mehr durchgesetzt. Weil sie den Zeitpunkt versäumt hat, wo sie praktische Politik zu Gunsten der Volksmasse treiben konnte, ist sie durch ihren eigenen Fehler zur Wirkungslosigkeit verurteilt. Man weiß von vornherein, daß sie für Vaterlandsfragen nicht in Betracht kommt — ein trauriger Zustand für die Vertretung des zahlreichsten, aufstrebendsten Volksteiles im neuen Deutschen Reich! Diejenigen, die mit Kraft und Erfolg die deutsche Zukunft tragen könnten, stellen sich selber in die Ecke und überlassen das Feld ihren Gegnern! Niemand fürchtet mehr ihre revolutionäre Kraft und niemand findet im Staatsleben ihre aufbauende Macht. Sie protestieren,

schelten, klagen, drohen, das ist das Ganze. In solchen leeren Kanonaden verpufft die Hoffnung des Proletariats.

Warum haben es eigentlich im Grunde im Jahre 1890 die Sozialdemokraten versäumt, sich als nationale Kraft in die deutsche Politik einzustellen? Einmal, weil alle demokratische Entwickelung, wie wir früher ausführten, naturgemäß langsam ist. Ein Kaiser kann viel schneller eine prinzipielle Wendung vollziehen als eine Massenpartei. Dann aber deshalb, weil man dem neuen Kurs nicht traute. Man hatte noch das Sozialistengesetz über sich, die Ausgewiesenen waren noch draußen, das Wort „sozial" war schon oft vom Regierungstische bei Dingen gebraucht worden, die sich als neue Formen alter Ketten entpuppten, vom neuen Kaiser wußte man persönlich noch wenig, aber allen denen, die um ihn herumgingen, traute man nicht. Dieses Mißtrauen ist begreiflich, aber doch falsch. Wenn damals die Sozialdemokratie mit ihren 35 Abgeordneten in Anerkennung der völlig neuen Lage erklärt hätte: „wir geben keins unserer Prinzipien auf, aber wir sind bereit, diese Regierung ehrlich zu unterstützen, soviel wir können, auch in nationalen Machtfragen, damit sie zeigen kann, ob sie gewillt ist, ernste Sozialreform zu Tage zu fördern", so würden durch diese Erklärung bereits damals die Konservativen unnötig geworden sein, denn auf diese Weise wäre eine Majorität ohne Kartellparteien (Zentrum 106, Linksliberale 66, Sozialdemokraten 35) entstanden. Einem solchen Vorgehen der Sozialdemokratie würden sich das Zentrum und selbst der Freisinn nicht haben entziehen können. Natürlich würde das in der Partei einen großen Krach gegeben haben, aber sicher keinen unüberwindlichen.

Das, worauf es ankommt, ist der Thatbeweis, daß Deutschland ohne die Ostelbier regiert werden kann. Dieser Thatbeweis ist 1890 nicht geliefert worden, ja, im Gegenteil, es wurde die Unentbehrlichkeit dieser Gegner deutscher freier Volks- und Industrieentwickelung leider thatsächlich dargethan. An den Folgen dieses traurigen Verlaufes leidet heute alles, am meisten die deutsche Regierung und das deutsche Proletariat. Beide werden erst frische Luft atmen, neue Schritte thun können, wenn sie noch einmal dort anfangen, wo sie im Februar vor 10 Jahren standen. Noch immer heißt die Zukunftslosung für unser Vaterland „soziales Kaisertum"! Ist dieses gefunden, dann fällt die Erinnerung an

alles Mißtrauen und alle Enttäuschung der Vergangenheit in sich zusammen, dann redet niemand mehr vom „inneren Feind", dann aber klingt es aus Millionen deutscher Seelen, die jetzt die Mitfreude am Machtwachstum der Nation sich selbst verbieten, dann klingt es aus den Städten, die das moderne Leben fassen, dann klingt es vom Schacht, vom Steinbruch, aus der Arbeiterversammlung, ungewohnt, aber von Herzen: es lebe der Kaiser! Eine Periode einheitlicher industrieller und freiheitlicher Gesetzgebung beginnt, ein Ausarbeiten aller der Anlagen, die in der deutschen Reichsgründung enthalten sind. Mag dann der Osten knurren und brüllen, der Westen und Süden hat dann erst ganz seinen Kaiser gefunden. Wie er in Dortmund stand, so steht er dann stets, umgeben von der Masse derer, in deren Augen das neue Jahrhundert glüht. Der Schwerpunkt Deutschlands wird von rechts der Elbe nach links der Elbe verlegt. Wie aber bisher der Osten dem Westen seine Gesindeordnung aufzuprägen suchte, so wird dann Westen und Süden die große schöne Aufgabe übernehmen, ein Landprogramm für den Osten auszuführen: Bauerngut an Bauerngut bis an die russische Grenze!

Der Kaiser hat von der Sozialdemokratie gesagt, sie sei „eine vorübergehende Erscheinung" und werde sich „austoben". Vorübergehend ist nicht die Arbeiterbewegung, die mit dem Volkswachstum steigt, vorübergehend aber ist hoffentlich der Geist der Prinzipienreiterei, der keine Gegenwartspolitik macht, weil er ins endlos ferne Paradies der neuen Gesellschaft starrt. Vorübergehende Erscheinungen sind Zuchthausvorlagen und Ähnliches einerseits und undeutsche Politik andererseits, aber bleibende Erscheinungen sind die Armee und die Masse, der Kaiser und die Demokratie. Im Bunde werden sie das Beste leisten können, was in Deutschland überhaupt möglich ist.

VIII. Nationaler Sozialismus.

Wenn wir am Schluß dieser Arbeit uns noch einmal deren Anfang vergegenwärtigen, so war es die Darlegung, daß die ältere Art der Sozialdemokratie eine Machtpolitik im Auge hatte: die Revolution. In dieser Auffassung, die geschichtlich unmöglich geworden ist, steckte ein großes Quantum von politischer Energie. Das gegenwärtige Stadium der Sozial-

demokratie' zeigt diese politische Energie nicht. In der Partei wird überaus fleißig gearbeitet, aber die gesammelten Kräfte haben kein erkennbares politisches Ziel. Man ist nicht mehr revolutionär, und man steht doch auch nicht auf dem Boden des gegenwärtigen Staates, der trotz aller seiner Schäden eine eminente Realität besitzt. Man verneint die jetzige Gesellschaft theoretisch, um praktisch in ihr keine positiven Aufgaben erfüllen zu müssen. Auf diese Weise läßt man das Erbe an politischer Kraft vermodern, das die Arbeiterbewegung durch ihre ersten Führer in einer der damaligen Zeit entsprechenden Weise überkommen hat. Es fehlt eine heutige Politik der arbeitenden Masse.

Eine solche Politik muß das Ziel der Majoritätsbildung auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes haben. Auf dem Wege der negativen Politik und Agitation entsteht aber stets nur eine opponierende Minderheit, sei es auch eine Minderheit mit Millionen Wahlstimmen. Niemals kann in einem großen Volke eine Partei majoritätsbildend sein, die gegenüber den nationalen Machtfragen versagt. Will die Sozialdemokratie eine regierungsfähige deutsche parlamentarische Linke schaffen, das heißt, will sie überhaupt etwas Erkennbares und Realisierbares, so muß sie sich entschließen, national zu werden und dadurch den naturgemäß zur Linken gehörigen Elementen des Bürgertums den Anschluß zu ermöglichen. Sie wird damit die soziale und demokratische Kraft, die in ihr ist, nur stärken, nicht schwächen. Aus einer früheren Revolutionspartei wird auf diese Weise die Partei der neudeutschen Volksentwickelung, eine bessere und gesichertere Herstellung dessen, was vor 30 Jahren die nationalliberale Partei gewesen ist, besser und sicherer deshalb, weil die neue Massenpartei in der organisierten Arbeiterschaft einen festen, einheitlichen, aktionsfähigen Kern haben wird, dessen Ausdehnung und Festigkeit täglich zunimmt. Die nationalliberale Partei hatte nur eine dünne Wirtschaftsschicht zur Grundlage und arbeitete darum überwiegend mit den Kräften der Berufsbildung, mit Advokaten, Professoren, Ärzten, Lehrern u. s. w. So wertvoll diese Kräfte sind, so sind sie doch nicht Grundfaktoren einer dauernden Politik.

Es scheint nötig, über die Stellung der „Gebildeten" im engeren Sinne noch ein weiteres Wort zu sagen. Der von mir überaus hoch-

verehrte Professor Sohm in Leipzig hat gelegentlich gesagt: die Gebildeten sind alles; was die Gebildeten wollen, das geschieht; was die Gebildeten wollen, das thut der Kaiser! Diese starke Einschätzung der Bildungsvertreter hat ihr geschichtliches Recht, denn nie sind bedeutende geschichtliche Wendungen vorgekommen, ohne daß, besonders in Deutschland, die Universitäten den Geist der neuen Periode vorbereitet hätten. Ein Gedanke, der die Bildungsschicht noch nicht ergriffen hat, besitzt noch keine durchschlagende Kraft. Erst wenn die Feuersäule der Bildung vor dem Volke herzieht, kommt es, wie Schippel einmal schrieb, aus der Wüste ins Land seiner Hoffnung. Der bürgerliche Liberalismus ist ohne die Ideologen und Idealisten gar nicht möglich gewesen. Am Stande der Berufsbildung hat man ein Thermometer für die Volkstemperatur, ein Thermometer, aber nicht die Wärmequelle selbst. Die Wärmequelle liegt tiefer, im Wirtschaftsleben des Massenkörpers selber. Woher kommt es denn, daß in gewissen Zeiten die Bildungsschicht sich neuen Idealen zuwendet? Sie selbst lebt ihr altes Leben weiter, bezieht Gehalt, studiert und schreibt, hat an sich nur geringe neue ökonomische Bedürfnisse, und wenn sie Bedürfnisse hat, so sind diese nicht von volksumgestaltender Dringlichkeit. Aber in ihr kommt das Volk zum Bewußtsein und zur Sprache. Aus dem, was dunkel, drängend, aber unfertig im Volke entsteht, macht sie Theorie, Programm, Formel. Und wenn sie dann ausspricht, was sie sprechen muß, dann spricht sie das, was das Zeitalter braucht. Was sie besitzt, ist die formale Fähigkeit, was sie von außen bekommt, ist die Materie der kommenden Bewegung. Es giebt keinen Fortschritt des Rechtes, der inneren und äußeren Politik, der nicht auf diesem Wege entsteht.

Will man deshalb einen Maßstab zur Beurteilung der heutigen Lage haben, so muß man die Ideen der Bildungsvertreter ansehen, nicht als primäre Kräfte, aber als Kennzeichen dessen, was sich vorbereitet. Sicher ist, daß die Bildungsvertreter nicht mit der Reaktion gehen wollen. Bei ihnen allen, bei ihrer Jugend besonders, findet sich ein Zug zum neuen größeren Deutschland und zur neuen industriellen Masse. Es giebt Streber, die diesen Zug klugerweise in sich ersticken, weil er noch nicht opportun ist, aber er ist da. Übermäßige Anforderungen an persönliche Kompromittierungskraft kann

man bei einer Klasse, deren Mehrzahl im Beamtenverhältnis steht, nicht stellen. Der einzelne ist mit zu vielen Fäden gebunden und nur die Spitzen sind frei, diese aber sind belastet mit Verantwortung und gefüllt mit historischer Auffassungsweise, die schroffes Auftreten unmöglich macht. Den Agitationsdienst wird diese Klasse in ihrer Gesamtheit nie treiben können, er bleibt die Aufgabe der wenigen, die sich dem Zusammenhang des Beamtentums entzogen haben und die Politik berufsmäßig üben. Aber trotz alledem sind die Flottenprofessoren, sozialen Pastoren, sozialen Ärzte, Lehrer, Techniker von größter Wichtigkeit für die Herstellung der Stimmung, die den Umschwung ermöglicht. Stumm, der Erzengel des Kartells, weiß, warum er gegen diese Leute wütet. Diese Schicht wird das Trompeterkorps sein, wenn die Arbeiterbataillone in die aktive deutsche Politik einrücken. Ihr Ruf reißt, wenn die Zeit gekommen ist, zahllose Indifferente mit sich. Alle diese Leute haben Bedürfnis nach praktischem Idealismus. Eins nur trennt sie vorläufig von der demokratischen Masse, ihr tief gegründeter, historisch durchgebildeter Nationalismus.

Ähnlich geht es weiten Kreisen der Kaufmannschaft. Der Kaufmann ist keine scharf umrissene Gesellschaftsschicht, denn er erstreckt sich durch alle Etagen des Volkshaushaltes hindurch. Was er selbst für sich von der Gesetzgebung fordert, ist wenig, er will nur unbehindert sein. Darum ist seine Grundstimmung liberal, und sein Interesse gehört dem guten Geschäftsgang im allgemeinen. Von da aus ist er ein geborenes Glied der neudeutschen Linken, das sich politisch anschließen wird, sobald eine aussichtsreiche Formierung dieser Linken auftaucht. Ihn erfüllt der Nationalismus nicht ebenso allgemein und tief wie den Litterararbeiter, aber er ist Glied dieser vorhandenen Gesellschaftswelt und mißtrauisch gegen revolutionären Utopismus. Auch er gewinnt wachsendes Verständnis für die neudeutsche Ausdehnungspolitik und ist Gegner der Hochschutzzöllnerei. Seine bisherigen bürgerlich liberalen Verbindungen sind zu schwach, ihn wirklich politisch zu befriedigen, und erst eine neue politische Welle, die ihn mit in die Höhe trägt, wird ihn selbst zur politischen Kraft machen.

Deutschland ist bereit für eine neue politische Wellenbewegung. Wann aber diese kommt, hängt von der Entwickelung innerhalb der Sozialdemokratie ab. Diese innere Entwickelung kann von denen, die außerhalb des

Parteiverbandes stehen, nur indirekt gefördert werden. Innerhalb der Partei aber muß es Sache derer sein, die im Vertrauen ihrer Genossen stehen, die Umwandlung zu vollziehen. Die Bernsteindebatte ist ein Schritt in dieser Richtung gewesen, weitere müssen nach der Natur der Dinge folgen. Wir begleiten alle Zeichen positiver Politik innerhalb der Sozialdemokratie mit wartendem Interesse, halten es aber selbst für richtig, den nationalen Gedanken in seiner Verbindung mit dem freiheitlichen und sozialen frei und unabhängig von einem Parteiverbande zu vertreten, in dem bis jetzt nationale Töne nur sehr gedämpft hörbar werden können. Wir wollen zeigen, daß man Nationalismus und Sozialismus als politische Einheit verschmelzen kann, indem man beiden voll gerecht wird.

In diesem Sinn hat sich im November 1896 der nationalsoziale Verein gebildet, ein Pionier deutscher Zukunft. Seine Grundlinien enthalten folgende Sätze:

§ 1. Wir stehen auf nationalem Boden, indem wir die wirtschaftliche und politische Machtentfaltung der deutschen Nation nach außen für die Voraussetzung aller größeren sozialen Reformen im Innern halten, zugleich aber der Überzeugung sind, daß die äußere Macht auf die Dauer ohne Nationalsinn einer politisch interessierten Volksmasse nicht erhalten werden kann. Wir wünschen darum eine Politik der Macht nach außen und der Reform nach innen.

§ 2. Wir wünschen eine feste und stetige auswärtige Politik, die der Ausdehnung deutscher Wirtschaftskraft und deutschen Geistes dient. Um sie zu ermöglichen, treten wir für die ungeschmälerte Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, für eine angemessene Vermehrung der deutschen Kriegsflotte, sowie für Erhaltung und Ausbau unserer Kolonien ein. Im Interesse der vaterländischen Macht und Ehre werden wir Mißstände in unseren militärischen und kolonialen Einrichtungen stets offen bekämpfen.

§ 3. Wir stehen fest auf dem Boden der deutschen Reichsverfassung und wünschen ein kräftiges Zusammenwirken der Monarchie und der Volksvertretung. Wir sind für Unantastbarkeit des allgemeinen Wahlrechts zum Reichstage und für Ausdehnung desselben auf Landtage und Kommunalvertretungen. Wir fordern Verwirklichung der politischen und wirtschaftlichen Vereinsfreiheit und ungeschmälerte Erhaltung der staatsbürgerlichen Rechte aller Staatsbürger.

§ 4. Wir wollen eine Vergrößerung des Anteils, den die Arbeit in ihren verschiedenen Arten und Formen in Stadt und Land unter Männern und Frauen an dem Gesamtertrage der deutschen Volkswirtschaft hat, und erwarten dieselbe nicht von den Utopien und Dogmen eines revolutionären marxistischen Kommunismus, sondern von fortgesetzter politischer gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Arbeit auf Grund der vorhandenen Verhältnisse, deren geschichtliche Umgestaltung wir zu Gunsten der Arbeit beeinflussen wollen.

Diese Sätze sind mit Absicht allgemein gehalten und wollen nur die Gesamtrichtung angeben. Auf den jährlichen Vertretertagen des nationalsozialen Vereins wurden sie in politischer wie in sozialer Hinsicht weiter ausgebaut. Kurze Auskunft darüber giebt der „Nationalsoziale Wegweiser", den der Sekretär des Vereins, Herr M. Wenck, Berlin-Schöneberg, Geßlerstraße 19, versendet. Der Verein arbeitete ein Genossenschaftsprogramm, ein Schulprogramm, ein Programm für Handelspolitik und ein Kommunalprogramm. Seine Berliner Tageszeitung „Die Zeit" konnte er noch nicht am Leben erhalten, arbeitet aber mit folgenden Zeitschriften: „Die Hilfe", nationalsoziales Wochenblatt, Berlin; „Deutsche Volksstimme", nationalsoziale Halbmonatsschrift, Organ der Bodenreformer, Berlin; „Hessische Landeszeitung", tägliche Zeitung; Marburg i. Hessen; „Schüttorfer Zeitung", dreimal wöchentlich erscheinend, Schüttorf in Provinz Hannover. Im Wahlkampf 1898 erhielten die Nationalsozialen über 27 000 Stimmen und zwar, abgesehen von vereinzelten Gruppen, in folgenden Wahlkreisen:

Jena-Neustadt	Pfarrer a. D. Naumann	4218 Stimmen
Plön-Oldenburg	Redakteur Damaschke	3981 „
Dithmarschen	Rentner Pohlmann	3727 „
Sangerhausen	Pastor a. D. Kötzschke	3303 „
Frankfurt a. M.	Pfarrer a. D. Naumann	3295 „
Leipzig-Land	Rechtsanwalt Martin	2050 „
Marburg	Redakteur von Gerlach	1841 „
Friedberg-Büdingen	Parteisekretär Wenck	1337 „
Göttingen	Buchhändler Dr. Ruprecht	1187 „
Berlin I	Lithograph Tischendörfer	1008 „
Leipzig-Stadt	Schriftsteller Max Lorenz	809 „

Das ist alles noch sehr wenig, aber es ist doch ein Anfang, der Lebensfrische zeigt. Daß man mit 27 000 Stimmen kein schweres Gewicht in die Wagschale der Politik werfen kann, verkennen wir selbst am wenigsten, aber als Agitationserfolg einer jungen Truppe, die von allen Seiten bekämpft wird, sind diese Stimmen immerhin beachtenswert. Jede andere politische Neubildung hat auch einmal klein angefangen. Sind unsere Gedanken richtig, dann bohren sie sich ein, dann dringen sie durch die Wände

vorhandener Parteien, dann schaffen sie sich von selbst Organisationen. Unsere Blicke sind auf die Gesamtentwickelung gerichtet, und von ihr erwarten wir die Förderung dessen, wofür wir arbeiten und opfern. Wie schnell Erfolge kommen, hängt nur wenig von uns ab. Wir aber werfen die Samenkörner in die Furchen der Zeit. Ob jemand, der mit uns geht, heute Sozialdemokrat, Freisinniger, Nationalliberaler ist, das ist nicht die Hauptsache. Sobald rechts und links Zehntausende stehen, die einen politischen Grundgedanken gemeinsam erfaßt haben, dann wird diese geistige Einheit mit Naturnotwendigkeit zum gemeinsamen praktischen Vorgehen drängen. Heute aber besteht trotz aller Annäherungen anderer Parteien nur eine politische Vereinigung, die dem neuen, mächtigen, sozial und demokratisch fortschreitenden Deutschland frei und zielbewußt ihre Kräfte widmet: der nationalsoziale Verein, der den Charakter einer selbständigen politischen Parteigruppe trägt. Wer von dem inneren sachlichen Zusammenhange der sozialen und nationalen Strömung überzeugt ist und für die Verbreitung dieses nationalsozialen Gedankens arbeiten will, wird es für kein zu schweres Opfer halten, dem nationalsozialen Vereine als Mitglied anzugehören. Dieser Verein wächst, und seine Segel sind vom Wind der neuen Zeit geschwellt. Wir haben in Sturm und Regen treu ausgehalten und fahren mit frohem Blick der Küste neuer politischer Zeiten entgegen. Kommt und helft uns! Auch dieses Buch ist Saat auf Hoffnung, ein Ruf ins deutsche Volk hinein, der sein Echo erwartet, am meisten von dort, wo die Entscheidung liegt, vom gelernten neudeutschen Arbeiter. Ihm in erster Linie sollte gesagt werden, daß seine jetzige Politik keine volle Benutzung der Kraft ist, die er hat. Widerspruch erwartet der Verfasser, absoluten Gegensatz von der konservativen Herrschaftsklasse, sachliche Meinungsverschiedenheit von den anderen Seiten. Ohne Kampf aber kann nie ein Schritt vorwärts gethan werden. Es lebe der Kampf!

In demselben Verlag („Hilfe", Schöneberg-Berlin) sind ferner erschienen:

Die Hilfe, Wochenschrift

Herausgeber: **Fr. Naumann.**

1,50 M. vierteljährlich durch Post oder Buchhandlungen.

Hauptorgan der Nationalsozialen.

Inhalt jeder Nummer: Wochenschau — Politische Notizen — Politische Leitartikel — Wirtschaftliche Aufsätze — Soziale Bewegung (Gewerkschaften und Genossenschaften) — Volkswirtschaftliche Notizen — Zeitungs- oder Broschürenschau — Religiöse Betrachtung — Feuilleton-Leitartikel — Aus der nationalsozialen Bewegung — Roman oder Novelle — Büchertisch — Allerlei — Briefkasten.

Probenummern umsonst.

„Asia"

Erlebnisse und Ergebnisse einer Orientreise.

Von **Fr. Naumann.**

3. Auflage, reich illustriert, fein broschiert 3 M., elegant gebunden 4 M
Durch alle Buchhandlungen.

(Dieses künstlerisch ausgestattete, mit 48 Original-Illustr. und Skizzen geschmückte Werk ist von der gesamten Kritik übereinstimmend als hervorragendes Litteraturerzeugnis anerkannt worden.)

Fr. Naumann, Deutschland und Österreich. 50 Pfg.

— **Nationalsozialer Katechismus.** 20 Pfg.

— **Flotte und Reaktion.** 10 Pfg.

— **Staat und Familie.** 10 Pfg.

L. Brentano, Reaktion oder Reform? 80 Pfg.

A. Damaschke, Was ist nationalsozial? 25 Pfg.

Fr. Weinhausen, Die christlichen Gewerkvereine. 20 Pfg.

W. Frenkel, Wulf, der Harrasmüller. Erzählung aus der Zeit des Bauernkrieges. Eleg. Geschenkbrosch. 1,50 M.

Druck von Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW.

JN 3933 N 3

University of British Columbia Library

DUE DATE

JAN 4 1964

Query 19/65

JUL 19 RECD

FORM 310

UNIVERSITY OF B.C. LIBRARY
3 9424 03492 8900
DISCARD